

Zeitschrift für
Friedens- und
Konfliktforschung

ZeFKo

Cordula Dittmer [Hrsg.]

Dekoloniale und Postkoloniale Perspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung

Verortungen in einem ambivalenten Diskursraum



Nomos



Arbeitsgemeinschaft
für Friedens- und
Konfliktforschung

<https://doi.org/10.5771/9783845291207>

Generiert durch Ruhr Universität Bochum, am 23.02.2021, 12:16:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Zeitschrift für
Friedens- und
Konfliktforschung

ZeFKo

HerausgeberInnen: Thorsten Bonacker (Marburg), Tanja Brühl (Frankfurt a. M.), Alexander Spencer (Magdeburg), Christoph Weller (Augsburg), im Auftrag des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK).

Wissenschaftlicher Beirat: Claudia Baumgart-Ochse, Klaus Boehnke, Michael Brzoska, Susanne Buckley-Zistel, Margit Bussmann, Christopher Daase, Tobias Debiel, Martina Fischer, Hans-Joachim Heintze, Martin B. Kalinowski, Claudia Kemper, Barbara Müller, Detlef Nolte, Thania Paffenholz, Peter Schlotter, Werner Wintersteiner, Andreas Zick, Heidrun Zinecker.

Redaktion: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung (ZeFKo), Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Gesellschaftswissenschaften, Fachbereich Politikwissenschaft, Zschokkestraße 32, 39104 Magdeburg, E-Mail: zefko@afk-web.de; redaktionelle Zuschriften und Manuskripte bitte an diese Anschrift senden.

Cordula Dittmer [Hrsg.]

Dekoloniale und Postkoloniale Perspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung

Verortungen in einem ambivalenten
Diskursraum



Nomos



Arbeitsgemeinschaft
für Friedens- und
Konfliktforschung

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4917-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-9130-7 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

<i>Cordula Dittmer</i> Dekoloniale und Postkoloniale Perspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung Verortungen in einem ambivalenten Diskursraum	7
<i>Claudia Brunner</i> Epistemische Gewalt Konturierung eines Begriffs für die Friedens- und Konfliktforschung	25
<i>Daniel F. Lorenz</i> »All refugees are vulnerable« Vulnerabilität, Konflikte und Katastrophen im Spiegel Postkolonialer Theorie	60
<i>Christiane Fröhlich</i> Flucht als Herausforderung neokolonialer Herrschaftsstrategien	99
<i>Alke Jenss</i> Von Dimensionen der Ungleichheit, Konflikten auf Dauer und dem Wissen vom Kontext Staat und Gewalt in Dekolonialer Perspektive	125
<i>Ruth Streicher</i> Die »kulturelle Wende« der Aufstandsbekämpfung und die US-Politikwissenschaft Eine genealogische Kritik aus postkolonialer Perspektive	154
<i>Fabian Namberger/Gerdis Wischnath/Sven Chojnacki</i> Kartographien der Gewalt Postkoloniale Blicke auf die (De-)Konstruktion von Raum in Forschung und Praxis	183
<i>María Cárdenas Alfonso</i> »Kultur der Gewalt« in Kolumbien? Zum Mehrwert der Integration von post-/dekolonialen Perspektiven in sozialpsychologisches Arbeiten bei der Analyse von Konflikt und Gewalt am Beispiel einer Online-Studie mit jungen Erwachsenen in Bogotá.	222
Abstracts	261

Dekoloniale und Postkoloniale Perspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung

Verortungen in einem ambivalenten Diskursraum

Dekoloniale und postkoloniale Perspektiven werden in der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung bislang nur unzureichend rezipiert. Dieser einleitende Beitrag skizziert internationale Debatten, wie sie insbesondere im US-amerikanischen Diskurs nach den Anschlägen vom 11. September 2001 geführt wurden, sowie daraus folgende grundlegende theoretische und methodologische Prämissen. Eine de- und/oder postkoloniale Herangehensweise zeichnet sich durch die Infragestellung von westlich-kolonialen Narrativen, daraus resultierenden physischen und strukturellen Gewaltverhältnissen und Exklusionsprozessen aus und kann sich auf sehr unterschiedliche Ebenen wie bspw. Staatlichkeit, Vulnerabilität, Flucht, Identitätsprozesse oder Kartierungen beziehen. Nach einer ausführlichen Zusammenfassung der Beiträge reflektiert der Beitrag abschließend Potenziale, aber auch Grenzen de- und postkolonialer Perspektiven.

Schlagnworte: Theoretische Grundlagen, Methodische Prämissen, Potenziale, Grenzen

1. Einleitendes

Noch Ende 2014 beklagte Bettina Engels (2014) die fehlende Bezugnahme der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung auf de- und postkoloniale Theorieansätze und vice versa. In den USA hingegen nehmen letztere spätestens seit den als »Postcolonial Rupture« (Barkawi/Laffey 2006: 347) titulierten Anschlägen vom 11. September 2001 auf das *World Trade Center* in New York City und dem anschließend von der US-amerikanischen Regierung des Präsidenten George W. Bush ausgerufenen »War on Terror« eine prominente Rolle ein. US-amerikanische Intellektuelle mit de- und postkolonialem Blick diskutierten seitdem in einer Vielzahl von Veröffentlichungen, inwieweit bestehende Theorien der *Internationalen Beziehungen* und im Bereich der *Security Studies* ausreichen, diese Entwicklungen – sowohl bezogen auf die Ursachen dieser Anschläge als

auch deren Folgen – zu erklären (z. B. Spivak 2004; Butler 2004; Barkawi/Laffey 2006; Härtling 2006).¹

Daraus entstand eine bis heute andauernde weitreichende Debatte um den Eurozentrismus etablierter Ansätze der Internationalen Beziehungen, des Konzepts des liberalen Friedens, von Sicherheits- und Friedenspolitik sowie Konflikt- und Kriegsforschung.² So unterschiedlich die jeweiligen Kritiken und Positionen der einzelnen Sprecher_innen in diesem Feld auch sind, so vereint sie doch mehrheitlich die Kritik an der *Delokalisierung*, *Dehistorisierung* und *Universalisierung* bestehender Deutungsmuster und die Forderung nach der systematischen Integration einer »topography of cruelty« (Mbembe 2003: 40), um den »past and contemporary forms of imperial, colonial, and racialized violence« auf die Spur zu kommen, die »present subjectivities and political, economic, and social relationships« (Härtling 2006: 1) produzieren und dabei auch nicht-westliche Stimmen und/oder Subalterne wie z. B. die (potenziellen) Terrorist_innen selbst zum Sprechen zu bringen (Sciullo 2011). Diese Diskurse sind erst in den letzten Jahren vermehrt in der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung angekommen und mit einschlägigen Panels oder *Keynote*-Sprecher_innen wie Tarak Barkawi (2015) sowie Meera Sabaratnam (2017) auf den Jahreskolloquien der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) (Hawari/Schnellhammer 2015; Mickan 2017) zunehmend vertreten.

Die Erwartungen an de- und postkoloniale Theorieansätze allgemein und in ihrer Anwendung in der Friedens- und Konfliktforschung im Speziellen sind hoch: Sollen sie doch eurozentrische Grundbegriffe kritisch analysieren und Repräsentationspolitiken offenlegen (Engels 2014), »produktiv irritieren« (Menzel 2014: 272), die »Wirkmächtigkeit unabgeschlossener Kolonialpraktiken in Ver-

- 1 Es sei an dieser Stelle Dank ausgedrückt: Kritische Perspektiven in den Mainstream eines Forschungsfeldes zu tragen, bedarf nicht nur argumentativer Höchstform, sondern auch Durchsetzungs- und Durchhaltevermögen sowie einer hohen Frustrationsgrenze für Herausgeberin wie auch die Autor_innen. An dieser Stelle sei daher allen Autor_innen Dank und Anerkennung für das Einlassen auf diesen Prozess ausgesprochen sowie den anonymen Gutachter_innen und den Herausgeber_innen der ZeFKo Tanja Brühl, Thorsten Bonacker und Christoph Weller für die konstruktiven Kommentare und Judith Kaiser für die geduldige Beantwortung formaler Fragen. Ohne die Unterstützung von studentischer Seite bei den langwierigen Korrektur- und Formatierungsarbeiten wäre der Band nicht beendet worden, auch hier sei insbesondere Jonathan Bonnemann, Philipp Leuschner und Andrej Sbrisny gedankt. Mein ganz besonderer Dank und Anerkennung gilt jedoch an dieser Stelle Claudia Simons, die dieses Sonderheft maßgeblich mit initiiert und auf den Weg gebracht hat. Dass sich dieser Entstehungsprozess über Jahre hinzieht, war kaum absehbar und hat entsprechenden Tribut gezollt.
- 2 Z. B. Mbembe (2003); Collins (2007); Bilgin (2010); Sabaratnam (2013); Barkawi (2016); Hokowhitu/Page (2011); Duffield (2007).

schränkung diskursiver Repräsentationsformen *und* materieller Herrschaftsverhältnisse« (Hervorh. im Orig.; Chojnacki/Namberger 2014: 189) konzeptualisieren, alternative Formen von Wissen zur Verfügung stellen sowie lokale subalterne Stimmen zum Sprechen bringen – sowohl von »Opfern« als auch »Täter_innen« von Gewalt, Terror oder Kriegen (Spivak 1988). Ziel dieser auch politisch sehr aktiven Bewegung ist es – konsequent zu Ende gedacht –, die bestehenden (auch kapitalistisch geprägten) Macht- und Wissensproduktionsprozesse auf den Kopf zu stellen, gegenwärtige Konflikte, Kriege und Gewaltverhältnisse im Kontext kolonialer und postkolonialer Deutungsmuster neu zu denken und sich an einer Suche nach »gerechteren und nachhaltigeren Alternativen des Status Quo [sic!]« (Brunner 2017: 159) sowohl in der Wissenschaft als auch in der konkreten Friedensarbeit vor Ort zu beteiligen. Postkoloniale Theorie ist damit immer auch politisches Projekt, methodisches Vorgehen und Statement: »Postkoloniale Theorie interveniert in die eurozentrischen Narrative und die damit zusammenhängende Amnesie Europas, um hegemoniale Strukturen zu transformieren« (Huggan 2013: 12). Dies bedingte auch, die eigenen Privilegien und normativen aufklärerischen Grundlagen wie »Objektivität« oder »Werturteilsfreiheit« vieler westlicher Wissenschaften in Frage zu stellen (Brunner 2017) und sich wieder verstärkt an die Gründungszeiten und ursprünglichen Paradigmen der Friedensforschung zu erinnern, in denen normative und damit auch parteiiche Gesellschafts- und Friedensentwürfe selbstverständlich waren (Wasmuht 1998).

Der vorliegende Sonderband ist ein Schritt in Richtung einer Erweiterung de- und postkolonialer Räume in der Friedens- und Konfliktforschung.³ Er soll die Möglichkeiten und Spezifika – aber auch Grenzen – von de- und postkolonialen Ansätzen in der Friedens- und Konfliktforschung ausloten. Die in diesem Sonderband versammelten Beiträge nehmen die skizzierten Herausforderungen an und suchen auf sehr unterschiedliche disziplinäre und interdisziplinäre Weise, de- und postkoloniale Kritik und Perspektiven für die Friedens- und Konfliktforschung fruchtbar zu machen.

Es ist schlicht unmöglich, de- und/oder postkolonial eindeutig zu definieren, treten bei diesbezüglichen Überlegungen doch mehr Fragen auf, als Antworten gegeben werden können: Sind es v. a. macht- und herrschaftskritische Ansätze, die sich der Aufgabe widmen, das koloniale Erbe in bestehenden Konzepten aufzuspüren

3 Unter Friedens- und Konfliktforschung verstehe ich – entgegen einem sehr engen und immer noch weit verbreiteten Verständnis als genuin politikwissenschaftlicher Disziplin – alle Forschungsformationen, die sich mit der Entstehung, dem Verlauf und der Bearbeitung von Konflikten und Kriegen – mögen sie gewaltförmig oder psychisch, epistemisch oder militärisch sein – aus sehr unterschiedlichen theoretischen und empirischen Zugängen befassen.

und Alternativen zu entwickeln? Müssen diese – oder ihre Autor_innen – zugleich auch in antikolonialen Bewegungen verortet sein? Oder bezeichnen sie vielmehr einen sich über die letzten Jahrzehnte diskursiv herausgebildeten Kanon an bestimmten Autor_innen, ohne deren Rezeption eine Arbeit nicht de- und/oder postkolonial zu nennen ist? Ist Michel Foucault (1966) eigentlich ein postkolonialer Autor, oder lässt sich nur seine Methode der Genealogie postkolonial wenden? Und: Ist es überhaupt legitim, dekoloniale und postkoloniale Ansätze zusammen zu behandeln, oder bezeichnen sie nicht vielmehr sehr unterschiedlich historisch, geographisch und machtpolitisch entstandene Diskursstränge, die sich entsprechend auch an sehr unterschiedliche Audienzen richten? Die Autor_innen des Sonderbandes explizieren ihr jeweiliges Verständnis der verwendeten de- und/oder postkolonialen Ansätze individuell. Ein Ziel dieser Aussage ist es, bestehende Konzepte de- und postkolonial *kritisch* zu hinterfragen, die dahinterstehenden *Ansätze* vorzustellen und zugleich entsprechende de- und postkoloniale *Perspektiven* einzubringen, die in den Kanon der Friedens- und Konfliktforschung aufgenommen werden könnten.

Diese Sammlung möchte Denkanstöße hervorbringen und Debatten initiieren, sie stellt selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit des sowohl sehr heterogenen Feldes der de- und postkolonialen Studien als auch der Friedens- und Konfliktforschung national – weniger noch international. Es handelt sich um *bits and pieces* eines ungemein heterogenen und lebhaften Diskursraumes, der sich der Einhegung in etablierte Kategorien entzieht. Die für diesen Sonderband gewählte Dramaturgie bewegt sich ebenso wie diese Einleitung »from margin to center« (Hooks 1984): Die Einleitung dient der Darstellung der Grundlagen und Kritiken de- und postkolonialer Ansätze allgemein und für die Friedens- und Konfliktforschung im Besonderen sowie der Verdeutlichung von Potenzialen und Begrenzungen de- und postkolonialer Kritik. Daran anschließend bewegt sich der/die Leser_in in den folgenden Aufsätzen als »Migrant_in« aus den Ländern des Globalen Südens in Richtung des Globalen Nordens, von den »Ausgeschlossenen/Subalternen« über Repräsentationen dieser Subalternen in globalen Politiken weiter ins Zentrum, zu Reflexionen über den Staat, Gewalt und Konflikt bis zu Fragen von Wissenschaft als Form epistemischer Gewalt.

2. From Margin... – Theoretische und methodologische Prämissen

Die Anschläge vom 11. September 2001 und ihre vielfältigen postkolonial inspirierten Analysen zeigen sehr deutlich das Potenzial, welches diese für das Verstehen und die Deutung zentraler Fragen der Friedens- und Konfliktforschung ha-

ben: Der von der US-Administration unmittelbar nach den Anschlägen ausgerufenen »Krieg gegen den Terror«, insbesondere in Afghanistan, sowie die daran anschließende Debatte um einen »Krieg der Kulturen« blenden, so die de- und postkoloniale Kritik, die Verstrickungen des Westens in die Entstehung dieser Formen des Aufständischen systematisch aus (Barkawi/Laffey 2006; Sciuillo 2011). Die Anschläge und Entstehungsbedingungen von *Al-Qaida* – und ähnliches lässt sich auch für den sogenannte »Islamischen Staat« (IS) proklamieren – können innerhalb eines de- und postkolonialen Frames als Aufstand lokaler Akteure gelesen werden, der sich gegen die seit dem 1. Golfkrieg zunehmende Dominanz der USA im Mittleren Osten und gegen das Unsichtbarmachen, Ausbeuten und die Exklusion großer Teile nicht-westlicher Gesellschaften an der weltweiten, kapitalistischen Entwicklung richtet (Sciuillo 2011; Goyal 2017). Koloniale, eurozentrische Topoi wie die Minderwertigkeit bestimmter »Rassen«, die es gewaltsam zu unterwerfen gelte, schreiben sich in kulturellen, ethnisierenden und/oder genderspezifischen Denkformen fort, wenn der »Krieg gegen Terror« mit der »Befreiung der Frauen von der Burka« legitimiert wird und dadurch auch die scheinbare Notwendigkeit einer »Zivilisierung, Entwicklung und Modernisierung« der »rückständigen« afghanischen Bevölkerung unabdingbar erscheint (Spivak 2004; Nachtigall 2012). Um sich den Entstehungsbedingungen und möglichen Lösungen für Terrorismus oder anderer Formen aufständischer Gewalt anzunähern, müsste demgegenüber jedoch verstanden werden, »what those labeled as terrorists think and why they do what they do« (Sciuillo 2011: 574), so die postkoloniale Lesart. Es muss darum gehen, die historisch künstlich geschaffene Trennung zwischen »Wir« und den »Anderen« aufzulösen und den »Anderen« eine Möglichkeit der Artikulation – welcher Art auch immer – zu ermöglichen, die anschlussfähig an bestehende Diskurse sein muss (Goyal 2017). Frieden kann unter den bestehenden gewaltvollen Bedingungen immer nur ein Frieden sein, der sich durch ein Weniger an Gewalt, ein »War without End« auszeichnet; ein Frieden, in den die Gewalt vielmehr endemisch in biopolitische Normalisierungsprozesse eingeschrieben ist. Ein positiver Frieden, der auf der gleichberechtigten Anerkennung aller beteiligten Akteure beruht, wird so unter den derzeitigen Bedingungen verunmöglicht (Hokowhitu/Page 2011; Galtung 2000).

Aram Ziai fasst zusammen und abstrahiert zugleich, dass physische und strukturelle Gewaltverhältnisse und Exklusionsprozesse, die aus westlich-kolonialen Narrativen resultieren, entwicklungs- und sicherheitspolitische Agenden auch gegenwärtig entlang der folgenden Topoi strukturieren: »1) Naturalization, 2) Othering, 3) Legitimization, 4) Hierarchization, 5) Depolitization, 6) Appropriation« (Ziai 2015: 8). Wie am Beispiel der Diskurse um die Anschläge am 11. Septem-

ber 2001 bereits angedeutet, zeigt die de- und postkoloniale Kritik, wie durch internationale Politiken und diskursive Praktiken »the West and the Rest« (Hall 1992: 275) konstruiert und essentialisiert/naturalisiert wird (*Naturalization*).⁴ Damit einher geht das »Othering«, d. h. die normative Konstruktion eines guten, entwickelten, männlichen und rationalen westlichen »Wir«, welches einem tendenziell bösen, unterentwickelten, weiblichen und emotionalen »Anderen« gegenübergestellt wird und die soziale Praxis grundlegend strukturiert.⁵ Dieses »Andere« gilt es zu »retten«, zu befrieden, zu entwickeln, zu emanzipieren, indem, legitimiert durch diese dualistischen Diskurse (*Legitimization*), Interventionen von Organisationen und ihren Expert_innen durchgeführt werden, um legitimes »richtiges« Wissen, Deutungen von Welt und Handeln zum Wohle der lokalen Bevölkerung zu verbreiten (*Hierarchization*) (z. B. Autessere 2014, siehe auch Streicher in diesem Band). Diese Konstruktionsprozesse rahmend ist das Ziel »des Westens«, das Eigene vor diesem bedrohlichen Anderen zu schützen und zu bewahren: »In fostering ›their‹ development, we improve ›our‹ security« (Duffield 2007: 225). Dieses »Wissen« blendet depolitisiert die strukturellen gesamtgesellschaftlichen oder auch globalen Ursachen für soziale Ungleichheiten und Konflikte aus, Probleme werden individualisiert, lokalisiert und naturalisiert (Ziai 2015, siehe auch Brunner sowie Lorenz in diesem Band).

Wie das Beispiel 9/11 jedoch auch zeigt, sind Dominanzverhältnisse in postkolonialer Lesart nicht eindimensional zu denken, sondern als gegenseitige Konstruktionsprozesse zu verstehen, wenn die westliche Moderne als negative Projektionsfläche eines neuen, hybriden, islamischen Denkens, wie es von *Al-Qaida* propagiert wurde, dient und damit identitätsschaffend wirkt (Barkawi/Laffey 2006). Die Narrative dienen zugleich auch als Sehnsuchtsort, wie beispielsweise die postkolonialen Analysen des »Guantanamo Diary« von Mohamedou Ould Slahi (Goyal 2017) oder der Brief von zwei Geflüchteten aus Guinea zeigen, die 1998 tot in einem Frachtflugzeug aufgefunden wurden (Gikandi 2002). Sie können auch bewusst strategisch gegenüber den internationalen Geber_innen eingesetzt werden, um an bestimmte Leistungen zu kommen (*Appropriation*) (Ziai 2015).

4 »Westlich« bezeichnet in der de- und postkolonialen Kritik eine bestimmte historisch gewachsene Gesellschaftsform, keine geographische Einheit, wie v. a. die Vertreter_innen der dekolonialen Kritik insbesondere aus den Ländern Lateinamerikas betonen (Coronil 1996). Definiert werde »der Westen« durch Industrialisierung, Säkularisierung, Kapitalismus und Städtebau, kurz alles, was gemeinhin auch mit »Moderne« in Verbindung gebracht wird (Hall 1992).

5 Siehe u. a. Escobar (1995) für den Entwicklungsdiskurs, Said (1981) für die Darstellung des »Orient«, Todorova (2009) für die Repräsentation des Balkans.

Diese Entwicklungen und Dominanzverhältnisse können und konnten nicht ohne die Unterstützung und »Komplizenschaft« der Wissenschaft durchgeführt werden, die entsprechendes »Wissen« über die »Anderen« produziert(e) und damit externe Interventionen erst legitimiert(e). Zugleich ist die Wissenschaft als Prozess des »Wissen-Schaffens« – auch das ist eine Erkenntnis de- und postkolonialer Theorieansätze – eng mit der Geschichte der kolonialen Expansion verbunden. Das Zählen, Vermessen und Klassifizieren stellte während der Kolonialzeit eine Methode dar, das westlich-rationale Subjekt einem nach westlichen Kriterien klassifizierten Objekt gegenüberzustellen und es damit beherrschbar zu machen (Kaltmeier 2012). Das Wissen der Anderen wurde dadurch abgewertet, indigene/lokale Wissensformen verdrängt oder gänzlich ausgelöscht (»epistemicide«, Santos et al. 2008) und die Wissensproduktion der westlichen Welt als einzig legitime herausgestellt. Diese Form der »epistemischen Gewalt« (siehe auch den Beitrag von Brunner in diesem Band) durchzieht Prozesse der Schaffung von Wissen bis heute und definiert und repräsentiert damit die Anderen auf eine spezifische – meist unreflektierte – Art und Weise. Dies beginnt bereits bei der Erstellung eines Forschungsantrags, dessen Texte »voller Imaginarien *über* den Anderen [sind; Anm. CD], die auf der Grundlage von intertextuellen Referenzen auf andere akademische Werke [...] produziert werden« (Hervorh. im Orig.; Kaltmeier 2012: 28). Forschungsfragen ergeben sich damit aus den »feldinternen Dynamiken des akademischen Feldes« (Kaltmeier 2012: 28), kaum aus dem Dialog mit dem Anderen. Auch der Prozess der Datenauswertung und der Formulierung von wissenschaftlichen Thesen, Texten und Präsentationen (re-)präsentiert das Erforschte als fixe Einheiten in der Sprache. Postkoloniale Kritiker_innen wie Gayatri Spivak bezeichnen den Prozess der Datenerhebung und der Feldforschung in Ländern des Globalen Südens daran anschließend auch als »alternative Form von Imperialismus«, in dem die Anderen zu einer Quelle »kultureller Differenz« werden (siehe zusammenfassend Castro Varela/Dhawan 2015: 166). Die »Dritte Welt« werde damit ähnlich wie zu Zeiten des Kolonialismus zu einer Ressource für intellektuellen Mehrwert, die den Forschenden Kapitalgewinn im akademischen Feld beschert und dem eigenen symbolischen und damit letztlich auch ökonomischen Kapital der Forschenden Zugewinne ermöglicht (Kaltmeier 2012).⁶ Der für die Friedens- und Konfliktforschung diagnostizierte »Feldforschungsboom« (Menzel 2014; Krause 2015) wirft vor diesem Hintergrund kritische Fragen an das wissen-

6 Kaltmeier (2012) geht sogar so weit, von einer Enteignung der intellektuellen Rechte der Beforschten zu sprechen und fordert in diesem Zusammenhang auch die Debatten um geistiges Eigentum zu berücksichtigen.

schaftliche Selbstverständnis und die eigene Positionierung als westliche Forschende auf, die bislang für die Friedens- und Konfliktforschung noch nicht ausreichend aufgearbeitet und reflektiert wurden.

Eine de- und postkolonial inspirierte Forschung treibt daher immer auch die methodologische Frage um, wie das Wissen der Beforschten anerkennend und wertschätzend in den Forschungsprozess integriert werden kann. Verschiedene Methoden wie die »dialogische« oder »kontrapunktische Lektüre« (Kaltmeier 2012; Said 1994), die Diskursanalyse (Castro Varela/Dhawan 2015: 17) oder das von Homi Bhabha (1994) entwickelte »Close Reading« (siehe dazu auch den Aufsatz von Fröhlich in diesem Band), partizipative Methoden wie der »Do no Harm«-Ansatz (Krause 2017) oder sehr aktivistische feministische Perspektiven wie die »Jineoloji« (Düzgün 2016) stellen Versuche dar, dieses Machtungleichgewicht aufzulösen und eine »andere« Form der Wissensproduktion zu etablieren. Die Reflexion und Selbstpositionierung und damit die Relativierung und Kontextualisierung der eigenen Aussagen, wie sie sich in der feministischen Friedens- und Konfliktforschung (Streicher 2011) und der Biographie- und Gewaltforschung in Anlehnung an Stuart Halls (2000) Konzept der »Artikulation« entwickelt haben (z. B. Spies 2010), ist eine weitere mögliche Strategie, den Geltungsanspruch westlicher Wissensproduktion zu thematisieren. Denkt man das Forschungsfeld z. B. von vornherein als Netzwerk, in dem die Akteure je nach Kontext und historischer Verwobenheit unterschiedlich mit Macht und *agency* ausgestattet sein können (Doná 2007), relativiert sich die eigene Position und der Geltungsanspruch des erzeugten Wissens. Die besonders Vulnerablen oder im postkolonialen Sprech »Subalternen«, um die es de- und postkolonialen Ansätzen doch immer auch geht, sind nie ohne Äußerungsformen, Widerstandspraktiken oder Handlungsmacht, es geht weniger darum »ob« gesprochen wird, es ist allein das »Wie«, welches darüber entscheidet, ob die Äußerung gehört wird oder nicht (Voss 2008). Dafür bedarf es Übersetzer_innen, Intermediäre, die zwischen unterschiedlichen Diskurs- und Sprachformationen und Wissenssystemen vermitteln und netzwerkbasierte Kommunikationswege initiieren.

3. ... to Center – Zu den Beiträgen dieses Bandes

Am Anfang dieser höchst heterogenen Sammlung steht die grundlegende Frage, welche Form der Gewalt Wissenschaft – und damit auch die Friedens- und Konfliktforschung – ausübt und wie diese theoretisch gefasst werden kann. Mit dem Konzept »Epistemische Gewalt: Konturierung eines Begriffs für die Friedens- und Konfliktforschung« analysiert Claudia Brunner in der Friedens- und Kon-

fliktforschung etablierte Gewaltansätze (Galtung, Saner, Rychler) mit dekolonialem Blick und stellt den Anspruch von Wissenschaften, gewaltfrei zu agieren, in Frage:

»Der Fokus auf epistemische Gewalt kann dabei helfen, jene Formen direkter und physischer Gewalt, die die FuKF beschäftigen, wieder in die mit ihr in Verbindung stehenden weiteren Gewaltverhältnisse einzubetten, deren Konzeptionalisierungen in der FuKF in letzter Zeit an Relevanz verloren haben« (Brunner 2018: 50).

Sie kommt damit also zum Kern wissenschaftlichen Arbeitens in der Friedens- und Konfliktforschung und fordert diese auf, sich stärker mit den eigenen Prämissen auseinanderzusetzen und sich auch für »widerständige Wissenspraktiken« zu öffnen.

Daniel F. Lorenz widmet sich im zweiten Beitrag »All refugees are vulnerable: Vulnerabilität, Konflikte und Katastrophen im Spiegel postkolonialer Theorie« der Frage nach der Gewaltförmigkeit des Konstruktionsprozesses von »Vulnerabilität«: Er stellt die These auf,

»dass dem Vulnerabilitätsparadigma eine (neo-)koloniale Signatur zu eigen ist, die sich gerade auch in entsprechenden Beschreibungen und wissenschaftlichen Vermessungen der Vulnerablen – und hier gerade auch der Geflüchteten an deren Beispiel der Beitrag die entsprechenden Logiken exemplifiziert – zeigen, die zusammengenommen erlauben von einer spezifischen Form epistemischer Gewalt zu sprechen« (Lorenz 2018: 62).

Zunächst verortet der Autor das Vulnerabilitätsparadigma in seinen historischen und disziplinären Ursprüngen in der Katastrophenforschung und führt es in die Friedens- und Konfliktforschung, respektive die Forschung um Migration und Flucht, ein. Er dekonstruiert das Konzept anhand der Kategorien »Pathologisierung« und »Essentialisierung« und verweist auf die politische Bedeutung als Interventionslegitimation im Rahmen humanitärer Hilfe. Nach der Dekonstruktion des Vulnerabilitätsparadigmas in den verschiedenen Feldern der Konflikt-, Katastrophen- und Sicherheitsforschung sowie der Flüchtlingsforschung und unter Zuhilfenahme struktureller Gewaltbegriffe sowie postkolonialer Literatur werden unterschiedliche Zugänge skizziert, um eine »postkolonial verstandene Vulnerabilitätsforschung« zu etablieren, die sich

»in der Aufdeckung der vielfältigen, teils verdeckten Wirkungen struktureller, stiller oder langsamer Gewalt [versucht; Anm. CD] und damit gleichzei-

tig gegen die epistemische Gewalt im Alltag wie auch in Konflikten, Katastrophen und Kontexten von Zwangsmigration [arbeitet; Anm. CD]« (Lorenz 2018: 85).

Christiane Fröhlich macht sich in ihrem explorativen Beitrag »Flucht als Herausforderung neokolonialer Herrschaftsstrategien« Gedanken darüber, wie eine postkoloniale Forschungsperspektive für Fluchtforschung generell fruchtbar gemacht werden kann. Sie zeigt exemplarisch für höchst heterogene Ebenen und Felder, wie rechtsnationale Debatten europäischer Politiker_innen, Stereotypisierungen von »guten und schlechten Flüchtlingen«, Versicherheitlichungstendenzen oder der Konstruktion der jordanischen Flüchtlingslager *Zaatari* und *Al-Azraq*, wie angelehnt an Homi Bhabhas (1994) aus der Literaturwissenschaft entwickelte Konzepte der »Stereotypisierung« und »Mimikry« neokoloniale Herrschaftsstrategien offengelegt werden können. Sie analysiert drei Ebenen: 1. die politische Ebene (Aussagen von Politiker_innen und Geflüchteten), 2. die institutionelle Ebene (humanitäre und Grenzschutzorganisationen) und 3. die praktische Ebene (Management von Flüchtlingslagern) und bezieht dabei 1. sprachliche Äußerungen, 2. eigene Beobachtungen und 3. Bildmaterial mit ein. Die Analyse der unterschiedlichen Aspekte zeigt sehr deutlich die Ambivalenzen und Spannungsfelder zwischen den Herrschenden und den Unterworfenen, deren Positionen immer wieder neu ausgehandelt werden. Sie kommt zu dem Schluss, dass

»allein schon die Gegenwart der Geflüchteten aus »postkolonialen« Räumen eine Bedrohung für die Staaten des Globalen Nordens dar [-stellt; Anm. CD], denn ihr eigenes Selbstverständnis hängt von eben diesen Anderen und ihrer Klassifikation als *minderwertig* ab« (Hervorh. im Orig.; Fröhlich 2018: 118).

Dies begründet sie damit, dass »die/der Geflüchtete [...] sich gewissermaßen dem Verstehen [entzieht; Anm. CD], und [...] darüber hinaus geradezu von diesem Nicht-Verstanden-Werden-Können charakterisiert [ist; Anm. CD]« (Fröhlich 2018: 119). Sie endet mit einem utopischen Ausblick auf den von Homi Bhabha (1994) vorgeschlagenen »dritten Raum«, in dem sich verschiedene »Kulturen« gleichberechtigt begegnen können.

Sich selbst eher in der dekolonialen Theorietradition verortend, bewegt sich Alke Jenss mit ihrem Beitrag »Von Dimensionen der Ungleichheit, Konflikten auf Dauer und dem Wissen vom Kontext: Staat und Gewalt in Dekolonialer Perspektive« weiter in Richtung »Center«, indem sie hinterfragt, mit welchen Ansätzen sich Staat, Gewalt und Kapitalismuskritik für den lateinamerikanischen Kontext

übersetzen lassen. Dies führt sie zu dem Unterfangen, lateinamerikanische Staatstheorien, die sich nicht dem de- oder postkolonialen Spektrum zuordnen, mit einer dekolonialen Heuristik neu zu lesen und damit stärker auch materialistische Perspektiven in die de- und postkoloniale Kritik einzubringen. Sie eröffnet damit Möglichkeiten der Analyse von Staatlichkeit, Frieden und Konflikt, die dem lateinamerikanischen Kontexten angemessener erscheinen.

Auch die folgenden zwei Beiträge widmen sich dem Staat aus unterschiedlichen Perspektiven: Ruth Streicher schaut sich in »Die ›kulturelle Wende‹ der Aufstandsbekämpfung und die US-Politikwissenschaft: Eine genealogische Kritik aus postkolonialer Perspektive« die *Counterinsurgency*-Politik der US-amerikanischen Regierung und ihre Verwobenheit mit der US-amerikanischen Politikwissenschaft an. Sie argumentiert, dass es nur mit der Hilfe letzterer möglich war, Kultur als Wissenobjekt für eine militärische Nutzung zu operationalisieren und zeigt dies anhand einer genealogischen Herangehensweise an zentralen Texten und Handbüchern auf. Nach einer ausführlichen Auseinandersetzung mit den anthropologischen Entstehungsbedingungen und Argumentationssträngen, die zur »kulturellen Wende« in der militärischen Aufstandsbekämpfung geführt haben, kommt sie zu dem Schluss, dass »Kultur als Differenzkategorie [funktioniert; Anm. CD], deren koloniale Logik liberal gewendet und als positivistisch messbar festgeschrieben wird« (Streicher 2018: 154). In diesem Zusammenhang reflektiert sie postkoloniale Kritik als Methode, welche Begriffe und Kategorien als Produkte disziplinärer Wahrheitsdiskurse begreift und nach der diskursiven Perpetuierung kolonialer Machtverhältnisse fragt.

Um die Konstruktion von kulturellen Räumen in ihrer Kontinuität von der Kolonialzeit bis heute dreht sich der Aufsatz »Kartographien der Gewalt: Postkoloniale Blicke auf die (De-)Konstruktion von Raum in Forschung und Praxis« von Fabian Namberger, Gerd Wischnath und Sven Chojnacki. Sie widmen sich den räumlichen Repräsentationen von Staatlichkeit, wie sie sich in der kartographischen Darstellung von Kriegen und Konflikten zeigen. Ausgehend von der Kritischen Geographie und den *Postcolonial Geographies* denken sie die Verwendung von Raumvorstellungen und Kartenmaterial in der Friedens- und Konfliktforschung

»nicht nur eng mit hegemonialen Macht- und Ideologieverhältnissen verknüpft bzw. Teil von Macht-Wissen-Komplexen [...], sondern in Beziehung zu Meta-Narrativen [...] bzw. sozialwissenschaftlichen Leitbildern [...] wie ›Containerstaat‹, ›internationales System‹ oder ›demokratischer Frieden/Krieg‹« (Namberger et al. 2018: 194).

Sie gehen dabei davon aus, dass »Karten innerhalb der Selbstrepräsentation des ›Westens‹ einen visuellen Rahmen [bieten; Anm. CD], der gleichermaßen die politischen Interpretationen von Krieg wie die Entscheidungen zum Krieg beeinflusst« (Namberger et al. 2018: 194). Sie schließen mit aktuellen Entwicklungen im Bereich von *Crisis* oder *Counter Mapping*-Methoden, die das Potenzial haben, der

»diskursiven Macht, westlich-hegemonialer Karten und den Geschichten, die diese erzählen, alternative und widerständige Weltimaginationen entgegenzustellen, sie zu hinterfragen und zugleich alternative Blicke, Antworten und Deutungsweisen zu liefern« (Namberger et al. 2018: 209).

Ebenfalls mit Narrationen von Gewalt, diesmal aber aus sozialpsychologischer Perspektive, beschäftigt sich der Beitrag von María Cárdenas Alfonso »Kultur der Gewalt« in Kolumbien? Zum Mehrwert der Integration von post-/dekolonialen Perspektiven in sozialpsychologisches Arbeiten bei der Analyse von Konflikt und Gewalt am Beispiel einer Online-Studie mit jungen Erwachsenen in Bogotá«. Cárdenas Alfonsos Anspruch ist es, *erstens* Ansätze zur Theorie sozialer Identität mit postkolonialer Theorie zu verbinden und diese *zweitens* am Beispiel von Gewalt narrationen in Kolumbien mit einem sozialpsychologischen Experiment zu untermauern. Ihre zentralen Fragen sind:

»Welche Auswirkungen hat die Narration der nationalen Identität auf die Konstruktion, d. h. die Wahrnehmung von und den Umgang mit Konflikten? Kann eine Emanzipation von kolonialbasierten Narrationen diese darin unterstützen, friedliche Lösungen in (interpersonalen) Konflikten eher wahrzunehmen und friedenskompetente Konfliktlösungen zu wählen? Wie kann der von Walter Mignolo (2011) geforderte ›epistemische Ungehorsam‹ in identitären Prozessen umgesetzt werden und welche Implikationen gehen damit für die psychologische Friedens- und Konfliktforschung einher?« (Cárdenas Alfonso 2018: 225).

Sie kann erste Hinweise dafür finden, dass die

»Konfrontation mit einer konfliktlösungskompetenten Beschreibung der kolumbianischen Gesellschaft und Geschichte zu einer höheren *friedlichen* Konfliktlösungsbereitschaft und Kooperation von jungen Erwachsenen in einem fiktiven Alltagskonfliktszenario führen kann, ungeachtet der hohen Gewaltbetroffenheit vieler Teilnehmender« (Hervorh. im Orig.; Cárdenas Alfonso 2018: 249).

4. *From Margin to Center and Back* – Potenziale und Limitationen

Die Potenziale einer Integration von de- und postkolonialen Perspektiven in die Friedens- und Konfliktforschung sind, wie die folgenden Beiträge zeigen, groß: Sie dienen der Infragestellung bestehender postkolonialer Wissensstrukturen und Wissensproduktionsprozesse, der Thematisierung und bestenfalls Auflösung der Verschränkung von Wissen und Macht (Engels 2014) und des westlichen Bias, der nicht zwangsläufig geographisch-räumlich, sondern vielmehr diskursiv ausgehandelt wird. Damit öffnen sie den Blick für lokale marginalisierte Perspektiven und bieten Reflexionsfläche, die Beteiligung westlicher Wissenschaft und damit auch der Friedens- und Konfliktforschung an sozialen Ausgrenzungs- und Ungleichheitsprozessen zu thematisieren. Sie ermöglichen damit Übersetzungs- und Anerkennungsprozesse, die die hierarchische globale Wissensordnung irritieren und in Frage stellen. Darüber hinaus gründen sie sich auf dem Anspruch, eine Forschung mit/über Menschen durchzuführen, die den oben skizzierten Naturalisierungs-, *Otherings*-, und Exklusionspolitiken eine dekonstruktive, partizipative, in jedem Fall jedoch selbstreflexive und relationale Forschungsagenda entgegensetzt.

Aus den vorangegangenen Analysen schlussfolgernd seien abschließend drei zentrale Bereiche hervorgehoben, in denen de- und postkoloniale Kritik und Perspektiven über andere Konzepte wie die kritische Friedensforschung oder die feministische Friedensforschung hinausgehen und weitreichendere Erkenntnisse und Veränderungspotenziale erkennen lassen:

1. Sie dienen der Thematisierung und reflexiven Analyse grundlegender Kategorien, Konzepte und Ansätze der Friedens- und Konfliktforschung, um ihre kolonialen Spuren aufzudecken und die dadurch bedingte Fortschreibung kolonialer Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse zu hinterfragen. Dies gilt nicht nur für theoretische Überlegungen, sondern vielmehr auch für die Frage danach, wie eine de- und postkolonial informierte Feldforschung aussehen kann, in der sowohl intersektionelle Aspekte wie auch ökonomische Ungleichheiten und Abhängigkeitsverhältnisse thematisiert und aufgelöst werden.
2. Die Produktion von Gewalt und Gewaltverhältnissen, die Entstehung von Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen, Flucht, Vertreibung und Ausbeutung werden durch eine de- und postkoloniale Kritik und Perspektive nicht mehr als singuläre, lokal fixierte Ereignisse gedacht, sondern können viel weitergehend in ihren globalen, historischen und langfristigen Kontexten konzeptualisiert werden, was zu nachhaltigeren Lösungsansätzen führen kann.
3. Auf der Ebene praktischer Politik im Rahmen von internationalen Interventionen in gewaltsamen Konflikten helfen de- und postkoloniale Denkformationen

wie *Othering* oder Repräsentation, die impliziten Machtverhältnisse zu explizieren und einer Reproduktion bestehender hegemonialer Strukturen entgegenzuwirken. Das Beispiel der »Befreiung der Frauen von der Burka« als Legitimation für die internationale militärische Intervention in Afghanistan zeigt wie oben beschrieben sehr deutlich die Effekte, die *Othering* auf konkrete sicherheitspolitische Entscheidungen hat.

Es seien abschließend noch einige Grenzen und zentrale Kritikpunkte skizziert: Der starke Fokus vieler Ansätze auf Sprache, Diskurs oder Repräsentation beinhaltet die Gefahr, dass Materialitäten, soziale Ungleichheiten oder konkrete Praktiken aus dem Blick geraten (Ziai 2015) und die Diskurse allein im akademischen Elfenbeinturm selbstreferentiell um sich selbst kreisen. Aufgrund ihrer theoretischen Komplexität und philosophischen Dichte sind de- und postkoloniale Kritik und Perspektiven schwer für ein nicht-wissenschaftliches Publikum zu übersetzen. Viele der Ansätze implizieren eine Romantisierung des Lokalen und der Community, in denen die scheinbar »reine Wahrheit« zu liegen habe und dabei doch selbst nur eine westliche Konstruktion darstellen (Hirblinger/Simons 2015). Der de- und postkoloniale Blick wird, insbesondere wenn er mit einer bestimmten Subkultur verbunden wird und damit mehr eine Modeerscheinung denn eine wissenschaftliche Forschungsrichtung darstellt, nur allzu oft zur eigenen Metaerzählung, die andere bereits etablierte Ansätze delegitimiert und entsprechend als »Diskurspolizei« fungiert. So waren die Anschläge vom 11. September 2001 auch für die de- und postkolonialen Theoretiker_innen selbst eine Herausforderung, mussten sie sich doch von ihrer bis dahin vor allem in den Literaturwissenschaften beheimateten Komfortzone und romantisierenden Vorstellungen von Kosmopolitismus und Hybridität verabschieden und fragen, welche Bedeutung die US-Invasion in Afghanistan für die eigene Disziplin hat und wie man imperialistische Beziehungen der Vergangenheit in Beziehungen zu gegenwärtigen setzen kann (Goyal 2017). Neben den bereits skizzierten Potenzialen sind de- und postkoloniale Analysen nicht nur in und über Länder, die nachweislich kolonisiert wurden, äußerst angebracht, »koloniale Diskurse und Praktiken haben auch in Ländern, die nie direkt kolonisiert wurden, tiefe Spuren hinterlassen« (Castro Varela/Dhawan 2015: 21) und sollten daher einer entsprechenden Reflexion unterzogen werden. Es liegt zudem ein großes Potenzial darin, theoretische Ansätze im Sinne einer de- und postkolonialen Forschungsagenda zu lesen, die sich selbst nicht in diesem Spektrum verorten, wie beispielsweise die »Everyday Peace«-Studien von Roger MacGinty (2010; 2014).

Sollte es diesem Sonderband gelingen, die hegemonialen Diskurse der Friedens- und Konfliktforschung zu irritieren und damit auf die Fortschreibung kolonialer Strukturen hinzuweisen, die sowohl der Friedens- und Konfliktforschung

als Wissenschaft als auch der internationalen Politik von Konfliktlösungsmechanismen im Rahmen internationaler Friedensmissionen oder entsprechender Einsätze inhärent ist, wäre ein kleiner Schritt in Richtung einer weiteren Öffnung und Reflexivität der Disziplin getan. Ein daran anschließender Erfolg wäre auch, wenn es gelänge, eine de- und postkoloniale Perspektive in den Kanon von Friedens- und Konfliktforschung aufzunehmen, die es als Selbstverständlichkeit ansieht, zentrale theoretische Analysekonzepte wie z. B. Gewalt, Krieg, Verfolgung, Flucht, Staat/Staatlichkeit ebenso wie anwendungsorientierte Konfliktlösungsstrategien auf ihr koloniales Erbe hin kritisch zu hinterfragen und diese Spuren bestenfalls zu überwinden.

Literatur

- Autessere, Serevine* 2014: *Peaceland*, Cambridge.
- Barkawi, Tarak* 2016: Decolonizing War, in: *European Journal of International Security* 1, 199-214.
- Barkawi, Tarak/Laffey, Mark* 2006: The Postcolonial Moment in Security Studies, in: *Review of International Studies* 32: 2, 329-352.
- Bhabha, Homi K.* 1994: *The Location of Culture*, London.
- Bilgin, Pinar* 2010: The »Western-Centrism« of Security Studies. »Blind Spot« or Constitutive Practice?, in: *Security Dialogue* 41: 6, 615-622.
- Brunner, Claudia* 2017: Friedensforschung und (De-)Kolonialität, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 6: 1, 149-163.
- Brunner, Claudia* 2018: Epistemische Gewalt Konturierung eines Begriffs für die Friedens- und Konfliktforschung, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, Sonderband 2, 25-59.
- Butler, Judith* 2004: *Precarious Life. The Powers of Mourning and Violence*, New York, NY.
- Cárdenas Alfonso, Maria* 2018: »Kultur der Gewalt« in Kolumbien? Zum Mehrwert der Integration von post-/dekolonialen Perspektiven in sozialpsychologisches Arbeiten bei der Analyse von Konflikt und Gewalt am Beispiel einer Online-Studie mit jungen Erwachsenen in Bogotá, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, Sonderband 2, 222-260.
- Castro Varela, María d. M./Dhawan, Nikita* 2015: *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*, Bielefeld.
- Chojnacki, Sven/Namberger, Fabian* 2014: Die »neuen Kriege« im Spiegel postkolonialer Theorien und kritischer Friedensforschung, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3: 2, 157-202.

- Collins, Alan* 2007: *Contemporary Security Studies*, Oxford.
- Coronil, Fernando* 1996: Beyond Occidentalism. Toward Nonimperial Geohistorical Categories, in: *Cultural Anthropology* 11: 1, 51-87.
- Doná, Giorgia* 2007: The Microphysics of Participation in Refugee Research, in: *Journal of Refugee Studies* 20: 2, 210-229.
- Düzgün, Meral* 2016: Jineology. The Kurdish Women's Movement, in: *Journal of Middle East Women's Studies* 12: 2, 284-287.
- Duffield, Mark* 2007: Development, Territories, and People. Consolidating the External Sovereign Frontier, in: *Alternatives* 32: 2, 225-246.
- Engels, Bettina* 2014: Repräsentationen, Diskurse und Machtfragen. Postkoloniale Theorieansätze in der Friedens- und Konfliktforschung, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3: 1, 127-146.
- Escobar, Arturo* 1995: *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*, Princeton, NJ.
- Foucault, Michel* 1966: *Die Ordnung der Dinge*, Frankfurt a. M.
- Fröhlich, Christiane* 2018: Flucht als Herausforderung neokolonialer Herrschaftsstrategien, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, Sonderband 2, 99-124.
- Galtung, Johan* 2000: *Die Zukunft der Menschenrechte. Vision: Verständigung zwischen den Kulturen*, Frankfurt a. M.
- Gikandi, Simon* 2002: Globalization and Claims of Postcoloniality, in: *The South Atlantic Quarterly* 100: 3, 627-658.
- Goyal, Yogita* 2017: The Genres of Guantánamo Diary. Postcolonial Reading and the War on Terror, in: *The Cambridge Journal of Postcolonial Literary Inquiry* 4: 1, 69-87.
- Hall, Stuart* 1992: The West and the Rest, in: Hall, Stuart/Gieben, Bram (Hrsg.): *Formations of Modernity*, Oxford, 275-332.
- Hall, Stuart* 2000: *Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt*, Ausgewählte Schriften 3, Hamburg.
- Härtling, Heike* 2006: Global Civil War and Post-colonial Studies (Globalization Working Papers Nr. 06/3), Montreal, in: https://globalization.mcmaster.ca/research/publications/working-papers/2006/ighc-wps_06-3_harting.pdf; 11.1.2018.
- Hawari, Mona/Schnellhammer, Christine* 2015: »Stell dir vor, es ist Krieg...«. Zum wissenschaftlichen Umgang mit kriegerischer Gewalt (Tagungsbericht zu dem 47. AFK-Kolloquium, 19.-21.3.2015), Berlin, in: http://www.afk-web.de/fileadmin/afk-web.de/data/zentral/dokumente/AFK-Kolloquium_2015/Bericht_AFK-Tagung-2015_Final.pdf; 11.8.2017.

- Hirblinger, Andreas/Simons, Claudia* 2015: The Good, the Bad, and the Powerful. Representations of the ›Local‹ in Peacebuilding, in: *Security Dialogue* 46: 5, 422-439.
- Hokowhitu, Brendan/Page, Tiffany* 2011: Postcolonial Peace, in: *Junctures. The Journal for Thematic Dialogue* 14, 13-25.
- Hooks, Bell* 1984: *Feminist Theory. From Margin to Center*, Cambridge.
- Huggan, Graham* 2013: *The Oxford Handbook of Postcolonial Studies*, Oxford.
- Kaltmeier, Olaf* 2012: Methoden dekolonialisieren. Reziprozität und Dialog in der herrschenden Geopolitik des Wissens, in: Berkin, Corona/Kaltmeier, Olaf (Hrsg.): *Methoden dekolonialisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierung der Sozial- und Kulturwissenschaften*, Münster, 18-44.
- Krause, Ulrike* 2015: Friedenslogischer Flüchtlingsschutz. Impulse für eine Neuausrichtung des Flüchtlingsschutzes (CCS Policy Paper Nr. 3), Marburg.
- Krause, Ulrike* 2017: *Researching Forced Migration. Critical Reflections on Research Ethics during Fieldwork* (RSC Working Paper Series Nr. 123), Oxford.
- Lorenz, Daniel F.* 2018: »All refugees are vulnerable«. Vulnerabilität, Konflikte und Katastrophen im Spiegel Postkolonialer Theorie, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, Sonderband 2, 60-98.
- MacGinty, Roger* 2010: Hybrid Peace. The Interaction between Top-down and Bottom-up Peace, in: *Security Dialogue* 41: 4, 391-412.
- MacGinty, Roger* 2014: Everyday Peace. Bottom-up and Local Agency in Conflict-Affected Societies, in: *Security Dialogue* 54: 6, 548-564.
- Mbembe, Achille* 2003: Necropolitics, in: *Public Culture* 15: 1, 11-40.
- Menzel, Anne* 2014: Zwischen Herrschaftswissen und Irrelevanz? Feldforschung und das Ringen mit der Policy-Relevanz, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3: 2, 264-283.
- Mickan, Thomas* 2017: Rethinking Europe in an Unequal World (Tagungsbericht, Gemeinsame Konferenz von EuPRA und AFK, 16.-18.3.2017), *Schwerte*, in: *Wissenschaft & Frieden* 2017: 2.
- Nachtigall, Andrea* 2012: Gendering 9/11. Medien, Macht und Geschlecht im Kontext des »War on Terror«, Bielefeld.
- Namberger, Fabian/Wischnath, Gerdis/Chojnacki, Sven* 2018: Kartographien der Gewalt Postkoloniale Blicke auf die (De-)Konstruktion von Raum in Forschung und Praxis, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, Sonderband 2, 183-221.
- Sabaratham, Meera* 2013: Avatars of Eurocentrism in the Critique of the Liberal Peace, in: *Security Dialogue* 44: 3, 259-278.
- Sabaratham, Meera* 2017: *Decolonizing Intervention*, London.

- Said, Edward W.* 1981: Orientalism, Frankfurt a. M.
- Said, Edward W.* 1994: Kultur und Imperialismus, Berlin.
- Santos, Boaventura d. S./Nunes, João A./Meneses, Maria P.* 2008: Introduction. Opening Up the Canon of Knowledge and Recognition of Difference, in: Santos, Boaventura d. S. (Hrsg.): Another Knowledge is Possible. Beyond Northern Epistemologies. Justice Against Epistemicide, Boulder, CO, xvix-lxii.
- Sciullo, Nick* 2011: The Ghost in the Global War on Terror. Critical Perspectives and Dangerous Implications for National Security and the Law, in: Drexel Law Review 3, 561-582.
- Spies, Tina* 2010: Migration und Männlichkeit. Biographien junger Straffälliger im Diskurs, Bielefeld.
- Spivak, Gayatri C.* 1988: Can the Subaltern Speak? in: Nelson, Cary/Grossberg, Lawrence (Hrsg.): Marxism and the Interpretation of Culture, Chicago, IL, 171-212.
- Spivak, Gayatri C.* 2004: Terror. A Speech After 9-11, in: boundary 2 31: 2, 81-111.
- Streicher, Ruth* 2011: Die Macht des Feldes. Selbstreflexivität als methodologische Strategie feministischer Feldforschung in Konfliktgebieten, in: Engels, Bettina/Gayer, Corinna (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse, Frieden und Konflikt. Feministische Denkanstöße für die Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden, 65-80.
- Streicher, Ruth* 2018: Die »kulturelle Wende« der Aufstandsbekämpfung und die US-Politikwissenschaft. Eine genealogische Kritik aus postkolonialer Perspektive, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, Sonderband 2, 154-182.
- Todorova, Maria* 2009: Imagining the Balkans, New York, NY.
- Voss, Martin* 2008: »The Vulnerable Can't Speak«. An Integrative Vulnerability Approach to Disaster and Climate Change Research, in: Behemoth 3, 39-71.
- Wasmuht, Ulrike C.* 1998: Geschichte der deutschen Friedensforschung, Münster.
- Ziai, Aram* 2015: The Contribution of Discourse Analysis to Development Studies, Kassel.

Die Autorin

Dr. Cordula Dittmer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Katastrophenforschungsstelle (KFS) der Freien Universität Berlin.
E-Mail: cordula.dittmer@fu-berlin.de

Epistemische Gewalt

Konturierung eines Begriffs für die Friedens- und Konfliktforschung

Dieser Beitrag greift den in post- und dekolonialen Debatten gängigen Begriff der epistemischen Gewalt auf, um ihn für die Friedens- und Konfliktforschung nutzbar zu machen. Ausgehend vom Befund einer zunehmenden Verengung des Gewaltbegriffs wird dargelegt, inwiefern dessen Weitung entlang der Dimension des Wissens lohnend ist. Nach der einleitenden Vorstellung der Konzepte »Kolonialität des Wissens« und »Kolonialität der Macht« wird diesen die potenzielle Komplizenschaft der Friedens- und Konfliktforschung mit eben jener Kolonialität gegenübergestellt. Einer Diskussion von Annäherungen an epistemische Gewalt im Fach selbst folgt ein Überblick über post- und dekoloniale Konzeptionalisierungen des Begriffs. Abschließend wird die implizite Annahme der Gewaltfreiheit von Wissenschaft problematisiert und für eine friedenswissenschaftliche Beschäftigung mit epistemischer Gewalt argumentiert.

Schlagnworte: epistemische Gewalt, Kolonialität, Wissen, Macht, Gewaltfreiheit

1. Gewalt weiter denken

Auseinandersetzungen über die angemessene Enge oder Weite des Gewaltbegriffs begleiten die Friedens- und Konfliktforschung (in Folge: FuKF) seit ihren Anfängen (vgl. Bonacker/Imbusch 2010: 81-106; Narr 1988; Schwerdtfeger 2001: 79-87; Weller 2003). In den Konjunkturen dieser Debatte spiegeln sich heterogene politische und wissenschaftliche Positionen wie auch divergierende epistemologische Grundlagen wider (vgl. Jeong 1999). Letztlich ist es aber ein enger, auf direkte und physische Formen von Gewalt fokussierender Begriff, der das von politikwissenschaftlichen Paradigmen dominierte Fach prägt (vgl. Brunner 2016 a; 2016 b). Argumentationen für eine stärkere Berücksichtigung weiterer Gewaltbegriffe, etwa im Anschluss an Johan Galtung (1975; 1990) zu struktureller und kultureller Gewalt, die indirekte Gewaltformen psychologischer, symbolischer, sprachlicher, diskursiver, visueller oder auch epistemischer Art ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken, konnten sich bislang nicht dauerhaft durchsetzen. Deren

Rezeption verbleibt zumeist an den Rändern des Fachs, etwa in feministischen Debatten (vgl. Batscheider 1993; Davy et al. 2005; Engels/Gayer 2011). Außerhalb davon artikuliert sich die Ablehnung eines weiten Gewaltbegriffs oft als Befürchtung, dass dieser nicht ausreichend operationalisierbar sei (vgl. Koloma Beck/Schlichte 2014), oder dass mit einem allzu weiten Gewaltverständnis der für Teile der FuKF konstitutive Horizont gewaltfreien Handelns verunmöglicht werde (vgl. Brock 2002). Ein weiterer Einwand gegen weite Gewaltverständnisse rührt von der Verfasstheit der FuKF selbst her, deren Institutionen und Akteur_innen mitunter in einem materiellen und/oder kognitiven Näheverhältnis zu Sicherheitspolitik und Militär stehen (vgl. kritisch Nagel 2009; Exo 2009) und damit weitgehend den Paradigmen der Internationalen Beziehungen folgen, deren Gewaltbegriff explizit oder implizit eng ist und auf direkte physische Gewalt fokussiert. Darüber hinaus fallen im deutschen Begriff *Gewalt* die beiden Dimensionen von Ordnungsbegründung (*power*) und Ordnungszerstörung (*violence*) ineinander, die in anderen Sprachen vermeintlich klar voneinander getrennt erscheinen (vgl. Imbusch 2002: 26). Ein weites Begriffsumfeld von Zwang, Kraft, Konflikt, Macht und Herrschaft verkompliziert die Debatte. In diesem Spannungsfeld expliziter und impliziter Gewaltdefinitionen tummeln sich zahlreiche Vorstellungen davon, was als Gewalt zu verstehen und wie diese zu erklären sei.

Anstatt dies als Hindernis für eine möglichst präzise Definition von Gewalt zu konstatieren, halte ich die begrifflich-sprachliche Ambivalenz für einen produktiven Ausgangspunkt, sowohl für eine erneute Hinwendung zu bereits bekannten weiten Gewaltbegriffen als auch für Überlegungen zu jeglicher Form von Gewalt. Gewalt als relational (vgl. Staudigl 2013) und prozesshaft zu fassen, erscheint zwar nicht einfacher, aber den Fragen und Gegenständen der FuKF doch angemessener, zumal die zahlreichen mit dem Begriff Gewalt bezeichneten Einzelphänomene ohnehin nicht trennscharf voneinander abzugrenzen sind und von analytischen Begriffen nur notdürftig durchdrungen werden können.

Epistemische Gewalt, also die Gewaltförmigkeit von Wissen(schaft) selbst, die in der post- und dekolonialen¹ Theorietradition eine wichtige Rolle spielt, hat in der FuKF noch keinen festen Ort der Auseinandersetzung gefunden. Zugleich ist epistemische Gewalt tief in die Grundlagen des Fachs eingelagert, in seine Theorien, Methoden, Epistemologien und Praktiken. Epistemische Gewalt muss in der FuKF also in zweierlei Hinsicht thematisiert werden: einerseits als zu untersuchendes *Phänomen* in seiner Verwobenheit mit anderen Formen von Gewalt, die

1 Zu Abgrenzungsdebatten zwischen post- und dekolonialen Autor_innen siehe Castro Varela/Dhawan (2015: 318-326).

den Gegenstandsbereich des Fachs abstecken (Wie wirkt epistemische Gewalt?), und andererseits als erst zu entwickelnder theoretischer *Begriff*, mit dem dieses Phänomen angemessen benannt und beschrieben werden kann (Was ist epistemische Gewalt?). Vorerst definiere ich epistemische Gewalt als jene Dimension gewaltförmiger gesellschaftlicher Verhältnisse, die im Wissen selbst, in seiner Genese, Ausformung, Organisation und Wirkmächtigkeit angelegt ist (Brunner 2013: 228-229). Der schillernde Begriff epistemische Gewalt inkludiert also epistemologische, theoretische und konzeptionelle Aspekte ebenso wie politische, wissenssoziologische, institutionelle und ökonomische. Er gibt Auskunft nicht nur über die Inhalte unseres Wissens, sondern auch über deren Genese und Dynamik im Zusammenspiel mit Strukturen, Akteur_innen und Diskursen. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die Selbstverständlichkeiten, die unser Wissen als unsichtbare Normen oder als vernachlässigte Rahmenbedingungen hervorbringen und begleiten. Zugleich fungiert das Phänomen epistemische Gewalt als Netz, als Kitt, als Scharnier, als Schnittstelle zwischen unterschiedlichen Formen und Dimensionen von Gewalt in ihrer Vielschichtigkeit, Uneindeutigkeit, Relationalität und Prozesshaftigkeit. Diese analytisch voneinander zu isolieren, wie es Wissenschaft notwendigerweise tut, macht in Hinblick auf die nähere Betrachtung von epistemischer Gewalt jedoch nur dann Sinn, wenn die einzelnen Bestandteile auch wieder in ein Verhältnis zueinander gesetzt und darüber hinaus mit der impliziten Annahme der Gewaltfreiheit von Wissen(schaft) konfrontiert werden. Dies stellt einen ersten Schritt in Richtung der viel grundlegenderen Forderung nach einer Dekolonisierung (vgl. Gutiérrez Rodríguez et al. 2010; Decoloniality Europe 2013; Ling 2014) von Wissen(schaft) dar.

Den Begriff epistemische Gewalt für die FuKF in diesem Sinne plausibel und anschlussfähig zu machen ist das Ziel der hier dargelegten Argumentation. Er soll erstens dazu dienen, die von ihr analysierten Gewaltereignisse und -prozesse von einem neuen Blickwinkel aus zu betrachten. Zweitens kann die Beschäftigung mit epistemischer Gewalt dazu beitragen, die für die FuKF bedeutsame Frage nach dem Verhältnis von Gewalt und Gewaltlosigkeit in einen größeren Kontext zu stellen. Dies impliziert auch eine kritische Selbstbetrachtung des Fachs und seiner gegenwärtigen Herausforderungen im »System organisierter Friedlosigkeit« (Senghaas 1968: 460). Drittens soll dieser Auseinandersetzung eine Beschäftigung mit konkreten Phänomenen epistemischer Gewalt folgen, um diese als explizite Gegenstände der FuKF benennen und in Verwobenheit mit anderen Gewaltformen analysieren zu können.

Kapitel 1.1 führt in zwei wichtige Begriffe aus der lateinamerikanischen *Modernidad/Colonialidad*-Debatte dekolonialer Ansätze ein (vgl. Quintero/Garbe

2013): die »Kolonialität der Macht« und die »Kolonialität des Wissens« (vgl. Germaná 2013; Quijano 2010). In der deutschsprachigen FuKF wird diese Tradition, ebenso wie die zu postkolonialer Theoriebildung (vgl. Engels 2014), erst seit kurzem rezipiert (vgl. Brunner 2016 a; Exo 2017). Um diese Leerstelle in Bezug auf die Auseinandersetzung mit epistemischer Gewalt zu skizzieren, werden in Kapitel 2 vereinzelt zu findende Definitionsversuche epistemischer Gewalt aus der FuKF vorgestellt und deren Stärken und Schwächen ausgelotet. Das Verhältnis von Wissen und Macht und die Frage nach den konkreten Formen von Gewalt, die dieses Verhältnis ebenso hervorbringen wie auch absichern oder erschüttern, bilden einen zentralen Ausgangspunkt für post- und dekoloniale Perspektiven. Deren konzeptionelle Annäherungen an epistemische Gewalt werden in Kapitel 3 erläutert. Kapitel 4 führt die Debatte zurück zur Frage der Gewaltfreiheit, die für die FuKF eine besondere Herausforderung darstellt.²

1.1 »Kolonialität der Macht« und »Kolonialität des Wissens«

Das Konzept der »Kolonialität der Macht« des peruanischen Soziologen Aníbal Quijano (2000) bildet einen Knotenpunkt der von Lateinamerika ausgehenden Debatte um die Moderne und ist auch Ausgangspunkt für ein um die Dimension des Wissens erweitertes Gewaltverständnis. Die Moderne wird dabei als Projekt der Kolonisierung, Unterwerfung, Ausbeutung und Vernichtung analysiert – und nicht als jene emanzipatorische Leistung und Zivilisierung der Welt bestätigt, als die sie in eurozentrischen Debatten verstanden wird. Gewalt ist der Moderne also inhärent, und dies in zahlreichen Formen. Aus post- und dekolonialer Perspektive kann Gewalt – in welcher Form auch immer – nicht abgetrennt von der *colonial condition* analysiert werden, in der sie sich entfaltet (hat), in die sie eingebettet ist, und die auch unsere Wege zu ihrem Verständnis prägen. Dies will ich im Folgenden mit Pablo Quintero und Sebastian Garbe (2013) näher erläutern und in Hinblick auf mein Erkenntnisinteresse an epistemischer Gewalt erweitern:

Aus einer dekolonialen Perspektive werden die Ursprünge der Moderne in der gewaltsamen Eroberung Amerikas und der darauf basierenden europäischen Hegemonie über den Atlantik ab dem 16. Jahrhundert verortet. Moderne und Kolonialität sind also co-konstitutiv, weshalb Gewalt kein Störfall der Moderne, son-

2 Dieser Text entstand im Rahmen des vom Wissenschaftsfonds der Republik Österreich (FWF) geförderten Forschungsprojekts »Theorizing Epistemic Violence« (Projektnummer V. 368-G15, vgl. epistemicviolence.info; 2.2.2018). Für Diskussionen vorangegangener Versionen danke ich Helmut Krieger, Mechthild Exo und Laura Appeltshauer. Danke auch für die Kommentare der Herausgeber_innen und Gutachter_innen.

dem bereits ihrer Genese zutiefst eingeschrieben ist. Diese Verschränkung wird als grundlegende Bedingung für die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems betrachtet, das sich mit seinen Ausbeutungs- und Akkumulationsmechanismen global durchgesetzt hat und bis heute anhält. Die auf vielfache Weise gewaltförmigen Ursprünge der weltweit durchgesetzten Moderne verschwinden jedoch in dominanten eurozentrischen Narrativen, indem die Moderne immer wieder als Errungenschaft von (französischer) Aufklärung, (britischer) industrieller Revolution oder (deutscher) Reformation erzählt wird. Es scheint, als stünden diese Entwicklungen in keinerlei Relation zu jenen Kolonialpolitiken, die sowohl die konzeptionelle und geopolitische Hervorbringung als auch den ökonomischen und kulturellen Aufstieg Europas zum nachzuahmenden Erfolgsmodell für die ganze Welt überhaupt erst ermöglicht haben (vgl. Boatcă/Costa 2010).

Damit kommt auch die Dimension des Wissens ins Spiel. Der zuerst kolonialen und später imperialen Asymmetrie in Wirtschaft und Politik liegt nämlich nicht nur die Ausbeutung und physische Vernichtung von Menschen, sondern auch die systematische Subalternisierung und Auslöschung von Wissens- und Seinsformen der kolonisierten Bevölkerungen zugrunde. Dieser »Epistemizid« (Santos 2014) wiederum wurde mit einer spezifischen Form sozialer Klassifizierung und Hierarchisierung durchgesetzt. Dies hat sich zuerst in der Logik des Katholizismus und später in jener der sich allmählich herausbildenden Wissenschaften artikuliert und mittels massiver Gewaltpraktiken etabliert (vgl. Grosfoguel 2013). Das aus dekolonialer Perspektive bis heute wirkmächtigste Instrument dieses Prozesses ist die Hervorbringung der Idee von »Rasse«, die mit ihrer gewaltsamen Implementierung in unzähligen kolonialen Praktiken der Macht, des Wissens und des Seins zur Grundlage einer globalen Arbeitsteilung und des kapitalistischen Weltsystems geworden ist.³ Schließlich hat das erfolgreiche koloniale Machtmuster auch seine eurozentrische Wissensform und die damit einhergehende rassistische und vergeschlechtlichte Produktionsweise von spezifischen Subjektivitäten im Verlauf von 500 Jahren über die ganze Welt ausgebreitet und damit weit mehr als nur ökonomische Auswirkungen hervorgerufen (vgl. Federici 2012). Ein Verständnis von Globalisierung, das auf der Annahme einer modernen (europäischen) Errungenschaft von allmählich weltweit gleichmäßig verteilter Partizipation und Repräsentation als Folge von Aufklärung und Fortschritt beruht, ist also nichts anderes als eine Verallgemeinerung und Transformierung eines ganz spezifischen und zutiefst gewaltförmigen Modus von Welt und Sein. Auf den Punkt gebracht: Wissen-

3 Zur »Kolonialität des Seins«, die diese beiden Konzepte im dekolonialen Theoriegebäude komplettiert, siehe Maldonado-Torres (2000).

schaftlich normalisierter Rassismus/Sexismus und die damit einhergehende Durchsetzung von globaler Arbeitsteilung und Ressourcenallokation sichern jene Ausbeutungsverhältnisse, Unterdrückungsformen und Subjektivierungsweisen, die mit den geopolitischen Entscheidungen und Unternehmungen weißer europäischer Eliten vor 500 Jahren ihren Anfang genommen haben (vgl. Lugones 2007; Quijano 2010; Federici 2012; Grosfoguel 2013).

Die in einer solchen Form der Globalisierung anzutreffenden manifesten und materiellen Dimensionen von Gewalt werden also von der »Kolonialität des Wissens« mit hervorgebracht (vgl. Germaná 2013; Grosfoguel 2013; Lander 1993). Damit rückt die Frage nach epistemischer Gewalt in den Blick, also nach jener Gewaltförmigkeit, die dem Wissen selbst innewohnt. Ebenso wie in postkolonialen Theorien, die die Kolonisierung Asiens, Afrikas und der arabischen Welt im 19. und 20. Jahrhundert zum Ausgangspunkt nehmen, spielt der Zusammenhang von Wissen, Macht, Herrschaft und Gewalt auch für dekoloniale Theoriebildung lateinamerikanischen Ursprungs eine zentrale Rolle.⁴ Diese datiert die Anfänge des Problems jedoch auf die 400 Jahre zuvor erfolgte europäische Expansion in die Amerikas zurück und beschreibt sie als Möglichkeitsbedingung für die spätere Expansion nach Asien und Afrika und die Globalisierung des kapitalistischen Weltsystems. Der mit diesem Prozess einhergehenden Etablierung wissenschaftlicher Disziplinen, Institutionen und Praktiken und dem so generierten Wissen wird dabei besonderes Augenmerk gewidmet (vgl. The Gulbenkian Commission 1996; Gutiérrez Rodríguez et al. 2010). Die modern-säkularisierten Wissenschaften haben die christlich-religiös imprägnierten Wissenssysteme der Anfänge des Kolonialismus abgelöst und auf der Basis der cartesianischen Trennung von Körper und Geist ein rationalisiertes Weltverstehen durchgesetzt, das heute als seiner gewaltvollen Ursprünge bereinigt und neutral erscheint (vgl. Grosfoguel 2013; Maldonado-Torres 2000). Diese Universalisierung der partikularen eurozentrischen Perspektive tendiert aus epistemologischen und politischen Gründen dazu, (post)koloniale Hierarchien zu reproduzieren und gewaltdurchdrungene Normalitäten von Macht und Wissen zu bestätigen. Im Gegensatz zur historisch abgeschlossenen Zeit des Kolonialismus beschreibt der Zustand der Kolonialität einen anhaltenden Zustand, der weit über die als beendet betrachteten politischen Dekolonisierungsprozesse hinausgeht und nachhaltig in unseren Wissenssystemen und

4 Für einen systematischen Überblick, insbesondere zum Diskussionszusammenhang der *Colonialidad/Modernidad*-Gruppe, siehe Garbe (2013 a).

deren Praktiken wirksam ist.⁵ Dies trifft konsequenterweise auch auf die FuKF zu, die nicht außerhalb der hier skizzierten Kolonialität der Macht existiert und infolgedessen auch die Kolonialität des Wissens nicht einfach abstreifen kann.

Das *post* in postkolonial benennt in dieser Lesart also keine zeitlich abgeschlossene und damit gänzlich überwundene Phase der Menschheitsgeschichte, sondern vielmehr die weitverzweigten Kontinuitäten zwischen jetzt und einst, zwischen hier und dort. Darüber hinaus handelt es sich bei der daraus folgenden Kolonialität des Wissens auch nicht nur um ein Problem für die Kolonisierten, die Peripherien, die Marginalisierten, die ihrerseits Objekte der FuKF sind. Sie betrifft auch die Forschungssubjekte selbst, die Zentren der Wissensproduktion, die Sprechpositionen von Autorität und Expertise und die Institutionalisierungen und Wirkungsweisen, in denen diese anhaltende Kolonialität ihren Ausdruck findet. Das *de* in dekolonial wiederum beschreibt den Horizont der potenziellen Überwindung dieser Kolonialität des Wissens, die notwendigerweise mit der Infragestellung der ebenfalls anhaltenden Kolonialität der Macht einhergeht – und umgekehrt. Das eine kann nicht ohne das andere erfolgen. Bei der Dekolonisierung der Macht handelt sich also um einen Prozess, der einige Zeit in Anspruch nehmen, Widerständen begegnen und Rückschläge erleiden wird, und in dem das ambitionierte Vorhaben einer Dekolonisierung des Wissens eine wichtige Rolle spielt. An der »Unterseite der Moderne« (Maldonado-Torres 2008), also in den Peripherien, in den sozialen Bewegungen, im Widerstand gegen Ausbeutungsverhältnisse vor allem im Globalen Süden, hat dieser Prozess schon lange begonnen. Er hat nicht weniger vor Augen als die Utopie eines gerechten Lebens für alle, dessen Verheißung vom kapitalistischen Weltsystem nicht erfüllt wird (vgl. Grosfoguel 2008).

1.2 Komplizenschaft der Friedens- und Konfliktforschung

Aus Perspektive einer »Hegemonie(selbst)kritik« (Dietze 2008) muss also auch im Globalen Norden nach der *colonial condition* gefragt werden, welche auch die FuKF historisch geprägt hat und bis heute in ihr wirksam wird. Ein weiter Gewaltbegriff, der die Kolonialität des Wissens berücksichtigt, kann den Prozess der Dekolonisierung der Macht begleiten, die ein explizites Anliegen post- und dekolonialer Ansätze darstellt. Doch in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit und ihrem Fokus auf direkte und physische Gewalt scheint die sich zunehmend professionalisierende Disziplin der FuKF bisweilen eher Komplizin der Kolonialität als Weg-

5 Wie Robert Young mit Verweis auf zahlreiche Beispiele von den nordamerikanischen *First Nations* bis zur Westsahara treffend bemerkt, ist auch der politische Prozess der Dekolonisierung noch nicht vollständig abgeschlossen (Young 2006: 3-4).

bereiterin der Dekolonisierung zu sein. Mit zunehmender Institutionalisierung hat sich ihr Verständnis von Gewalt, das im Wechselverhältnis mit breiten sozialen Bewegungen in den 1970er und 1980er Jahren auch eine weite Phase durchlaufen hat (vgl. Galtung 1975; Krippendorff 1968; Senghaas 1968), wieder verengt. In dieser Verengung ähnelt sie der ihr verwandten und noch stärker von Realismus und Positivismus geprägten Disziplin der Internationalen Beziehungen (vgl. kritisch Appeltshauser 2013). In diesem Umfeld wird Gewalt vorrangig im *außenpolitischen Anderswo* (in sogenannten gescheiterten oder Schurkenstaaten), im entwicklungspolitisch fokussierten Globalen Süden (der zu entwickeln und zu demokratisieren sei) oder im innenpolitischen *Sicherheits- und Kulturrisiko Migration* (das vermeintlich kulturell bedingte Formen von Gewalt in das ebenfalls qua Kultur als gewaltfrei vorgestellte *Abendland* zu importieren droht) verortet und von jenen strukturellen, symbolischen und epistemischen Dimensionen von Gewalt abgetrennt, die ihrerseits eine relationale Verwobenheit mit dem *Hier* und *Wir* sichtbar machen würden.

Je enger und isolierter der Gewaltbegriff, so mein Argument, umso anfälliger ist er auch für Komplizenschaft mit epistemischer Gewalt, die als stille Norm im Hintergrund wirkt und damit auch andere Gewaltformen normalisiert. Denn wenn Gewalt lediglich als Störung verstanden wird, die – auch mit Hilfe wissenschaftlicher Expertise – wieder in Ordnung zu bringen sei, wird die Gewaltförmigkeit eben jener (Wissens)Ordnung selbst unsichtbar. Doch auch ein simpler Umkehrschluss dieser These ist nicht zulässig, denn ein weiter Gewaltbegriff allein garantiert noch nicht die Überwindung der Kolonialität des Wissens, wie etwa Meera Sabaratnam (2013) an der auch kritischen Debatte zum Konzept des liberalen Friedens zeigt.

Ich denke, dass eine post- und dekoloniale Relektüre weiter Gewaltbegriffe, die systematisch versteht und auch erklärt, was epistemische Gewalt ist (Theorie) und wie sie in Erscheinung tritt (Empirie), die Unsichtbarkeit und Normalität epistemischer Gewaltförmigkeit einer Bearbeitung zugänglich machen kann. Diese dekonstruktive Bewegung stellt die notwendige Voraussetzung dar, um in Zukunft auch rekonstruktive Zugänge durchdenken und schließlich auch anwenden zu können. Ich werde also in einem ersten Schritt nicht voreilend auf den erwartbaren Einspruch zur (un)möglichen Operationalisierbarkeit epistemischer Gewalt reagieren, mit der weite Gewaltbegriffe immer wieder zurückgewiesen werden. Auch einen Imperativ der Dringlichkeit und Problemlösungsnotwendigkeit weise ich an diesem Punkt zurück, weil ich ihn selbst als eine Facette epistemischer Gewaltförmigkeit betrachte, die alternative Denkweisen von vornherein zu blockieren trachtet. Letztere Anrufung halte ich auch insofern für unangebracht, als die

Beschäftigung mit epistemischer Gewalt keineswegs mit der *Relativierung* direkter und physischer Gewalt einhergehen muss (vgl. Schroer 2000). Mir liegt vielmehr an einer *Relationierung* unterschiedlicher Formen von Gewalt. Dies erfordert ein Ausloten der Frage, was epistemische Gewalt überhaupt ist, als was wir sie verstehen und wie wir sie greifen oder begreifen können.

2. Epistemische Gewalt: (k)ein Thema für die Friedens- und Konfliktforschung

Parallel mit den eingangs erwähnten Konjunkturen in der Gewaltdebatte beschäftigt sich die FuKF notwendigerweise auch immer wieder mit dem Verhältnis zwischen Theorie und Praxis, Wissenschaft und Politik, Forschung *über* und Forschung *für* den Frieden, Distanz und Nähe gegenüber sowohl den Geldgeber_innen als auch den Forschungsobjekten des Fachs, kurzum: dem Verhältnis zwischen Affirmation von und Kritik an Herrschaftsverhältnissen (vgl. Alfs 1995; Jaberg 2009). Letzteres ist insbesondere dann der Fall, wenn es um die direkte Militarisierung vor allem der eigenen Gesellschaft geht, etwa im Kontext von Rüstungsfragen oder Kriegseinsätzen. Diese und ähnliche Anlässe der innen- und außenpolitischen Agenda finden auch zivilgesellschaftlichen und medialen Widerhall.⁶ Kritik an Herrschaftswissen im Zusammenhang mit staatlicher Gewalt wird darüber hinaus auch in sozialen Bewegungen und Initiativen selbst generiert, was wiederum den Anstoß für die Erneuerung wissenschaftlicher Standortbestimmungen geben kann.⁷ Weniger sichtbare, indirekte Formen von Gewalt, die sich schlechter für jeweils aktuelle Problematisierungen eignen, erregen hingegen weniger politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Auch in der Wissenschaft sind sie schwieriger zu thematisieren, weil sie als nachrangig gegenüber direkter physischer Gewalt erachtet werden. Wenig überraschend ist epistemische Gewalt daher bislang weder für theoretische noch für empirische Arbeiten ein gängiger Begriff oder gar ein eigenständiges Thema. Der zumeist enge Gewaltbegriff der FuKF findet vorrangig in sozialwissenschaftlich-empirischen Arbeiten Anwendung, was wiederum mit einer nur gering ausgeprägten Theorietradition des Fachs einhergeht. Darüber hinaus sorgt auch die zweifache Annahme von Gewalt-

6 Zur Kritik an der Militarisierung des Politischen siehe die wissenschaftlichen Publikationen der Informationsstelle Militarisierung e. V. (IMI), Tübingen.

7 Insbesondere Frauenbewegung und Feminismus haben eine reiche Tradition wissen(schaft)kritischer Zugänge hervorgebracht, vgl. Harding (1991); Mohanty (1991); Ernst (1999); Singer (2005); Riley et al. (2008); Enloe (1989); Mendel (2015). Zum Problemkomplex epistemischer Gewalt gehört auch die dabei erfolgende Einverleibung und Entnennung von Bewegungswissen in wissenschaftliche(r) Expertise, was ich hier jedoch nicht weiter ausführen kann.

losigkeit dafür, dass epistemische Gewalt (noch) kein Thema der FuKF ist. Damit meine ich zum einen, dass das hegemoniale eurozentrisch-aufklärende Wissenschaftsverständnis, inklusive seiner kritischen Ausprägungen, davon ausgeht, dass Wissen(schaft), ähnlich wie Politik (vgl. Arendt 1970), im Allgemeinen das Gegenteil beziehungsweise sogar ein Gegenmittel zu Gewalt darstellt. Doch gerade weil Gewalt zumeist als direkte und physische Gewalt verstanden oder erst gar nicht weiter definiert wird, kann sie vom eigenen wissenschaftlichen Tun als vollständig abgetrennt betrachtet werden. Gewalt wird dementsprechend zumeist als *anderswo*, *anderswer* und *anderswas* gefasst – oder, wenn doch irgendwie *hier* und *bei uns*, dann, wie im Falle der Thematisierung des Nationalsozialismus, als vergangen und überwunden, so das dominante Narrativ.⁸ Das durchaus thematisierte Gewaltmonopol des Staates gilt den meisten Friedens- und Konfliktforschenden als friedensförderliches Element der Zivilisierung anderer Gewaltformen (vgl. Weller 2003: 485), und die dem Staat und seinen Politiken dienenden Wissenschaften als deren Werkzeug. Zum anderen wohnt der FuKF auch ein themenspezifisches Selbstverständnis inne – in der Friedensforschung explizit, in der Konfliktforschung implizit –, das bisweilen von einer positiven Utopie der Gewaltfreiheit und von Pazifismus geprägt ist (vgl. Brücher 2008; Jaberg 2011; Narr 1983). Dies bringt starke Normen und Werte mit sich, denen die wissenschaftliche Praxis nicht immer entsprechen kann (vgl. Jaberg 2009). Schließlich werden post- und dekoloniale Perspektiven, die den Begriff der epistemischen Gewalt zwar auch noch nicht systematisiert haben, ihn aber mit großer Selbstverständlichkeit verwenden, in der FuKF erst allmählich rezipiert. Aus den genannten Gründen ruft es vor allem unter Friedensforscher_innen entsprechende Zweifel und Widerstände hervor, wenn Wissenschaft selbst als potenziell gewaltförmig thematisiert wird. So lassen sich in der FuKF auch nur wenige Stimmen finden, die einen expliziten Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Gewalt herstellen, und noch weniger, die dies über den Begriff epistemische Gewalt tun. Im Folgenden stelle ich dahingehende Überlegungen von drei bekannten Größen des Fachs vor (Galtung 1990; Saner 1982; Reyhler 2010) und lote deren Stärken und

8 Diese Beobachtung leite ich aus mehrjähriger Teilnahme an Tagungen der FuKF im deutschsprachigen sowie der IB im englischsprachigen Raum ab. Auch aus meiner Mitarbeit in der Jury des Christiane Rajewsky-Preises der AFK ergibt sich ein ähnliches Bild: Theorie ist rar und zumeist im eurozentrischen IB-nahen Kanon verortet, Empirie bezieht sich überwiegend auf entfernte Kriegs- und Krisengebiete, deren Gewaltszenarien zwar beständig in einen Gegensatz zu, kaum jedoch in ein Verhältnis der Verwobenheit mit Europa beziehungsweise der historisch als befriedet und genuin demokratisch skizzierten sogenannten westlichen Welt gestellt werden.

Schwächen im Hinblick auf eine weiterführende Theoretisierung epistemischer Gewalt aus.

2.1 Epistemische als kulturelle Gewalt

Johan Galtungs Konzept der strukturellen Gewalt (1975) hat entscheidend zur Weitung des Gewaltbegriffs in der FuKF und darüber hinaus beigetragen. Mit dem Fokus auf soziale Ungerechtigkeit, die aus der Differenz zwischen dem Möglichen und dem Realen sowie aus der konstatierten Latenz von Gewalt resultiert, ist die Berücksichtigung von Wissen(schaft) als potenziell relevantes Element von Gewaltverhältnissen bereits in diesem Werk angelegt. Doch der Begründer der Friedensforschung konzipiert strukturelle Gewalt vorrangig in ihrem Verhältnis zu von ihm so genannter personaler Gewalt. Die Dimension des Wissens verortet er lediglich in einer disziplinären Fragmentierung der Wissenschaften, die mit einer genuin interdisziplinären und engagierten Friedensforschung überwunden werden könne (vgl. Galtung 1975: 37-59; Lawler 1995: 47-65). Fünfzehn Jahre später kommt der *cultural turn* auch in der Friedensforschung an und wird von Galtung in den weitaus schwächer rezipierten Text über kulturelle Gewalt übersetzt. In seinem Aufsatz »Cultural Violence« (Galtung 1990) äußert er sich konkreter zur Dimension des Wissens, indem er das zentrale Problem der Legitimation von Gewalt thematisiert:

»Cultural violence makes direct and structural violence look, even feel, right – or at least not wrong. [...] One way cultural violence works is by changing the color of an act from red/wrong to green/right or at least to yellow/acceptable« (Galtung 1990: 291).

Unter kultureller Gewalt versteht Galtung eine »unveränderliche Permanenz«⁹ (Galtung 1990: 294), die ausgeht von »jenen Aspekten von Kultur, der symbolischen Sphäre unserer Existenz, die zur Rechtfertigung von direkter oder struktureller Gewalt verwendet werden können« (Galtung 1990: 291). Damit sind »Religion und Ideologie, Sprache und Kunst, empirische und formale Wissenschaften (Logik, Mathematik)« (Galtung 1990: 291) gemeint – also ein nicht näher spezifiziertes, heterogenes Bündel an Wissensformen, das am Ende des Aufsatzes noch um »Kosmologie« und eine hier nicht näher erklärte sozialpsychologische Dimension einer »Tiefenkultur« (Galtung 1990: 301) erweitert wird.¹⁰ Als Beispiel

9 Zur leichteren Lesbarkeit wurden Zitate und Begriffe, die in den deutschen Fließtext integriert werden, von der Autorin ins Deutsche übersetzt.

10 Weiterführend zu Tiefenkultur und Kosmologie siehe Lawler (1995) und Graf (2009).

für die kulturell gewaltförmige Dimension von Wissen(schaft) führt Galtung den Zusammenhang von Sklaverei und Rassismus an. Die jahrhundertelange massive direkte Gewalt der Versklavung von Menschen aus Afrika habe massive kulturelle Gewalt hervorgebracht, die sich bis heute in unzähligen rassistischen Ideen manifestiere, so Galtung. Nach einiger Zeit würden direkte Gewalt und Sklaverei vergessen, und in heutigen Lehrbüchern fänden sich lediglich abgeschwächte Begriffe wie Diskriminierung und Vorurteil wieder. Das komme einer sprachlichen Bereinigung gleich, die selbst wiederum kulturelle Gewalt darstelle (Galtung 1990: 295). Darüber hinaus ist von Sozial- und Geisteswissenschaften als Orten kultureller Gewalt nicht die Rede; vielmehr scheinen diese, insbesondere die Friedensforschung, deren Überwindung zu versprechen. Mit dem Beispiel von Sklaverei und Rassismus umreißt Galtung nur eine Seite der dynamischen Bewegung zwischen unterschiedlichen Gewaltformen. Die wesentlichen Rahmenbedingungen für die Hervorbringung und Durchsetzung jenes Wissens, das Versklavung, Ausbeutung und Massenmord an Afrikaner_innen erst ermöglichte, bleibt in diesem Beispiel unbenannt: die koloniale Expansion Europas, die nicht nur eine militärische und ökonomische, sondern auch eine kognitive und kulturelle Unterwerfung bedeutet (vgl. Boacã 2013). Wissen nimmt nicht nur in den Nachwirkungen, sondern auch in der Hervorbringung von Sklaverei und Rassismus eine wesentliche Funktion ein, die Galtung hinsichtlich ihrer globalen Dimension der Kolonialität (die cartesianische Trennung von Objekt und Subjekt sowie die Erfindung und Naturalisierung des Konzepts der »Rasse«) jedoch nicht berücksichtigt. Obwohl Kolonialismus als System struktureller Gewalt und das Beispiel des Rassismus angeführt werden, scheint Wissen nur eine Folge, nicht jedoch eine konstitutive Voraussetzung der Problematik kultureller und anderer Formen von Gewalt zu sein.

Den Begriff epistemische Gewalt verwendet Galtung an keiner Stelle, und sein Text lässt auch keinerlei Rezeption der damals zeitgenössischen postkolonialen oder postmodernen Debatte erkennen. Mit erstaunlicher Leichtigkeit übergeht der Autor auch bereits existierende kulturwissenschaftliche Auseinandersetzungen rund um den Kulturbegriff, der bei ihm sehr diffus bleibt. Dies führt ihn bei der Frage nach der Veränderbarkeit kultureller Gewalt zu Formulierungen, die nicht nur aus post- und dekolonialer Sicht problematisch sind. Auch wenn Galtung eingangs betont, dass man von der Aussage »Aspekt A von Kultur C ist ein Beispiel kultureller Gewalt« nicht zu stereotypisierten Schlüssen wie »Kultur C ist gewalttätig« gelangen dürfe (Galtung 1990: 291), lautet sein Fazit: »Changing the cultural genetic code looks at least as difficult as changing the biological genetic code« (Galtung 1990: 301). Dieses Verständnis von Kultur und Wissen führt bei der

Theoretisierung epistemischer Gewalt nicht weiter. Vielmehr leistet der Begriff des *genetischen Codes* – kulturell oder biologisch verstanden – einer spezifisch eurozentrischen Kulturalisierung von Gewalt Vorschub, die aus post- und dekolonialer Perspektive selbst eine Form epistemischer Gewalt und eine Manifestation der Kolonialität des Wissens darstellt. Das grundlegende Argument jedoch, dass eine Art unsichtbare Gewalt existiere, die im Kulturellen und damit auch im Bereich des Wissens angelegt sei, ist für eine weitere Theoretisierung epistemischer Gewalt in der FuKF unverzichtbar.

2.2 Epistemische als symbolische Gewalt

Im Gegensatz zu Galtung spricht dessen Zeitgenosse Hans Saner zumindest an einer kurzen Stelle des Kapitels »Personale, strukturelle und symbolische Gewalt« aus dem Werk »Hoffnung und Gewalt. Zur Ferne des Friedens« (1982) auch explizit von epistemischer Gewalt. Diese lokalisiert er anhand seiner Frage nach der »Gewalt der *durchgesetzten* Bedeutung« (Hervorh. im Orig.; Saner 1982: 87) zwischen ästhetischer und ideologischer Gewalt, welche er gemeinsam mit religiösen Aspekten dem Konzept symbolischer Gewalt nach Pierre Bourdieu (vgl. Bourdieu/Passeron 1973) unterordnet. Symbolische Gewalt ist für ihn zentral, weil Symbolsysteme strukturelle (und schließlich auch personale) Gewalt absichern und sogar »durch eigene Gewaltformen [...] zu Gewalt konditionieren« (Saner 1982: 84) würden. Um epistemische symbolische Gewalt zu erklären, vergleicht auch der Schweizer Philosoph die Wissenschaften mit der Kunst:

»So wie die Kunst eine inner- und eine ausser-ästhetische [sic!] offene Flanke zur Gewalt hat, aber eigentlich durch die Offenheit ihrer Produktivität und durch die Vieldeutigkeit ihrer Werke gewaltlos sein könnte, so ist Wissenschaft nach innen und aussen [sic!] zur Gewalt offen, obwohl sie, im kritischen Bewusstsein der Voraussetzungen, der operablen Begriffe, der Methoden und der überprüfbaren Resultate, gewaltfrei sein könnte« (Saner 1982: 89).

Auch wenn er sich mit den gewaltförmigen und -fördernden Dimensionen wissenschaftlicher Wissensproduktion auseinandersetzt, hält Saner als Friedensforscher an der Möglichkeit genuin gewaltfreier Forschung fest, ohne dies jedoch näher zu begründen. Damit berührt er einen wunden Punkt der Friedensforschung, für die Gewaltfreiheit ein zumindest implizites Prinzip darstellt. Die grundsätzliche Ablehnung jeglicher Form von Gewalt, die darin mitschwingt, geht mit einem Diskursverständnis nach Jürgen Habermas (1981) einher, das Sprechen, Verhandeln

und Wissenschaft-Betreiben als genuin gewaltfrei versteht, analog zu einem Verständnis des Politischen nach Hannah Arendt (1970). Nichtsdestotrotz hält Saner Wissenschaft in zweierlei Hinsicht als anfällig für Gewalt, wenn er weiter ausführt:

»Nach innen öffnet sich diese Flanke, sobald sich Wissenschaft für die einzig legitime Erkenntnisweise hält, die alle übrigen Arten des Weltverstehens prinzipiell vernichtet. Das kann nur geschehen durch eine Reihe von Verkehungen in ihrem Selbstverständnis, in dem sie sich nun für voraussetzungslos hält, die reduktiven Begriffe mit den Sachen an sich identifiziert, die induktive Logik für die Logik des Denkens schlechthin hält, eine Methode zur allein berechtigten erklärt und ihre Resultate durch Letztbegründungen absolut sichern will. Nun wird sie als Rationalismus zum Imperialismus des Denkens und durch die ihr eigene Aggressivität zur ZerstörerIn der Vernunft der Welt« (Saner 1982: 89).

Aus post- und dekolonialer Perspektive ist das Verhältnis zwischen Wissen(schaft) und Macht beziehungsweise Gewalt kein grundsätzlich positives, das nur punktuell auf Irrwege gerät und nur unter widrigen Umständen problematisch wird. Bei epistemischer Gewalt handelt es sich nicht um Abweichungen von einer ansonsten gewaltfreien Realität – vielmehr konstituieren diese von Saner so benannten »Verkehungen« die Realität der anhaltenden »Kolonialität des Wissens« (Lander 1993) selbst, die schließlich auch die »Kolonialität der Macht« (Quijano 2010) befestigt. Wenn Saner die Ignoranz oder gar Auslöschung von nicht primär wissenschaftlichen Erkenntnisweisen und Wissensformen durch das System Wissenschaft selbst anspricht, stimmt er mit einem Argument dekolonialer Perspektiven im Ansatz überein und bietet damit einen potenziellen Anknüpfungspunkt zwischen diesen beiden Traditionen. Er scheint jedoch strikt zwischen wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Wissen zu unterscheiden:

»Nach aussen [sic!] ist sie [die Wissenschaft, Anm. CB] offen für Gewalt, sofern sie sich mit ideologischen Interessen durchsetzen lässt und diesen, in vermeintlich wissenschaftliche Weise, dient. [...] Vermutlich dient der grösste [sic!] Teil der Wissenschaft auch ausserwissenschaftlichen [sic!], ideologischen, Interessen, ohne dies selber zu durchschauen« (Saner 1982: 89-90).

Hier wird Außerwissenschaftliches nicht in erster Linie als Ressource für alternatives und auch friedensförderndes Wissen, sondern als Hort des Ideologischen verstanden – ganz so, als wäre demgegenüber Wissenschaft genuin ideologiefrei

und interessenlos, weil der Kunst verwandt und der Aufklärung verpflichtet. Epistemische Gewalt wird damit als bedauerliche Abweichung von grundsätzlich ideologie- und gewaltfreier Wissenschaft konzipiert, die lediglich nicht immer selbstaufgeklärt genug ist, um ihre eigenen Defizite zu erkennen und gegebenenfalls zu beheben. Wie dies geschehen soll, wird hier nicht weiter ausgeführt.

2.3 Epistemische als psychologische Gewalt

Dieser Aufgabe stellt sich der belgische Politologe und ehemalige Vorsitzende der *International Peace Research Association*, Luc Reyhler. Beinahe 30 Jahre nach Saner und 20 Jahre nach Galtung lokalisiert er in seinem Vortrag »Intellectual Solidarity, Peace and Psychological Walls« (Reyhler 2010) das von ihm vorrangig als psychologisch verstandene Problem auf einer ganz anderen Ebene, nämlich beim handlungsmächtigen, aufgeklärten (akademischen) Individuum. Dieses wird dementsprechend auch für dessen Überwindung zuständig erklärt:

»Mental walls can be created intentionally and remain operational because of neglect or insufficient efforts to dismantle them. In that case, we are dealing with epistemic violence. In this paper, »epistemic violence« is defined as the active or passive inhibition of knowledge and know-how that could be used for furthering international cooperation and sustainable peace-building« (Reyhler 2010: 5).

Man könnte meinen, auch Reyhler sei nahe an dekolonialen Positionen, wenn er die Ausgrenzung von im Hinblick auf Friedensförderung qualitativ besserem Wissen kritisiert. Bedenkenswert ist dieser Gedanken jedoch, wenn es darum geht, dieses andere Wissen in bestehende Praktiken des *Peacebuilding* zu integrieren. Gerade letzteres wird und kann nicht friktionsfrei funktionieren, denn radikal anderes, herrschaftskritisches Wissen ist zumeist nicht mit herkömmlichen Verfahrensweisen, Begriffen und Zugängen kompatibel. Mechthild Exo zeigt in ihrer Studie zu alternativen Wissensformen und Kritik an internationalen *Peacebuilding*-Maßnahmen in Afghanistan, wie dieses Wissen gängige Praktiken herausfordert und gerade deshalb wahlweise als irrelevant oder als bedrohlich verstanden und dementsprechend marginalisiert wird (vgl. Exo 2017). Auch die Vorstellung von nicht näher erläuterten mentalen Mauern bei Reyhler ist problematisch, wenn man epistemische Gewalt in einem post- und dekolonialen Verständnis als weitverzweigtes und asymmetrisch organisiertes System, als heterogene Praxis, als komplexes Verhältnis und als dynamischen Prozess versteht. In seinen weiteren Ausführungen unterscheidet der Autor vier Voraussetzungen, die episte-

mische Gewalt hervorbrächten, und die sich grob mit dem Begriff Reduktionismus zusammenfassen ließen:

»Four types of conditions which make epistemic violence possible can be distinguished: (a) the existence of a rough and unlevelled playing field, (b) a reductionist research process, (c) significant gaps in the research, and (d) the curtailment of the impact of critical thinking and data on the opinion- and decision making« (Reychler 2010: 5).

Die Möglichkeitsbedingungen für alternatives, kritisches, transformatives Wissen sind in der Tat asymmetrisch über verschiedene Felder der Auseinandersetzung verteilt. Auch von einem systemimmanenten Reduktionismus im Prozess der Forschung selbst kann man ausgehen – doch die Frage ist, wie man diesen versteht. Reychler bezieht sich in seinem Argument des Reduktionismus auf Vandana Shiva, die kritisiert, dass ein überwiegender Teil der Forschung direkt oder indirekt dazu diene, manifeste Gewalt auszuüben (vgl. Shiva 1990: 232), weil immense Ressourcen in militärnahe Technikentwicklung und Rüstungsforschung fließen würden. Im Gegensatz zu der von ihm zitierten Autorin, die die Problematik ausdrücklich in die Systemkonkurrenz des Kalten Krieges und in eine Opposition von Kommunismus versus Kapitalismus einordnet, lokalisiert Reychler das Problem epistemischer Gewalt zwei Jahrzehnte später in keiner Weise in einem geopolitisch verstandenen Raum-Zeit-Verhältnis von Zentrum und Peripherie, von struktureller Dominanz und Marginalisierung, von ökonomischen Ursachen und ihren Wirkungen. Vielmehr spricht er wiederholt sehr allgemein von psychologischen Barrieren:

»The dismantling of the psychological walls is necessary to build sustainable peace in the world. [...] [W]e are especially interested in changes of the political-psychological climate or the software of peace building. Sustainable peace building requires the development of an integrative political-psychological climate, characterized by the perception of a mutually benefiting future, a we-ness feeling, dealing with past, and the dismantling of psychological or mental walls« (Reychler 2010: 4).

Man könnte diese Forderung nach einem zwischenmenschlich-akademischen Klimawandel mit Wohlwollen auch positiv lesen. Doch aus post- und dekolonialer Perspektive sind psychologisierende Antworten auf geopolitische Herausforderungen wenig überzeugend, wenn das eine in keinerlei Relation zu dem anderen gesetzt und vor allem nicht in der kolonialen Dimension angesprochen wird. Wenn die Analyse global asymmetrisch organisierter Herrschaftsverhältnisse von

einem international tätigen Sozialwissenschaftler und Friedensforscher übersprungen und dabei ein beinahe bedrohlich inklusives Wir-Gefühl heraufbeschworen wird, schreiben sich eurozentrische Universalisierungstendenzen ungebrochen fort. Vielleicht ließe sich eine Verbindungslinie zu einem post- und dekolonialen Verständnis von epistemischer Gewalt herstellen, wenn Reychler weiter ausführt, dass dem nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet wird, was wir nicht wissen, was nicht gesagt oder nicht sichtbar wird (vgl. Reychler 2010: 14). Daraus leitet er wiederum eine wissenschaftliche Verantwortung für jene ab, die in diesem System privilegiert sind – eine Forderung, die auch post- und dekoloniale Wissenschaftler_innen wiederholt formuliert haben (vgl. Spivak 1990; Bahri 1995; Gutiérrez Rodríguez 2010).

Reychler selbst spricht von Solidarität, was auf den ersten Blick überzeugend wirkt. Der Forschungsgemeinschaft, so Reychler, komme die Schlüsselverantwortung zu, sensible Fragen anzusprechen und intellektuelle Solidarität zu stärken (vgl. Reychler 2010: 17). Doch was heißt das in der Praxis des wissenschaftlichen Tuns und Lassens von miteinander in Konkurrenz stehenden Wissensökonomien (vgl. Dörhöfer 2010; Lohmann/Rilling 2002), deren Ressourcen und Einflussmöglichkeiten nicht aus Zufall äußerst ungleichmäßig über den Globus verteilt sind (vgl. Sahrai/Sahrai 2006; Weingart 2006) und in denen Wissen zunehmend zur Ware wird? Intellektuelle Solidarität als Mittel zur Reduktion wissen(schaft)simmanenter Phänomene epistemischer Gewalt erachte ich durchaus als probates Mittel. Sie ist ein wichtiges Element post- und dekolonialer Perspektiven, die mit der daraus abgeleiteten Forderung des aktiven »Verlernens von Privilegien« (Spivak, in Castro Varela/Dhawan 2015: 163) über eurozentrischen Humanitarismus hinausgehen. Solidarität in diesem Sinne kann jedoch nur unter Anerkennung der Voraussetzung gedeihen, dass inhaltlich, strategisch oder auch erkenntnistheoretisch unterschiedliche Standpunkte zwischen grundsätzlich als gleichberechtigt anerkannten Parteien bearbeitet werden. Dies muss aber von der analytischen Feststellung begleitet werden, dass Gleichheit zwar das Ziel, in den meisten Fällen jedoch nicht den realen Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Debatte im Nord/Süd- bzw. West/Ost-Verhältnis darstellt, weil diese Debatte ebenso asymmetrisch ist wie die politischen Ungleichheitsverhältnisse es sind, innerhalb derer sie mit zudem ungleichen Ressourcen geführt wird. Wird diese umfassende Asymmetrie ignoriert, kann aus gutgemeinter Solidarität nur allzu leicht schlecht gemachte Wohltätigkeit werden.

Diese Tendenz, die in Reychlers individualistisch-psychologisierender Lesart deutlich wird, kann mit einem post- und dekolonial inspirierten Konzept epistemischer Gewalt durchbrochen werden, denn epistemische Gewalt verweist auf die

Verwobenheit innerhalb von und zwischen Gewalt- und Ungleichheitsverhältnissen sowie auf die geopolitische Asymmetrie der *colonial condition*, in der auch solidarische Praxis notwendigerweise verortet bleibt.

3. Post- und dekoloniale Konzeptionen epistemischer Gewalt

Epistemische Gewalt kann sowohl Definitions- als auch Legitimationsmacht beinhalten. Sie produziert hegemoniale Diskurse, die zur Rechtfertigung ganz bestimmter Formen und Zwecke von Gewalt dienen und gleichzeitig andere delegitimieren. Diese von Galtung, Saner oder Reyhler durchaus geteilte Feststellung der Normalisierung von Gewalt durch Wissen(schaft) wird aus post- und dekolonialer Perspektive explizit in den Kontext europäischer kolonialer Expansion und der daraus resultierenden Kolonialität der Macht gestellt, die mit der Kolonialität des Wissens einhergeht. Epistemische Gewalt gedeiht aber nicht nur dort, wo es ausdrücklich um zumeist direkte und physische Gewalt und um deren Rechtfertigung geht. An diesen Stellen ist sie jedoch leichter benennbar und vor allem als gewaltförmig begreifbar zu machen. Daher bietet sich die FuKF durchaus als geeigneter Ort an, um Begriffsarbeit ebenso wie konkrete Analysen von Phänomenen epistemischer Gewalt voranzutreiben. Epistemische Gewalt ist auch keineswegs gleichmäßig über Strukturen, Institutionen, Akteur_innen und Diskurse verteilt. Sie hat eine spezifische Herkunft (Europa), eine spezifische Geschichte (Kolonialismus), spezifische Funktionsweisen (Rassismus/Sexismus und globale Arbeitsteilung) und bringt ganz spezifische Subjekte hervor. Sie konstituiert nicht nur die kolonisierten Anderen, die mit Julia Reuter als *VerAnderte* bezeichnet werden können. Dieser »VerAnderung« (Reuter 2002: 186) steht eine Hervorbringung von normalisierten und universalisierten *Selbsten* gegenüber, die ebenso von der Kolonialität und »Geopolitik des Wissens« (Mignolo 2002) geprägt sind und die ich *Verselbstverständlichte* nennen will.

Auf diese Weise »situiertes Wissen« (Haraway 1988) macht sich den »god trick« (Haraway 1988: 581) der vermeintlich neutralen und objektiven Beobachtungsposition zunutze. Diese gibt vor, von einem fiktiven »Nullpunkt« (Castro-Gómez 2005: 3) aus zu sprechen, der aus post- und dekolonialer ebenso wie aus feministischer Perspektive gar nicht existieren kann. Nach Ramón Grosfoguel handelt es sich dabei nicht nur um eine Hierarchisierung von Standpunkten und Standorten, sondern um einen Prozess der *Heterarchie*, also ein Ineinanderwirken gleichzeitiger Hierarchisierungen (vgl. Grosfoguel 2008: 10), das über unterschiedliche Differenzierungskategorien Gestalt annimmt. Wie sich epistemische Gewalt auf der Basis dieser Denkbewegung besser fassen lässt, machen die fol-

genden konzeptionellen Annäherungen an epistemische Gewalt deutlich, die im Gegensatz zu den oben genannten Friedensforschern vor allem epistemisch im Globalen Süden zu verorten und von feministischer Erkenntnistheorie und Wissen(schaft)skritik inspiriert sind.

3.1 Repräsentation und geteilte Geschichte/n

Die früheste und am weitesten verbreitete Beschreibung epistemischer Gewalt stammt von einer der Begründer_innen postkolonialer Theorie. In ihrem berühmten Aufsatz »Can the Subaltern Speak?« (Spivak 1988) hat die in den USA tätige indische Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Gayatri Spivak am Beispiel der sogenannten Witwenverbrennung (*satee*) im kolonialen Indien dargelegt, wie sich unzählige Gewaltpraktiken der britischen Kolonialherrschaft normalisiert haben, während letztere sich mit dem aufgeregt diskutierten Verbot von *satee* den Anstrich von Zivilisiertheit, Gewaltfreiheit und damit politische Legitimität verschafft hat. Patriarchale koloniale und lokale Eliten verständigten sich auf dem Rücken recht- und stimmloser verwitweter ländlicher Frauen darüber, was als (il)legitime Gewalt zu gelten habe. Die Frauen selbst fanden weder in der zeitgenössischen politischen Debatte noch in späteren wissenschaftlichen oder literarischen Resonanzen westlicher Intellektueller Gehör.

Wie Spivak an mündlichen Überlieferungen über den Selbstmord der jungen Bhuvanewari Bhaduri zeigt, also an subalternem, von Wissenschaft und Politik nicht anerkanntem Wissen, artikulierten subalternisierte Frauen ihre Positionen durchaus. In einem Setting epistemischer Gewalt wurden ihre Stimmen jedoch nicht gehört. Sie werden es in dominanter Wissensproduktion bis heute nicht oder nur unter ganz bestimmten Bedingungen, wie vergleichbare Debatten über sogenannte kulturbedingte Geschlechtergewalt zeigen (vgl. Brunner 2015; Sauer/Strasser 2008). Die komplexen Prozesse des Zum-Schweigen-Bringens in der Produktion, Distribution und Konsumtion von Wissen und des Überschreibens durch Dominanz benennt Spivak mit dem starken Begriff *epistemic violence* und – der konzeptionellen Unterscheidbarkeit im Englischen zum Trotz – eben nicht mit *epistemic power*. Diese epistemische Gewalt kann sich wiederum in zahlreiche andere Formen von Gewalt übersetzen und ist von ihnen nicht zu trennen. Deshalb hat Spivak auch die anschaulichen Beispiele von Witwenverbrennung und weiblichem Selbstmord im Spannungsfeld zwischen kolonialen und lokalen patriarchalen Diskurs- und Gewaltregimes gewählt, ohne dabei jedoch das heterarchische Zusammenspiel der Kategorien »Rasse«, Sexualität, Klasse und geopolitische Positionierung außer Acht zu lassen.

In Anlehnung an Michel Foucault hebt Spivak mit dem Begriff epistemische Gewalt die Unterscheidung von Macht (*power*) und Gewalt (*violence*) auf (Dhawan 2007: 251), die auch in der FuKF bis heute Gültigkeit beansprucht. Ganz im Gegensatz zu Foucault, von dem sie den Begriff entlehnt, macht sie das asymmetrische globale und (post)koloniale Setting miteinander verwobener Gewaltpraktiken im Zusammenspiel von Wissen, Macht und Herrschaft explizit zum Thema:

»The clearest available example of such epistemic violence is the remotely orchestrated, far-flung, and heterogeneous project to constitute the colonial subject as Other. This project is also the asymmetrical obliteration of the trace of that Other in its precarious Subject-ivity. It is well known that Foucault locates epistemic violence, a complete overhaul of the episteme, in the redefinition of sanity at the end of the European eighteenth century. But what if that particular redefinition was only a part of the narrative of history in Europe as well as in the colonies? What if the two projects of epistemic overhaul worked as dislocated and unacknowledged parts of a vast two-handed engine?« (Spivak 1988: 280-281).

Diese Perspektive der »verwobenen Geschichte/n« (Randeria 1999) Europas mit seinen Kolonien ist wegweisend für unzählige postkoloniale Arbeiten mit und nach Spivak. Sie verdeutlicht, welche Leerstellen und Komplizenschaften auch kritische westliche Wissenschaft mitunter durchziehen. Ein solches Verständnis von Gewalt widerspricht der beständigen Isolation von bestimmten Gewaltphänomenen von ihrem historischen und geopolitischen Kontext ebenso wie deren privilegierter Dislozierung in den globalen Süden oder bisweilen in von dort nach hier migrierte sogenannte Parallelgesellschaften, die sich beständig in unsere Wissensbestände einschreiben und von ihnen immer wieder hervorgebracht werden. Darüber hinaus richtet sich diese Lesart epistemischer Gewalt insbesondere gegen die Unterstellung einer sich linear entwickelnden Gewaltabstinentz der Moderne (vgl. Pinker 2011; Reemtsma 2008) und deren Eignung als glaubwürdige und vor allem gewaltfreie Überbringerin von Demokratie, Menschenrechten und Emanzipation, die auch im Feld der IB und in der FuKF weitgehend als gegeben gilt. Obwohl dieses Narrativ aus kritischen Wissenschaftstraditionen immer wieder auch herausgefordert wird, hält es sich hartnäckig als dominante Erzählung von Moderne, Zivilisation und Überlegenheit, die letztlich auch zur Aufrechterhaltung bestimmter Gewaltverhältnisse und damit verbundener Privilegien und Selbstverständlichkeiten beiträgt.

3.2 Militärisch befestigte Wissensmonopole und ökonomische Ausbeutung

Etwa zur gleichen Zeit wie Spivak, aber ungleich seltener rezipiert, formuliert die indische Naturwissenschaftlerin Vandana Shiva ihr Verständnis von epistemischer Gewalt. In ihrem Aufsatz »Reductionist Science as Epistemological Violence« (Shiva 1990) macht die heute vor allem als Umweltaktivistin bekannte Autorin deutlich, dass es sich bei reduktionistischer Wissenschaft und daraus resultierender epistemischer Gewalt keineswegs um ein kognitives oder mental-psychologisches Problem handelt, so wie Reychler dies mit Bezug auf ihren Aufsatz vorschlägt. Auch geht es ihr nicht primär um die Ebene von Wissen und Repräsentation wie bei Spivak. Vielmehr stellt Shiva die spezifische Form ökonomischer Organisation, die auf Ausbeutung, Profitmaximierung und Kapitalakkumulation beruht, ins Zentrum ihrer materialistischen Kritik (Shiva 1990: 238). Vor allem in Hinblick auf Naturwissenschaften und Technik stellt sie fest, dass 80% aller Forschung mehr oder weniger direkt der Kriegsindustrie und groß angelegter Gewaltausübung dienen würden (Shiva 1990: 232).¹¹ Das daraus entstehende Wissensmonopol der Wissenschaften wirke sich auf vier Ebenen gewaltförmig aus: gegen Wissenssubjekte, gegen Wissensobjekte, gegen jene, an die sich das Wissen richte, sowie schließlich gegen das Wissen selbst (Shiva 1990: 233) – und das sei epistemische Gewalt.

Damit ist gemeint, dass erstens die Träger_innen von derart monopolisiertem und dominiertem Gewalt-Wissen ebenso in dessen Gewaltförmigkeit verstrickt wie die Gegenstände selbst durch diesen Blick geprägt seien, dass zweitens die Empfänger_innen Schaden durch ein solches Wissen nähmen, und dass drittens dem Wissen selbst Gewalt angetan würde, in dem es eben eine bestimmte Form, einen bestimmten Inhalt annehme, wodurch Alternativen von dieser umfassenden (und nicht nur) epistemischen Gewaltförmigkeit nahezu verunmöglicht würden. Jegliche alternativen und marginalisierten Wissensformen hätten demgegenüber einen schweren Stand, so Shiva, weil sie zumeist ganz anderen Zielen dienten und vor allem sozialen Nutzen anstrebten (Shiva 1990: 232). Aus der Stärkung dieses Wissens folgt für Shiva dabei ganz klar auch ein politischer Kampf, der materielle ebenso wie intellektuelle Dimensionen durchdringt (Shiva 1990: 255). Das ist ganz im Sinne späterer dekolonialer Perspektiven, die für eine radikale Abkehr von dominanten Wissensbeständen eines elitären Expert_innentums und im Anschluss an Spivak und andere postkoloniale Autor_innen für ein Denken plädieren, das von marginalisiertem und subalternem Wissen ausgeht.¹²

11 Für den deutschen gegenwärtigen Kontext siehe dazu Nagel (2009) und Exo (2009).

12 Vgl. Denzin/Lincoln (2008); Smith (2005); Vázquez (2012). Explizit für die FuKF siehe Exo (2015; 2017).

Shiva geht nicht weiter darauf ein, ob auch solches rand- und widerständiges Wissen epistemisch gewaltförmig sein kann und wie diese Herausforderung zu bewältigen sei. Doch ihre Betonung der materiellen Seite epistemischer Gewalt stellt ein wichtiges Gegenstück zu Spivaks Betonung der Repräsentation dar – und harrt noch einer breiteren Rezeption und Weiterführung auf dem Weg zu einer vertieften Theoretisierung epistemischer Gewalt.

3.3 Epistemische Rahmungen zur Sicherung von Dominanz

In der Kolonialität von Macht und Wissen entstandene eurozentrische Begriffe, Konzepte und Theorien bieten epistemische Rahmungen, die Dominanz sichern und auf ebenso subtile wie nachhaltige Weise Legitimität unterschiedlicher Formen von Gewalt herstellen. Dies ist der Fokus des Kulturwissenschaftlers Galván Álvarez, dessen Definition epistemischer Gewalt in seiner Filmanalyse »Epistemic Violence and Retaliation. The Issue of Knowledge in Mother India« lautet:

»Epistemic violence, that is, violence exerted against or through knowledge, is probably one of the key elements in any form of domination. It is not only through the construction of exploitative economic links or the control of the politico-military apparatuses that domination is accomplished, but also and, I would argue, most importantly through the construction of epistemic frameworks that legitimise and enshrine those practices of domination« (Galván-Álvarez 2010: 12).

Legitimität von Gewalt ist ein Kernelement der gesamten Gewaltdebatte. Zugleich ist bemerkenswert, dass dieser Aspekt selten explizit diskutiert wird. Vielmehr ist zu beobachten, dass gerade die heikle Frage danach, welche und wessen Gewalt als (nicht) legitim erachtet wird, gewissermaßen als Subtext mitläuft, als Selbstverständlichkeit, die bereits in den Begriffen, Konzepten und Theorien selbst zu wohnen scheint (vgl. Brunner 2016 b). Wer vermutete in einer Theorie des liberalen oder demokratischen Friedens Optionen direkter physischer Gewalt? Wer käme umgekehrt auf den Gedanken, dass bestimmte, als Terrorismus bezeichnete Gewaltereignisse möglicherweise völkerrechtlich legitimierbar sind? Und wer unterstellt der guten Absicht von Schutzverantwortung und humanitärer Intervention die bewusste Akzeptanz sogenannter Kollateralschäden, die als in Butlers Sinne »unbetrauerbare Tode« (Butler 2010 c) verbucht werden? Kritische Friedens- und Konfliktforscher_innen und andere tun dies durchaus (vgl. Exo 2017; Jackson 2015; Jutila et al. 2008; Sabaratnam 2013), doch solche Stimmen bilden erwartungsgemäß nicht den Kern der Disziplin. Denn je normal(isiert)er

die epistemischen Rahmungen im Laufe der Zeit werden, umso schwieriger ist es, die ihnen eigene Gewaltförmigkeit anzusprechen, wie etwa Judith Butler (2010 a) in ihrer Aufsatzsammlung »Raster des Krieges« detailliert ausführt. Sie spricht aber auch die potenzielle Veränderbarkeit dieser Rahmungen an, die ihrerseits beständigen Deutungskämpfen und Auseinandersetzungen unterliegen – allerdings mit durchaus asymmetrischen Kräfteverhältnissen zwischen Dominanz und Subversion.

3.4 Epistemische Kämpfe auf dem Territorium der Moderne

Rolando Vázquez' Begriff des »epistemischen Territoriums der Moderne« (Vázquez 2011: 29) ist nützlich dabei, dieses Ringen ungleicher Kräfte zu verstehen. Ohne dies explizit so zu benennen, setzt er Pierre Bourdieus Formulierung, die Soziologie sei eine »Kampfsportdisziplin zur sozialen Verteidigung« (Pierre Bourdieu, in Carles 2009), in ein Verhältnis mit der von Bourdieu selbst nicht explizit thematisierten Kolonialität von Macht und Wissen. Der Begriff der Moderne verweist auf die zahlreichen Möglichkeiten, die den hegemonialen Kräften in 500-jähriger Tradition zur Verbreitung und Verfestigung eurozentrischen Wissens offenstehen. Zugleich ist mit dem Territorium, im Gegensatz zum fluideren *Terrain*, auch die Vorstellung manifester (geo)politischer Grenzziehungen verbunden, was wiederum auf die Verwobenheit zwischen materieller und kognitiver bzw. epistemischer Dimension verweist. In »Translation as Erasure. Thoughts on Modernity's Epistemic Violence« zeigt Vázquez (2011) am Beispiel von Übersetzungen, Auslassungen und Aneignungen, wie die kognitive Grenzsicherung der Moderne funktioniert und dabei eine »epistemische Monokultur« (Santos et al. 2008: xxxiii) entsteht, die nicht nur ein sprachliches Problem ist. Unter »translation as erasure« (Vázquez 2011: 27) versteht der Autor einen Mechanismus, durch den sich die Moderne ausdehnt und das ihr eigene Territorium abgrenzt. Diese Übersetzung mache alles unsichtbar, was jenseits der Parameter der Lesbarkeit dieses Territoriums läge (Vázquez 2011: 27). Den politischen Gehalt dieser Unsichtbarmachung zu erkennen, heiße anzuerkennen, dass die Frage sozialer Ungleichheit nicht einfach als Folge einer unvollendeten Moderne adressiert werden könne. Damit geht auch die Anerkennung der Tatsache einher, dass Wissen ein integraler Bestandteil des modernen/kolonialen Systems von Unterdrückung und Armut sei (Vázquez 2011: 27).

Wenn es um die Bestimmung von *Phänomenen epistemischer Gewalt* geht, lässt sich diese Definition *ex negativo* durchaus in Anlehnung an Galtungs Begriff der strukturellen Gewalt denken, die aus der Differenz zwischen dem Möglichen

und dem Tatsächlichen resultiert. Was bleibt unsagbar oder ungesagt? Was bleibt ungehört oder unverstanden? Was findet warum keinen Raum innerhalb dessen, was als sagbar, wahr und relevant gilt? Und welche sozialen Konsequenzen zieht dies nach sich? Das Auslösen und Vernichten von Wissen und dessen Überschreibung und Ersetzung durch das, was aus hegemonialer Position intelligibel und nützlich erscheint, ist nicht nur ein epistemisches, sondern auch ein politisches Privileg mit weitreichenden Folgen. Die in der Moderne erfolgenden Übersetzungspraktiken – womit nicht nur die sprachliche Dimension gemeint ist – haben Vázquez zufolge eine ganz spezifische, eurozentrische »Ökonomie der Wahrheit« (Vázquez 2011: 39) in Kraft gesetzt. Diese umfasst ein rein textuelles Verständnis von Sprache, ein exklusiv chronologisches Modell von Zeit, ein Primat des Gegenwärtigen als Ort der Wirklichkeit, einen dichotomen Begriff von Geschlecht (Vázquez 2011: 38) und vieles andere mehr. Jener Augenblick, in dem sich das Territorium der Moderne als alleinige Referenz für soziale Praktiken etabliert, markiert nach Vázquez zugleich den Moment der weitreichenden Vernichtung aller anderen Formen von Leben und von diversen menschlichen Erfahrungen (Vázquez 2011: 39).

Nicht nur was bereits ist, kann von epistemischer Gewalt geprägt sein, sondern vor allem auch das, was ihretwegen nicht ist oder ganz anders sein muss. Epistemische Gewalt ist also nicht nur eine Frage der Legitimation und Delegitimation von Wissen. Sie ist auch nicht nur dann im Spiel, wenn es um andere Formen von Gewalt geht. Epistemische Gewalt reicht viel tiefer in das Wissen selbst hinein, in die Denk- und Handlungsmöglichkeiten bei seiner Hervorbringung, Artikulation und Rezeption. Dieses Verständnis liegt auch den Definitionsbemühungen des Kultur- und Sozialanthropologen Sebastian Garbe zugrunde:

»Epistemische Gewalt habe ich somit als eine zwanghafte Delegitimierung, Sanktionierung und Verdrängung (Negativierung) bestimmter Erkenntnismöglichkeiten und die tendenzielle und versuchte Durchsetzung (Positivierung) anderer Erkenntnismöglichkeiten definiert« (Garbe 2013 b: 13-14).

Positiv formuliert stellt der Begriff *epistemische Gewalt* aber auch eine Möglichkeit dar, *Phänomene epistemischer Gewalt* als Techniken der Kolonialität der Macht zu benennen und so »direkt in die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse von sozialen Kategorisierungen und damit zusammenhängenden Positionierungen« (Busche/Stuve 2012: 7) einzugreifen. Damit werden die Grenzpolitiken des epistemischen Territoriums sichtbar und potenziell auch veränderbar gemacht (Busche/Stuve 2012: 8). In diesem Zusammenhang betonen Rolando Vázquez und Rosalba Icaza, dass die notwendigen epistemischen Auseinandersetzungen

nicht von der Wissenschaft selbst oder von dieser allein geführt werden könnten, sondern dass sie in Verbindung mit sozialen Kämpfen stehen müssten. Auch wenn den Wissenschaften eine Schlüsselposition in der Kolonialität von Macht, Wissen und Sein zukommt, sei es für das Projekt der Dekolonisierung geboten, jene sozialen Kämpfe als epistemisch relevante Auseinandersetzungen verstehen zu lernen, die Verschiebungen auf dem Territorium der Moderne bewirken können (vgl. Icaza/Vázquez 2013).

Diese Haltung ist weitgehend Konsens unter post- und dekolonialen Autor_innen. Besonders eindrücklich wird dies in Boaventura de Sousa Santos' Einleitung seines Buches »Epistemologies of the South. Justice against Epistemicide« (2014). Darin stellt der Autor das »Manifesto for Good Living/Buen Vivir« (ein Dokument entstanden aus den sozialen Bewegungen des Weltsozialforums) einem von ihm so genannten »Minifesto for Intellectual Activists« gegenüber, in dem er die bescheidene Aufgabe von Wissenschaftler_innen im solidarischen Verhältnis mit politischen Aktivist_innen skizziert (vgl. Santos 2014: 2-17). Denn letztlich, so Santos, benötige die Auseinandersetzung auf dem Territorium der Moderne vor allem politische Allianzen, die zum Projekt der Dekolonisierung beitragen. Ähnlich ist auch Richard Jacksons jüngstes Plädoyer für eine konflikthafte Zuspitzung der Friedensforschung zu verstehen (vgl. Jackson 2015). Jenseits der post- und dekolonialen Debatte regt auch er dazu an, erneut von sozialen Bewegungen, von zivilem Ungehorsam und von der Theorie und Praxis des politischen Widerstands zu lernen. In diesem Zusammenhang legt Jackson dar, dass es mitunter sinnvoller sein kann, gegensätzliche gesellschaftliche Interessen offen auszutragen als diese beschwichtigend in Mediationen zu überführen, weil es darum gehe, wieder radikalere Kritik an *Gewaltstrukturen* zu üben, und nicht nur *Gewaltereignisse* zu analysieren. Dafür, so Jackson, bedürfe es einer erneuten Begegnung zwischen Friedensforschung und sozialen Bewegungen.

4. Gewalttabu und Gewaltfreiheit neu denken

Die Relevanz sozialer und politischer Kämpfe für die Hervorbringung von widerständigen Wissenspraktiken führt mich schließlich zur bislang hier noch nicht erwähnten antikolonialen Theoriebildung im Kontext der zahlreichen Kämpfe gegen koloniale Gewaltverhältnisse (vgl. Du Bois 1903; Césaire 1955; Fanon 1961). Nicht zuletzt ist es dieser Zusammenhang einer sehr konkreten und von den Autor_innen auch praktisch gelebten Auseinandersetzung mit kolonialer Gewalt, aus dem post- und schließlich auch dekoloniale Ansätze hervorgegangen sind. Dass direkte und physische Gewalt gerade in der antikolonialen Debatte nicht per se

verurteilt, sondern in einen größeren Kontext kolonialer Ausbeutung mit all ihren manifesten und latenten, direkten und indirekten Formen von Gewalt gestellt wird, ist insbesondere für die FuKF auch ein Tabu. Denn wie steht es um die (epistemische) Gewaltfreiheit, wenn (epistemische) Gewalt aufgrund der Kolonialität von Macht und Wissen allgegenwärtig und wenn ihr aufgrund ihrer Relationalität und Prozesshaftigkeit nicht zu entkommen ist? Ist der Preis für die Anerkennung der (nicht nur) epistemischen Gewaltförmigkeit der anhaltenden *colonial condition* das Aufgeben der normativen Gewaltfreiheit der Friedensforschung und damit womöglich der Friedensforschung selbst?

Das nie ganz aufzulösende Spannungsverhältnis zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit anzuerkennen (vgl. Butler 2010 b; Hutchings 2014; Narr 1983) stellt meines Erachtens keine Bedrohung für die FuKF als solche dar, sondern birgt Potenzial für deren erneute Auseinandersetzung mit Gewalt. Gewaltfreiheit soll als denk- und handlungsleitende Utopie durchaus beibehalten werden. Von der allzu beruhigenden Annahme, dass Wissenschaft im Allgemeinen und FuKF im Besonderen von Gewalt frei seien, müssen wir uns angesichts der Kolonialität des Wissens jedoch verabschieden. Wenn dabei konsequent von einem prozesshaften und relationalen Verständnis des »Hyperphänomens« Gewalt (Waldenfels, in Staudigl 2015: 2) ausgegangen und daher notwendigerweise mit weiten Gewaltbegriffen operiert wird, bleibt die Frage von Gewalt und Gewaltfreiheit nicht auf das friedenswissenschaftliche Skandalon direkter und physischer Gewalt beschränkt.

Der Fokus auf epistemische Gewalt kann dabei helfen, jene Formen direkter und physischer Gewalt, die die FuKF beschäftigen, wieder in die mit ihr in Verbindung stehenden weiteren Gewaltverhältnisse einzubetten, deren Konzeptionalisierungen in der FuKF in letzter Zeit an Relevanz verloren haben. Ein in der Kolonialität von Wissen und Macht verortetes Konzept epistemischer Gewalt kann bei dieser post- und dekolonial konturierten Neukonzeption des Verhältnisses von Gewalt und Gewaltfreiheit nützlich sein, weil es auf die Dimension des Wissens fokussiert, ohne sich darauf zu beschränken. Zugleich besteht die große Herausforderung darin, zu lernen, wie man die dann Gestalt annehmende Totalität epistemischer und anderer Gewaltverhältnisse benennt, ohne in den Essentialismus und Universalismus von Metanarrativen zurückzufallen (vgl. Castro-Gómez 2002: 282). Dies ist kein leichtes Unterfangen, wenn man davon ausgeht, dass epistemische Gewalt potenziell immer und überall ist, gerade weil ihre Orte – das Wissen und vor allem die Wissenschaften – von Kolonialität durchdrungen sind und sich zugleich selbst als genuin gewaltfrei und sogar als potenziell gewaltmindernd wirksam verstehen.

Wissenschaft und auch FuKF kann vielleicht niemals frei von epistemischer Gewalt werden, weil sie weiterhin auf dem »epistemischen Territorium der Moderne« (Vázquez 2011: 27) stattfindet. Aber es ist bereits ein Anfang, die unterstellte Gewaltfreiheit der Moderne und ihrer Wissenstraditionen nicht weiterhin zu behaupten, sondern sich ganz konkret auf die Spuren epistemischer Gewalt zu machen und diese in ihrem relationalen Verhältnis zu anderen Formen von Gewalt zu analysieren. Wir können mit der Dekolonisierung von Wissen(schaft) beginnen, indem wir den ihm/ihr eigenen Anteil an der Kolonialität von Wissen und Macht anerkennen und einer kritischen Betrachtung unterziehen. Die Arbeit am Begriff und an Phänomenen epistemischer Gewalt und die systematische Berücksichtigung der Kolonialität von Macht und Wissen bietet eine Möglichkeit, den Status quo einer nach dem politischen Bedeutungsverlust der Friedensbewegung weitgehend professionalisierten, damit aber auch gewissermaßen in der *colonial condition* befriedeten, FuKF erneut auszuloten. In Bezug auf ihr kritisches und normatives Potenzial, das auch den Ausgangspunkt anti-, post- und dekolonialer Perspektiven bildet und einst wie jetzt die Anschlussstelle zu sozialen Bewegungen darstellt, kann die FuKF gestärkt aus dieser Auseinandersetzung hervorgehen.

Literatur

- Alfs, Michael* 1995: Wissenschaft für den Frieden? Das schwierige Theorie-Praxis-Verhältnis der Friedens- und Konfliktforschung, Münster.
- Appeltshauer, Laura* 2013: Epistemic Violence – A Useful Concept for Understanding Violence in Global Politics? (King's College, Master Dissertation), London.
- Arendt, Hannah* 1970: Macht und Gewalt, München.
- Bahri, Deepika* 1995: Once More With Feeling. What Is Postcolonialism?, in: ARIEL. A Review of International English Literature 26: 1, 51-82.
- Batscheider, Tordis* 1993: Friedensforschung und Geschlechterverhältnis. Zur Begründung feministischer Fragestellungen in der kritischen Friedensforschung, Marburg.
- Boatcă, Manuela* 2013: Two-Way Street. Moderne(n), Verwobenheit und Kolonialität, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 38: 4, 375-394.
- Boatcă, Manuela/Costa, Sérgio* 2010: Postkoloniale Soziologie. Ein Programm, in: Reuter, Julia/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention, Bielefeld, 69-90.

- Bonacker, Thorsten/Imbusch, Peter* 2010: Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung. Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden, in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung, Wiesbaden, 67-142.
- Bourdieu, Pierre/Passeron, Jean-Claude* 1973: Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, Frankfurt a. M.
- Brock, Lothar* 2002: Was ist das ›Mehr‹ in der Rede, Friede sei mehr als die Abwesenheit von Krieg?, in: Sahn, Astrid/Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden, 95-114.
- Brücher, Gertrud* 2008: Pazifismus als Diskurs, Wiesbaden.
- Brunner, Claudia* 2013: Situiert und seinsverbunden in der ›Geopolitik des Wissens‹. Politisch-epistemische Überlegungen zur Zukunft der Wissenssoziologie, in: Zeitschrift für Diskursforschung 1: 3, 226-245.
- Brunner, Claudia* 2015: Ausweitung der Geschlechterkampfzone. Warum humanitäre Interventionen nicht ohne *sex* auskommen, in: Lakitsch, Max/Steiner, Anna (Hrsg.): Gewalt für den Frieden? Vom Umgang mit der Rechtfertigung militärischer Intervention, Wien, 153-179.
- Brunner, Claudia* 2016a: Das Konzept epistemischer Gewalt als Element einer transdisziplinären Friedens- und Konflikttheorie, in: Wintersteiner, Werner/Wolf, Lisa (Hrsg.): Friedensforschung in Österreich. Bilanz und Perspektiven, Klagenfurt, 38-53.
- Brunner, Claudia* 2016b: Gewalt weiter denken in der Kolonialität des Wissens. Überlegungen zu einem postkolonialen politikwissenschaftlichen Gewaltbegriff, in: Ziai, Aram (Hrsg.): Postkoloniale Politikwissenschaft, Bielefeld, 91-108.
- Busche, Mart/Stuve, Olaf* 2012: Intersektionalität und Gewaltprävention, in: http://portal-intersektionalitaet.de/uploads/media/Busche_Stuve_01.pdf; 20.1.2015.
- Butler, Judith* (Hrsg.) 2010 a: Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen, Frankfurt a. M.
- Butler, Judith* 2010 b: Der Anspruch auf Gewaltlosigkeit, in: dies. (Hrsg.): Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen, Frankfurt a. M., 153-170.
- Butler, Judith* 2010 c: Einleitung. Gefährdetes Leben, betrauerbares Leben, in: dies. (Hrsg.): Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen, Frankfurt a. M., 9-38.
- Carles, Pierre* 2009: Die Soziologie ist ein Kampfsport. Pierre Bourdieu im Portrait, Frankfurt a. M.

- Castro Varela, María d. M./Dhawan, Nikita* 2015: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, Bielefeld.
- Castro-Gómez, Santiago* 2002: The Social Sciences, Epistemic Violence, and the Problem of the ›Invention of the Other‹, in: *Nepantla. Views from South* 3: 2, 269-285.
- Castro-Gómez, Santiago* 2005: Aufklärung als kolonialer Diskurs. Humanwissenschaften und kreolische Kultur in Neu Granada am Ende des 18. Jahrhunderts, Frankfurt a. M.
- Césaire, Aimé* 1955: *Discours sur le colonialisme*, Paris.
- Davy, Jennifer A./Hagemann, Karen/Kätzel, Ute* (Hrsg.) 2005: *Frieden, Gewalt, Geschlecht. Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung*, Essen.
- Decoloniality Europe* 2013: Charter of Decolonial Research Ethics, in: <http://decolonialityeurope.wix.com/decoloniality#!charter-of-decolonial-research-ethics/cnv4>; 1.9.2015.
- Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S.* 2008: Critical Methodologies and Indigenous Inquiry, in: *Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S./Smith, Linda T.* (Hrsg.): *Handbook of Critical and Indigenous Methodologies*, Los Angeles, CA, 1-20.
- Dhawan, Nikita* 2007: *Impossible Speech. On the Politics of Silence and Violence*, St. Augustin.
- Dietze, Gabriele* 2008: Intersektionalität und Hegemonie(selbst)kritik, in: *Gippert, Wolfgang/Götte, Petra/Kleinau, Elke* (Hrsg.): *Transkulturalität. Gender- und bildungshistorische Perspektiven*, Bielefeld, 27-43.
- Dörhöfer, Steffen* 2010: Die wissensbasierte Ökonomie, in: *Engelhardt, Anina/Kajetzke, Laura* (Hrsg.): *Handbuch Wissensgesellschaft. Theorien, Themen und Probleme*, Bielefeld, 101-112.
- Du Bois, William E. B.* 1903: *The Souls of Black Folk. Essays and Sketches*, Chicago, IL.
- Engels, Bettina* 2014: Repräsentationen, Diskurse und Machtfragen. Postkoloniale Theorieansätze in der Friedens- und Konfliktforschung, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3: 1, 130-150.
- Engels, Bettina/Gayer, Corinna* (Hrsg.) 2011: *Geschlechterverhältnisse, Frieden und Konflikt. Feministische Denkanstöße für die Friedens- und Konfliktforschung*, Baden-Baden.
- Enloe, Cynthia* 1989: *Bananas, Beaches and Bases. Making Feminist Sense of International Politics*, London.

- Ernst, Waltraud* 1999: Diskurspiratinnen. Wie feministische Erkenntnisprozesse die Wirklichkeit verändern, Wien.
- Exo, Mechthild* 2009: Die Gewalt der Konfliktforschung und Möglichkeiten des Widerstands, in: IMI – Informationsstelle Militarisation (Hrsg.): Krisenmanagement. »Sicherheitsarchitektur« im globalen Ausnahmezustand, Tübingen, 42-49.
- Exo, Mechthild* 2015: Indigene Methoden als Stachel für die Friedens- und Konfliktforschung. Über Rechenschaftspflicht und das Erlernen dekolonisierender Praxis, in: Bös, Matthias/Schmitt, Lars/Zimmer, Kerstin (Hrsg.): Konflikte vermitteln? Lehren und lernen in der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden, 281-304.
- Exo, Mechthild* 2017: Das übergangene Wissen. Eine dekoloniale Kritik des liberalen Peacebuilding durch basispolitische Organisationen in Afghanistan, Bielefeld.
- Fanon, Frantz* 1961: Les damnés de la terre, Paris.
- Federici, Silvia* 2012: Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation, Wien.
- Galtung, Johan* 1975: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek.
- Galtung, Johan* 1990: Cultural Violence, in: Journal of Peace Research 27: 3, 291-305.
- Galván-Álvarez, Enrique* 2010: Epistemic Violence and Retaliation. The Issue of Knowledge in Mother India, in: Atlantis. Journal of the Spanish Association of Anglo-American Studies 32: 2, 11-26.
- Garbe, Sebastian* 2013 a: Das Projekt Modernität/Kolonialität – Zum theoretischen/akademischen Umfeld des Konzepts der Kolonialität der Macht, in: Quintero, Pablo/Garbe, Sebastian (Hrsg.): Kolonialität der Macht. De/Koloniale Konflikte: zwischen Theorie und Praxis, Münster, 21-52.
- Garbe, Sebastian* 2013 b: Deskolonisierung des Wissens. Zur Kritik der epistemischen Gewalt in der Kultur- und Sozialanthropologie, in: Austrian Studies in Social Anthropology 1, 1-17, in: <http://www.univie.ac.at/alumni.ksa/index.php/journale-2013/deskolonisierung-des-wissens.html>; 18.9.2013.
- Germaná, César* 2013: Eine Epistemologie der anderen Art. Der Beitrag von Aníbal Quijano in der Neustrukturierung der Sozialwissenschaften in Lateinamerika, in: Quintero, Pablo/Garbe, Sebastian (Hrsg.): Kolonialität der Macht. De/Koloniale Konflikte: zwischen Theorie und Praxis, Münster, 71-92.

- Graf, Wilfried* 2009: Kultur, Struktur und das soziale Unbewusste. Plädoyer für eine komplexe, zivilisationstheoretische Friedensforschung. Johan Galtungs Gewalt- und Friedenstheorie kritisch-konstruktiv weiterdenken, in: Isop, Utta/Ratković, Viktorija/Wintersteiner, Werner (Hrsg.): Spielregeln der Gewalt. Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Friedens- und Geschlechterforschung, Bielefeld, 27-66.
- Grosfoguel, Ramón* 2008: Transmodernity, Border Thinking, and Global Coloniality. Decolonizing Political Economy and Postcolonial Studies, in: Eurozine 1-23, in: <http://www.eurozine.com/articles/2008-07-04-grosfoguel-en.html>; 18.8.2015.
- Grosfoguel, Ramón* 2013: The Structure of Knowledge in Westernized Universities. Epistemic Racism/Sexism and the Four Genocides/Epistemicides of the Long 16th Century, in: Human Architecture. Journal of the Sociology of Self-Knowledge XI: 1, 73-90.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación* 2010: Decolonizing Postcolonial Rhetoric, in: Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Boatcă, Manuela/Costa, Sérgio (Hrsg.): Decolonizing European Sociology. Transdisciplinary Approaches, Farnham, 50-67.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Boatcă, Manuela/Costa, Sérgio* (Hrsg.) 2010: Decolonizing European Sociology. Transdisciplinary Approaches, Farnham.
- Habermas, Jürgen* 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt a. M.
- Haraway, Donna* 1988: Situated Knowledges. The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective, in: Feminist Studies 14: 3, 575-599.
- Harding, Sandra* 1991: Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht, Hamburg.
- Hutchings, Kimberly* 2014: Reflections on Politics and Violence, London.
- Icaza, Rosalba/Vázquez, Rolando* 2013: Social Struggles as Epistemic Struggles, in: Development and Change 44: 3, 683-704.
- Imbusch, Peter* 2002: Der Gewaltbegriff, in: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden, 26-57.
- Informationsstelle Militarisierung* e. V.: Publikationen, in: <http://www.imi-online.de/publikationen/>; 28.4.2016.
- Jaberg, Sabine* 2009: Vom Unbehagen am Normverlust zum Unbehagen mit der Norm? Zu einem fundamentalen Problem der neueren Friedensforschung, Hamburg.
- Jaberg, Sabine* 2011: Friedensforschung, in: Gießmann, Hans J./Rinke, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Frieden, Wiesbaden, 53-69.

- Jackson, Richard* 2015: How Resistance Can Save Peace Studies, in: *Journal of Resistance Studies* 1: 1, 18-49.
- Jeong, Ho-Won* 1999: Epistemological Foundations of Peace Research, in: Pérez de Cuéllar, Javier/Choue, Young S. (Hrsg.): *World Encyclopedia of Peace*, New York, NY, 151-156.
- Jutilla, Matti/Pehkonen, Samu/Väyrynen, Tarja* 2008: Resuscitating a Discipline. An Agenda for Critical Peace Research, in: *Millennium. Journal of International Studies* 36: 3, 623-640.
- Krippendorff, Ekkehart* (Hrsg.) 1968: *Friedensforschung*, Köln.
- Koloma Beck, Teresa/Schlichte, Klaus* 2014: *Theorien der Gewalt zur Einführung*, Hamburg.
- Lander, Edgardo* (Hrsg.) 1993: *La Colonialidad del Saber. Eurocentrismo y Ciencias Sociales. Perspectivas Latinoamericanas*, Buenos Aires.
- Lawler, Peter* 1995: *A Question of Values*. Johan Galtung's Peace Research, Boulder, CO.
- Ling, Lily H. M.* 2014: Decolonizing the International. Towards Multiple Emotional Worlds, in: *International Theory* 6: 3, 579-583.
- Lohmann, Ingrid/Rilling, Rainer* (Hrsg.) 2002: *Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft*, Wiesbaden.
- Lugones, María* 2007: Heterosexualism and the Colonial/Modern Gender System, in: *Hypatia* 22: 1, 186-209.
- Maldonado-Torres, Nelson* 2000: On the Coloniality of Being. Contributions to the Development of a Concept, in: *Cultural Studies* 21: 2-3, 240-270.
- Maldonado-Torres, Nelson* 2008: *Against War. Views from the Underside of Modernity*, Durham, NC.
- Mendel, Iris* 2015: *WiderStandPunkte. Umkämpftes Wissen, feministische Wissenschaftskritik und kritische Sozialwissenschaften*, Münster.
- Mignolo, Walter* 2002: The Geopolitics of Knowledge and the Colonial Difference, in: *The South Atlantic Quarterly* 101: 1, 57-96.
- Mohanty, Chandra T.* 1991: Under Western Eyes. Feminist Scholarship and Colonial Discourse, in: Mohanty, Chandra T./Russo, Ann/Torres, Lourdes (Hrsg.): *Third World Women and the Politics of Feminism*, Bloomington, IN, 51-80.
- Nagel, Sarah* 2009: Hochschulen forschen für den Krieg, in: *IMI-Magazin* 7, 1-7, in: <http://imi-online.de/download/SN-Studie07-2009-Forschung.pdf>; 14.4.2014.
- Narr, Wolf-Dieter* 1983: Über Notwendigkeit und Möglichkeit Gewalt zu bewerten, in: Calließ, Jörg (Hrsg.): *Gewalt in der Geschichte. Beiträge zur Gewaltaufklärung im Dienste des Friedens*, Düsseldorf, 37-73.

- Narr, Wolf-Dieter* 1988: Gewalt, in: Lippert, Ekkehard/Wachtler, Günther (Hrsg.): Frieden. Ein Handwörterbuch, Opladen, 158-175.
- Pinker, Steven* 2011: *The Better Angels of Our Nature. The Decline of Violence in History and its Causes*, London.
- Quijano, Anibal* 2000: Coloniality of Power, Eurocentrism, and Latin America, in: *Nepantla. Views from South* 1: 3, 533-580.
- Quijano, Anibal* 2010: Die Paradoxien der eurozentrierten Moderne, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 40: 158, 29-47.
- Quintero, Pablo/Garbe, Sebastian* (Hrsg.) 2013: *Kolonialität der Macht. De/Koloniale Konflikte: zwischen Theorie und Praxis*, Münster.
- Randeria, Shalini* 1999: Geteilte Geschichte und verwobene Moderne, in: Rösen, Jörn/Leitgeb, Hanna/Jegelka, Norbert (Hrsg.): *Zukunftsentwürfe. Ideen für eine Kultur der Veränderung*, Frankfurt a. M., 87-96.
- Reemtsma, Jan P.* 2008: *Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne*, Hamburg.
- Reuter, Julia* 2002: *Ordnungen des Anderen. Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Anderen*, Bielefeld.
- Reychler, Luc* 2010: Intellectual Solidarity, Peace and Psychological Walls (Konferenzpapier vorgestellt während »A World Without Walls 2010. An International Conference on Peacebuilding, Reconciliation and Globalization in an Interdependent World«, 6.-10.11.2010), Berlin.
- Riley, Robin L./Mohanty, Chandra T./Pratt, Minnie B.* (Hrsg.) 2008: *Feminism and War. Confronting US Imperialism*, London.
- Sabaratnam, Meera* 2013: Avatars of Eurocentrism in the Critique of the Liberal Peace, in: *Security Dialogue* 44: 3, 259-278.
- Sahrai, Omar K./Sahrai, Diana* 2006: Wissensgesellschaft und Globalisierung. Ein entwicklungssoziologischer Seitenblick, in: Bittlingmayer, Uwe H./Bauer, Ullrich (Hrsg.): *Die »Wissensgesellschaft«. Mythos, Ideologie oder Realität?*, Opladen, 373-397.
- Saner, Hans* 1982: *Hoffnung und Gewalt. Zur Ferne des Friedens*, Basel.
- Santos, Boaventura d. S./Nunes, João A./Meneses, Maria P.* 2008: Introduction. Opening Up the Canon of Knowledge and Recognition of Difference, in: Santos, Boaventura d. S. (Hrsg.): *Another Knowledge is Possible. Beyond Northern Epistemologies. Justice Against Epistemicide*, Boulder, CO, xvix-lxii.
- Santos, Boaventura d. S.* 2014: *Epistemologies of the South. Justice Against Epistemicide*, Boulder, CO.
- Sauer, Birgit/Strasser, Sabine* (Hrsg.) 2008: *Zwangsfreiheiten. Multikulturalität und Feminismus*, Wien.

- Schroer, Markus* 2000: Gewalt ohne Gesicht. Zur Notwendigkeit einer umfassenden Gewaltanalyse, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 28: 4, 434-451.
- Schwerdtfeger, Johannes* 2001: Begriffsbildung und Theoriestatus in der Friedensforschung, Opladen.
- Senghaas, Dieter* 1968: Friedensforschung im Banne von Abschreckung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 9: 3, 460-477.
- Shiva, Vandana* 1990: Reductionist Science as Epistemological Violence, in: Nandy, Ashis (Hrsg.): *Science, Hegemony and Violence. A Requiem for Modernity*, Oxford, 232-256.
- Singer, Mona* 2005: Geteilte Wahrheit. Feministische Epistemologie, Wissenssoziologie und Cultural Studies, Wien.
- Smith, Linda T.* 2005: *Decolonizing Methodologies. Research and Indigenous Peoples*, London.
- Spivak, Gayatri C.* 1988: Can the Subaltern Speak?, in: Nelson, Cary/Grossberg, Lawrence (Hrsg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*, Urbana-Champaign, IL, 271-313.
- Spivak, Gayatri C.* 1990: *The Post-Colonial Critic. Interviews, Strategies, Dialogues*. Herausgegeben von Sarah Harasym, New York, NY.
- Staudigl, Michael* 2013: Towards a Relational Phenomenology of Violence, in: *Human Studies* 36, 43-66.
- Staudigl, Michael* 2015: *Phänomenologie der Gewalt*, Cham.
- The Gulbenkian Commission* 1996: *Open the Social Sciences. Report of the Gulbenkian Commission on the Restructuring of the Social Sciences*, Stanford, CA.
- Vázquez, Rolando* 2011: Translation as Erasure. Thoughts on Modernity's Epistemic Violence, in: *Journal of Historical Sociology* 24: 1, 27-44.
- Vázquez, Rolando* 2012: Towards a Decolonial Critique of Modernity. Buen Vivir, Relationality and the Task of Listening, in: Fernet-Betancourt, Raúl (Hrsg.): *Kapital, Armut, Entwicklung*, Aachen, 241-252.
- Weingart, Peter* 2006: Knowledge and Inequality, in: Therborn, Göran (Hrsg.): *Inequalities of the World. New Theoretical Frameworks, Multiple Empirical Approaches*, London, 163-190.
- Weller, Christoph* 2003: Gewalt – politischer Begriff und friedenswissenschaftliche Konzepte, in: Calließ, Jörg/Weller, Christoph (Hrsg.): *Friedenstheorie. Fragen – Ansätze – Möglichkeiten*, Rehburg, 481-508.
- Young, Robert C.* 2006: *Postcolonialism. An Historical Introduction*, Malden, MA.

Die Autorin

Dr. Claudia Brunner ist Assistenzprofessorin am Zentrum für Friedensforschung und Friedensbildung der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

E-Mail: claudia.brunner@aau.at

»All refugees are vulnerable«

Vulnerabilität, Konflikte und Katastrophen im Spiegel Postkolonialer Theorie

Vulnerabilität findet als Konzept in der Katastrophenforschung, der Friedens- und Konfliktforschung sowie in der Sicherheitsforschung v. a. als Brückenkonzept im Kontext humanitärer Notlagen Verwendung. Inwieweit die dabei verwendeten Narrative über die Vulnerablen, v. a. des Globalen Südens, aber auch Konzepte von Vulnerabilität (neo)kolonial geprägt sind und welche Rolle Wissenschaft bei der Hervorbringung derartiger Diskurse spielt, ist bislang kaum untersucht worden. Am Beispiel der Vulnerabilität Geflüchteter wird Vulnerabilität als (neo)kolonialer Ansatz mit Blick auf die Darstellung hilfloser, passiver Opfer, die Essentialisierung von Vulnerabilität sowie die Legitimierung von Interventionen zur Vulnerabilitätsreduktion diskutiert. Das Vulnerabilitätsparadigma, so die Argumentation, lässt sich in seinen Wirkungen als Form epistemischer Gewalt beschreiben. Demgegenüber finden sich kritische postkoloniale Anschlussmöglichkeiten an das Vulnerabilitätsparadigma, die es erlauben, eine Reformulierung von Vulnerabilität als strukturellen Gewaltzusammenhang in postkolonialer Perspektive vorzunehmen. Der Beitrag diskutiert die sich daraus ergebenden Ambivalenzen von Vulnerabilität als Konzept zwischen Aufdeckung und Hervorbringung epistemischer Gewalt.

Schlagnote: Vulnerabilität, Geflüchtete, vulnerable Gruppen, epistemische Gewalt, strukturelle Gewalt

1. Einleitung

In der (medialen) Darstellung von Geflüchteten lassen sich zwei dominante Narrative ausmachen: Während auf der einen Seite eine Darstellung als »Gefahr«, als »Flut« und »Bedrohung« erfolgt, finden sich auf der anderen entsprechende Gegenbilder, die v. a. die Verletzlichkeit und Hilflosigkeit Geflüchteter porträtieren (vgl. Horst 2008).¹ Während das erste Bild vielfach für seine Einseitigkeit und auch kolonialen Topoi kritisiert wurde (Olivius 2016), findet sich im Kontext der

1 Das Zitat »All refugees are vulnerable« in der Überschrift ist Michel Agier (2011: 158) entnommen.

zweiten Darstellung der vulnerablen Geflüchteten deutlich weniger Kritik. So erscheint die Darstellung vulnerabler Geflüchteter mitfühlender und humanitärer, mahnt sie doch »Hilfe« und »Mitleid« angesichts des »Leids der schutzlosen Fremden« an. Diese fliehen nicht nur aus *Konflikten* und *Katastrophen*, sondern auch aus »armen«, häufig als *Failed States* bezeichneten Ländern, angelockt durch und im »naiven Glauben an falsche und utopische Versprechungen« zu uns in der »Hoffnung auf ein besseres Leben« und werden dabei von skrupellosen Schleppern »ausgebeutet«. Die Darstellung ließe sich beliebig fortschreiben und um die Binnendifferenzierungen der Vulnerabelsten unter den Vulnerablen, allen voran Kinder, gefolgt von den Alten, Kranken und Frauen ergänzen (vgl. Carpenter 2010). Diese Bilder von »»pure« victimhood and vulnerability« (Sigona 2014: 370) oder »bare humanity and extreme vulnerability« (Horst 2008: 13) sind in ihrer Ikonographie und den zugehörigen Narrativen nicht neu. Liisa H. Malkki sieht gerade in der ikonografischen Darstellung von Müttern mit Kindern eine »almost madonnalike figure«, in der sich »the overall visual representation of displacement« (Malkki 1995 a: 11) verdichte und die für Craig Calhoun Geflüchtete zum »prototypical face of the [humanitarian; Anm. DFL] emergency« (Calhoun 2013: 33) werden lassen.

Nähert man sich derartigen Diskursformationen aus postkolonialer Perspektive, dann sind mindestens zwei Fragen bedeutsam. Zum einen: Wie sehr sind die Bilder von und Narrative über »die Vulnerablen«, v. a. wenn es sich um solche des Globalen Südens handelt, aber auch Konzepte von Vulnerabilität selbst, (neo)kolonial² geprägt und aufgeladen? Zum anderen: Welche Rolle spielt die Wissenschaft bei der Hervorbringung und Legitimation derartiger (neo)kolonialer Vorstellungen und Diskurse? Wenn es um die Herkunft (neo)kolonialer Narrative geht, bedeutet dies in postkolonialer Perspektive v. a. auch das zugrundeliegende wissenschaftliche Paradigma der Vulnerabilität kritisch im postkolonialen Spiegel zu betrachten, da von einer tiefgreifenden Komplizenschaft von wissenschaftlichen Konzepten und Theorien bei der Etablierung, Fortschreibung und Legitimation (neo)kolonialer Diskurs- und Machtformationen ausgegangen wird (Castro Varela/Dhawan 2015).

2 Während mit dem Kolonialismus das (Nach)Wirken machtvoller kolonialer Praktiken und Diskurse gemeint ist, bezeichnet der Neokolonialismus jüngere Praktiken und Diskurse, die ähnliche Machtstrukturen umfassen und sich zum Teil aus dem Kolonialismus speisen, jedoch nicht mehr dem Kolonialismus als zeithistorischer Epoche zugeordnet werden können. Postkolonialismus bezeichnet dagegen ein »Set diskursiver Praktiken« (Castro Varela/Dhawan 2015: 17), die versuchen, dominante Diskurse aufzubrechen und »die Leerstellen und Begrenzungen der einzelnen Diskurse auf[zu]zeigen, um darin die (neo-)kolonialen Spuren sichtbar zu machen« (Castro Varela/Dhawan 2015: 182).

Eine derartige postkoloniale Inblicknahme des Vulnerabilitätsparadigmas steht bislang aus. Der Beitrag argumentiert, dass dem Vulnerabilitätsparadigma eine (neo)koloniale Signatur zu eigen ist, die sich gerade auch in entsprechenden Beschreibungen und wissenschaftlichen Vermessungen der Vulnerablen – und hier gerade auch der Geflüchteten an deren Beispiel der Beitrag die entsprechenden Logiken exemplifiziert – zeigen, die zusammengenommen erlauben von einer spezifischen Form epistemischer Gewalt zu sprechen. Der Beitrag bleibt jedoch nicht bei diesem Befund stehen, sondern versucht das ursprüngliche kritische Potential des Vulnerabilitätsparadigmas zu reaktivieren und Vulnerabilität unter Berücksichtigung struktureller Gewaltbegriffe als ein Mittel postkolonialer Kritik zu reformulieren.

Der Beitrag bringt hierzu verschiedene wissenschaftliche Diskurse zusammen: Literatur über Vulnerabilität in den unterschiedlichen Anwendungskontexten der Konflikt-, Katastrophen- und Sicherheitsforschung, Flüchtlingsforschung, strukturelle Gewaltbegriffe sowie postkoloniale Literatur. Die postkoloniale Theorie soll dabei als »Hegemonie(selbst)kritik« (Dietze 2008) wirken und »alternative Deutungsangebote« (Chojnacki/Namberger 2014: 159) von Vulnerabilität eröffnen. In Abschnitt 2 wird dazu zunächst die Genese des Vulnerabilitätsparadigmas nachgezeichnet, bevor auf die spezielle Verwendung im Kontext Geflüchteter eingegangen wird. Im dritten Abschnitt wird Vulnerabilität als (neo)kolonialer Ansatz mit Blick auf die Darstellung hilfloser, passiver Opfer, die Essentialisierung von Vulnerabilität sowie die Legitimierung von Interventionen zur Vulnerabilitätsreduktion diskutiert. Der vierte Abschnitt zeigt die Wirkungen des Vulnerabilitätsparadigmas als Form epistemischer Gewalt auf. Daran anschließend werden im fünften Abschnitt kritische postkoloniale Anschlussmöglichkeiten an das Vulnerabilitätsparadigma diskutiert. Dazu wird das kritische Potential des Paradigmas herausgearbeitet, um eine Reformulierung von Vulnerabilität als strukturellen Gewaltzusammenhang in postkolonialer Perspektive vornehmen zu können. Die resultierenden Ambivalenzen von Vulnerabilität als Konzept zwischen Aufdeckung und Hervorbringung epistemischer Gewalt werden anschließend erörtert, bevor ein abschließendes Kapitel den Beitrag resümiert.

2. Das Vulnerabilitätsparadigma im Kontext von Konflikten, Katastrophen und Zwangsmigration

Vulnerabilität leitet sich vom Lateinischen *vulnus* her (Levine 2004) und beschreibt die Anfälligkeit von Bezugseinheiten oder Strukturen, welcher Art auch immer, Schäden durch äußere Einwirkung zu nehmen (Adger 2006). Neben phy-

sikalischen, technischen, infrastrukturellen Vulnerabilitäten usw. ist mit sozialer Vulnerabilität als »the other face of safety and security« (Hewitt 1995 a: 322) die spezifische Anfälligkeit von Menschen, v. a. bezogen auf Konflikte, Katastrophen und Zwangsmigration, aber auch andere (kollektive) Stresssituationen gemeint (Heesen et al. 2014). Das Vulnerabilitätsparadigma wendet sich gegen die Zwangsläufigkeit sowie vermeintliche Unterschiedslosigkeit der Betroffenheit von Menschen in Konflikten, Katastrophen und Situationen von Zwangsmigration. Es untersucht die Produktion von Ungleichheit und eines »state of powerlessness in the face of a known or unknown hazard« (O’Riordan 1990: 295) als Bedingung für die unterschiedliche Anfälligkeit und Betroffenheit von Menschen. Obwohl es konkurrierende Interpretationen gibt, wird Vulnerabilität dabei zu meist auf soziale Charakteristika von Menschen zurückgeführt – vornehmlich in bestimmten geographischen Räumen.³ Piers M. Blaikie, Terry Cannon, Ian Davis und Ben Wisner definieren Vulnerabilität als »characteristics of a person or group in terms of their capacity to anticipate, cope with, resist, and recover from the impact of a [...] hazard« (Blaikie et al. 1994: 8-9). Vulnerabilität ist dabei, wie die Autor*innen dieser Lesart (Chambers 1989; Bankoff 2007) betonen, nicht mit Armut gleichzusetzen, vielmehr seien komplexere »clusters of disadvantage« (Chambers 1983: 108), die entlang sozialer Kategorien von Geschlecht, Alter, »Rasse«/Ethnie, Klasse usw. entstünden, für Vulnerabilität verantwortlich.

Das Vulnerabilitätsparadigma hat sich über die Zeit stark pluralisiert, so dass heute nicht mehr von einem einzelnen Ansatz gesprochen werden kann, sondern vielmehr eine Vielzahl von Verständnissen, Ansätzen und Methoden im Vulnerabilitätsparadigma sowohl in der Wissenschaft wie der Praxis der Vulnerabilitätsreduktion miteinander konkurrieren (Geenen 2012). So existieren unzählige quantitative Indikatoren(systeme), Indizes und Kartierungen von Vulnerabilität neben eher qualitativen Verständnissen. Susan L. Cutter spricht sogar von einer eigenständigen »vulnerability science« (Cutter 2003: 1), die jedoch – wie im Folgenden gezeigt wird – spezifische paradigmatische Züge aufweist. Zudem gibt es einen kritischen Diskurs über Vulnerabilität, bspw. bei Greg Bankoff (2001) und Frank Furedi (2005), der nicht mit dem Paradigma selbst zu verwechseln ist.

3 Es findet sich daher auch ein vereinfachtes Verständnis von Vulnerabilität als physische Exposition von Bezugseinheiten gegenüber Konflikten, manifester Gewalt, Naturereignissen usw. Mit einem derartigen Vorgehen wird der Fokus auf physische Exposition als Hauptmoment der Betroffenheit wieder durch die Hintertür eingeführt (Heesen et al. 2014) und allein der Risiko- durch den Vulnerabilitätsbegriff ersetzt (Cardona 2004). Beide Lesarten teilen wesentliche (neo)koloniale Züge.

2.1 Die Entstehung des Vulnerabilitätsparadigmas in der Erforschung von Katastrophen

Das Vulnerabilitätsparadigma entstammt der Katastrophenforschung, deren Institutionalisierung und Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg für die postkoloniale Betrachtung besonders bedeutsam erscheint. Gerade in diesem Feld zeigt sich von Anbeginn eine enge Verbindung von Macht und Wissen(schaft). Die Katastrophenforschung entsteht – abgesehen von einzelnen Vorläufern (vgl. Dombrowsky 2008) – im Zweiten Weltkrieg im Kontext der *United States Strategic Bombing Surveys* (USSBS), die sich der Analyse der Auswirkungen des Luftkrieges widmeten (Carrigan 2016; Knowles 2011). Nach dem Ende des Krieges erfuhr das Feld eine Fortschreibung in der Analyse von Zivilverteidigungsmaßnahmen im Kalten Krieg sowie eine Ausweitung auf Katastrophen, da strukturelle Ähnlichkeiten von Krieg und Katastrophe angenommen wurden (Bolin/Stanford 1998). Enrico L. Quarantelli (1987) zeigt sich überzeugt, dass die Katastrophenforschung ohne diese Analogie deutlich andere Entwicklungspfade eingeschlagen hätte. Mit diesem spezifischen Entstehungskontext gingen daher paradigmatische Erkenntnisbegriffe wie Ordnung, soziale Kontrolle und Vorhersagbarkeit einher sowie eine theoretische Bezugnahme auf konservative funktionalistische Ansätze der Soziologie der 1950er Jahre (Bolin et al. 1998). Mit Blick auf die koloniale Prägung sowie die Forschungspraktiken des Feldes (Stehrenberger 2016) ist es bedeutsam, dass in den 1960er Jahren auch menschliches Verhalten bei *racial riots* – neben Studierendenprotesten – zum Untersuchungsgegenstand wurde. Zudem wurde auch das Stressverhalten kultureller Gruppen, gemeint sind hiermit v. a. sogenannte *internal others*, wie beispielsweise *Native Americans*, untersucht (Stehrenberger 2014). Auch wenn die Ergebnisse der Forschung differenzierter ausfielen, als die Forschungsfragen vermuten lassen, finden sich in der Anlage deutliche koloniale Praktiken des *Otherings* (vgl. Spivak 1985 b) sowie der Kontrolle spezifischer kultureller Gruppen.

Im Kern der Forschung stand die Vorstellung, dass Katastrophen als durch physische Gefahren verursachte seltene Unterbrechungen von Normalität angesehen werden und menschliches Verhalten sowie soziale und kulturelle Aspekte v. a. als Reaktion auf diese zum Tragen kommen (Bolin/Stanford 1998). Der Analogie von Krieg und Katastrophe sowie den methodologischen wie praktischen Implikationen wurde bis in die 1980er Jahre kaum widersprochen – Kenneth Hewitt (1983) spricht daher vom dominanten Paradigma – und sie prägen Teile der Forschung bis heute, so dass Robert Bolin, Martina Jackson und Allison Crist auf eine »functionalist and positivist theoretical orthodoxy« (Bolin et al. 1998: 29)

des Feldes hinweisen. Eine entsprechend verfasste Katastrophentheorie missachtet strukturelle, v. a. in sozialer Ungleichheit oder (neo)kolonialen Machtasymmetrien wurzelnde, Ursachen und thematisiert Katastrophen als singuläre und zufällige Naturereignisse fernab eines unhinterfragten wohlgeordneten Alltags (Bolin 2006). Katastrophen sind in diesem Paradigma bislang ungelöste Probleme, die durch technokratische Maßnahmen in der Zukunft gelöst werden können.

Ende der 1970er kamen alternative und in Teilen kritische Ansätze auf, zu denen auch der Vulnerabilitätsansatz zu rechnen ist. Diese Ansätze binden ihre Untersuchung von Katastrophen stärker an soziale, politische und diskursive Prozesse zurück und greifen dabei auch auf andere theoretische Ansätze zurück als das dominante Paradigma (Bolin/Stanford 1998). Ausgehend von der Beobachtung, dass die Anzahl von Naturereignissen sich nicht verändert hat, aber ein Anstieg von Katastrophen, Opfern und Schäden zu verzeichnen ist (Blaikie et al. 1994), stellt das Vulnerabilitätskonzept in der Katastrophenforschung um 1980 den Versuch dar, sogenannten Naturkatastrophen ihre vermeintliche Natürlichkeit zu nehmen (O’Keefe et al. 1976) und sie auf ihre soziale Bedingtheit und Ursachen zurückzuführen. Dieser Ansatz ist durchaus als radikal zu bezeichnen, bricht er doch in dem Versuch, den Blick auf die sozialen, ökonomischen und politischen Ursachen vormals naturalisierter Katastrophenereignisse zu lenken, mit vielen Axiomen des Forschungsfeldes. Im Fokus standen zu Beginn primär Hungerkatastrophen (Sen 1982; Watts 1983), deren Untersuchung jedoch nur geringen Einfluss auf das dominante Paradigma im Westen hatte, da sich diese primär in »the colonial and postcolonial Third World« (Bolin et al. 1998: 38) ereigneten und daher im Rahmen der US-Katastrophenforschung wenig beachtet wurden, sondern in erster Linie in der humangeographischen Forschung. Im Rahmen des Vulnerabilitätsansatzes wurden anfangs Ansätze der *Third World Political Ecology* genutzt, die auf Klassen- und Besitzverhältnisse sowie sozioökonomische Ungleichheiten im Globalen Süden fokussierten. Zwar ging damit nicht unbedingt eine marxistische theoretische Basis einher, es besteht jedoch eine gewisse Nähe – vor allem im Vergleich zum dominanten Paradigma (Varley 1994).⁴

Seit den 1990er Jahren ist im Rahmen eines Mainstreamings des Vulnerabilitätsparadigmas eine verstärkte Konvergenz des dominanten Paradigmas sowie des Vulnerabilitätsparadigmas dahingehend zu beobachten, dass die gleichen Vulnera-

4 Vielleicht erklärt die Nähe zu marxistisch-ökonomischen Ansätzen die bisherige Distanz der Vulnerabilitätsforschung zur postkolonialen Theorie, da trotz eines Einflusses von marxistischer auf postkoloniale Theorie zwischen beiden eine gewisse Erklärungskonkurrenz existiert, ob Nord-Süd-Abhängigkeitsverhältnisse primär eine materielle oder diskursive Basis haben (vgl. Dirlik 1994).

bilitätsansätze in Form von Kategorien, Indikatoren, Indizes und geographischen Informationssystemen (GIS) sowohl im Globalen Norden wie Süden Anwendung finden.⁵ Dieser Mainstreamingprozess (vgl. Dittmer 2007) lässt sich als »Kolonialisierung« des Vulnerabilitätsparadigmas beschreiben, in dessen Rahmen das ursprüngliche kritische Potential im Sinne der Aufdeckung politisch wie sozio-ökonomisch bedingter Ungleichheit bei der Betroffenheit von Konflikten und Katastrophen in den Hintergrund getreten ist.

Verwendung findet das Vulnerabilitätskonzept gegenwärtig allen voran in der Katastrophenforschung, das Konzept wird aber auch in der Friedens- und Konfliktforschung (Kuna 2011; Engels/Chojnacki 2015) sowie jüngst in der Sicherheitsforschung (Münkler/Wassermann 2012) verwendet und ist dazu geeignet als Brückenkonzept, insbesondere im Kontext von *Complex (Humanitarian) Emergencies* und *Humanitarian Crisis*, zu fungieren. Für Herfried Münkler erscheint »Vulnerabilität als sicherheitspolitischer Schlüsselbegriff« (Münkler 2013: 262) und »Schlüsselkategorie in gegenwärtigen Sicherheitsüberlegungen und Zukunftsprognosen« (Münkler/Wassermann 2012: 77). So werden beispielsweise gerade anhand des anthropogenen Klimawandels in jüngster Vergangenheit zunehmend in der Friedens- und Konfliktforschung (Zwangs-)Migration und Flucht als Vulnerabilitätsphänomene zwischen Konflikten, langsamer Umweltdegradation und rapiden Katastrophenereignissen diskutiert (vgl. Scheffran et al. 2012; Vivekananda et al. 2014; Brzoska/Fröhlich 2015).

2.2 Das Vulnerabilitätsparadigma von Geflüchteten

In den letzten Jahren wurde das Vulnerabilitätsparadigma auch zunehmend im Kontext der Charakterisierung (der besonderen Situation) Geflüchteter verwendet. So ist für Alexander Betts und Gil Loescher (2011) bereits die bloße Existenz Geflüchteter Ausdruck von Vulnerabilität.

Im Rahmen der Forschung zu den Themenkomplexen Zwangsmigration und Flüchtlingsforschung werden die Wirkungen des *Refugee Labels* auf die Darstellung und Attribuierung von Geflüchteten diskutiert (Zetter 1991, 2007; Krause 2016). Unter dem Stichwort *Labelling Refugees* wird dabei kritisch angemerkt, dass es bei der Beschreibung von Personen als *Flüchtlinge* nicht nur um eine neutrale Bezeichnung oder einen Rechtsstatus geht. Sondern das Label beinhaltet auch

5 Neben globalen Ansätzen der Vulnerabilitätskartierung gibt es zwar eine randständige Debatte über *First and Third World Vulnerability*, die jedoch nicht über die grundsätzliche Problematik hinauskommt und selbst wieder in Essentialisierungen und Differenzpostulate zurückfällt (vgl. Bolin/Stanford 1998).

»an extremely complex set of values, and judgements which are more than just definitional« (Zetter 1991: 40), das politische, normative und soziale Identitäten sowie Rechte und Pflichten in asymmetrischer und homogenisierender Weise zuschreibe. Während bei der Betrachtung von Labelingprozessen beiläufig auf die reale biophysische Vulnerabilität der Geflüchteten oder ihre diskursive Vulnerabilität (Zetter 1991) verwiesen wird, thematisiert die Wissenschaft bislang allenfalls am Rande (vgl. Inhetveen 2006; Krause 2016), inwieweit die wissenschaftliche Konstruktion und Zuschreibung von Vulnerabilität mit ihrer spezifischen Semantik von essentialisierter Hilflosigkeit derartige Labelingprozesse legitimiert, unterstützt oder überhaupt erst ermöglicht.

Bereits die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) betont in ihrer Präambel »den sozialen und humanitären Charakter [...] des Flüchtlingsproblems«. Der Begriff Vulnerabilität findet zwar keine Verwendung, hervorgehoben wird jedoch die besondere Hilfslosigkeit und Schutzbedürftigkeit Geflüchteter (Turner 2010). Wenn heute von der Vulnerabilität Geflüchteter die Rede ist, dann häufig im Kontext des operativen Flüchtlingssschutzes sowie entsprechender Flüchtlingsregime im Globalen Süden, die nur noch sehr bedingt etwas mit der ursprünglichen Idee der GFK zu tun haben (Agier 2011).

Wie verschiedene Autor*innen (Hendrie 1997; Baines 2004; Powell 2015; Carpenter 2010; Turner 2010) gezeigt haben, ist die Darstellung von Geflüchteten sowie der politische Umgang mit ihnen in Konflikten und Katastrophen vielfach durch deren vermeintliche und/oder reale Vulnerabilität charakterisiert. Geflüchtete erscheinen als paradigmatisch vulnerable Person oder »the most vulnerable group« (Newman 2003: 10). Einerseits wird Geflüchteten Vulnerabilität in Reinform (Sigona 2014) oder »extreme vulnerability« (Horst 2008: 13) zugeschrieben. In diesem Verständnis endet Vulnerabilität erst, wenn die betreffende Person in ihre Heimat zurückkehren kann (Horst 2008; Turner 2010). Andererseits finden sich Taxonomien der Vulnerabilität, bspw. des *United Nations High Commissioner for Refugees* (UNHCR) (vgl. Agier 2011; Turner 2010), die Binnenklassifizierungen und Abstufungen der Vulnerabilität vornehmen, um »exemplary victims« (Malkki 1996: 384) als die Vulnerabelsten unter den Vulnerablen zu identifizieren: »The category of ›refugee‹ is itself broken down into distinct categories of vulnerability, which end up establishing a hierarchy of misfortune« (Agier 2011: 213).⁶ Die Zuschreibungen und Klassifizierungen orientieren sich hierbei vielfach

6 Simon Turner beschreibt entsprechende Registrierungsverfahren von »double vulnerables« oder »extremely vulnerable groups (EVGs)« (Turner 2010: 47) beim UNHCR und lokalen Partner*innen.

an geschlechterspezifischen Ordnungen (Baines 2004; Malkki 1995 a; Turner 2010; Olivius 2015; Freedman 2015).

Untermuert werden solche Vulnerabilitätsdarstellungen durch konkrete Praktiken von Hilfsorganisationen (Redfield 2013), wissenschaftlich gestützte Analysen humanitärer Organisationen, wie z. B. *Care* (2013) oder des UNHCR (2015), und wissenschaftliche Institutionen selbst. Hinter der Vorstellung vulnerabler Geflüchteter steht ein ganzer wissenschaftlicher Diskurs, in dem nicht nur Geflüchtete, sondern auch andere Gruppen, insbesondere Betroffene von Konflikten und Katastrophen, einerseits als vulnerabel beschrieben, andererseits aber auch in der Folge entsprechend behandelt werden.

3. Vulnerabilität als (neo)kolonialer Ansatz

Das Vulnerabilitätsparadigma wurde bislang nicht aus postkolonialer Perspektive betrachtet, gleichwohl finden sich vielfältige Anschlussmöglichkeiten für eine derartige Inblicknahme. So gibt Gayatri C. Spivak (2010) in ihrem Aufsatz »Kultur« verschiedene Beispiele, wie sich (Neo)Kolonialismen durch vermeintliche universalistische und humanistische Projekte, auch der Konflikt- und Katastrophenprävention, fortschreiben. Insgesamt finden sich innerhalb der Vulnerabilitätsansätze zwar einige wenige Autor*innen, die auf die Bedeutung kolonialer Formationen für die Entstehung von faktischer Vulnerabilität bei Personengruppen – nicht als wissenschaftliches Konzept vornehmlich westlicher Provenienz – hinweisen (vgl. Oliver-Smith 1994). In den meisten Fällen geht es hierbei jedoch um den Fortbestand singulärer kolonialer Praktiken in Form von Gesetzen, Landnutzungsrechten usw. (vgl. Zaman 1999; Pelling 2003). Komplexe (neo)koloniale Settings sowie eine darin verstrickte Wissenschaft, die die Vulnerabilität von Geflüchteten, aber auch anderer Personengruppen konstruieren und legitimieren, werden dagegen im Rahmen der Vulnerabilitätsansätze kaum thematisiert.⁷

Greg Bankoffs (2001) Kritik, dass das Vulnerabilitätsparadigma an eine genuin westliche Perspektive, die spezifische Werte und Prinzipien widerspiegelt, gebunden ist und in Kontinuität mit anderen westlichen Diskursen, wie der Tropikalität oder der (Unter)Entwicklung steht, denen die Abwertung anderer, nicht-westlicher Perspektiven gemein ist, stellt hier eine Ausnahme dar.

7 An dieser Stelle ist zwischen Vulnerabilitätsansätzen, die (neo)koloniale Hegemonien weitgehend ignorieren, sowie einem, wenn auch verglichen mit dem Paradigma marginalen, kritischen Diskurs über Vulnerabilität, der teilweise auch von postkolonialer Theorie inspiriert scheint (vgl. Bankoff 2001), zu unterscheiden.

»[Diese; Anm. DFL] fehlende Auseinandersetzung mit den Machtverhältnissen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden und den Bedingungen, unter denen die dominierende Epistemologie sowie die materiellen Privilegien von Ländern des Globalen Nordens entstanden sind, bleibt alles andere als folgenlos« (Castro Varela/Dhawan 2015: 87).

Vulnerabilität lässt sich daher als Kategorie fassen, die gemäß ihrer Herkunft koloniale Abwertungsmuster fortschreibt, indem sie asymmetrisch auf Personen des Globalen Südens und hier prägnant Geflüchtete als »species of alterity« (Spivak 2000 b: 268; vgl. Nyers 2006) angewendet wird.⁸

Auch wenn mit dem Vulnerabilitätsparadigma die Überwindung eines vorgängigen Konflikte und Katastrophen naturalisierenden Diskurses eingeleitet wurde, so sind jedoch mit der neuen Perspektive spezifische (neo)koloniale Diskursformationen verbunden, die teilweise in erstaunlicher Kontinuität zu kolonialen Topoi, Grenzziehungen sowie Praktiken kultureller Dominanz stehen. Vulnerabilität ließe sich aus dieser Perspektive – ganz ähnlich wie dies u. a. Sven Chojnacki und Fabian Namberger (2014) für die »Neuen Kriege« gezeigt haben – als ein neokolonialer Diskurs des Globalen Nordens beschreiben, der die »Vulnerablen des Südens«⁹ diskursiv erfindet, diese zugleich essentialisiert und geeignete Interventionsstrategien und »Lösungsmaßnahmen« bereithält. Letztere dienen jedoch weniger dazu, die bestehenden ursächlichen Machtkonstellationen aufzubrechen, sondern vor allem dazu, die globalen Machtverhältnisse sowie Konflikt- und Katastrophenregime fortzuschreiben.¹⁰ Aus postkolonialer Perspektive lässt sich daher fragen, inwieweit das Vulnerabilitätsparadigma ein konflikt-, katastrophen- sowie fluchttheoretisches Deutungsangebot bereit hält, das an erster Stelle der Aufrechterhaltung und Fortschreibung globaler Herrschaftskonstellationen sowie den diesen inhärenten strukturellen (Gewalt)Dynamiken dient. Für Frantz Fanon (1981) ist die Wut der Unterdrückten aufgrund des Kolonialismus zugleich Produkt und Legitimation kolonialer Ordnung; inwieweit die in eine koloniale Ordnung eingebettete Vulnerabilitätsanalyse ihren Gegenstand erst hervorbringt und erhält, ist daher aus postkolonialer Perspektive zu hinterfragen.

8 Es bleibt zu untersuchen, inwieweit sich bereits koloniale Nord-Süd-Grenzziehungen in den Begriff des Flüchtlings/Geflüchteten eingeschrieben haben.

9 Daneben finden sich auch bei Anwendung innerhalb des Globalen Nordens entsprechende neokoloniale Abwertungen marginalisierter Gruppen innerhalb dieses Raumes.

10 In eine strukturell ähnliche Richtung argumentieren, wenn auch weder aus postkolonialer Perspektive noch explizit auf Vulnerabilität als Konzept bezogen, Craig Calhoun (2004; 2013) mit Blick auf das *emergency imaginary* sowie Didier Fassin (2013).

3.1 Pathologisierung hilfloser Opfer

Geflüchtete und besonders weibliche Geflüchtete werden nicht nur als vulnerabel im Sinne von »anfällig« dargestellt, der Zuschreibung von Vulnerabilität wohnt dabei vielmehr eine spezifische Vorstellung von Hilflosigkeit und Mangel inne, die charakteristisch für Vulnerabilitätskonzepte ist und sich vielfach über diese legitimiert. Geflüchtete werden so als »powerless victims« (Ludwig 2013: 5), »vulnerable victims« (Horst 2008: 2) oder »helpless victims [...] rendered speechless and without agency« (Rajaram 2002: 251; vgl. Turner 2010; Kibraed 1993) beschrieben. Es gebe, so Malkki, eine »international expectation of a certain kind of helplessness as a refugee characteristic« (Malkki 1996: 388). Am Ende werden Geflüchtete zu »universal victims« (Rajaram 2002: 252) erklärt, denn diese verallgemeinerte Erwartung resultiert darin, dass Geflüchtete nicht mehr als spezifische Personen ausgestattet mit einem politischen Subjektstatus wahrgenommen werden (Turner 2010), sondern »are reduced to pure victims of the worst in humanity« (Horst 2008: 12) bzw. zu »pure victims in general« (Malkki 1996: 378).¹¹ »In fact, they are at their ›purest‹ [...] in their most desolate state« (Horst 2008: 14).

Im Rahmen des Vulnerabilitätsparadigmas erfolgt eine Darstellung von »societies and people as weak, passive and pathetic« (Bankoff 2001: 29). Mit der Idee von Vulnerabilität geht eine spezifische Mangelvorstellung – Kenneth Hewitt spricht auch von »a new ›pathology‹ called vulnerability« (Hewitt 1997: 167) – von Geflüchteten, aber auch anderen Konflikt- und Katastrophenopfern vorrangig des Globalen Südens einher, die die Verletzlichkeit potentieller und realer Opfer pathologisiert und diese zu passiv Betroffenen oder gar selbst zu den Verursacher*innen erklärt (Furedi 2005).

Auch wenn dem Vulnerabilitätsparadigma vorausgehende Paradigmen, bspw. die der Tropikalität oder der (Unter)Entwicklung, der Marginalisierung des Globalen Südens mehr Vorschub geleistet haben und im Kern noch paternalistischer und kolonialer strukturiert sind, bleiben die Paradigmen doch »variants of the same hegemonic discourse that identifies one and the same parts of the globe as the abode of mainly disadvantaged people who dwell in poorly governed and environmentally degraded spaces« (Bankoff 2001: 29). Ebenso wie die vorgängigen kolonialen Diskurse würde im Rahmen des Vulnerabilitätsparadigmas eine geographisch-kulturelle Unterteilung der Welt in gefährliche und weniger gefährliche

11 Zur Bedeutung der Zuschreibung von Unschuld in diesem Prozess siehe Simon Turner (2010).

Regionen erfolgen, in denen Konflikte und Katastrophen häufig oder selten auftreten.

»The new geography establishes defenceless spaces with its pattern of frailties and absent protection [...] and spaces of vulnerability determined by lack of entitlement, enfranchisement and empowerment. Moreover, these zones are often also denominated regions of misrule where a population's vulnerability made worse by the operation of despotic or illegitimate governments« (Bankoff 2001: 26).

Durch diesen kolonialen Vulnerabilitätsdiskurs entstehen so »imaginative geographies« (Said 1978: 54), die Trennungen zwischen vulnerablen Regionen des Globalen Südens und den sicheren Regionen des Globalen Nordens bzw. neokoloniale Binnendifferenzierungen innerhalb dieser etablieren. Bestärkt werden diese durch entsprechende kartographische Darstellungen, die die Welt in rote und grüne Zonen der Vulnerabilität unterteilen (vgl. Cutter et al. 2003; Fletcher et al. 2013) und damit Vulnerabilität zugleich verräumlichen und objektivieren (Heesen et al. 2014; Namberger et al. 2018).

3.2 Essentialisierung von Vulnerabilität

Die (neo)koloniale Machtbeziehung hängt nicht allein an den Intentionen der Beteiligten oder Semantiken von »vulnerablen Gruppen«, »Marginalisierten« oder *Beneficiaries*, sondern vielmehr an zugrundeliegenden kolonialen Wissensformationen sowie den zugehörigen Subjektkonstruktionen und Repräsentationspraktiken. So ist es auch nicht das *refugee label* allein, sondern vielmehr die damit verbundenen Konstruktionen, Identitäten und Repräsentationen. Die Konstruktion und »humanistic universalization of ›the refugee‹ as a pure victim« (Malkki 1995 a: 12) erfolgt dabei neben politisierten Flüchtlingsregimen (Agier 2011) vor allem durch diese sie reproduzierenden und legitimierenden, wissenschaftlich hervorgebrachten und gestützten Vulnerabilitätskonzepte.

Die Bezeichnung als »vulnerable Gruppe« – oder die Benennung einer Gruppe mit abstrakten Begriffen, die Spivak (1990) »masterwords« nennt – homogenisiert und essentialisiert Vulnerabilität, Marginalität und Benachteiligung. Bereits der Begriff »Vulnerabilität« legt ein essentialistisches Verständnis als eine Eigenschaft oder Kondition von Personen nahe (Hewitt 1995 a), das in der Regel durch die Identifikation bestimmter Gruppen oder Personen als »vulnerable Gruppen« auf Basis soziodemographischer Kategorien wissenschaftlich gestützt wird (Bolin/Stanford 1998). Gerade Geflüchteten werden dabei in besonderem Maße

»inherent vulnerabilities« (Baines 2004: iix) zugeschrieben, die sich zum Konstrukt einer geteilten, transhistorischen »refugee experience« (Malkki 1995 b: 511) im Sinne einer essentialistisch verstandenen Kultur mit einer »common condition or nature« (Malkki 1995 b: 511) verdichten. Die Vulnerabilität der Geflüchteten wird so essentialisiert und generalisiert (Malkki 1995 b; Rajaram 2002) und kann im Rahmen wissenschaftlicher Anwendungen genutzt werden, wodurch die zugrundeliegenden Essentialisierungen wiederum legitimiert werden.

Auch wenn die Kategorien und Zuschreibungen der Vulnerabilität bestimmter Personen und Gruppen in spezifischen Kontexten zu einem vorherigen Zeitpunkt empirisch in Fallstudien generiert worden sein sollten – so problematisch die Kategorisierung selbst bereits ist –, verlieren sie ihre ursprüngliche Kontextualität durch ihre Essentialisierung, wenn im Rahmen des Vulnerabilitätsparadigmas entsprechende Indikatoren vorgefertigter vulnerabler Gruppen – wie bspw. das *Vulnerability Assessment Framework* (VAF) (UNHCR Jordan 2015) oder Susan L. Cutters, Brian J. Boruffs und W. Lynn Shirleys (2003) *Social Vulnerability Index* (SoVI) – oder vulnerabler geographischer Räume ohne Berücksichtigung des Kontextes auf andere Personen(gruppen) und/oder (Welt)Regionen übertragen werden (vgl. bspw. Loyola Hummell et al. 2016). Am Ende stehen statistische und räumliche Verteilungen von Vulnerabilität, die durch die zugrundeliegende Essentialisierung positivistisch affirmiert werden.

Zwar schreibt auch Spivak selbst: »Es ist klar, dass arm, schwarz und weiblich sein heißt: es dreifach abbekommen« (Spivak 2008 a: 74). Sie warnt jedoch gleichzeitig vor jeder essentialisierenden Viktimisierung des Globalen Südens sowie komparativ angelegten Opferstudien und deren Wirkung (Spivak 2008 c), da sich Akte der Kolonialisierung vor allem durch wirkmächtige Differenzpostulate auszeichnen. So sieht Edward Said (1978) die Konstruktion des Orients durch den Westen zugleich eingebettet in eine Differenzproduktion, die den Westen erst als das Gegenbild des Orients erscheinen lässt. Spivak (1999; 1985 b) spricht in diesem Kontext vom »Wording« der »Dritten Welt«, in die sich die kulturelle Produktion und Dominanz des Imperialismus einschreibt und die »Dritte Welt« zu einem Zeichen werden lässt, dessen Produktionscharakter so nachhaltig verschleiert wird, dass die Dominanz und Überlegenheit der »Ersten Welt« naturalisiert werden kann. Auf diese Weise werden vermeintlich getrennte Welten konstruiert, die es dem Westen erlauben, die Verbindungen und Abhängigkeiten des westlichen Imperialismus und den konkreten Bedingungen und Ursachen von Vulnerabilität im Globalen Süden generell oder als historisch überkommen zu verkennen (vgl. Agier 2011). Zugleich wird durch diesen »dehistoricizing universalism« ein diskursiver Raum erschaffen, »in which it is difficult for people in the refugee ca-

tegy [genauso wie anderen Vulnerabilitätskategorien; Anm. DFL] to be approached as historical actors rather than simply as mute victims« (Malkki 1996: 378).

In diesem Kontext lassen sich Thematisierungen aus der Entwicklungssoziologie auf das Feld der Vulnerabilitätsforschung übertragen; auch diese legitimiert sich selbst über ihren Gegenstand, den sie in Form des »exotic, vulnerable other« (Baines 2004: 36; vgl. Parpart 1995 a; Horst 2008) als »unterlegenen und zivilisationsbedürftigen Anderen repräsentiert« (Reuter/Villa 2010: 26). Der koloniale Topos »Weiße Männer retten braune Frauen vor braunen Männern« (vgl. Spivak 2008 a) zeigt sich, wenn auch in verwandelten neokolonialen Konstellationen und mit einem erweiterten Spektrum »vulnerabler Gruppen«, ebenfalls in der Vulnerabilitätsforschung. So kritisiert z. B. Elisabeth Olivius die Darstellung geflüchteter Frauen als »vulnerable victims of backward patriarchies« (Olivius 2015: 286), während Männern zugleich ein Täter- wie Opferstatus in Anbetracht der »social structures and norms that have socialized them into this position« (Olivius 2015: 283) zugeschrieben wird. Eine ähnliche Kritik äußert Jane L. Parpart, wenn sie sich gegen die verbreitete Darstellung geflüchteter Frauen als »helplessly entangled in the tentacles of regressive Third World patriarchy« (Parpart 1995 b: 254) wendet.

Postkolonial inspirierte Untersuchungen haben gezeigt, wie in der humanitären Hilfe oder Entwicklungszusammenarbeit tätige Freiwillige und Organisationen durch ihre Arbeit ihre eigene Identität als humanitäre und helfende Subjekte erst konstruieren (Engels 2014).¹² »There is something [...] wrong in our most sophisticated research, our most benevolent impulses« (Spivak 1988 a: 207), schreibt Spivak und verweist damit auf die inhärente Machtdimension vermeintlich humanistischer Hilfe. Bereits die Idee, »den Anderen zu helfen«, ist aufgeladen mit imperialistischem Stolz und dem Paternalismus, dass westliche Expert*innen besser wüssten, was die Vulnerablen bräuchten (Parpart 1995 a; Kapoor 2008; Eriksson Baaz 2005). Gerade humanitäre Repräsentationspraktiken haben den Effekt, Sprachlosigkeit zu produzieren; mehr noch wird es gerade als Teil ihrer spezifischen Vulnerabilität verstanden, dass die Vulnerablen weder wissen, was sie bräuchten, noch sich adäquat mitteilen können (Malkki 1996).

Vulnerabilität ist und bleibt dabei im Kern ein wissenschaftliches Konzept des Globalen Nordens. Es gibt gerade unter den als höchst vulnerabel beschriebenen Gruppen meist kein (lokales) Verständnis des szientistischen Vulnerabilitätskon-

12 Liisa H. Malkki (2015) zeigt dagegen in ihrem jüngsten Buch, dass humanitäre Helfer*innen von einer spezifischen eigenen Vulnerabilität angetrieben werden.

zepts; in vielen Sprachen existiert nicht mal eine entsprechende Übersetzungsmöglichkeit (Heijmans 2004).¹³ Vulnerabilität wird dagegen in der Regel von diskursiv als nicht-vulnerabel konstruierten Wissenschaftler*innen definiert, die zumeist von der Universalität und den Vorzügen wissenschaftlichen Expert*innenwissens gegenüber anderen »lokalen« Wissenssystemen überzeugt sind (Delica-Willison/Willison 2004).

Der südafrikanische Schriftsteller Njabulo Ndebele (2007) beschreibt die Differenzproduktion mit Blick auf die Vulnerabilität und Unantastbarkeit schwarzer und weißer Körper – und damit auch die wechselseitige Bedingtheit vermeintlich empirischer und normativer Aussagen – folgendermaßen:

»We are all familiar with the global sanctity of the white body. Wherever the white body is violated in the world, severe retributions follow somehow for the perpetrators if they are non-white, regardless of the social status of the white body. The white body is inviolable, and that inviolability is in direct proportion to the vulnerability of the black body« (Ndebele 2007: 137).

Die Konstruktion des vulnerablen schwarzen Körpers erschafft so erst den unverletzlichen weißen Körper. Diese Verkörperung von Vulnerabilität als besondere Form der Essentialisierung findet sich besonders bei Geflüchteten. Erin K. Baines stellt mit Blick auf den Diskurs fest: »The root cause of their [Geflüchtete; Anm. DFL] vulnerability is overwhelmingly cultural and located in the body« (Baines 2004: 38). So werden gerade die gezeichneten Körper der Geflüchteten zum Ausweis und Beweis ihrer Vulnerabilität (Horst 2008) und bedingen zugleich eine Reduktion auf diese körperlichen Objektivierungen: »In his or her case, wounds speak louder than words. Wounds are accepted as objective evidence, as more reliable sources of knowledge than the words of the people on whose bodies those wounds are found« (Malkki 1996: 384). Praktisch wird so verkörperlichte Vulnerabilität vielfach sogar zur notwendigen Voraussetzung der Anerkennung als »authentischer« Geflüchteter sowie mit dem Status verknüpfter Rechte erklärt: »the refugee must prove his or her vulnerability« (Horst 2008: 206; vgl. Stein 1981; Baines 2004; Agier 2011).

13 Dies bedeutet nicht, dass die als vulnerabel beschriebenen Personen nicht auch sehr spezifische Vorstellungen davon haben, was sie gefährdet oder »vulnerabel« macht oder sie sich nicht entsprechende Label, auch das der Vulnerabilität, aneignen (Agier 2011; Turner 2010).

3.3 Vulnerabilität als Interventionslegitimation

Die Beschreibungen von Minderwertigkeit und Hilflosigkeit – bei gleichzeitig mangelnden Korrekturmöglichkeiten dieses durch Wissenschaft und Praxis erzeugten und verbreiteten Bildes für die »Vulnerablen« – machen aus vulnerablen Gruppen »legitime« Interventionsobjekte des Imperialismus (Delica-Willison/Willison 2004). So erlaubt die oben beschriebene Homogenisierung und Essentialisierung vulnerabler Gruppen diese als einheitliche Adressat*innen zu verstehen. Für Greg Bankoff dient gerade das Vulnerabilitätsparadigma »as justification for Western interference and intervention in the affairs of those regions for our and their sakes« (Bankoff 2001: 27). Und auch Didier Fassin (2013) sieht in der vermeintlichen Vulnerabilität der Zielgruppen die moralische Legitimation für humanitäre Interventionen.

Sämtlichem Wissen über vulnerable Regionen oder Gruppen wohnen immer auch Kontrollmöglichkeiten des Anderen inne: »getting to know (or discursively framing) the Third World is also about getting to discipline and monitor it, to have a more manageable Other« (Kapoor 2008: 46). Kontrollwissen und Hilfe gehören dabei für Michel Agier unweigerlich zusammen: »There is no care without control« (Agier 2011: 4). Das diskursiv produzierte Wissen, sei es das über den Orient (Said 1978) oder das über vulnerable Regionen oder Menschen, dient nicht nur »der direkten Machtausübung, sondern gleichzeitig auch der Legitimierung von Gewalt« (Castro Varela/Dhawan 2015: 95). Laurence McFalls spricht in diesem Fall von einer spezifischen »iatrogenic violence« (McFalls 2013: 318) militärischer wie humanitärer Interventionen »as the inadvertent product of care« (McFalls 2013: 318), die ihre Legitimation aus der Vulnerabilität/Bedürftigkeit der Zielgruppen zieht und sich darüber hinaus auch über die Beseitigung anderer Gewaltformen begründet. Peter Nyers nutzt in diesem Kontext explizit den Begriff der »humanitarian violence« (Nyers 2006: 42).

So kann Vulnerabilität im Sinne einer spezifischen Ausprägung von Versicherunglichung als spezifisches Interventionslabel genutzt werden, um (neo)koloniale Praktiken in Bezug auf »vulnerable (Ziel)Gruppen« als in deren Sinne zu legitimieren (van Loon 2008; vgl. Spivak 2008 a). Gerade mit Blick auf die Geflüchteten, insbesondere weibliche, finden sich vielfältige Ansätze zur »Rettung« dieser, die vielfach (neo)koloniale Signaturen aufweisen und (neo)koloniale wie strukturelle Rahmenbedingungen missachten (Baines 2004; Powell 2015; Olivius 2015). Der viktimisierende Blick des Westens auf Geflüchtete wie allgemein auf Opfer von Konflikten und Katastrophen verstellt den Blick auf das Prozessuale sowie die zugrundeliegenden Machtasymmetrien und (neo)kolonialen Praktiken und be-

günstigt eine naturalisierende und fatalisierende Ereigniszentrierung, die die eigentlichen Ursachen verkennt und äußere, reaktive Interventionen als einziges Mittel propagiert (Keen 1994; Hendrie 1997). Agier (vgl. Calhoun 2013) bezeichnet deshalb den humanitären Apparat – gerade auch des Flüchtlingsschutzes – in Anlehnung an Bourdieu als »the left hand of the empire« (Agier 2011: 200), die die Schäden des Kolonialismus therapieren will, aber gleichzeitig den Imperialismus fortschreibt.

Gerade Vulnerabilitätsreduktionsmaßnahmen werden häufig entsprechend als ein technischer Prozess angesehen, in dem »Wissen zur Anwendung« gebracht wird. Während Kultur im Anwendungsprozess vielleicht noch als Anwendungskontext einer (neo)kolonialen Praktik/Lösung zum Tragen kommt, wird in der Regel die kulturelle Bedingtheit des Wissens und der »Lösung« nicht reflektiert, obwohl die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen immer auch Praktiken kultureller Repräsentation innerhalb hegemonialer Diskurse beinhalten (Kapoor 2008). Enge kulturelle Erklärungsmuster, die im Kolonialismus wurzeln, erlauben es, die größeren (neo)kolonialen Zusammenhänge zu ignorieren. So kritisiert Spivak (2000 a) Akteure im Globalen Norden, die vorgeben würden, im Sinne der Subalternen des Globalen Südens zu helfen, jedoch keinerlei Kenntnis über deren konkrete Lebensbedingungen haben und allein auf die Bekämpfung von Symptomen fokussierten, ohne die strukturellen, häufig ökonomisch überformten imperialistischen Marginalisierungen zu berücksichtigen, die ursächlich für die Vulnerabilität der Subalternen seien.

4. Epistemische Gewalt

Die gewaltförmigen Wirkungen des in den vorherigen Abschnitten beschriebenen Vulnerabilitätsparadigmas lassen sich mittels des Konzeptes epistemischer Gewalt Spivaks näher fassen. Letzteres thematisiert die Gewaltförmigkeit von Wissen, Erkenntnisbegriffen und Konzepten und damit auch von Wissenschaft.¹⁴ Spivak bezieht sich damit auf spezifische Gewaltzusammenhänge, die im allgemeinen Sprachgebrauch als »too respectable, too academic, too genteel« (Norman 1999: 353) gelten – da definitorisch Gewalt und die akademische Produktion von Wissen in der Regel kontradiktorisch definiert werden – und daher häufig nicht als das thematisiert werden, was sie seien: »It is violence all the same, and deserves to be seen for what it is« (Norman 1999: 353).

14 Unter dem Begriff »epistemologischer Gewalt« fasst Vandana Shiva (1990) die materiell-physische Gewalt (reduktionistischer) Wissenschaft.

Spivaks Aufsatz »Can the Subaltern Speak?« von 1988 thematisiert epistemische Gewalt unter Rekurs auf die Subalternen als Personen, die keinerlei soziale Mobilität besitzen, da sie in kolonisierten sozialen Räumen strukturell in ihrer Entwicklung eingeschränkt sind.¹⁵ Zentral am Begriff der Subalternen, wie ihn Antonio Gramsci, Ranajit Guha und Gayatri C. Spivak verwenden, ist, dass dieser grundsätzlich relational gedacht ist: Die Subalternen stehen in Opposition und radikaler Differenz zu den dominierenden Gruppen; entsprechend wird mit Subalternität keine Eigenschaft, keine Identität bezeichnet, sondern eine relationale Position im Geflecht (neo)kolonialer Strukturen (Castro Varela/Dhawan 2015).

Am Ende ihres Aufsatzes beantwortet Spivak (2008 a) die titelgebende Frage, ob die Subalterne sprechen kann, negativ. Dass dies nicht der Fall ist, bedeutet nicht, dass sie sich nicht äußern kann, ihre Sprachlosigkeit verweist vielmehr darauf, »dass das Hören hegemonial strukturiert ist« (Castro Varela/Dhawan 2015: 198-199) und dass die diskursive Ordnung selbst auf dem Zum-Schweigen-Bringen bestimmter Sachverhalte sowie von Stimmen beruht. Sämtliche Artikulationsmöglichkeiten von Kritik und Abweichung – auch diejenigen einer postkolonialen Mimikry, wie sie beispielsweise bei Homi Bhabha (1994) zu finden ist – bleiben daher für Spivak, die in diesem Kontext von »enabling violation« (Spivak 1996: 19) spricht, unweigerlich an den hegemonialen Diskurs gebunden. Es bleibt daher immer eine unaufhebbare gemeinsame diskursive Hervorbringung der kolonialen Mächte *und* der Kolonialsubjekte bestehen (Spivak 1985 a; 1988 b).

Epistemische Gewalt liegt für Spivak genau in dieser diskursiven Produktion, Weitergabe und Anwendung von Wissen, da hiermit die »zwanghafte Delegitimierung, Sanktionierung und Verdrängung (Negativierung) bestimmter Erkenntnismöglichkeiten und die tendenzielle und versuchte Durchsetzung (Positivierung) anderer Erkenntnismöglichkeiten« (Garbe 2013: 3) einhergeht.

»Das klarste Beispiel für eine solche epistemische Gewalt ist das aus der Distanz orchestrierte, weitläufige und heterogene Projekt, das koloniale Subjekt als Anderes zu konstruieren. Dieses Projekt bedeutet auch die asymmetrische Auslöschung der Spuren dieses Anderen in seiner prekären Subjektivität [sic!] bzw. Unterworfenheit« (Spivak 2008 a: 42).

Aber epistemische Gewalt zeigt sich nicht allein in Akten des Kolonialismus, sondern schreibt sich auch in neokoloniale Machtkonstellation ein. Spivak selbst sieht in der »enge[n] epistemische[n] Gewalt des Imperialismus [...] eine unvoll-

15 Vgl. die Nähe zu Johan Galtungs (1975) Begriff »struktureller Gewalt« und die Ausführungen in Abschnitt 5.2.

kommene Allegorie für die allgemeine Gewalt, die die Möglichkeit einer Episteme ausmacht« (Spivak 2008 a: 56). Gerade der diskursiven Konstruktion Geflüchteter und Vulnerabler als koloniale Andere in Form essentialisierter pathologischer wie hilfloser Opfer im Rahmen eines westlich-szientistischen oder humanitär-paternalistischen Diskurses wohnt daher eine spezifische epistemische Gewalt inne (Ayotte/Husain 2005), die ihren Gegenstand selbst beständig hervorbringt und alternative Erkenntnismöglichkeiten negatiert, indem sie die Affirmation des Vulnerabilitätsstatus zum diskursiven wie praktischen Anerkennungskriterium erklärt.

Epistemische Gewalt kann in verschiedener Hinsicht wirksam werden; sie kann einerseits in der Form der Definitionsmacht in Diskursen auftreten und so andere alternative Definitionen oder Stimmen zum Schweigen bringen oder andere (auch manifeste) Formen der Gewalt legitimieren bzw. in diese übersetzt werden (Korf 2006; vgl. Brunner 2018), wie der vorausgegangene Abschnitt am Beispiel von Interventionen und sogenannter »humanitärer Gewalt« gezeigt hat. Entscheidend für Spivaks Konzeption epistemischer Gewalt ist, dass sich diese aufgrund der Produktivität der kolonialen Diskursformation nicht einfach aufbrechen lässt, indem den Subalternen ein politisches Mitspracherecht eingeräumt wird oder diese repräsentiert werden. Versuche einer Repräsentation ihrer Stimmen durch Stellvertreter*innen bleiben zutiefst in kolonialen Strukturen verstrickt, da diejenigen, die sprechen können, selbst nicht subaltern sind und somit aufgrund der relationalen Struktur der Hegemonie selbst zur Reproduktion des kolonialen Diskurses und seiner Machtstrukturen beitragen (Steyerl 2008). Mehr noch, derartige Versuche lassen sich selbst als Akte epistemischer Gewalt dechiffrieren:

»Gewalt erfahren dabei vor allem die, die unter die machtvollen Bezeichnungen [als marginalisierte Gruppe oder als vulnerable Gruppen; Anm. DFL] subsumiert und damit assimiliert werden. Ihre Stimmen würden [...] gerade von den radikalen Gegendiskursen zum Verstummen gebracht, die vorgeben, für sie zu sprechen« (Castro Varela/Dhawan 2015: 185).

Eine Rekonstruktion subalternen Stimmen hält Spivak daher prinzipiell für unmöglich und kritisiert derartige Versuche am Beispiel postkolonialer Feminist*innen, die im Versuch, den subalternen Stimmen zum Sprechen zu verhelfen, selbst zu »Ersatz-Opfern« (token victims) mutieren, die als Instrumente der dominanten Strukturen, den Prozess der Dekolonialisierung blockieren« (Castro Varela/Dhawan 2015: 201). In derartigen Versuchen vermischt sich »epistemische Gewalt mit der Beförderung von Lernen und Zivilisation [...]. Und die subalterne Frau wird so stumm bleiben wie eh und je« (Spivak 2008 a: 75).

Stumm bzw. sprachlos erscheinen auch die einer solchen epistemischen Gewalt unterworfenen Vulnerablen und Geflüchteten, die von Malkki (1996) eben deshalb auch als »speechless emissaries« bezeichnet werden. Die epistemische Gewalt wird dabei von Malkki vor allem in den Repräsentationspraktiken eines humanitären Systems sowie einer in Komplizenschaft stehenden Wissenschaft verortet. Die vielfältigen Zuschreibungen essentialisierter Vulnerabilität bringen diese Sprachlosigkeit erst hervor. Auch wenn viele Geflüchtete – wie auch andere vermeintlich vulnerable Personen – Vulnerabilitätszuschreibungen selbst zurückweisen (Baines 2004), verhält dieser Widerspruch der Geflüchteten jedoch vielfach aufgrund diskursiver Bedingungen (Malkki 1996; Nyers 2006). Wer dennoch spricht, kann entweder kein Geflüchteter sein oder aber dessen Gegenrede wird paratheoretisch als Ausdruck der Hilflosigkeit, Traumatisierung oder besonderer Vulnerabilität des Geflüchteten pathologisiert:

»the ›real refugee‹, was imagined as [...] a victim whose judgement and reason had been compromised by his or her experiences. This was a tragic, and sometimes repulsive, figure who could be deciphered and healed only by professionals, and who was opaque even (or perhaps especially) to himself or herself« (Malkki 1996: 384).

In diesem Sinne ist mit Fanon für den »Kolonialisierten« gerade die wissenschaftliche »Objektivität« der Vulnerabilität »immer etwas, das sich gegen ihn richtet« (Fanon 1981: 65).

5. Postkoloniale Vulnerabilität?

Wie die einleitenden Passagen zur Geschichte des Vulnerabilitätskonzepts in Abschnitt 2.1 gezeigt haben, ist das Vulnerabilitätsparadigma nicht einfach nur Ausdruck eines (neo)kolonialen Wissenschaftsfeldes, sondern es gab gerade zu Beginn durchaus ein kritisches Potential, das sich gegenüber dem deutlich (neo)kolonialeren Mainstream der Katastrophenforschung absetzte.

Die Kritik des Vulnerabilitätsparadigmas an älteren Forschungsansätzen lässt sich vielleicht nicht als postkoloniale Theorie *avant la lettre* lesen, konvergiert jedoch in einigen Punkten mit der postkolonialen Theorie. Gleichwohl gingen mit der Etablierung sowie dem Mainstreaming des Vulnerabilitätsparadigmas auch neokoloniale Perspektivierungen einher, wie im 3. Abschnitt gezeigt wurde. In diesem Spannungsfeld von Nähe und Ferne zur postkolonialen Theorie finden sich Ansatzpunkte, diese Kritik am Mainstream der Forschung auch in kritischer Distanz zum etablierten, teils auch (neo)kolonialen Mainstream des Vulnerabili-

tätsparadigmas postkolonial weiterzudenken. In den folgenden Abschnitten sollen diese Ansätze konzeptuell herausgearbeitet und in Richtung eines postkolonialen Verständnisses weitergedacht werden. Hierzu wird auf strukturelle Gewaltbegriffe rekurriert, um zu diskutieren, inwieweit diese im Sinne einer Re-Aktualisierung des (macht)kritischen Potentials des Vulnerabilitätsparadigmas genutzt werden können. Die nachfolgenden Abschnitte nehmen dazu eine konzeptuelle Perspektive ein. Daher wird der enge Fokus auf »vulnerable Gruppen« im Allgemeinen und Geflüchtete im Besonderen, wie er in weiten Teilen des (neo)kolonialen Vulnerabilitätsparadigmas vorherrschend ist, im Folgenden im Anschluss an postkoloniale Überlegungen zugunsten anti-essentialistischer, eher phänomenbezogener Überlegungen aufgegeben, die Vulnerabilität stattdessen stärker in strukturellen sowie diskursiven Relationen und als Wirkung, denn als Ursache verorten.

5.1 Postkoloniale Momente des Vulnerabilitätsparadigmas

Im Rahmen des Vulnerabilitätsparadigmas findet sich, besonders vor dem Mainstreaming, durchaus eine Thematisierung hegemonialer, teilweise auch (neo)kolonialer Machtstrukturen und die Betonung, dass dominante Paradigmen von Konflikt, Katastrophe und Zwangsmigration einen »strictly Western, professional stance« (Hewitt 1995 a: 326) einnehmen und im Kern eine »institution-centered and ethnocentric view« (Hewitt 1983: 7) reflektieren, welche hintergründig mit entsprechenden Differenzkonstruktionen operiert. Während es bei Spivak primär um das »Worlding« der »Dritten Welt« als einer abgetrennten, der »Ersten Welt« und ihrem Imperialismus vermeintlich unverbunden gegenüberstehenden Sphäre geht, ist es bei Kenneth Hewitt die Konstruktion ferner südlicher »archipelagos of extreme and more or less random events« (Hewitt 1995 b: 117) in Form von Konflikten, Katastrophen und Zwangsmigration ohne jede Verbindung zu der diskursiven wie materiellen Funktionsweise westlicher Gesellschaften. Für eine postkoloniale Vulnerabilitätsvorstellung wäre gerade die Verbindung bzw. die Überlagerung beider bedeutsam: Nämlich die Frage, wie Konflikte, Katastrophen und Zwangsmigration im Globalen Süden in ihrer diskursiven wie materiellen Form durch die imperialistischen Funktionsweisen des Globalen Nordens bestimmt werden, ohne dabei in neokoloniale Vorstellungen des Globalen zu verfallen. In diesem Punkt gibt es Konvergenzen des Vulnerabilitätsparadigmas mit postkolonialen Überlegungen. So kritisieren bspw. María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan (2010) Ulrich Beck (2007) für seinen, nach Meinung der Autorinnen, naiven kosmopolitischen Blick, der eine geteilte globale Vulnerabilität der Menschheit gegenüber globalen Risiken annimmt. Durch die postkoloniale Per-

spektive werde deutlich, dass es eben kein geteiltes Schicksal sei, sondern dieses höchst ungleich verteilt sei. Hierzu hätte die postkoloniale Forschung wesentliche Beiträge geleistet, schreiben die Autorinnen, ohne hierbei auf das Vulnerabilitätsparadigma einzugehen.

Ein postkoloniales Vulnerabilitätsverständnis bricht mit dem technokratischen Modernisierungsparadigma (vgl. Hewitt 1983) genauso wie mit globalen Vorstellungen der Welt(risiko)gesellschaft: Postkoloniale Konflikte, Katastrophen und Zwangsmigration »are not ›problems‹ to be ›solved‹; rather, they are compound processes that demand attention to systemic factors, colonial histories« (Carrigan 2016: 217). Ein derartiges Vulnerabilitätsverständnis verschiebt auch den Fokus der notwendigen Maßnahmen weg von reaktiven Bewältigungsmaßnahmen sowie der Wiederherstellung eines Status quo ante einschließlich seiner Hegemonien und (neo)kolonialen Machtverhältnisse auf die vorgängige strukturelle Verursachung (Fordham 2004).

Vulnerabilität postkolonial zu denken, bedeutet, diese in Vermeidung essentialistischer Zuschreibungen nicht als persönliche oder Gruppeneigenschaft von Geflüchteten oder anderen Betroffenen von Konflikten und Katastrophen, sondern strukturell als »embedded in complex social relations and processes« (Hilhorst/Bankoff 2004: 5) zu denken, zu denen sich gerade auch (neo)koloniale Beziehungen zählen lassen. Aus postkolonialer Perspektive impliziert dies, die soziale Beziehungen strukturierenden diskursiven Hegemonien sowie die Genese von Vulnerabilität als Ausdruck und Ergebnis kolonialer wie neokolonialer Machtstrukturen in den Blick zu nehmen.¹⁶ Piers M. Blaikie, Terry Cannon, Ian Davis und Ben Wisner sprechen – noch im Paradigma politischer Ökonomie/Ökologie und damit allen voran in ökonomischer Lesart – von *root causes* als zeitlich und räumlich von den Orten der Effekte getrennten Ursachen von Vulnerabilität. »Root causes reflect the distribution of power« (Blaikie et al. 1994: 24), schreiben die Autoren, wobei die Engführung auf ökonomische *root causes* im Rahmen einer postkolonialen Betrachtung aufgebrochen und zu Gunsten globaler (neo)kolonialer, auch diskursiver, Machtverhältnisse verschoben werden muss.

Die Stärke eines derartig verstandenen Vulnerabilitätsansatzes liegt darin, dass er den Fokus von der äußeren Gefahr auf den Komplex sozialer, kultureller, politischer, ökonomischer und diskursiver Faktoren verlagert, die ursächlich für Zwangsmigration, Konflikte und Katastrophen sind. Martin Voss spricht daher bei

16 Anthony Oliver-Smith (1994) hat bspw. am Beispiel von Perus »five hundred year earthquake« 1970 darlegt, wie sich Vulnerabilität durch koloniale Prozesse sowie deren neokoloniale Fortschreibungen über Jahrhunderte akkumulieren kann.

Vulnerabilität von einem »relative concept« und davon, dass »vulnerability itself is a *consequence*, meaning it is first of all an indicator for deficits in the societal organisation of everyday life which led to vulnerability« (Voss 2008: 41).

Mit der Relationalität der Vulnerabilität ist zugleich die notwendige Kontextspezifik bzw. *Provinzialisierung* (Chakrabarty 2010) angesprochen, die in Vermeidung generalisierter und abstrakter Vulnerabilitätsparadigmen (Hewitt 1995 a) den lokalen Bedingungen, nicht nur im Globalen Süden, sondern überall Rechnung trägt und nicht in neokoloniale Vorstellungen des Globalen sowie der Universalität einzelner westlicher Ansätze zurückfällt.

Mit den Defiziten der gesellschaftlichen Organisation sind hegemoniale Machtstrukturen benannt sowie deren Konsequenzen in Form von Diskriminierung und Marginalisierung nicht nur auf einer diskursiven, sondern auch einer materiell-physischen Ebene angesprochen. Zugleich wird deutlich, dass es sich nicht um natürliche oder zufällige Prozesse der Exposition handelt, sondern dass strukturelle Zusammenhänge für die Zuweisung unterschiedlicher Gefährdungen und damit unterschiedlicher (Über)Lebenschancen verantwortlich sind. Dies rückt einen solch strukturell verstandenen Vulnerabilitätsbegriff in die Nähe von strukturellen Gewaltkonzepten.

5.2 Vulnerabilität als struktureller Gewaltzusammenhang

Die Verknüpfung von Vulnerabilität und Gewalt ist bislang nur im Kontext des Konzeptes epistemischer Gewalt als der Gewaltförmigkeit von Wissen, Erkenntnisbegriffen und (wissenschaftlichen) Konzepten erfolgt. Ausgehend von den Überlegungen in den vorherigen Abschnitten stellt sich die Frage, ob für eine Reformulierung von Vulnerabilität ein weiter Gewaltbegriff im Sinne eines strukturellen Gewaltzusammenhangs nutzbar gemacht werden kann. Und zwar nicht nur mit Blick auf das wissenschaftlich-diskursive Konzept, sondern auch für die faktische Vulnerabilität, Marginalisierung und Exklusion, um damit das herrschaftskritische Potential des Vulnerabilitätsparadigmas im Sinne eines postkolonial verstandenen Ansatzes wieder stärker in den Vordergrund treten zu lassen.

Die Ausweitung des Gewaltbegriffs innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung und darüber hinaus verdankt sich besonders Johan Galtungs (1975) Konzept struktureller Gewalt (Brunner 2018) und zog verschiedene Debatten u. a. innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung um die Reichweite des Gewaltbegriffs nach sich (Bonacker/Imbusch 2010).

Mit Bezug auf Vulnerabilität finden sich verschiedene Ansätze, die in Richtung Gewalt weisen. Kenneth Hewitt (1995 a; 1997) sieht eine Kontinuität von Vul-

nerabilität gegenüber Katastrophen und manifesten Formen von Gewalt. Auch die postkoloniale Linguistin Rukmini Nair (1997) argumentiert, dass Katastrophen eine besondere Form der Gewalt gegen Menschen darstellen. Mit Bezug zur Vulnerabilität wurde der Gewaltbegriff vorrangig im Zusammenhang mit Hungervulnerabilität und -katastrophen aufgebracht: Michael Watts (1983) spricht von »silent violence« bei Hungerkatastrophen in Nigeria, Betsy Hartmann und James K. Boyce (1984) sprechen von »quiet violence« mit Bezug auf Bangladesch, und Mike Davis (2001) thematisiert die kolonialen Wirkungen in Form von Hungerkatastrophen als »environmental violence«.

Das Verdienst Galtung (1975) besteht insbesondere darin, den traditionellen Gewaltbegriff, der als Handlungsbegriff konzipiert ist und Gewaltakte auf entsprechende -subjekte zurückführt, durch eine strukturelle Gewaltdimension, die sich in Machtasymmetrien ausdrückt, zu ergänzen. »Strukturelle Gewalt ist«, so Galtung, »die vermeidbare Beeinträchtigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse« (Galtung 1975: 12). Als Beispiele führt er u. a. objektiv vermeidbare Mangelernährung, mangelnde medizinische Versorgung sowie eine vermeidbar geringere Lebenserwartung an. Vulnerabilität als ungleiche Betroffenheit von Konflikten, Katastrophen und Zwangsmigration aufgrund von asymmetrischen Machtverteilungen könnte ohne weiteres dazu gerechnet werden.

Watts nutzt den Begriff »silent violence« mit direktem Bezug sowohl zur (Hunger-)Vulnerabilität als auch zu kolonialen Machtstrukturen. Für ihn existiert »a structural relationship between famine and the political economy of colonialism that legitimately warrants the use of the term ›violence‹. This structural causality and the absences and neglect [...] is the ›silent violence«« (Watts 1983: XXIV). Watts hebt dabei die Wechselwirkungen des Kapitalismus und des Kolonialismus sowie des kolonialen Erbes für Vulnerabilität hervor. Ohne Bezug zu Galtung finden sich jedoch deutliche Parallelen: Auch Watts geht es um eine strukturelle Gewaltdimension sowie die daraus resultierende Marginalisierung, die sich nicht zuletzt in ungleichen Lebensbedingungen, Zwangsmigration, Lebensmittelkrisen und Hungerkatastrophen äußert. Letztere stellen nur den Endpunkt eines »continuum with the silent violence of malnutrition« (Davis 2001: 21) dar.

In Rob Nixons (2011) »Slow Violence and the Environmentalism of the Poor« laufen die verschiedenen Fäden von Galtung, Watts und postkolonialer Theorie zusammen. Nixon nimmt, neben eher indirekten Bezügen zu Spivak und Fanon, direkten Bezug auf Edward Said und Ramachandra Guha, der in seinen umwelthistorischen Arbeiten die westliche Ökologiebewegung für ihre blinden Flecken in Bezug auf die geschichtlich-politisch-soziale Situiertheit von ökologischen Konflikten kritisiert und an postkoloniale Theorien anschließt (Guha 2006).

Nixon betont, wie auch Laura A. Stoler (2008), die Notwendigkeit einer postkolonialen Betrachtung von Konflikten, Katastrophen, langsamer Umweltdegradation und Vertreibung. Mit »slow violence« bezeichnet Nixon unter direkter Bezugnahme auf Said (1978) und Watts (1983)

»a different kind of violence, a violence that is neither spectacular nor instantaneous, but rather incremental and accretive, its calamitous repercussions playing out across a range of temporal scales. In so doing, we also need to engage the representational, narrative, and strategic challenges posed by the relative invisibility of slow violence« (Nixon 2011: 2).

Slow violence kann Formen struktureller Gewalt beinhalten, erlaubt aber auch extrem langfristige und vermittelte Wirkungen in den Blick zu nehmen. Nixons Fokus gilt v. a. »attritional catastrophes« (Nixon 2011: 7), die sich durch kumulative Effekte auszeichnen und nicht selten Zwangsmigration und Vertreibung für die Betroffenen bedeuten. Nixon hat hier ökologisch vermittelte Fernwirkungen in Form von Umweltdegradation im Blick und sieht Galtungs strukturelle Gewalt als Verbindungsglied zwischen Rachel Carsons »Silent Spring« und ihrer Idee eines »death-by-indirection« (Carson 1962: 32) und jüngeren Erkenntnissen von vermittelten Wirkungen im Bereich des Klimawandels, Biotechnologie sowie den zeitlich versetzten Wirkungen des *Precision Warfare*, bspw. in Form von Uranmunition.

Nixon sieht als Ursache hintergründig vielfältige Marginalisierungen wirken, »all of which make the poor and racial minorities disproportionately vulnerable to catastrophe« (Nixon 2011: 59). Als Betroffene macht Nixon »the poor« aus, die Spivaks Subalternen vergleichbar sind, da beide genuin relational sowie antiesentialistisch gedacht sind und sich in den Definitions- und Artikulationsasymmetrien hegemonialer Diskurse bewegen.¹⁷

Wie bei der Thematisierung der Subalternen sind damit für Nixon immer auch die diskursiv produzierten Leerstellen der Wahrnehmung und Unsagbarkeit angesprochen, »that render ›uneventful‹ violence [...] a weak claimant on our time« (Nixon 2011: 8). Die Armen/Subalternen sehen sich daher mit der doppelten Herausforderung von diskursiver Unsichtbarkeit und Amnesie konfrontiert. Sie bilden zwar die Mehrheit der Bevölkerung, bleiben jedoch an den Rändern der Wahrnehmbarkeit eines neokolonial strukturierten hegemonialen Diskurses.

17 Gleichwohl scheint »the poor« aus postkolonialer Perspektive zumindest unglücklich gewählt, handelt es sich doch nur um ein anderes »masterword« (Spivak 1990).

Bei allen drei Gewaltbegriffen ist eine strukturelle Dimension der Vulnerabilität angesprochen. Diese liegt in strukturellen Machtasymmetrien begründet und verteilt Lebenschancen und -risiken ungleich. Vulnerabilität ist damit nicht einfach nur eine statistische Verteilung, die positivistisch registriert und damit zugleich affirmiert wird, wie dies häufig im Rahmen von statistischen Indizes und Kartierungen erfolgt, sondern Ausdruck (neo)kolonialer Macht- und Gewaltverhältnisse. Zugleich verweisen alle drei Begriffe neben der strukturellen Bedingtheit auf das Kontinuum der Wirkungen, das von alltäglichen Benachteiligungen über chronische Mangelernährung bis zu Hungerkatastrophen reichen kann.

Mehr noch als bei der strukturellen Gewalt sind bei der stillen und langsamen Gewalt auch die diskursiven Modi der Ausblendung dieser Gewaltformen angesprochen. Diese ereignen sich im Stillen oder zu langsam für die Wahrnehmung – jedenfalls bezogen auf die im Alltag diskursiv vorgehaltenen Möglichkeiten, diese Phänomene als Gewalt beschreiben zu können. Mit diesen diskursiven Leerstellen geht eine Legitimierung dieser Gewaltformen durch eine »Unkenntlichmachung von Gewaltverhältnissen« (Imbusch 2000: 30) einher, die damit eine Nähe zu Galtungs (1990) kultureller oder Pierre Bourdieus (2005) symbolischer Gewalt, v. a. aber auch der bereits angesprochenen epistemischen Gewalt haben. Damit wird schon die Bezeichnung und Thematisierung von struktureller, stiller oder langsamer Gewalt zu einem Versuch, gegen die Unkenntlichmachung dieser in Form epistemischer Gewalt anzugehen.

5.3 Vulnerabilität zwischen Aufdeckung und Hervorbringung epistemischer Gewalt

Eine postkolonial verstandene Vulnerabilitätsforschung versucht sich in der Aufdeckung der vielfältigen, teils verdeckten Wirkungen struktureller, stiller oder langsamer Gewalt und arbeitet damit gleichzeitig gegen die epistemische Gewalt im Alltag wie auch in Konflikten, Katastrophen und Kontexten von Zwangsmigration. In diesem Sinne kann Vulnerabilität die postkoloniale Theorie erweitern und zu einem Mittel der Thematisierung und Aufdeckung (neo)kolonialer Machtstrukturen sowie ihrer Wirkungen werden und damit vielleicht zu einer Dekolonialisierung der Verhältnisse beitragen.

Damit verknüpft sich der Versuch »excluded perspectives« sowie »missing voices« (Hewitt 1995 a: 326), die ansonsten im Rahmen der dominanten Paradigmen der Konflikt-, Katastrophen- und Flüchtlingsforschung sowie dem operativen Umgang mit den Phänomenen unvernommen blieben, eine Möglichkeit zum

Sprechen zu geben. Dies rührt natürlich am Problem epistemischer Gewalt der Wissenschaft und der Frage, ob die Subalternen sprechen können.

Damit ist das grundsätzliche Dilemma der Vulnerabilitätsforschung angesprochen: zwischen epistemischer Gewalt in der Komplizenschaft der Unkenntlichmachung durch Nichtthematisierung der Zusammenhänge von Gewalt, Vulnerabilität, Zwangsmigration, Konflikten und Katastrophen einerseits sowie der epistemischen Gewalt bei ihrer Thematisierung und Kontinuierung andererseits. Oder anders formuliert: Die Vulnerabilitätsforschung muss sich kritisch damit auseinandersetzen, inwieweit sie selbst in Gewaltzusammenhänge verstrickt ist, wo sie diese sichtbar machen kann, und wo sie diese selbst (re)produziert.

Nur in wenigen Ausnahmen ist sich die Vulnerabilitätsforschung dieses Dilemmas bewusst. Martin Voss (2008), der in Anlehnung an Spivak fragt, ob die Vulnerablen sprechen können, hat in diesem Kontext darauf verwiesen, dass die Rolle der Wissenschaft selbst in der diskursiven Produktion epistemischer Gewalt bislang weitestgehend vernachlässigt wurde. Die Problematik, wie epistemische Gewalt aufgelöst werden kann, bleibt bestehen. Spivak selbst wurde für die Perpetuierung und Fortschreibung eines schweigenden und passiven kolonialen Subjektes kritisiert: »While Spivak is excellent on ›the itinerary of silencing‹ endured by the subaltern, particularly historically, there is little attention to the process by which the subaltern's ›coming to voice‹ might be achieved« (Moore-Gilbert 1997: 106). Neben allen Schwierigkeiten und Widersprüchen des Versuchs, für und mit anderen im Rahmen partizipativer Verfahren zu sprechen, sieht Ben Wisner (2004) daher eine der Hauptaufgaben der Vulnerabilitätsforschung darin, sich produktiv mit der eigenen epistemischen Gewalt auseinander zu setzen. Zudem sei kritisch zu prüfen, wann Partizipation aufgrund (neo)kolonialer Hegemonien unmöglich ist und sich in ihr Gegenteil verkehrt und wann Möglichkeiten und Räume bestehen »to break out of the hegemonic ›development‹ and ›disaster‹ discourses by providing space for alternative subaltern stories and voices« (Wisner 2004: 189).

Dies erfordert zudem eine *Provinzialisierung* (Chakrabarty 2010) der westlichen Vulnerabilitätsansätze im Sinne einer Einschränkung ihres Erklärungsanspruchs sowie ihrer kulturellen Herkunft. Es bedarf zumindest der Ergänzung um andere alternative Ansätze mit anderen kulturellen Hintergründen. Zur Ermöglichung von derartigen alternativen Geschichten und Erzählungen gehört auch, nicht nur zu betrachten, auf welche Weise »people are rendered powerless by particular social orders« (Bankoff 2001: 25), wie diese also den vielfältigen Formen und Dimensionen von struktureller, langsamer und stiller Gewalt unterworfen sind. Vielmehr sind auch stets die vielfältigen Resilienzen und Adaptionen von

Geflüchteten (Fees et al. 2016; Uekusa/Matthewman 2017) und anderen Betroffenen als notwendige Gegenseite der Viktimisierung (Lorenz/Dittmer 2016) innerhalb von (neo)kolonialen Machtasymmetrien mitzudenken. Dies erfordert eine Dekonstruktion der Begriffe, allen voran dessen der Vulnerabilität selbst, denn »the vulnerable, the wretched, and all other kinds of absolute victim, are not subjects of speech« (Agier 2008: 103) unter den gegenwärtigen diskursiven wie terminologischen Bedingungen. Dies impliziert auch, zu fragen, wann und wo die Repräsentationsmuster der Hegemonie an ihre Grenzen stoßen und wann die epistemische Gewalt von den ihr Unterworfenen so geschickt umgelenkt werden kann, dass sie selbst zur Machtressource wird. Zwar mögen Versuche, die Vulnerablen sprechen zu lassen, »indeed be a form of ›subjection‹«, aber »its consequences are not predetermined and its subjects are never completely controlled« (Williams 2004: 557); sie könnten daher auch »open up new spaces for political action« (Williams 2004: 557). So ist für Bhabha, »the state of emergency [...] also always a state of emergence« (Bhabha 1994: 59). Shalini Randeria (2006) hat in diesem Kontext die Idee des *listigen Staates* aufgebracht, der seine reale oder vermeintliche Machtlosigkeit als Instrument und Argument verwendet, um Macht auszuüben und die Ansprüche bspw. von (internationalen) Geber*innen oder der eigenen Bevölkerung abzuwehren. Michel Agier beschreibt – man ist versucht von *listiger Vulnerabilität* zu sprechen – die politische Geltendmachung ihrer eigenen Vulnerabilität durch Geflüchtete in Sierra Leone, um Ansprüche gegenüber humanitären und UN-Organisationen zu erklären und durchzusetzen: »They explicitly made clear their ›vulnerability‹ [...]. They opened a breach through which demands of the refugees could pass in the name of a ›vulnerability‹ that is ambiguous« (Agier 2011: 151). In ähnlicher Weise können alternative Vulnerabilitätsanalysen »von unten« (Wisner 2004) auf die strukturelle Gewalt in der Produktion von Vulnerabilität verweisen und Ansprüche gegenüber anderen Institutionen, staatlichen Stellen oder Organisation erklären.

Ein postkoloniales Verständnis von Vulnerabilität stellt zudem in Frage, dass die Untersuchung von Vulnerabilität sowie die Maßnahmen zur Vulnerabilitätsreduktion politisch neutral sind (vgl. Hendrie 1997; Keen 1994). Es erfordert stets, die machtpolitischen Implikationen der Untersuchungen wie auch der Maßnahmen kritisch dahingehend zu reflektieren, welche Subjektkonstruktionen ihnen innewohnen und wem sie zu welchem Zweck nutzen. Genauso wenig wie Vulnerabilitätsreduktionsmaßnahmen stets humanitär und sinnvoll sind, genauso wenig darf die postkoloniale Kritik an westlicher Hilfe in der Vulnerabilitätsreduktion eine pauschale Zurückweisung von Hilfe sein, um nicht die Vulnerablen ihrer materiellen Not zu entkleiden und als heroische Opfersubjekte zu thematisieren

(Castro Varela/Dhawan 2015). Vielmehr kommt es auf den richtigen Bezugsrahmen der Maßnahmen sowie den ihnen innewohnenden Subjektkonstruktionen an, um Geflüchtete und andere Betroffene von Konflikten und Katastrophen nicht einseitig zu verklären.

Ein postkoloniales Verständnis von Vulnerabilität fordert schlussendlich von der Wissenschaft, sich fortwährend mit den eigenen Konzepten und wissenschaftlichen Erkenntnismodi auseinanderzusetzen und die eigenen Begriffe, Konzepte und Theorien beständig (weiter) zu dekolonialisieren.

6. Schluss

Ziel des Beitrags war es, einerseits (neo)koloniale Prägungen des Vulnerabilitätsparadigmas am Beispiel Geflüchteter herauszuarbeiten und andererseits eine postkoloniale Konzeption von Vulnerabilität zu skizzieren. Nach einer Darstellung der ambivalenten Herkunft des Vulnerabilitätsparadigmas aus der Katastrophenforschung wurden jüngere Verwendungskontexte des Paradigmas in der Auseinandersetzung mit Konflikten und Katastrophen sowie im Kontext von Zwangsmigration im Allgemeinen sowie die Anwendung in Form der besonderen Vulnerabilität Geflüchteter dargestellt.

Mit Greg Bankoff (2001) lässt sich das Vulnerabilitätsparadigma als ein (neo)kolonialer Ansatz beschreiben, der Geflüchtete wie andere Betroffene von Katastrophen und Konflikten als hilflos darstellt, diese pathologisiert und ihnen jegliche *agency* abspricht. Zudem wird Vulnerabilität vielfach essentialisiert und damit häufig kulturalisiert, womit gleichzeitig (neo)koloniale Repräsentationspraktiken der beteiligten Akteure einhergehen. Derartige Darstellungen legitimieren imperialistische Interventionen »im Namen der Vulnerablen«, ohne sich mit den spezifischen Ursachen von Zwangsmigration, Konflikten und Katastrophen auseinanderzusetzen. Diese Befunde zusammen erlauben es, mit Spivak von einer spezifischen epistemischen Gewalt des Vulnerabilitätsparadigmas zu sprechen, welche die Stimmen Geflüchteter wie anderer Vulnerabler diskursiv ausblendet.

Ausgehend von dem ursprünglich kritischen Potenzial des Vulnerabilitätsparadigmas wurden entsprechende postkoloniale Anschlussmöglichkeiten für eben dieses aufgezeigt. Durch die Reformulierung von Vulnerabilität durch einen weiten Gewaltbegriff im Sinne struktureller Gewaltzusammenhänge lassen sich (neo)koloniale Engführungen des Paradigmas vermeiden. Wenn Vulnerabilität anti-essentialistisch nicht als Personen- oder Gruppeneigenschaft, sondern als Wirkung komplexer gewaltförmiger (neo)kolonialer Beziehungen verstanden wird, ohne dass dabei die epistemische Gewalt einer derartigen wissenschaftlichen

Konstruktion aus dem Blick gerät, kann das Vulnerabilitätsparadigma zu einem bedeutenden Mittel postkolonialer Kritik werden. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der Vulnerabilitätsforschung sich verantwortungsvoll und sensibel zwischen der Aufdeckung struktureller Gewaltwirkungen im Kontext von Zwangsmigration, Konflikten sowie Katastrophen und der (Re)Produktion epistemischer Gewalt bewegen zu müssen.

Literatur

- Adger, Neil* 2006: Vulnerability, in: *Global Environmental Change* 16: 3, 268-281.
- Agier, Michel* 2008: *On the Margins of the World. The Refugee Experience Today*, Cambridge.
- Agier, Michel* 2011: *Managing the Undesirables. Refugee Camps and Humanitarian Government*, Cambridge.
- Autesserre, Séverine* 2014: *Peaceland. Conflict Resolution and the Everyday Politics of International Intervention*, Cambridge.
- Ayotte, Kevin J./Husain, Mary E.* 2005: Securing Afghan Women. Neocolonialism, Epistemic Violence, and the Rhetoric of the Veil, in: *NWSA Journal* 17: 3, 112-133.
- Baines, Erin K.* 2004: *Vulnerable Bodies. Gender, the UN and the Global Refugee Crisis*, Burlington, VT.
- Bankoff, Greg* 2001: Rendering the World Unsafe. ›Vulnerability‹ as Western Discourse, in: *Disasters* 25: 1, 19-35.
- Bankoff, Greg* 2007: Comparing Vulnerabilities. Toward Charting an Historical Trajectory of Disasters, in: *Historical Social Research* 21: 3, 103-114.
- Beck, Ulrich* 2007: *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt a. M.
- Betts, Alexander/Loescher, Gil* 2011: Refugees in International Relations, in: dies. (Hrsg.): *Refugees in International Relations*, Oxford, 1-27.
- Bhabha, Homi* 1994: *The Location of Culture*, New York, NY.
- Blaikie, Piers M./Cannon, Terry/Davis, Ian/Wisner, Ben* 1994: *At Risk. Natural Hazards, People's Vulnerability, and Disasters*, London.
- Bolin, Bob* 2006: Race, Class, Ethnicity, and Disaster Vulnerability, in: Rodríguez, Havidán/Quarantelli, Enrico L./Dynes, Russell/Anderson, William A. (Hrsg.): *Handbook of Disaster Research*, New York, NY, 113-129.

- Bolin, Robert/Jackson, Martina/Crist, Allison* 1998: Gender Inequality, Vulnerability, and Disaster. Issues in Theory and Research, in: Enarson, Elaine P./Morrow, Betty H. (Hrsg.): *The Gendered Terrain of Disaster. Through Women's Eyes*, Westport, CT, 27-44.
- Bolin, Robert/Stanford, Lois* 1998: *The Northridge Earthquake. Vulnerability and Disaster*, London.
- Bonacker, Thorsten/Imbusch, Peter* 2010: Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung. Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden, in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden, 67-142.
- Bourdieu, Pierre* 2005: *Die männliche Herrschaft*, Frankfurt a. M.
- Brunner, Claudia* 2018: Epistemische Gewalt. Konturierung eines Begriffs für die Friedens- und Konfliktforschung, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, Sonderband 2, Baden-Baden, 25-59.
- Brzoska, Michael/Fröhlich, Christiane* 2015: Climate Change, Migration and Violent Conflict. Vulnerabilities, Pathways and Adaptation Strategies, in: *Migration and Development* 5: 2, 190-210.
- Calhoun, Craig* 2004: A World of Emergencies. Fear, Intervention, and the Limits of Cosmopolitan Order, in: *Canadian Review of Sociology/Revue canadienne de sociologie* 41: 4, 373-395.
- Calhoun, Craig* 2013: The Idea of Emergency. Humanitarian Action and Global (Dis)Order, in: Fassin, Didier/Pandolfi, Mariella (Hrsg.): *Contemporary States of Emergency. The Politics of Military and Humanitarian Interventions*, New York, NY, 29-58.
- Cardona, Omar D.* 2004: The Need for Rethinking the Concepts of Vulnerability and Risk from a Holistic Perspective. A Necessary Review and Criticism for Effective Risk Management, in: Bankoff, Greg/Frerks, Georg/Hilhorst, Dorothea (Hrsg.): *Mapping Vulnerability. Disasters, Development and People*, London, 37-51.
- Care* 2013: Case Analysis of Vulnerabilities Among Syrian Refugees, in: <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/CAREAnalysisofCaseVulnerabilitiesAmongSyrianRefugees2013-06-23.pdf>; 14.1.2018.
- Carpenter, R. Charli* 2010: *Innocent Women and Children. Gender, Norms and the Protection of Civilians*, Aldershot.
- Carrigan, Anthony* 2016: Towards a Postcolonial Disaster Studies, in: Bernard, Anna/Elmarsafy, Ziad/Murray, Stuart (Hrsg.): *What Postcolonial Theory Doesn't Say*, New York, NY, 202-221.
- Carson, Rachel* 1962: *Silent Spring*, Boston, MA.

- Castro Varela, María d. M./Dhawan, Nikita* 2010: Mission Impossible. Postkoloniale Theorie im deutschsprachigen Raum?, in: Reuter, Julia/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention, Bielefeld, 303-329.
- Castro Varela, María d. M./Dhawan, Nikita* 2015: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, Bielefeld.
- Chakrabarty, Dipesh* 2010: Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung, Frankfurt a. M.
- Chambers, Robert* 1983: Rural Development. Putting the Last First, London.
- Chambers, Robert* 1989: Vulnerability, Coping and Policy, in: IDS Bulletin 20: 2, 1-7.
- Chojnacki, Sven/Namberger, Fabian* 2014: Die ›neuen Kriege‹ im Spiegel postkolonialer Theorie und kritischer Friedensforschung, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 3: 2, 157-202.
- Cutter, Susan L.* 2003: The Vulnerability of Science and the Science of Vulnerability, in: Annals of the Association of American Geographers 93: 1, 1-12.
- Cutter, Susan L./Boruff, Brian J./Shirley, W. Lynn* 2003: Social Vulnerability to Environmental Hazards, in: Social Science Quarterly 84: 2, 242-261.
- Davis, Mike* 2001: Late Victorian Holocausts. El Niño Famines and the Making of the Third World, London.
- Delica-Willison, Zenaida/Willison, Robin* 2004: Vulnerability Reduction. A Task for the Vulnerable People Themselves, in: Bankoff, Greg/Frerks, Georg/Hilhorst, Dorothea (Hrsg.): Mapping Vulnerability. Disasters, Development and People, London, 145-158.
- Dittmer, Cordula* 2007: Gender Mainstreaming in der Entwicklungszusammenarbeit. Eine feministische Kritik, Saarbrücken.
- Dombrowsky, Wolf. R.* 2008: Zur Entstehung der soziologischen Katastrophenforschung – eine wissenshistorische und -soziologische Reflexion, in: Felgentreff, Carsten/Glade, Thomas (Hrsg.): Naturrisiken und Sozialkatastrophen, Berlin, 63-76.
- Engels, Bettina* 2014: Repräsentation, Diskurse und Machtfragen. Postkoloniale Theorieansätze in der Friedens- und Konfliktforschung, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 3: 1, 130-150.
- Engels, Bettina/Chojnacki, Sven* 2015: Umweltwandel, Ernährungskrisen und Konflikt. Räumliche, soziale und politische Dynamiken (Forschung DSF 38), Osnabrück.
- Eriksson Baaz, Maria* 2005: The Paternalism of Partnership. A Postcolonial Reading of Identity in Development Aid, New York, NY.

- Fanon, Frantz* 1981: Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt a. M.
- Fassin, Didier* 2013: Heart of Humaneness. The Moral Economy of Humanitarian Intervention, in: Fassin, Didier/Pandolfi, Mariella (Hrsg.): Contemporary States of Emergency. The Politics of Military and Humanitarian Interventions, New York, NY, 269-293.
- Fees, Dorothee/Krause, Ulrike/Schmidt, Hannah* 2016: Overview of Research Literature about Refugees' Engagement, Coping and Resilience (CCS Policy Paper Nr. 4), Marburg.
- Fletcher, Kim/Marktanner, Marcus/Noiset, Luc* 2013: Developing a Conflict Vulnerability Index (ICAT Working Paper Series), Kennesaw, GA.
- Fordham, Maureen* 2004: Gendering Vulnerability Analysis. Towards a More Nuanced Approach, in: Bankoff, Greg/Frerks, Georg/Hilhorst, Dorothea (Hrsg.): Mapping Vulnerability. Disasters, Development and People, London, 174-182.
- Freedman, Jane* 2015: Gendering the International Asylum and Refugee Debate, Basingstoke.
- Furedi, Frank* 2005: Politics of Fear, London.
- Galtung, Johan* 1975: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek.
- Galtung, Johan* 1990: Cultural Violence, in: Journal of Peace Research 27: 3, 291-305.
- Garbe, Sebastian* 2013: Deskolonisierung des Wissens. Zur Kritik der epistemischen Gewalt in der Kultur- und Sozialanthropologie, in: Austrian Studies in Social Anthropology 1, 1-17.
- Geenen, Elke M.* 2012: Gesellschaftliche Verfügung über Kapitalien und Vulnerabilität in konzeptioneller Perspektive, in: Berlejung, Angelika (Hrsg.): Disaster and Relief Management. Katastrophen und ihre Bewältigung, Tübingen, 41-65.
- Guha, Ramachandra* 2006: How Much Should a Person Consume? Environmentalism in India and the United States, Berkeley, CA.
- Hartmann, Betsy/Boyce, James K.* 1984: A Quiet Violence. View from a Bangladesh Village, London.
- Heesen, Jessica/Lorenz, Daniel F./Nagenborg, Michael/Wenzel, Bettina/Voss, Martin* 2014: Blind Spots on Achilles' Heel. The Limitations of Vulnerability and Resilience Mapping in Research, in: International Journal of Disaster Risk Science 5: 1, 74-85.
- Heijmans, Annelies* 2004: From Vulnerability to Empowerment, in: Bankoff, Greg/Frerks, Georg/Hilhorst, Dorothea (Hrsg.): Mapping Vulnerability. Disasters, Development and People, London, 115-127.

- Hendrie, Barbara* 1997: Knowledge and Power. A Critique of an International Relief Operation, in: *Disasters* 21: 1, 57-76.
- Hewitt, Kenneth* 1983: The Idea of Calamity in a Technocratic Age, in: Hewitt, Kenneth (Hrsg.): *Interpretations of Calamity from the Viewpoint of Human Ecology*, Boston, MA, 1-32.
- Hewitt, Kenneth* 1995 a: Excluded Perspectives in the Social Construction of Disaster, in: *International Journal of Mass Emergencies and Disasters* 13: 3, 317-339.
- Hewitt, Kenneth* 1995 b: Sustainable Disasters? Perspectives and Powers in the Discourse of Calamity, in: Crush, Jonathan (Hrsg.): *Power of Development*, London, 115-128.
- Hewitt, Kenneth* 1997: *Regions of Risk. A Geographical Introduction to Disasters*, Hoboken, NJ.
- Hilhorst, Dorothea/Bankoff, Greg* 2004: Introduction. Mapping Vulnerability, in: Bankoff, Greg/Frerks, Georg/Hilhorst, Dorothea (Hrsg.): *Mapping Vulnerability. Disasters, Development and People*, London, 1-9.
- Horst, Cindy* 2008: *Transnational Nomads. How Somalis Cope with Refugee Life in the Dadaab Camps of Kenya*, New York, NY.
- Imbusch, Peter* 2000: Gewalt – Stochern in unübersichtlichem Gelände, in: *Mittelweg* 36: 2, 24-40.
- Inhetveen, Katharina* 2006: »Because We Are Refugees«. Utilizing a Legal Label (New Issues in Refugee Research, Research Paper Nr. 130), Genf.
- Kapoor, Ilan* 2008: *The Postcolonial Politics of Development*, London.
- Keen, David* 1994: *The Benefits of Famine. The Political Economy of Famine and Relief in Southwestern Sudan, 1983-1989*, Princeton, NJ.
- Knowles, Scott G.* 2011: *The Disaster Experts. Mastering Risk in Modern America*, Philadelphia, PA.
- Korf, Benedikt* 2006: Hydraulischer Imperialismus. Geographie und epistemische Gewalt in Sri Lanka, in: Kulke, Elmar (Hrsg.): *GrenzWerte. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen (55. Deutscher Geographentag Trier, 1.-8.10.2005)*, Berlin, 627-633.
- Krause, Ulrike* 2016: »It Seems You Don't Have Identity, You Don't Belong«. Reflexionen über das Flüchtlingslabel und dessen Implikationen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 23: 1, 8-37.
- Kibreab, Gaim* 1993: The Myth of Dependency among Camp Refugees in Somalia 1979-1989, in: *Journal of Refugee Studies* 4: 4, 321-349.

- Kuna, Mohammed J.* 2011: Social Vulnerability and Conflicts. Elements for Regional Conflict Vulnerability Analysis, in: Jaye, Thomas/Garuba, Dauda/Amadi, Stella (Hrsg.): ECOWAS and the Dynamics of Conflict and Peacebuilding, Dakar, Senegal, 61-76.
- Levine, Carol* 2004: The Concept of Vulnerability in Disaster Research, in: Journal of Traumatic Stress 15: 5, 395-402.
- Loon, Joost van* 2008: Governmentality and the Subpolitics of Teenage Sexual Risk Behaviour, in: Petersen, Alan R./Wilkinson, Iain (Hrsg.): Health, Risk and Vulnerability, London, 48-65.
- Lorenz, Daniel F./Dittmer, Cordula* 2016: Resilience in Catastrophes, Disasters and Emergencies. Socio-scientific Perspectives, in: Maurer, Andrea (Hrsg.): New Perspectives on Resilience in Socio-economic Spheres, New York, NY, 25-59.
- Loyola Hummell, Beatriz M. de/Cutter, Susan L./Emrich, Christopher T.* 2016: Social Vulnerability to Natural Hazards in Brazil, in: International Journal of Disaster Risk Science 7: 2, 111-122.
- Ludwig, Bernadette* 2013: »Wiping the Refugee Dust from My Feet«. Advantages and Burdens of Refugee Status and the Refugee Label, in: International Migration 54: 1, 5-18.
- Malkki, Liisa H.* 1995 a: Purity and Exile. Violence, Memory, and National Cosmology Among Hutu Refugees in Tanzania, Chicago, IL.
- Malkki, Liisa H.* 1995 b: Refugees and Exile. From »Refugee Studies« to the National Order of Things, in: Annual Review of Anthropology 24: 1, 495-523.
- Malkki, Liisa H.* 1996: Speechless Emissaries. Refugees, Humanitarianism, and Dehistoricization, in: Cultural Anthropology 11: 3, 377-404.
- Malkki, Liisa H.* 2015: The Need to Help. The Domestic Arts of International Humanitarianism, Durham.
- McFalls, Laurence* 2013: Benevolent Dictatorship. The Formal Logic of Humanitarian Government, in: Fassin, Didier/Pandolfi, Mariella (Hrsg.): Contemporary States of Emergency. The Politics of Military and Humanitarian Interventions, New York, NY, 317-333.
- Moore-Gilbert, Bart* 1997: Postcolonial Theory. Contexts, Practices, Politics, London.
- Münkler, Herfried* 2013: Von der konventionellen Kriegsführung zur Abwehr asymmetrischer Gewalt, in: Bohrmann, Thomas/Lather, Karl-Heinz/Lohmann, Friedrich (Hrsg.): Handbuch Militärische Berufsethik, Band 1: Grundlagen, Wiesbaden, 253-272.

- Münkler, Herfried/Wassermann, Felix* 2012: Von strategischer Vulnerabilität zu strategischer Resilienz. Die Herausforderung zukünftiger Sicherheitsforschung, in: Gerhold, Lars/Schiller, Jochen (Hrsg.): Perspektiven der Sicherheitsforschung. Beiträge aus dem Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, Frankfurt a. M., 77-95.
- Nair, Rukmini B.* 1997: Acts of Agency and Acts of God. Discourse of Disaster in a Post-Colonial Society, in: Economic and Political Weekly 32: 11, 535-542.
- Namberger, Fabian/Wischnath, Gerdis/Chojnacki, Sven* 2018: Kartographien der Gewalt Postkoloniale Blicke auf die (De-)Konstruktion von Raum in Forschung und Praxis, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, Sonderband 2, Baden-Baden, 183-221.
- Ndebele, Njabulo* 2007: Fine Lines from the Box. Further Thoughts about Our Country, Roggebaai.
- Newman, Edward* 2003: Refugees, International Security, and Human Vulnerability. Introduction and Survey, in: Newman, Edward/Selm, Joanne van (Hrsg.): Refugees and Forced Displacement. International Security, Human Vulnerability, and the State, Tokyo, 3-30.
- Nixon, Rob* 2011: Slow Violence and the Environmentalism of the Poor, Cambridge, MS.
- Norman, Andrew* 1999: Epistemological Violence, in: Curtin, Deane/Litke, Robert (Hrsg.): Institutional Violence, Amsterdam, 353-362.
- Nyers, Peter* 2006: Rethinking Refugees. Beyond States of Emergency, New York, NY.
- O'Keefe, Phil/Westgate, Ken/Wisner, Ben* 1976: Taking the Naturalness out of Natural Disasters, in: Nature 260: 5552, 566-567.
- Oliver-Smith, Anthony* 1994: Peru's Five Hundred Year Earthquake. Vulnerability in Historical Context, in: Varley, Ann (Hrsg.): Disasters, Development and Environment, New York, NY, 31-48.
- Olivius, Elisabeth* 2015: Constructing Humanitarian Selves and Refugee Others, in: International Feminist Journal of Politics 18: 2, 270-290.
- Olivius, Elisabeth* 2016: Refugee Men as Perpetrators, Allies or Troublemakers? Emerging Discourses on Men and Masculinities in Humanitarian Aid, in: Women's Studies International Forum 56, 56-65.
- O'Riordan, Tim* 1990: Hazard and Risk in the Modern World. Political Models for Programm Design, in: Handmer, J./Penning-Rowsell, E. (Hrsg.): Hazards and the Communication of Risk, Brookfield, VT, 293-302.

- Parpart, Jane L.* 1995 a: Deconstructing the Development ›Expert‹. Gender, Development and the ›Vulnerable Groups‹, in: Marchand, Marianne H./Parpart, Jane L. (Hrsg.): *Feminism/Postmodernism/Development*, London, 221-243.
- Parpart, Jane L.* 1995 b: Post-Modernism, Gender and Development, in: Crush, Jonathan (Hrsg.): *Power of Development*, London, 253-265.
- Pelling, Mark* 2003: *The Vulnerability of Cities. Natural Disaster and Social Resilience*, London.
- Powell, Katrina M.* 2015: *Identity and Power in Narratives of Displacement*, New York, NY.
- Rajaram, Prem K.* 2002: Humanitarianism and Representations of the Refugee, in: *Journal of Refugee Studies* 15: 3, 247-264.
- Redfield, Peter* 2013: *Life in Crisis. The Ethical Journey of Doctors Without Borders*, Berkeley, CA.
- Reuter, Julia/Villa, Paula-Irene* 2010: Provincializing Soziologie. Postkoloniale Theorie als Herausforderung, in: dies. (Hrsg.): *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*, Bielefeld, 1-46.
- Said, Edward W.* 1978: *Orientalism*, New York, NY.
- Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Kominek, Jasmin/Link, P. Michael/Schilling, Janpeter* 2012: Disentangling the Climate-conflict Nexus. Empirical and Theoretical Assessment of Vulnerabilities and Pathways, in: *Review of European Studies* 4: 5, 1-13.
- Sen, Amartya* 1982: *Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation*, Oxford.
- Shiva, Vandana* 1990: Reductionist Science as Epistemological Violence, in: Nandy, Ashis (Hrsg.): *Science, Hegemony and Violence. A Requiem for Modernity*, Oxford, 232-256.
- Sigona, Nando* 2014: The Politics of Refugee Voice. Representations, Narratives, and Memories, in: Fiddian-Qasmiyeh, Elena/Loescher, Gil/Long, Katy/Sigona, Nando (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies*, 369-382.
- Spivak, Gayatri C.* 1985 a: Strategies of Vigilance. An Interview with Gayatri Chakravorty Spivak, in: *Block* 10, 5-9.
- Spivak, Gayatri C.* 1985 b: The Rani of Sirmur. An Essay in Reading the Archives, in: *History and Theory* 24: 3, 247-272.
- Spivak, Gayatri C.* 1988 a: French Feminism in an International Frame, in: dies. (Hrsg.): *In Other Worlds*, London, 184-211.
- Spivak, Gayatri C.* (Hrsg.) 1988 b: *In Other Worlds*, London.

- Spivak, Gayatri C.* 1990: *The Post-Colonial Critic. Interviews, Strategies, Dialogues*, New York, NY.
- Spivak, Gayatri C.* 1996: *Bonding in Difference. Interview with Alfred Arteaga*, in: Landry, Donna/MacLean, Gerald (Hrsg.): *The Spivak Reader. Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak*, New York, NY, 15-28.
- Spivak, Gayatri C.* 1999: *A Critique of Postcolonial Reason. Toward a History of the Vanishing Present*, Cambridge, MA.
- Spivak, Gayatri C.* 2000 a: *Claiming Transformations. Travel Notes with Pictures*, in: Ahmed, Sara/Kilby, Jane/Lury, Celia/McNeil, Maureen/Skeggs, Beverly (Hrsg.): *Transformations. Thinking through Feminism*, London, 119-130.
- Spivak, Gayatri C.* 2000 b: *Imperatives to Re-imagine the Planet*, in: Guenther, Len/Heesters, Cornelius (Hrsg.): *Social Insecurity*, Toronto, 266-279.
- Spivak, Gayatri C.* 2008 a: *Can the Subaltern Speak?*, in: dies. (Hrsg.): *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien, 17-118.
- Spivak, Gayatri C.* 2008 b: *Ein Gespräch über Subalternität*, in: dies. (Hrsg.): *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien, 119-148.
- Spivak, Gayatri C.* 2008 c: *Other Asias*, Malden, MA.
- Spivak, Gayatri C.* 2010: *Kultur*, in: Reuter, Julia/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*, Bielefeld, 47-68.
- Stehrenberger, Cécile S.* 2014: *Systeme und Organisationen unter Stress. Zur Geschichte der sozialwissenschaftlichen Katastrophenforschung (1949-1979)*, in: *Zeithistorische Forschungen* 11: 3, 406-424.
- Stehrenberger, Cécile S.* 2016: *Disaster, Science and Entangled History. Provincializing US-American Disaster Research 1949-1989*, unv. Ms.
- Stein, Barry* 1981: *The Refugee Experience. Defining the Parameters of a Field of Study*, in: *International Migration Review* 15: 1, 320-330.
- Steyerl, Hito* 2008: *Die Gegenwart der Subalternen*, in: Spivak, Gayatri C. (Hrsg.): *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien, 7-16.
- Stoler, Laura A.* 2008: *Imperial Debris. Reflections on Ruins and Ruination*, in: *Cultural Anthropology* 23: 2, 191-219.
- Turner, Simon* 2010: *Politics of Innocence. Hutu Identity, Conflict and Camp Life*, New York, NY.
- Uekusa, Shinya/Matthewman, Steve* 2017: *Vulnerable and Resilient? Immigrants and Refugees in the 2010-2011 Canterbury and Tohoku Disasters*, in: *International Journal of Disaster Risk Reduction* 22: 4, 355-361.

- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees* 2015: Vulnerability Assessment of Syrian Refugees in Lebanon, in: <http://data.unhcr.org/syrian-refugees/download.php?id=10006>; 9.1.2018
- UNHCR Jordan – United Nations High Commissioner for Refugees* 2015: Vulnerability Assessment Framework. Baseline Survey, in: <http://data.unhcr.org/syrian-refugees/download.php?id=8844>; 9.1.2018.
- Vivekananda, Janani/Schilling, Janpeter/Smith, Dan* 2014: Climate Resilience in Fragile and Conflict-affected Societies. Concepts and Approaches, in: *Development in Practice* 24: 4, 487-501.
- Voss, Martin* 2008: The Vulnerable Can't Speak. An Integrative Vulnerability Approach to Disaster and Climate Change Research, in: *Behemoth* 1: 3, 39-56.
- Watts, Michael* 1983: *Silent Violence. Food, Famine and Peasantry in Northern Nigeria*, Berkeley, CA.
- Wisner, Ben* 2004: Assessment of Capability and Vulnerability, in: Bankoff, Greg/ Frerks, Georg/Hilhorst, Dorothea (Hrsg.): *Mapping Vulnerability. Disasters, Development and People*, London, 183-193.
- Zaman, Mohamnad Q.* 1999: Vulnerability, Disaster and Survival in Bangladesh. Three Case Studies, in: Oliver-Smith, Anthony/Hoffman, Susanna (Hrsg.): *The Angry Earth. Disaster in Anthropological Perspective*, London, 192-212.
- Zetter, Roger* 1991: Labelling Refugees. Forming and Transforming a Bureaucratic Identity, in: *Journal of Refugee Studies* 4: 1, 39-62.
- Zetter, Roger* 2007: More Labels, Fewer Refugees. Remaking the Refugee Label in an Era of Globalization, in: *Journal of Refugee Studies* 20: 2, 172-192.

Der Autor

Daniel F. Lorenz, M. A., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Katastrophenforschungsstelle der Freien Universität Berlin.
E-Mail: daniel.lorenz@fu-berlin.de

Flucht als Herausforderung neokolonialer Herrschaftsstrategien

Die Zahl der vor Krieg und Gewalt flüchtenden Menschen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Obwohl nur ein Bruchteil dieser Menschen in den Globalen Norden gelangt, hat der Anstieg zu einer anhaltenden politischen Krise in Europa beigetragen, die sich in zunehmender Abschottung der Außengrenzen und fremdenfeindlichen Äußerungen gegenüber Schutzsuchenden ausdrückt. Dieser Beitrag argumentiert mit Homi K. Bhabha, dass diese Entwicklungen weder neutral sind, noch losgelöst von kolonialen Machtkonstellationen gedeutet werden können. Bhabhas kritische Perspektive auf koloniale Strukturen, insbesondere seine beiden Topoi Stereotyp und Mimikry, werden operationalisiert, um so eine neue Perspektive auf Einwanderungsdebatten des globalen Nordens zu entwickeln, die neokoloniale Herrschaftsstrategien aufdecken, inhärente Zusammenhänge mit globalen (kolonial-)historischen Entwicklungen herausarbeiten und ihre Auswirkungen auf Geflüchtete beleuchten kann.

Schlagwörter: postkolonial, Homi K. Bhabha, Nord-Süd-Konflikt, Geflüchtete, Fluchtforschung

1. Einleitung

»We fear the arrival of immigrants that we have drawn here with the wealth we stole from them« (Boyle 2015).¹

Laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen waren 2016 etwa 65 Millionen Menschen auf der Flucht (UNHCR 2017: 2-3);² die meisten von ihnen – etwa 40 Millionen Menschen – haben sich als sogenannte Binnenvertriebene innerhalb ihrer Herkunftsstaaten in weniger zerstörte bzw. bedrohte Gebiete bege-

1 Ich danke zwei anonymen Gutachter*innen, den Herausgeber*innen der Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung und Dr. Cordula Dittmer für ihre konstruktiven und hilfreichen Anmerkungen. Dr. Ulrike Krause danke ich für ihre intensive Arbeit an einer früheren Version dieses Textes. Meine Feldforschung wurde durch das DFG-Exzellenzcluster *Climate System Analysis and Prediction* (CliSAP) an der Universität Hamburg finanziert.

2 Laut IDMC (2017) sind seit dem Jahr 2009 zudem etwa 20 Millionen Menschen durch Umweltkatastrophen heimatlos geworden.

ben. Von den etwa 22 Millionen Menschen, die über Landesgrenzen hinweg nach Schutz und Asyl suchten, wählte die Mehrheit benachbarte Länder als Ziel. Nur vergleichsweise wenige Schutzsuchende machen sich in der Hoffnung auf bessere (Über-)Lebensperspektiven (Neumayer 2004) auf den oft risikoreichen, langen Weg nach Norden, zum Beispiel aus dem Nahen Osten und Nordafrika über das Mittelmeer oder die sogenannte Balkanroute in Richtung Europa. Diejenigen, die sich für diesen Weg entscheiden, überqueren auf ihrem Weg in Richtung Norden koloniale Grenzen im wörtlichen Sinn, etwa aus dem ehemaligen französischen ins ehemals britische Mandatsgebiet oder aus ehemaligen Kolonien in die alten Kolonialstaaten und den neokolonialen Herrschaftsraum Europa. Diese kolonialen Grenzen sind jedoch nicht nur geographisch-physischer Natur, es sind auch virtuelle, diskursive Grenzen. Der/die Schutzsuchende³ bewegt sich von einem Kulturraum in den nächsten, von einem Sprach- und Politikraum in den anderen. Er/sie überquert diskursive Grenzen zwischen *in-* und *out-group*, die historisch gewachsen und bis heute von kolonialen Strukturen geprägt sind. Maribel Casas-Corte et al. arbeiten heraus, dass die

»koloniale Expansion und imperiale Geschichten eine Geographie der Migration geschaffen haben, deren Auswirkungen sich fortsetzen, während der moderne Kapitalismus strukturell mit Arbeitsmobilität verknüpft und seit seiner Gründung mit dem Problem seiner Kontrolle konfrontiert ist« (Übers. d. Verf.; Casas-Corte et al. 2015: 61).

Dabei ist die politische, rechtliche oder auch wissenschaftliche Darstellung von Migrations- und Fluchtformen nicht nur geprägt von kolonialen Entscheidungsprozessen (d. h. Auslegungen der hegemonialen Entscheidungstragenden), sondern auch von kolonialen Strukturen. Sowohl der transatlantische Sklavenhandel aus ehemaligen Kolonien als auch weitreichende Fluchtbewegungen während und nach Befreiungskämpfen zur Beendigung von Kolonialherrschaft belegen paradigmatisch ihren Einfluss auf Flucht und Migration.

Internationale Migration und Flucht fordern damit im Wesentlichen drei Arten von Grenzen heraus: 1. territoriale, (national-)staatliche Grenzen, 2. die Grenzen politischer und rechtlicher Kategorien, etwa zwischen Migrant*innen und Flüchtlingen, und 3. kulturelle Grenzen der nationalen Zugehörigkeit. Die Territorialität, die dem westfälischen Staatenmodell innewohnt, wird damit ebenso infrage ge-

3 Gemeint sind hier diejenigen Menschen, die in Ermangelung legaler Wege meist mithilfe von Schlepper*innen die EU betreten, um dort um Asyl zu ersuchen und auf die rechtliche Anerkennung als Flüchtling zu hoffen, was es ihnen erlaubt, zumindest für eine gewisse Zeit in Sicherheit in Europa zu bleiben.

stellt wie kultureller Pluralismus, Toleranz und kollektive Rechte. Da sich das westfälische Modell zur dominanten Form gesellschaftlicher Organisation entwickelt hat, wird menschliche Mobilität meist als »Ausnahme«, als »Sonderfall«, und somit potenziell als »kritisch« oder »krisenhaft« angesehen.

Dies zeigt sich im heutigen Europa. Der zahlenmäßige Anstieg⁴ der Einwanderung insbesondere im Jahr 2015 hat zu einer massiven, bis heute anhaltenden politischen Krise innerhalb der Europäischen Union (EU) beigetragen, die von Politiker*innen meist als »Flüchtlingskrise«⁵ tituliert wird. Doch woher rührt der reflexhafte Alarmismus und Determinismus in Debatten über Zuwanderung? Welche Rolle nehmen frühere koloniale Verhältnisse und neokoloniale Herrschaftsstrategien europäischer Staaten heute ein, wie werden Schutzsuchende in aktuellen europäischen Kontroversen dargestellt, und wie lassen sich diese Strukturen aufdecken?

Ausgehend von diesen Fragen beschäftigt sich dieser Beitrag mit einem wissenschaftlich vernachlässigten Themenfeld: Einer Perspektive »postkolonialer« Theorie auf Flucht, Asyl und Flüchtlingsschutz. Zwar wächst der Korpus wissenschaftlicher Arbeiten über (historisch gewachsene) Machtkonstellationen im globalen Flüchtlingsregime oder auch in europäischen Asylpolitiken,⁶ jedoch sind die Auswirkungen der Kolonialgeschichte und kolonialer Machtstrukturen auf Geflüchtete, ihre Rechte und ihren humanitären Schutz bislang ein eher randständiges Thema geblieben.⁷ So entwickelt dieser Beitrag einen ersten Vorschlag, wie postkoloniale Perspektiven auf verschiedenen Ebenen der Analyse aktueller Debatten um Flucht und Flüchtlinge fruchtbar gemacht werden könnten. Dazu knüpfe ich insbesondere an Homi K. Bhabhas (1994) kritische Sicht auf koloniale Strukturen an und greife exemplarisch drei Analyseebenen heraus, die mit den oben skizzierten Grenzüberschreitungen korrespondieren: 1. die politische Ebene (Aussagen von Politiker*innen und Geflüchteten), 2. die institutionelle Ebene (humanitäre und Grenzschutzorganisationen), und 3. die praktische Ebene (Ma-

4 Im globalen Vergleich sind die Zahlen immer noch unverhältnismäßig niedrig, 84% aller Flüchtlinge blieben in Ländern des Globalen Südens, fernab Europas (UNHCR 2017: 2, 14).

5 Es handelt sich nicht um eine »Flüchtlingskrise«, sondern um eine politische Krise im Bereich Einwanderung/Flucht.

6 Siehe u. a. Elie/Hanhimäki (2008); Elie (2014); Gatrell (2013); Loescher et al. (2012); Orchard (2008).

7 Nur vereinzelte Studien nutzen (post-)koloniale oder *Critical Whiteness*-Perspektiven in Diskussionen der Flucht- und Flüchtlingsforschung, vgl. u. a. Turner (2005); Hyndman (1996, 1997); De La Rosa/Frank (2017); McDowell (2009).

nagement von Flüchtlingslagern). Dabei betrachte ich 1. sprachliche Äußerungen, 2. eigene Beobachtungen⁸ und 3. Bildmaterial.

Ziel dieses Beitrags ist es also, für die Fluchtforschung eine neue Perspektive auf Einwanderungsdebatten des globalen Nordens zu entwickeln, die neokoloniale Herrschaftsstrategien aufdecken, inhärente Zusammenhänge mit globalen (kolonial-)historischen Entwicklungen herausarbeiten und ihre Auswirkungen auf Geflüchtete beleuchten kann. Die EU dient dabei als erstes Forschungsfeld: Die oben skizzierten europäischen Entwicklungen sind weder neutral, noch können sie losgelöst von kolonialen Machtkonstellationen gedeutet werden. Bhabha argumentiert, dass es keine koloniale und nachkoloniale Ära gibt, sondern eine »fortschreitende koloniale Gegenwart« (»on-going colonial present«, Bhabha 1994: 183), und weist damit darauf hin, dass Staaten zwar von ehemaligen Kolonisator*innen formal unabhängig werden können, die kolonialen Machtstrukturen, die über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte gewachsen sind, sich jedoch nicht binnen kurzer Zeit verändern lassen.⁹ Der Beitrag möchte also koloniale Geschichten im Bereich von Flucht und Einwanderung durch andere Lesarten *neu schreiben* (Moore-Gilbert 1997: 115), um so eine entsprechende koloniale Sensibilität und Reflexivität in die Fluchtforschung aufzunehmen.

Im Folgenden identifiziere ich nach einer Dekonstruktion des europäischen Kontextes in Anlehnung an Bhabha zwei Topoi, durch welche die Position des/der Geflüchteten als koloniales Subjekt einerseits kontinuierlich in die drei genannten Analyseebenen eingeschrieben, andererseits aber auch neue Handlungsspielräume für die kolonisierten Subjekte eröffnet werden: »Stereotyp« und »Mimikry« (Bhabha 1994). Diese werden operationalisiert, um neokoloniale Herrschaftsstrategien sowie Mehrdeutigkeiten, Zögern, Ausschweifungen und Lücken (Castro Varela/Dhawan 2015: 227) aufzuzeigen und dabei Hinweise auf Verhandlungsoptionen zwischen Kolonisator*innen und Kolonisierten über koloniale Grenzen hinweg offenzulegen.¹⁰ Aus diesen Überlegungen werden erste Züge einer »postkolonialen« Forschungsperspektive für Fluchtforschung erkennbar, die für zukünftige Forschung fruchtbar gemacht werden können. Der Beitrag endet

8 Diese stammen aus mehreren Wochen Feldforschung (qualitative Interviews mit syrischen Geflüchteten und teilnehmende Beobachtung) in Jordanien, die ich von September 2014 bis Januar 2015 in den syrischen Flüchtlingslagern *Zaatari* und *Azraq* sowie in den nordjordanischen Städten Irbid und Ramtha durchgeführt habe.

9 Deshalb vermeide ich den Begriff »postkolonial« in diesem Beitrag und verwende ihn nur in Anführungszeichen sowie dort, wo er als Einordnung in ein Forschungsfeld notwendig ist.

10 Hervorzuheben sei an dieser Stelle, dass dieser Artikel nicht auf eine Kritik an, Diskussion über oder Weiterführung von Bhabhas Theorie und Terminologie abzielt.

mit einem utopischen Blick in Bhabhas »dritten Raum« und einem Vorschlag zum Aufbrechen hegemonialer Machtstrukturen.

2. Flucht und Zuflucht im europäischen Kontext

Geflüchtete werden durch politische Akteur*innen, Institutionen und Praktiker*innen in Europa in einer bestimmten, historisch gewachsenen und von kolonialen Strukturen geprägten Art und Weise dargestellt: Abhängig von ihrer Herkunft, Ethnie, Religion und anderen intersektionalen Markern werden sie als »Opfer«, »Bedrohung«, »Arbeitskraft«, als »schutzwürdig«, »unerwünscht«, »willkommen« usw. angesehen. Diese Zuschreibungen haben sich nicht nur in den vergangenen Jahrzehnten verändert, sondern unterscheiden sich auch im Nord-Süd-Vergleich: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde etwa *der* Flüchtling in Europa vorrangig als politisch aktiver Mann verstanden, der aufgrund politischer Verfolgungsszenarien als »wahrer« Flüchtling galt (Krause 2016: 20; Markard 2007: 377; Valji 2001: 26). Geflüchtete in Ländern Afrikas werden dagegen seit den 1960er Jahren in politischen Debatten Europas in erster Linie als apolitische, vulnerable Opfer oder wirtschaftliche Migrant*innen dargestellt, für deren Verursachung ausschließlich die »postkolonialen Staaten« verantwortlich seien (Chimni 1998: 356; s. a. Malkki 1995: 11; Zetter 1991: 58). Während diese Sicht des Globalen Nordens auf Geflüchtete im fernen Globalen Süden als »unterdrückt«, »bemitleidenswert« und »hilfsbedürftig« nach wie vor anhält (Zetter 2007: 175-176; Johnson 2011; Krause 2014), werden Geflüchtete im oder in der Nähe des Globalen Nordens/Europas primär als Bedrohung porträtiert und die Wahrhaftigkeit und Legalität ihrer Fluchtgründe hinterfragt (Scheel/Squire 2014). Dies spiegelt sich in hegemonialen Diskursstrukturen wider, die die Grundlage für fremdenfeindliche und re-nationalisierende Politiken und Polemiken innerhalb der heutigen europäischen Asyldebatten sind.

Die aktuelle Ausformung dieser Debatten ist dabei untrennbar mit dem Fortschreiten des europäischen Integrationsprojektes verbunden, insbesondere der Öffnung der EU-Binnengrenzen in den frühen 1990er Jahren. Auf Grundlage der Schengen-Abkommen wurde der europäische »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts« (Artikel 3 Absatz 2 EUV) für den Schengenraum und seine Bürger*innen geöffnet. Gleichzeitig fand eine politische und diskursive Umdeutung von Zuflucht und Zuwanderung innerhalb dieses geographischen Raumes statt: Die Abschaffung der Binnengrenzen setzte voraus, dass Einwanderung aus anderen EU-Staaten politisch akzeptiert und gleichzeitig das Bedürfnis nach Sicherung der nationalen Grenzen an die EU als supranationale Institution übertragen wurde.

Die vormals nationalstaatlich geregelte Grenzsicherung wurde (zumindest formal) durch die Sicherung der EU-Außengrenzen mithilfe neuer, europäischer Akteure wie FRONTEX ersetzt. Gleichzeitig blieb jedoch die politische Integration der EU im Sinne einer weitgehenden Abgabe nationalstaatlicher Souveränität bis heute aus (vgl. zum Beispiel das Haager Programm von 2005, EU 2005).

Diskursanalytisch gesprochen wurde so die im westfälischen Staatenmodell traditionell kritische Sicht auf Einwanderung, die sich in den europäischen gesellschaftlichen Gesamtdiskursen in unterschiedlicher Intensität widerspiegelte, mit der Auflösung der Binnengrenzen durch eine zusätzliche, zweigeteilte Sicht auf »gute« und »schlechte« Geflüchtete ersetzt. Der westfälische, auf nationalen Identitäten beruhende Staat basiert auf der Abgrenzung einer *in-* von einer *out-*group, von Staatsangehörigen und Außenstehenden, und beinhaltet deshalb per se eine eher kritische Sicht auf Zuwanderung und Zuflucht. Anderson spricht in diesem Zusammenhang von dem Narrativ der westlichen Nation, das »in homogeneous, empty time« (Anderson 1983: 24) geschrieben werde. Mit Einführung der innereuropäischen Freizügigkeit verschob sich diese diskursive Grenze endgültig von »national« vs. »nicht-national« zu »europäisch« vs. »nicht-europäisch« und manifestierte sich in gesamteuropäischen Anstrengungen, die Außengrenzen der EU gegenüber Zuflucht und Zuwanderung aus nicht-EU-Staaten zu schützen. Gleichzeitig wurde die innereuropäische Mobilität von europäischen Migrant*innen weitgehend normalisiert, wenn auch mit einem Bruch zwischen West- und Osteuropa, denn Zuwandernde aus dem ehemaligen Ostblock sind in vielen europäischen Debatten eher negativ konnotiert (Oltmer 2017: 201).

Diese diskursive Verschiebung lässt sich als Versuch lesen, koloniale Machtverhältnisse auch in Zeiten innereuropäischer Freizügigkeit aufrechtzuerhalten: Aus kolonialkritischer Sicht wurde mit dem Schengen-Abkommen die Bewegungsfreiheit innerhalb des europäischen Staatenprojektes politisch gebilligt und festgeschrieben. Gleichzeitig riegelte die EU die Grenzen zu den ehemaligen kolonialen Räumen um Europa herum möglichst hermetisch ab und verhinderte damit weitgehend eine Vermischung von kolonialen mit ehemals kolonialisierten Gesellschaften, von Globalem Norden und Süden. Dass dies nicht zwangsläufig ein bewusster Prozess, sondern vielmehr Ausdruck einer »imagined community« (Anderson 1983) von Europäer*innen ist, zeigt die EU-Osterweiterung. Aus wirtschaftlichen wie politischen Gründen wurde durch sie der neokoloniale europäische Herrschaftsraum noch einmal deutlich größer, was der äußeren (Nord-Süd-)Machtasymmetrie allerdings noch eine innere zwischen West- und Osteuropa hinzufügte: Durch die Erweiterung der EU wurden hier deutliche Machtgefälle erkennbar. Die aktuell zunehmende Zuflucht aus nicht-europäischen Räumen sowie

ehemaligen Kolonialgebieten stellt diese Asymmetrie und die *imagined community* Europa allerdings akut in Frage.

In den Unterkapiteln 2.1 und 2.2 führe ich zunächst in Bhabhas Überlegungen zu den beiden Topoi Stereotyp und Mimikry ein, bevor ich anhand konkreter Beispiele darlege, wie die hegemonialen Herrschaftsstrategien wirken und scheitern beziehungsweise durch die Interaktion mit dem kolonisierten Subjekt zu etwas Anderem, Neuem werden.

2.1 Stereotyp: Die Naturalisierung des Flüchtlings

Unter Berufung auf Foucault insistiert Bhabha, dass die Kolonialmacht immer ambivalent und zumal Diskurskonjunkturen unterworfen sei. Hier kommt zum einen der Emotion der Angst (vor dem »Anderen«) eine entscheidende Rolle zu, zum anderen betont Bhabha die Gleichzeitigkeit von Bewunderung und Ablehnung im Blick auf das kolonisierte Subjekt. Es ist gleichzeitig

»both savage (cannibal) and yet the most obedient and dignified of servants (the bearer of food); he is the embodiment of rampant sexuality and yet innocent as a child; he is mystical, primitive, simple-minded and yet the most worldly and accomplished liar, and manipulator of social forces« (Bhabha 1994: 82).

Bhabha problematisiert mit Foucault zudem sowohl die Vorstellung, Kolonisator*innen verfügten über eine klare Intentionalität, als auch Edward Saids (1978) Idee, dass Macht und Wissen sich in einer instrumentellen Abhängigkeit zueinander befänden. Die Kolonisator*innen stellen die »Anderen« im Gegenteil nie in gleicher Weise dar, was sich nach Bhabha in verschiedenen kulturellen »Stereotypen« niederschlägt (Bhabha 1994: 70), wobei er Stereotype als das definiert, was immer schon als gewiss gilt (Bhabha 1994: 66). Mithilfe solcher Stereotype legitimiert und naturalisiert der Kolonialdiskurs sein Wissen und seine Macht, etwa durch Darstellungen von Faulheit, Zurückgebliebenheit u. ä. der Kolonisierten. Dabei hat ein Stereotyp für Bhabha immer auch ein produktives Element. Wie María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan es formulieren:

»Zwar funktioniert die Ermächtigung der kolonialen Autorität durch das Stereotyp über die Rechtfertigung der kolonialen Herrschaft auf Grundlage der dem Kolonisator innewohnenden Überlegenheit – gleichzeitig ist jedoch den Operationen kolonialen Wissens eine Paranoia inhärent: Auch wenn die Kolonialherrschaft von angenommenen zivilisierenden Idealen geleitet wird, die auf der Basis von Stereotypen diskriminierende Regierungsstrukturen

hervorbringen, wird doch zugleich die Quelle kolonialer Autorität durch eine Angst erschüttert, die ihre Stabilität stört und ihre Kohärenz brüchig erscheinen lässt. Die kolonialen Stereotype oszillieren demnach zwischen der Anerkennung von kultureller und ›rassischer‹ Differenz einerseits und ihrer Verleugnung andererseits, zwischen Ergötzung und Angst, Missachtung und Neugier« (Castro Varela/Dhawan 2015: 228).

Laut Bhabha ist zudem das Visuelle ein Schlüsselement kolonialer Beziehungen; wer »anders« aussieht – im Falle der Zuflucht aus dem arabischen Raum zum Beispiel »nordafrikanisch«, »arabisch« oder womöglich »orientalisch« – kann gleichsam ohne Umwege als »minderwertig« und »degeneriert« identifiziert werden. Das Aussehen wirkt so als sichtbare, naturalisierte, kulturelle und politische Manifestation kolonialer Stereotype. Die Möglichkeit der visuellen Identifizierung, auch bekannt als *racial profiling*, unterstützt die Illusion einer vollkommenen und stabilen Identität (als »Deutsche*r«, als »Marokkaner*in« usw.), und rechtfertigt letztlich Überwachungspolitiken.

Für die Untersuchung kolonialer Stereotype im Kontext von Flucht und Zuflucht bieten sich politische Debatten in verschiedenen europäischen Staaten an, die Geflüchtete in einer bestimmten Weise darstellen und dabei koloniale Denkmuster offenlegen, wie z. B. in rechtspopulistischen Diskursen, in denen mit der »Angst vor dem Anderen« gespielt wird. Darüber hinaus scheint die Analyse der institutionellen Ebene fruchtbar, etwa die Analyse von Darstellungen der eigenen Arbeit, wie sie Grenzschutzagenturen wie FRONTEX, aber auch humanitäre Organisationen publizieren. Dominant sind dabei insbesondere zwei Zuschreibungen, wie die folgenden Ausführungen zeigen.

Schutzsuchende als Opfer

Die Darstellung von Schutzsuchenden als Opfer ist sehr subtil darin, die koloniale Machtkonstellation zu erhalten, da sie wohlwollend daherkommt und Hilfe verspricht. Flüchtlinge aus dem Globalen Süden werden dabei vorrangig als homogene Gruppen hilfsbedürftiger und passiver Massen dargestellt (Krause 2016; Turner 2010: 145), welchen nur der durch den Westen bereitgestellte Flüchtlingschutz helfen zu können scheint. Geflüchtete werden in diesem humanitären Diskurs als »powerless being with no consciousness of history, traditions, culture, or nationality« (Malkki 1995: 11) in gewaltgeprägten Flüchtlingslagern und anderen Notsituationen porträtiert. Diese Sichtweise trägt zur Aufrechterhaltung der kolonialen Ordnung bei, da Geflüchteten auf diese Weise jede Handlungsmacht abgesprochen wird – sie seien Opfer der Verhältnisse und also keine Akteur*innen.

Solche Sichtweisen, oftmals in Kombination mit kolonialen Stereotypen wie dem, dass Geflüchtete notwendigerweise anders aussähen als fiktive idealtypische Europäer*innen, lassen sich zum Beispiel in Veröffentlichungen des *British Refugee Council* und der europäischen »Grenzschutzagentur« FRONTEX finden (vgl. Refugee Council 2017; FRONTEX 2016).

Der britische Flüchtlingsrat bietet auf seiner Internetseite unter dem Hashtag *#tellitlikeitis* Informationen in Bild und Text an, die verbreitete Vorurteile gegenüber Geflüchteten widerlegen sollen (Refugee Council 2017). Unter anderem findet sich ein Bild einer dunkelhäutigen Kinderhand, die eine ebenfalls dunkelhäutige Erwachsenenhand umfasst, ergänzt durch den Text: »Asylum seekers are looking for a place of safety above anything else – many refugees hope to return home if the situation in their country improves« (Refugee Council 2017). Auf diese Weise werden Asylsuchende und Flüchtlinge als Opfer dargestellt, aber gleichzeitig mit einem dunkelhäutigen »Anderen« gleichgesetzt, der außerdem – ideal für die erwähnte koloniale Rechtfertigungslogik – freiwillig zurück in die Heimat gehen werde, sobald die Situation dort wieder besser sei. Auf der gleichen Seite findet sich auch ein Bild eindeutig nicht-weißer Hände mit dem dazugehörigen Text: »Almost all asylum seekers in the UK are banned from working – they live on as little as GBP 5 a day« (Refugee Council 2017). Obwohl diese Grafik darauf abzielt, Mitleid und Mitgefühl mit Asylsuchenden zu erzeugen, verstärkt sie doch auch das rassistische Bild des dunkelhäutigen, »anderen« Geflüchteten, der *externe* Hilfe benötigt.

Die europäische »Grenzschutzagentur« FRONTEX verbreitet über die Videoplattform YouTube ein Anti-Schlepper-Video unter dem Titel »Profiting from misery – how smugglers bring people to Europe« (FRONTEX 2016). Generell ist die Diskussion über die Rolle der Schlepperindustrie für die steigende Zuflucht in Europa irreführend; nicht die Schlepper*innen sind es, die »illegale« Zuwanderung erzeugen, es ist die europäische Abschottungspolitik. Gäbe es legale und realistische Wege, in Europa Asyl zu beantragen, gäbe es auch keine Schlepperei im aktuellen Ausmaß. Doch darüber hinaus enthält das erwähnte Video grafische Darstellungen von Zuflucht (ab Minute 0:30), die rassistische Stereotype enthalten und fortschreiben.¹¹ Die stilisierten, gezeichneten Personen werden als irakische, afghanische und syrische »migrants« beschrieben, also ausdrücklich nicht als rechtmäßig Schutz suchende Flüchtlinge, und sichtbar auf ihre äußerlich erkennbare Abstammung reduziert, wodurch ihr »Anders«- und »nicht-europäisch-

11 Zu kritischer Rassentheorie vgl. Solorzano (1997) und zur Nutzung rassistischer Bilder und Karikaturen für Propagandazwecke vgl. Schäfer (2004).

Sein« betont wird. Zudem sind fast alle dargestellten Personen männlichen Geschlechts, wodurch eine gegenderte Bedrohungssichtweise erzeugt wird (siehe den folgenden Abschnitt »Schutzsuchende als Bedrohung«). Im Verlauf des Films führt die Darstellung von Frauen mit Kopftüchern (0:52) und von Moscheen (0:43) das Bild des »Anderen« und »Nicht-Europäischen« weiter. Hier werden die dargestellten, »anders« aussehenden Personen als Opfer von Schlepperbanden abgebildet, denen FRONTEX angeblich helfen will; gleichzeitig werden sie als zwangsläufig nicht-weiß, nicht-christlich usw. dargestellt (vgl. auch Bauman 2016).

Schutzsuchende als Bedrohung

Die Darstellung des Geflüchteten (in diesem Fall ist das Maskulinum beabsichtigt) als Bedrohung lässt sich zunehmend vor allem im rechten Spektrum europäischer Politik beobachten. Der ungarische Premierminister Viktor Orbán, die deutsche AfD-Politikerin Beatrix von Storch, der polnische Politiker Jaroslav Kaczynski und die Chefin des französischen *Front National* Marine Le Pen sind nur die prominentesten Beispiele für die inzwischen in Europa auch in gemäßigteren Diskursen normal gewordene Darstellung von Geflüchteten als physisch, politisch und/oder kulturell bedrohlich.

Orbán urteilte etwa über die ankommenden Flüchtlinge aus der südlichen Peripherie Europas, dass Dreiviertel von ihnen junge Männer seien und aussähen wie eine Armee (Agence France-Presse 2015). Er insinuiert damit Gewalteskalation und naturalisiert »den Geflüchteten« als Gefahr. Von Storch stellte an Silvester 2017 in Reaktion auf einen in arabischer Sprache verfassten Tweet der Kölner Polizei muslimische Einwanderer als per se gefährlich und sexuell übergriffig dar. Sie schrieb auf Twitter: »Was zur Hölle ist in diesem Land los? Wieso twittert eine offizielle Polizeiseite aus NRW auf Arabisch. Meinen Sie, die barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden so zu besänftigen?« (RP Online 2017). Kaczynski wählte eine biologistische Versicherheitlichung »des Geflüchteten«, indem er ihn als Überträger von »sehr gefährlichen und in Europa lange nicht dagewesenen« Krankheiten wie Cholera und »andere[n], noch schwerere[n] Krankheiten« (Reuters 2015) darstellt. Auch so wird die Figur des/der Geflüchteten als bedrohlich naturalisiert – mithilfe nicht zutreffender »Fakten«. Le Pen interpretiert die wachsende Zahl vor allem nicht-europäischer Geflüchteter als »Last« und »Überschwemmung« und sieht in ihr eine fortschreitende »Zersetzung der nationalen Identität« (RP Online 2015). Interessant ist im Falle des *Front National*, dass die Partei Einwanderung aus westlichen Staaten zwar nicht

ausdrücklich wünscht, aber zunehmend billigt und an ökonomische Notwendigkeiten knüpft, während sie die Zuwanderung und Zuflucht von Nicht-Europäer*innen komplett ablehnt und die Ausweisung aller bereits aus den (ent-)kolonialisierten, nicht-europäischen Ländern angekommenen Menschen fordert.

All diese rechtspopulistischen Akteur*innen ziehen ihre Macht erstens aus dem Spiel mit der Emotion Angst und zweitens aus der Naturalisierung einer homogenen, nationalen Identität, die vor »Aufweichung« und »Zersetzung« durch »den Anderen« geschützt werden müsse. Dabei ist es notwendig, die erwähnten entwertenden Sprachbilder immer wieder zu wiederholen und neu einzuschreiben, damit sie wirkungsmächtig bleiben, was auf die Instabilität der kolonialen Ordnung hinweist. Bhabha spricht hier von »double inscription« (Bhabha 1994: 108). In den Worten von Castro Varela und Dhawan:

»Wiederholung und Dopplung, Paranoia, psychische Ängste und Unsicherheiten decken die Mängel der kolonialen Macht auf, die zwanghaft mit Stabilitätssicherung beschäftigt ist« (Castro Varela/Dhawan 2015: 241).

Um die Darstellung von Geflüchteten als ambivalent und somit »anders« oder auch »unnormale«, als Menschen, die nicht vollständig gesehen werden können und diffus bleiben, weshalb sie als bedrohlich gelten können, differenzierter zu betrachten, erscheinen in Anlehnung an Andrew Baldwin außerdem drei Sprachbilder besonders hilfreich: Zahlenspiele, Unbestimmtheit und Komplexität (Baldwin 2013). Es ist ein zentrales Element europäischer Einwanderungsdebatten, die Zahl der asylsuchenden Menschen bestimmen und vorhersagen zu wollen, wie sich zum Beispiel an der bundesdeutschen Diskussion über »Obergrenzen« oder am sogenannten »Flüchtlingsdeal« der EU mit der Türkei ablesen lässt. Dieses Abkommen wurde unter dem Druck steigender Zahlen von Geflüchteten aus dem außereuropäischen Ausland im Jahr 2015 entwickelt und wird (ebenso wie die Arbeit von FRONTEX) fast ausschließlich an seiner Fähigkeit gemessen, diese Zahlen zu reduzieren. In einem Artikel im Mai 2016 ließ die Bundesregierung auf ihrer Internetplattform verlautbaren, das EU-Türkei-Abkommen wirke, und begründete dies mit »einer drastischen Verringerung neu ankommender Flüchtlinge in Griechenland« (Bundesregierung 2016). Auf diese Weise wird das Sprachbild einer zu erwartenden und Eindämmung notwendig machenden »Einwanderungswelle« und die damit einhergehende Abwertung von Geflüchteten perpetuiert. Politiker*innen nutzen Metaphern wie »Flüchtlingswelle«, »Flüchtlingsströme« und »Flüchtlingsfluten« oder »Invasionen« sowie das Bild des »vollen Bootes« zur Beschreibung von Geflüchteten auf dem Weg nach oder in Europa (Becker/Krause 2015), um die begrenzten Aufnahmekapazitäten sowie die mit ih-

nen verbundenen Bedrohungsszenarien zu unterstreichen. Mit sprachlichen Bildern von Kriegen und Naturkatastrophen werden Geflüchtete als vermeintliche Sicherheitsbedrohungen dargestellt (Hammerstad 2014), durch die ein vor den gefährlichen »Fremden« zu beschützendes »Wir« konstruiert wird. Zudem verstärkt das Versagen des Dublin-Systems den Zählzwang und damit zusammenhängende Ängste, ebenso wie das Versagen des innereuropäischen Registrierungssystems für Geflüchtete (Hruschka 2016). Die Weigerung individueller Geflüchteter, sich zu registrieren und an den ihnen zugewiesenen Orten zu bleiben, also der kolonialen Ordnung zu gehorchen, tut ein Übriges. So bleiben Geflüchtete ein nicht zählbares und unkalkulierbares Subjekt, das nicht der »Norm« entspricht und potenziell »gefährlich« ist.

In ähnlicher Weise trägt die Tatsache, dass der/die heutige Geflüchtete nicht immer eindeutig der im internationalen Recht festgeschriebenen Kategorie »Flüchtling« zuzuordnen ist, zu seiner/ihrer Ambivalenz bei. Die Gründe für das Verlassen der Heimat sind komplex, sodass die althergebrachten Kategorien nicht mehr greifen und die Grenzen zwischen »regulärer« und »irregulärer« Einwanderung oder Zuflucht verschwimmen. Diese Unbestimmtheit und Komplexität lässt Geflüchtete wiederum »anders«, »unnormal«, »nicht kalkulierbar« und potenziell »gefährlich« wirken. Das äußert sich in der diskursiven Kategorie der »irregulären Migration«, die als Auffangbecken für all jene Migrant*innen verwendet wird, die nicht in legale Kategorien passen. Sie ist zentraler Bestandteil des EU-Türkei-Abkommens, das zum Ziel hat, alle neuen »irregulären« Migrant*innen von Griechenland in die Türkei zurückzusenden.

Dies ist keinesfalls etwas Neues oder etwas, das ausschließlich auf die aktuellen Entwicklungen in Europa zutrifft: schon europäische Politiken der 1980er Jahren zielten auf Abschottung und Ausgrenzung der »anderen«, »ungewollten« Geflüchteten ab (Loescher et al. 2012: 36-37), wobei nördliche Staaten an ihrer hegemonialen Macht festhielten. Dabei kontrastierte Bhupinder Chimni bereits 1998:

»The non-entrée regime merely represents a new phase in the struggle over global space in the period after decolonization and the end of the Cold War. In this phase the barriers to the mobility of oppressed human beings are justified through representing certain spaces as ›filled‹ and others ›empty‹. Undergirding it is a dialectic of globalization, present since the sixteenth century, in which one part of the globe grows poorer and depleted while the other becomes richer and replete« (Chimni 1998: 359).

Der von Chimni betonte »struggle over global space« ist auch in der aktuellen Krise europäischer Staaten erkennbar, da vermeintlich bedrohliche Massen auf Europa zukämen und nur die »drastische Verringerung neu ankommender Flüchtlinge« – wie es die Bundesregierung formulierte – eine Lösung des »Problems« sei (Bundesregierung 2016). Daraus lassen sich zwei Strategien ablesen: die Darstellung des »Anderen« als ambivalent und vermeintliche Bedrohung sowie eine politische Ambivalenz hegemonialer Akteure gegenüber diesen schutzsuchenden »Anderen«.

2.2 Mimikry

Neben diesen naturalisierenden Elementen erkennt Bhabha auch metonymie und aggressive Anteile des Stereotyps, die die metaphorisch und narzisstisch behauptete Überlegenheit des Kolonisierenden in Frage stellen. Laut Bhabha erzeugt die Projektion des Stereotyps auf das kolonialisierte Subjekt eine Reflektion, die die Gewissheiten der eigenen Identität angstvoll ins Wanken bringt: »the look of surveillance returns as the displacing gaze of the disciplined, where the observer becomes the observed« (Bhabha 1994: 89). Daraus schließt Bhabha, dass der koloniale Diskurs nicht so dominant und einheitlich sein kann, wie er zu sein behauptet: Die Übersetzung kolonialer Ideen und Methoden in die kolonialen Räume zieht Umformulierungs- und Aneignungsprozesse nach sich, die aus dem ursprünglichen, kolonialen Produkt etwas Neues, Hybrides machen. Diesen Prozess nennt Bhabha »Mimikry«.

Zudem versteht Bhabha das (koloniale) Subjekt als niemals fertig oder vollständig; ähnlich wie Benedict Anderson (1983) kennt er keine prä-existente, »ursprüngliche« nationale Identität. Auch sieht er die koloniale und die kolonisierte Identität als voneinander abhängig an, etwa wenn sich die koloniale Identität aus der Abgrenzung vom »Anderen« speist: nicht-»wild«, nicht-»primitiv«, nicht-»orientalisch«, nicht-»schwarz« usw. Doch gleichzeitig ist schon die Gegenwart der Einwandernden aus »postkolonialen« Räumen eine Bedrohung für die Staaten des Globalen Nordens, denn ihr eigenes Selbstverständnis hängt von eben diesen Anderen und ihrer Interpretation als »minderwertig« ab. Durch permanente Wiederholung versuchen sie, die kolonialen Strukturen zu stabilisieren, doch diese nehmen in diesem Prozess neue Formen an und haben unbekannte und unerwartete Auswirkungen. Dies wirkt verändernd auf das Original zurück und trägt so selbst zur Fragmentierung der Identität und Autorität der Kolonisor*innen bei (Castro Varela/Dhawan 2015: 229). Bhabha nennt dies »repetition with difference« (vgl. Bhabha 1994: 90-91), wodurch sich machtvolle Handlungsspielräu-

me für die Kolonisierten eröffnen. Im Prozess der Mimikry steckt also auch die *agency* der Kolonisierten, die gleichzeitig unterworfen und handlungsmächtig sind und gleichzeitig verteufelt und bewundert und romantisiert (»orientalisiert«) werden.

Für die Analyse dieses Vorgangs bieten sich einerseits solche Räume an, die koloniale Ordnungsvorstellungen und -bedürfnisse gegenüber Geflüchteten idealtypisch abbilden, wie etwa Flüchtlings- oder Erstaufnahmelager. Andererseits können kulturelle und politische Äußerungen von Geflüchteten selbst, in Form von Kunstprojekten, Slogans, Murals usw., den Prozess der Mimikry und das damit verbundene Scheitern kolonialer Herrschaftsstrategien verdeutlichen.

Mimikry im Flüchtlingslager

Das Wesen der Mimikry ist, wie oben dargelegt, das Resultat aus Anpassungsdruck und Handlungsmacht der Kolonisierten. Eine inhärente Wiederholung und Projektion kolonialer Ordnungsvorstellungen sieht Jennifer Hyndman (1996) in der Art und Weise, wie Geflüchtete in Lagern weltweit untergebracht werden. Mit Bezug zum Globalen Süden betont Hyndman, dass administrative Strukturen in Flüchtlingslagern weltweit den Kontrollstrategien ähnelten, die von Kolonialverwaltungen veranlasst wurden (Hyndman 1996: 8). Sie können

»Orte neokolonialer Machtverhältnisse darstellen, in denen Flüchtlinge durch die institutionelle Maschinerie humanitärer Flüchtlingsorganisationen gezählt, ihre Bewegungen überwacht und aufgezeichnet, ihre täglichen Routinen diszipliniert und routiniert werden« (Übers. d. Verf.; Hyndman 1997: 17).

Das Zusammenspiel zwischen kolonialem und kolonialisiertem Blick, zwischen kolonialen Ordnungsvorstellungen und gelebter Realität/Mimikry, wird im Gegensatz zwischen Lagern wie *Azraq* und *Zaatari*, beide in Jordanien, verdeutlicht.¹² Aus Sicht kolonialer Herrschaft befinden sich die beiden Lager an entgegengesetzten Enden eines qualitativen Spektrums von Flüchtlingslagerplanung und -verwaltung: Wo *Zaatari* als Inbegriff von Chaos und Unsteuerbarkeit gilt, wurde *Azraq* gebaut »learning from the mistakes that have been made in Zaa-

12 Die folgenden Ausführungen beruhen auf der erwähnten Feldforschung (Interviews und teilnehmende Beobachtung) in *Zaatari* und *Azraq*. Aufgrund des begrenzten hier verfügbaren Raumes können sie die Unterschiede beider Lager allerdings nur anreißen, nicht aber in ihrer Vollständigkeit abbilden.

ri«.¹³ Diese Sicht ist allerdings der Sicht der Bewohner*innen diametral entgegengesetzt.

Das Lager für syrische Flüchtlinge *Zaatari* im Norden Jordaniens entstand als Reaktion auf die schnell eskalierende Gewalt in Syrien. Während das Lager ursprünglich nur für maximal 20.000 Personen gedacht war, schätzte der UNHCR die Zahl der Bewohner*innen schon im April 2013 auf über 200.000. Die große Zahl von Schutzsuchenden traf dabei auf fehlende Koordination, massive Unterfinanzierung und mangelnde Kommunikation zwischen nationalen und internationalen Akteur*innen. *Zaatari* wurde wahlweise als »chaotisch«, »armselig« oder »von Verbrechen heimgesucht« dargestellt (Würger 2013; Kimmelman 2014) und wurde zum Symbol der beginnenden sog. »Flüchtlingskrise«.

Azraq dagegen, das im April 2014 eröffnet wurde, ist von Verantwortlichen als »eines der bestgeplanten Flüchtlingslager der Welt« (al-Khalidi 2014) bezeichnet worden, das ausdrücklich als Reaktion auf die chaotischen Zustände in *Zaatari* verstanden werden kann. Wie es ein UNHCR Mitarbeiter ausdrückte:

»We've studied what's been done in Zaatari and other refugee camps around the world and tried to plan carefully [...]. It's not a luxury that we normally have – to prepare for months with our partners. [...] We used feedback from the refugees at Zaatari Camp to help us design these [shelters at Azraq camp] and they're also adapted to the weather conditions here« (Kneil 2014).

Doch diese Sicht deckt sich nicht mit der gelebten Realität der Bewohner*innen der beiden Lager, wie meine Feldforschung dort zeigt. In *Zaatari* scheinen gerade durch die mangelnde Reichweite der Lagerverwaltung Räume für Handlungsmacht und Gestaltungswillen der Geflüchteten entstanden zu sein. In *Azraq* dagegen führen die massiven Sicherheitsvorkehrungen, die Hochsicherheitszäune, die großen Distanzen zwischen den einzelnen Dörfern des Camps und die fehlende Möglichkeit zur Interaktion dazu, dass die Bewohner*innen das Lager schnell wieder verlassen und die Illegalität oder die Rückkehr nach Syrien einem Verbleib vorziehen. In *Zaatari* zeigt sich Mimikry zum Beispiel in der Hauptstraße, die von den Bewohner*innen *Champs Elysées* genannt wird. Hier kann praktisch jedes Bedürfnis des täglichen Lebens gestillt werden, von Nahrungsmitteln über Kleidung, Accessoires und Mobiltelefone bis hin zu Haustieren. Viele Einwohner*innen beschreiben die Arbeit in den Läden der *Champs Elysées* trotz ihres in-

13 Interview mit dem damaligen jordanischen Innenminister General Hussein Al-Majali, 29.9.2014, Amman.

formellen Charakters als einen Weg, ihre Zeit mit Nützlichem zu füllen, Geld oder Tauschmittel für die Familie zu verdienen und Handlungsmacht und Würde zurück zu gewinnen. Auch die von der internationalen Gemeinschaft gebauten Gemeinschaftswaschräume des Lagers sind ein gutes Beispiel für die Handlungsmacht der Bewohner*innen, denn von ihnen stehen meist nur noch die Außenmauern; die Waschtische und WCs sind längst ausgebaut und in privaten Badezimmern verwendet worden, die an selbst konstruierte Abwassersysteme angeschlossen sind.

Azraq dagegen ist von Stacheldrahtzäunen umgeben und wird massiv durch Sicherheitskräfte bewacht. Das Lager besteht aus 16 Dörfern, von denen jedes aus einer bestimmten Zahl von Wohncontainern mit für die Region ungewöhnlichen Satteldächern besteht. Die Behausungen stehen im gleichen Abstand zueinander, zu jeder gehört ein eigenes Toilettenhäuschen in geringer Entfernung. Es existiert kein vergleichbarer Ort wie die *Champs Élysées*; die Distanzen zwischen den Dörfern sind sogar so groß (*Azraq* wurde auf einer Fläche von 25 Quadratkilometern gebaut) und die Einwohnerdichte so gering, dass es selten Gelegenheit gibt, soziale Interaktion zu beobachten. »There is no life here«, wie es ein Bewohner ausdrückte. Wiederholt wurde mir berichtet, sowohl von Bewohner*innen als auch von UNHCR Mitarbeiter*innen, dass Menschen das Lager sehr schnell wieder verlassen, um stattdessen in irregulärer Unterbringung in Jordanien zu leben, oder aber trotz der dort herrschenden Gewalt nach Syrien zurückzukehren. Hier zeigt sich, wie koloniale Ordnungsversuche scheitern und durch die Reaktion der Kolonialiserten abgestraft werden können.

Der Vergleich der beiden Lager zeigt, wie unterschiedlich Prozesse der Mimikry ablaufen können, und wie verschieden auch der Umgang kolonialer Akteure mit Widerständen und Umdeutungen durch Subalterne aussehen kann. In *Zaatari* könnte man mit kolonialem Blick sagen, dass die Kolonialmacht angesichts der Widerstände und Handlungsmacht der kolonialiserten Subjekte kapituliert hat/kapitulieren musste. *Azraq* illustriert demgegenüber, wie die gleichen Akteure explizit versuchen, mithilfe größerer symbolischer und struktureller Gewalt dauerhaftere und effektivere Herrschaftsstrategien anzuwenden, nur um feststellen zu müssen, dass die kolonialiserten Subjekte sich auf andere Weise entziehen.

Mimikry in subalterner Kunst

Aus Prozessen der Mimikry entstehen außerdem Bilder wie die, die auf der Internetseite www.creativememory.org den syrischen Aufstand dokumentieren. Ein Bild zeigt etwa die berühmten Hände aus Michelangelos »Die Erschaffung

Adams«, wobei allerdings Adams Hand aus dem Wasser, die andere (Gottes) Hand aus dem Himmel ragt (Al-Eissa 2015).

Abbildung 1: *Drowning of Adam*



Quelle: Al-Eissa (2015), www.creativememory.org

Es ist ein besonders gutes Beispiel für *repetition with difference*, da es unter dem Titel »Drowning of Adam« die jahrhundertealte europäische Kultur zum Ausgangspunkt nimmt, um über die Herkunft des Künstlers die reiche Kultur des

fruchtbaren Halbmonds, zu dem Syrien gehört, qualitativ in die gleiche Tradition einzuordnen. Die Hand im Wasser symbolisiert zweifelsohne syrische Geflüchtete, die als Nachfahren des biblischen Adam gelten können und täglich im Mittelmeer ertrinken. Zudem wird die »Gotthaftigkeit« des Globalen Nordens, inklusive Europas, in Form der zweiten, aus dem Himmel ragenden Hand infrage gestellt, denn diese endet genau dort, wo der metaphorische Adam nicht mehr gerettet oder besser: erschaffen werden kann bzw. soll. So werden mithilfe kolonialer Diskurse der kulturellen Überlegenheit (Michelangelos ikonisches Bild) sowohl Eurozentrismus als auch die oftmals suggerierte moralisch-ethische Überlegenheit der EU ausgehebelt, während gleichzeitig die kulturelle Ebenbürtigkeit der flüchtenden Menschen verdeutlicht wird. Zudem enthält das Bild Referenzen auf die gemeinsamen religiösen Wurzeln des europäischen und des nahöstlichen Kulturraumes und kann damit auch als eine Kritik an westlicher Islamophobie gelesen werden.

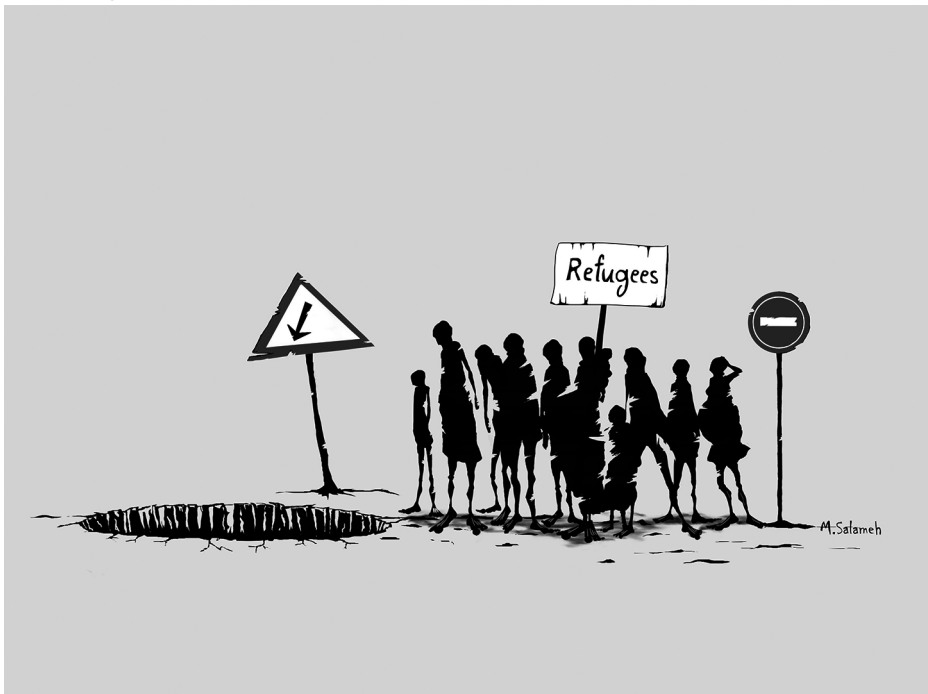
Abbildung 2: The Syrian People, Between Forced Displacement and The Right of Return



Quelle: Revolution Spring (2017), www.creativememory.org

Viele weitere Beiträge auf www.creativememory.org nehmen sich des Themas Flucht und Zuflucht an. Das Mural *The Syrian People, Between Forced Displacement and The Right of Return* (Revolution Spring 2017) in Damaskus nimmt direkten Bezug auf die Terminologie und Praktiken des internationalen Flüchtlingsregimes. Es zeigt eine Gruppe von Menschen, laut Titel syrische Flüchtlinge, die ihre Habseligkeiten in Bündeln tragen, während neben ihnen zwei Kriegsflugzeuge Bomben auf die Silhouette bereits zerstörter Häuser und Moscheen abwerfen. Das Bild spiegelt mit den Begriffen der Zwangsmigration und der Rückkehr, letztere als eine von drei international akzeptierten, dauerhaften Lösungen für Flucht, einerseits die Leere solcher Begriffe – Rückkehr ist ganz offensichtlich nicht möglich. Andererseits kann die Verwendung des Begriffs *forced displacement* als Anspielung bzw. Affirmation gelesen werden, dass Syrer*innen nicht freiwillig ihre Heimat verlassen, und also schutzwürdig sind.

Abbildung 3: *Untitled*



Quelle: Salameh (2015), www.creativememory.org

Die Zeichnung *Untitled* von Mahmoud Salameh (Salameh 2015) zeigt eine Gruppe von Personen, durch ein Schild als Flüchtlinge identifiziert, die zwischen einem »Durchfahrt verboten«-Schild sowie einem Loch im Boden, in das sie per Pfeilpiktogramm geleitet werden, gefangen sind. Das Bild spielt auf die Ausichtslosigkeit der Situation an und stellt alle Optionen als untragbar, von außen vorgegeben und gelenkt dar. Interessanterweise perpetuiert das Bild dabei den Stereotyp des Flüchtlings als Opfer, indem es keinen Ausweg aufzeigt, deckt aber gleichzeitig im Prozess der Mimikry die kolonialen Herrschaftsstrategien der Lenkung von Flüchtlingsströmen als perfide und irreführend auf.

3. Fazit und Ausblick: Implikationen für zukünftige Fluchtforschung

Die Figur des Flüchtlings kann zusammenfassend als Grenzfigur mit ungeklärtem Potential verstanden werden. So wird der Flüchtling Gegenstand kolonialer, weißer, westlicher Sorge, die Kontrolle über Ordnung beziehungsweise Unordnung in ihren Herrschaftsräumen sowie über die Durchlässigkeit ihrer Grenzen zu verlieren (vgl. Schulze Wessel 2017). Dabei fordert der Vorgang der Flucht und Zuflucht nicht nur (national-)staatliche Grenzen, sondern auch kategoriale Grenzen der Zu- und Einordnung sowie kulturelle Grenzen gesellschaftlicher Zugehörigkeit heraus. Am deutlichsten erkennbar sind dabei Repräsentationen von Geflüchteten entweder als unschuldige »Opfer« oder als gefahrvolle »Bedrohung« (vgl. Turner 2010: 44; Turner 2005: 314; Scheel/Squire 2014: 194-196); beides schreibt die kolonialen Machtverhältnisse zwischen anscheinend stabilen, neutralen, europäischen Individuen und Systemen und bedrohlichen und/oder beschädigten, »außen« stehenden Geflüchteten fort. Schon die Gegenwart der Geflüchteten aus »postkolonialen« Räumen stellt eine Bedrohung für die Staaten des Globalen Nordens dar, denn ihr eigenes Selbstverständnis hängt von eben diesen Anderen und ihrer Klassifikation als »minderwertig« ab. Die Tatsache, dass »postkoloniale« Geflüchtete nun auch noch ambivalent und damit nicht ohne Weiteres einzuordnen und zu beherrschen sind, verstärkt die Bedrohungswahrnehmung weiter. Denn wie oben beschrieben ist der Kolonisierte gleichzeitig unterworfen und handlungsmächtig, er ist gleichzeitig »nicht richtig europäisch« und »echt afrikanisch« oder »asiatisch«, er wird gleichzeitig verteufelt und bewundert/romantisiert (»orientalisiert«), sodass die dominante Macht das koloniale Subjekt weder zweifelsfrei verorten, noch mit einer einheitlichen Botschaft ansprechen kann. Auch die Unkalkulierbarkeit der Zahl der Geflüchteten, ihre Komplexität und Unbestimmtheit markieren die Figur des Geflüchteten als »anders«. Das subalterne »Andere« ist also das, was nicht vollständig gesehen und verstanden, was

mit »normalen« wissenschaftlichen, statistischen und demographischen Kalkulationsmethoden nicht vollständig abgebildet werden kann. Die/der Geflüchtete entzieht sich gewissermaßen dem Verstehen und ist geradezu durch dieses Nicht-Verstanden-Werden-Können charakterisiert.

Die Tatsache, dass der Großteil der Geflüchteten weltweit in Ländern im Globalen Süden zu finden ist, bleibt in europäischen Politiken weitgehend unbeachtet. Diese Vernachlässigung und der Fokus auf politische Ausgrenzungs- und Abschottungspolitiken kann als Versuch gelesen werden, den (neo-)kolonialen Raum (West-)Europa vor »unkontrollierter« und »unerwünschter« Zuflucht zu schützen, um ihn als Erzählung oder Bild zu erhalten, und zwar unter mangelhafter Berücksichtigung völkerrechtlicher Regelungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention. Zudem überdeckt der eurozentrische Blick, dass die Zunahme der Zahl der Schutzsuchenden keinesfalls plötzlich war; Flucht vor Gewalt ist seit Jahrzehnten (Zolberg et al. 1989), wenn nicht sogar seit Jahrhunderten, nachvollziehbar (vgl. Gatrell 2013; Heather 2016) und war vor allem als Konsequenz des Syrienkrieges zu erwarten.

Bhabha folgend beinhaltet die koloniale Repräsentation, also die Spiegelung kolonialer Herrschaftsstrategien durch die Unterworfenen, dass neue Räume des Widerstands gegen die Hegemonialmacht erschlossen sowie Wege gefunden werden, die Effekte dieser Strategien zu verändern. Es geht ihm in erster Linie darum, das jeweils »Andere« in der dominanten symbolischen Ordnung sichtbar zu machen und so Ambivalenz im Hegemonialdiskurs zu erzeugen. Es wäre dabei ein Missverständnis, politische Performanz automatisch als auf die Umkehrung der existierenden politischen Ordnung (oder des hegemonialen Diskurses) abzielend zu verstehen; vielmehr geht es Bhabha darum, existierende Bilder, zum Beispiel das westliche Bild des Individuums als souveränes Subjekt, zu irritieren und gleichzeitig die Handlungsmacht des/der Unterworfenen nicht zu negieren. Er betont, dass die Unterworfenen, Stereotypisierten und politisch Minderwertigen den Hegemonialdiskurs von innen heraus kritisieren und verändern können (Bhabha 1994: 192).

Mit Bhabha liegt die Lösung im »dritten Raum« (»Third Space«, Bhabha 1994). Er koppelt dies mit seinem Verständnis von Kultur als rückblickender Konstruktion, als Konsequenz historischer Prozesse. So wird es möglich, dass »europäische« Kultur in einem dynamischen, gleitenden, beweglichen, vielfältigen und hybriden Prozess so konstruiert und verhandelt wird, dass sie die vormals Subalternen als eigenständige, politisch vollwertige und positiv konnotierte Subjekte einbeziehen und so koloniale Machtstrukturen aufbrechen kann. In diesem »dritten Raum« treffen eben nicht zwei prä-existente, essentialistische Ursprungs-

räume aufeinander, sondern es entstehen in einem dynamischen Prozess neue Positionen, neue Geschichten, die die hermetische Abgrenzung zwischen kolonialen und kolonisierten Räumen aufheben. Bhabha schreibt:

»The intervention of the Third Space [...] destroys [the; Anm. CF] mirror of representation [...]. [It; Anm. CF] quite properly challenges our sense of the historical identity of culture as a homogenizing, unifying force, authenticated by the originary Past, kept alive in the national tradition of the People« (Bhabha 1994: 37).

Es gilt also, diesen »dritten Raum« zu kultivieren, statt entweder essentialistisch und eurozentrisch die eine »reine« Kultur zu propagieren – denn was ist schon »deutsch«? – oder totalisierend unterschiedliche Kulturen in ein harmonisches Ganzes zusammenschweißen zu wollen, wie in der Idee des »Multikulti«. So lassen sich neue Räume und Zeiten für politische und kulturelle Praktiken schaffen, die die beschriebenen kolonialen Machtverhältnisse durchbrechen und eine menschenwürdige Behandlung der Schutzsuchenden, eine zwischenmenschliche Begegnung auf Augenhöhe, ermöglichen.

Literatur

- Agence France-Presse* 2015: Refugees ›Look Like an Army‹, Says Hungarian PM Viktor Orban, in: *The Guardian*, 23.10.2015, in: <http://www.theguardian.com/world/2015/oct/23/refugees-look-like-an-army-says-hungarian-pm-viktor-orban>; 23.10.2015.
- Al-Eissa, Anwar* 2015: Drowning of Adam, in: <https://creativememory.org/archives/?lang=en/#111516>; 11.4.2017.
- Al-Khalidi, Suleiman* 2014: Jordan Opens Desert Camp for Syrian Refugees, in: <https://www.reuters.com/article/us-syria-crisis-jordan/jordan-opens-desert-camp-for-syrian-refugees-idUSBREA3T0XE20140430>; 5.1.2018.
- Anderson, Benedict* 1983: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London.
- Baldwin, Andrew* 2013: Radicalisation and the Figure of the Climate-Change Migrant, in: *Environment and Planning A*: 45, 1474-1490.
- Bauman, Zygmunt* 2016: *Die Angst vor den anderen – Ein Essay über Migration und Panikmache*, Berlin.
- Becker, Johannes M./Krause, Ulrike* 2015: Flucht und ihre Ursachen, in: <http://fluechtlingsforschung.net/flucht-und-ihre-ursachen/>; 19.8.2015.
- Bhabha, Homi K.* 1994: *The Location of Culture*, London.

- Boyle, Frankie* 2015: Britain's Criminally Stupid Attitudes to Race and Immigration Are Beyond Parody, in: *The Guardian*, 20.4.2015, in: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/apr/20/britain-criminally-stupid-race-immigration>; 3.1.2018.
- Bundesregierung* 2016: Flüchtlingsankünfte in Griechenland. Das EU-Türkei-Abkommen wirkt, in: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/05/2016-05-20-eu-tuerkei-abkommen-zahlen.html>; 20.5.2016.
- Casas-Cortes, Maribel et al.* 2015: New Keywords. Migration and Borders, in: *Cultural Studies* 29: 1, 55-87.
- Castro Varela, Maria d. M./Dhawan, Nikita* 2015: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, 2. Auflage, Bielefeld.
- Chimni, Bhupinder S.* 1998: The Geopolitics of Refugee Studies. A View from the South, in: *Journal of Refugee Studies* 11: 4, 350-374.
- De La Rosa, Sybille/Frank, Melanie* 2017: Wo und wie finden flüchtende und geflüchtete Menschen Gehör? Über Subalternität in Europa und die Herausforderungen demokratischer Autorität, in: *Zeitschrift für Flüchtlingsforschung* 1: 1, 41-71.
- Elie, Jérôme* 2014: Histories of Refugee and Forced Migration Studies, in: Fiddian-Qasmiyeh, Elena/Loescher, Gil/Long, Katy/Sigona, Nando (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies*, Oxford, 23-35.
- Elie, Jérôme/Hanhimäki, Jussi* 2008: UNHCR and Decolonization in Africa. Expansion and Emancipation, 1950s to 1970s, in: Kruke, Anja (Hrsg.): *Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen, 1945-1990*, Bonn, 53-72.
- EU – Europäische Union* 2005: Das Haager Programm. 10 Prioritäten für die nächsten fünf Jahre, in: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:l16002>; 11.4.2017.
- FRONTEX* 2016: Profiting from Misery. How Smugglers Bring People to Europe, in: <https://www.youtube.com/watch?v=W7OsRz4Ubeg>; 18.2.2016.
- Gatrell, Peter* 2013: *The Making of the Modern Refugee*, Oxford.
- Hammerstad, Anne* 2014: The Securitization of Forced Migration, in: Fiddian-Qasmiyeh, Elena/Loescher, Gil/Long, Katy/Sigona, Nando (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies*, Oxford, 265-278.
- Heather, Peter J.* 2016: Refugees and the Roman Empire, in: *Journal of Refugee Studies* 30: 2, 220-242.
- Hruschka, Constantin* 2016: Dublin ist tot! – Lang lebe Dublin! Anmerkungen zum Kommissionsvorschlag vom 4. Mai 2016, in: <http://fluechtlingsforschung.net/dublin-ist-tot-lang-lebe-dublin/>; 11.4.2017.

- Hyndman, Jennifer* 1996: Geographies of Displacement. Gender, Culture and Power in UNHCR Refugee Camps, Kenya (University of British Columbia, Dissertation), Vancouver.
- Hyndman, Jennifer* 1997: Refugee Self-Management and the Question of Governance, in: *Refuge* 16: 2, 16-22.
- IDMC – Internal Displacement Monitoring Centre* 2017: Global Report on Internal Displacement, in: <http://www.internal-displacement.org/globalreport2016/>; 11.4.2017.
- Johnson, Heather L.* 2011: Click to Donate. Visual Images, Constructing Victims and Imagining the Female Refugee, in: *Third World Quarterly* 32: 6, 1015-1037.
- Kimmelman, Michael* 2014: Refugee Camp for Syrians in Jordan Evolves as a Do-It-Yourself City, in: *The New York Times*, 4.7.2014, in: <https://www.nytimes.com/2014/07/05/world/middleeast/zaatari-refugee-camp-in-jordan-evolves-as-a-do-it-yourself-city.html?mcubz=1>; 30.6.2017.
- Knell, Yolande* 2014: Azraq. How a Refugee Camp Is Built from Scratch, in: <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-27205291>; 30.6.2017.
- Krause, Ulrike* 2014: Zwischen Historie und Aktualität. Kritische Betrachtung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (1951) mit Beachtung des Protokolls (1967), in: *Zeitschrift für Menschenrechte* 8: 2, 102-124.
- Krause, Ulrike* 2016: »It Seems Like You Don't Have Identity, You Don't Belong«. Reflexionen über das Flüchtlingslabel und dessen Implikationen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 23: 1, 8-37.
- Loescher, Gil/Betts, Alexander/Milner, James* 2012: UNHCR. The Politics and Practice of Refugee Protection, London.
- Malkki, Liisa H.* 1995: Purity and Exile. Violence, Memory, and National Cosmology among Hutu Refugees in Tanzania, Chicago, IL.
- Markard, Nora* 2007: Fortschritte im Flüchtlingsrecht? Gender Guidelines und geschlechtsspezifische Verfolgung, in: *Kritische Justiz: Vierteljahresschrift für Recht und Politik* 40: 4, 373-390.
- McDowell, Linda* 2009: Old and New European Economic Migrants. Whiteness and Managed Migration Policies, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 35: 1, 19-36.
- Moore-Gilbert, Bart* 1997: Postcolonial Theory. Contexts, Practices, Politics, London.
- Neumayer, Eric* 2004: Asylum Destination Choice, in: *European Union Politics* 5: 2, 155-180.

- Oltmer, Jochen* 2017: Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart, Darmstadt.
- Orchard, Philip* 2008: A Right to Leave. Refugees, States, and International Society, Vancouver.
- Refugee Council* 2017: ›Tellitlikeitis‹, in: <https://www.refugeecouncil.org.uk/tellitlikeitis>; 2.1.2017.
- Reuters* 2015: Polish Opposition Warns Refugees Could Spread Infectious Diseases, in: <http://www.reuters.com/article/us-europe-migrants-poland-idUSKC-N0S918B20151015>; 15.10.2015.
- Revolution Spring* 2017: The Syrian People, between Forced Displacement and the Right of Return, in: <https://creativememory.org/archives/?lang=en/#152163>; 5.1.2018.
- RP Online* 2015: Kritik an Paris und Berlin. Marine Le Pen: Einwanderung ist eine Last, in: <http://www.rp-online.de/politik/eu/rechtsextreme-marine-le-pen-front-national-einwanderung-eine-last-aid-1.5372742>; 6.9.2015.
- RP Online* 2017: Twitter sperrt Beatrix von Storch wegen Hass-Inhalten, in: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/beatrix-von-storch-twitter-sperrt-afd-politikerin-wegen-hass-inhalten-aid-1.7295165>; 2.1.2018.
- Said, Edward W.* 1978: Orientalism, New York, NY.
- Salameh, Mahmoud* 2015: Untitled, in: <https://creativememory.org/archives/?lang=en/#86537>; 5.1.2018.
- Schäfer, Julia* 2004: Vermessen, gezeichnet, verlacht. Judenbilder in populären Zeitschriften 1918-1933, Frankfurt a. M.
- Scheel, Stephan/Squire, Vicki* 2014: Forced Migrants as ›Illegal‹ Migrants, in: Fiddian-Qasmiyeh, Elena/Loescher, Gil/Long, Katy/Sigona, Nando (Hrsg.): The Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies, Oxford, 188-202.
- Schulze Wessel, Julia* 2017: Grenzfiguren. Zur politischen Theorie des Flüchtlings, Bielefeld.
- Solorzano, Daniel G.* 1997: Images and Words that Wound. Critical Race Theory, Racial Stereotyping, and Teacher Education, in: Teacher Education Quarterly (Summer), 5-20.
- Turner, Simon* 2005: Suspended Spaces. Contesting Sovereignities in a Refugee Camp, in: Blom Hansen, Thomas/Stepputat, Finn (Hrsg.): Sovereign Bodies. Citizens, Migrants, and States in the Postcolonial World, Princeton, NJ, 312-332.
- Turner, Simon* 2010: Politics of Innocence. Hutu Identity, Conflict and Camp Life, New York, NY.

- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees* 2017: Global Trends. Forced Displacement in 2016, in: <http://www.unhcr.org/statistics/unhcrstats/5943e8a34/global-trends-forced-displacement-2016.html>; 11.1.2018.
- Valji, Nahla* 2001: Women and the 1951 Refugee Convention. Fifty Years of Seeking Visibility, in: *Refuge* 19: 5, 25-35.
- Würger, Takis* 2013: The Trials of Running a Syrian Refugee Camp, in: Spiegel online, 28.6.2013, in: <http://www.spiegel.de/international/world/kilian-kleinschmidt-profile-running-a-syrian-refugee-camp-a-908146.html>; 30.6.2017.
- Zetter, Roger* 1991: Labelling Refugees. Forming and Transforming a Bureaucratic Identity, in: *Journal of Refugee Studies* 4: 1, 39-62.
- Zetter, Roger* 2007: More Labels, Fewer Refugees. Remaking the Refugee Label in an Era of Globalization, in: *Journal of Refugee Studies* 20: 2, 172-192.
- Zolberg, Aristide R./Suhrke, Astri/Aguayo, Sergio* 1989: *Escape from Violence, Conflict and the Refugee Crisis in the Developing World*, New York, NY.

Die Autorin

Dr. Christiane Fröhlich ist Research Fellow am Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA) in Hamburg.

E-Mail: christiane.froehlich@giga-hamburg.de

Von Dimensionen der Ungleichheit, Konflikten auf Dauer und dem Wissen vom Kontext

Staat und Gewalt in Dekolonialer Perspektive

Private Milizen, kriminelle Banden und repressiv vorgehende Militärs sind in einigen lateinamerikanischen Gesellschaften fast alltäglich geworden. Dieser Beitrag lotet aus, inwiefern eine dekoloniale Analyse aus lateinamerikanischer Perspektive zum Verständnis der Zusammenhänge zwischen staatlicher Herrschaft und anhaltenden Gewaltphänomenen beiträgt. Der Artikel will zeigen, wie sich die Diskussion um Decolonialidad mit der Forschung zu Staat und Gewalt verbinden lässt. Zunächst nähert sich der Beitrag dem Gegenstand von zwei Seiten an, ausgehend von 1. der Diskussion um Decolonialidad und 2. der Diskussion um den Staat. Die entsprechenden Autor_innen sind nicht in der bekannten Diskussion um Decolonialidad um die Gruppe Modernidad/Colonialidad beheimatet, sondern verbinden deren Wissenskritik mit materialistischen Ansätzen zum Staat. Der Aufsatz geht damit über die bekannteren dekolonialen Zugänge hinaus. Im Folgenden werden diese Ansätze auf das Verhältnis von Gewalt, Kriminalität und der Rolle des Staates bezogen. Zuletzt geht der Artikel darauf ein, welche Konsequenzen die Diskussion um Decolonialidad für konkrete Forschungspraktiken hat.

Schlagerworte: Ungleichheitsdimensionen, Dauerkonflikte, Staat, Lateinamerika, Gewaltszenarien

1. Einleitung

Organisierte Kriminalität und private Milizen, kriminelle Banden und repressiv vorgehende Militärs sind in einigen lateinamerikanischen Gesellschaften fast alltäglich geworden. Häufig werden solche perpetuierten Gewaltverhältnisse als lokale Effekte einer übers Ziel hinausgeschossenen Kriminalitätsbekämpfung betrachtet – tatsächlich etablieren sich hier langfristige Konfliktszenarien, die durchaus für andere Weltregionen relevant werden können. Begründet wurden diese Szenarien immer wieder mit individueller Korruption, Staatsschwäche, fehlenden Justizinstitutionen oder zu schlecht ausgebildeter Polizei und Militär (vgl. Eizenstat et al. 2005; Jäger et al. 2007). Beschrieben werden meist Negative, aber

kaum Zusammenhänge. Diese einseitige Wissensproduktion erkennt die Fragilität von Staaten praktisch ausschließlich im Globalen Süden wieder.

Dieser Beitrag lotet aus, inwiefern demgegenüber eine dekoloniale Analyse aus lateinamerikanischer¹ Perspektive zum Verständnis der Art und Weise beiträgt, wie staatliche Herrschaft und anhaltende Gewaltphänomene zusammenhängen. Der Artikel zeigt, an welchen Stellen sich die Diskussion um *Decolonialidad* mit der Forschung zu Staat und Gewalt verbinden lässt und fasst dafür mehrere Stränge des aktuellen Forschungs- und Literaturstandes zusammen. Der Beitrag nähert sich in den ersten beiden Abschnitten des Textes dem Gegenstand von zwei Seiten, ausgehend von 1. der Diskussion um *Decolonialidad* und 2. der Diskussion um den Staat. Ähnlich wie Tarak Barkawi (2015) bezieht sich die kritische lateinamerikanische Diskussion um Konflikt entscheidend auf die Forschung zu Macht und Herrschaft. Die an dieser Diskussion Beteiligten nehmen die konkrete Rolle des Staates für die Produktion von Unsicherheit und die Art und Weise der staatlichen Präsenz in Gewalträumen in den Blick, denn auch in auf Dauer gestellten Konfliktszenarien ist dieser relevante Bezugsrahmen geblieben. Am vielversprechendsten für die Analyse scheint ein Ansatz zu sein, der sich nicht auf epistemologische Kritik und Kritik an den Bedingungen der Wissensproduktion beschränkt, sondern Fragen der politischen Ökonomie, wie die strukturell-ökonomische Dimension, in die Analyse mit einbezieht. Die entsprechenden Autor_innen sind nicht in der bekannten Diskussion um *Decolonialidad* um die Gruppe *Modernidad/Colonialidad* beheimatet, sondern verbinden deren Wissenskritik mit materialistischen Ansätzen zum Staat.² Ihre Positionierung ist deshalb nicht weniger dekolonial. Der Beitrag skizziert, welche Fragen sich aus dieser lateinamerikanischen Diskussion über Staat und Konflikt ergeben. Aufbauend auf den beiden Diskussionssträngen zu *Decolonialidad* werden die konzeptionellen Ansätze im

- 1 Wenn hier vom problematischen Begriff *Lateinamerika* die Rede ist, dann unter der Voraussetzung, dass der politische Kontinent Lateinamerika zwar aufgrund historischer Erfahrungen eine Art »gemeinsamen Rahmen« bildet (Tapia 2006: 215), aber Kontinente keine »natürlichen Räume« sind, sondern aus spezifischen Raumkonstruktionen heraus als solche verstanden werden (Maldonado Torres 2011: 5). Tatsächlich ist aber die Intensität von Verflechtung und Intertextualität im spanischen und portugiesischen Sprachraum der Americas sehr hoch, so dass wir von einer gemeinsamen Debatte sprechen können.
- 2 Der Text geht davon aus, dass die Staaten in Lateinamerika durchaus kapitalistisch geprägt sind, die globale Wirtschaft also einen gemeinsamen Rahmen darstellt, der die Staatsformen beeinflusst. Er folgt damit sowohl Autor_innen wie René Zavaleta (2009) als auch Aníbal Quijano (2000 a), die auf unterschiedliche Weise für eine kritische Aneignung marxistischer Konzepte plädierten. Um den konkreten Konstellationen auf die Spur zu kommen, sind komplementäre Kategorien notwendig. Die Diskussion, ob diese Staaten tatsächlich kapitalistisch geprägt sind, wird hier bewusst nicht erneut angeschnitten.

dritten Teil des Textes konkret auf das Verhältnis von Gewalt, Organisierter Kriminalität und die Rolle des Staates bezogen. In diesem Abschnitt zeigt sich, was die Konzepte aus der Diskussion um *Decolonialidad* in diesem Bereich besonders sichtbar machen können. Welche Konsequenzen die Diskussion um *Decolonialidad* für konkrete Forschungspraktiken und -perspektiven hat, fasst ein vierter Abschnitt zusammen.

2. *Decolonialidad*

Dekolonial bezieht sich auf Forschungsprogramme, die sich bewusst gegen eurozentrische Konzepte positionieren und denen die *conquista* der Amerikas als konstituierend für die Diskurse der Moderne gilt. Repräsentativ stehen für diverse Strömungen dieser Richtung Walter Mignolo (2008), Aníbal Quijano (2000 a), Arturo Escobar (2004), Fernando Coronil (1996) und andere, die sich in den 1990er Jahren als *Grupo Modernidad/Colonialidad/Descolonialidad* konstituierten. Als ein zentraler Diskussionsraum für dekoloniale Strömungen gilt eine Konferenz im Jahr 2005 unter dem Titel »Mapping the Decolonial Turn«. *Decolonialidad* als Forschungsprogramm behandelt nicht ausschließlich epistemologische Probleme oder Fragen der Ethnizität und ist schon gar nicht nur theoretische Unterfütterung antikolonialer/anti-neokolonialer Bewegungen, sondern sucht die Erfahrungen aus politischen Kämpfen und theoretische Reflexion als Teil eines umfassenden Dekolonisierungsprogramms zu verbinden und über antikoloniale Bemühungen hinauszuweisen. Die gesamte Breite und Vielfalt der lateinamerikanischen dekolonialen (und postkolonialen) Diskussion kann und will dieser Beitrag keinesfalls abbilden, sondern einige Kernaussagen aufgreifen. Vor allem weist *Decolonialidad* auf die »westlich« verortete Wissensproduktion über Lateinamerika hin (Coronil 2008: 2). Repräsentationen Lateinamerikas legten vordringlich Motive des *Westens* über sich selbst offen, ein Prozess, den Fernando Coronil (1996) in Anlehnung an Edward Saids »Orientalism« (1979) (und historisch gleichsam als dessen Vorläufer) als »Occidentalism« bezeichnet hat. So wird die gewaltsame *conquista* der Amerikas vielmehr zum Startpunkt für die Entdeckung und Produktion der neuen Kategorie *Europa* und der Moderne (vgl. Coronil 1996: 61; Quijano 2000 a). Wesentlich ist für Coronil hier nicht allein die stereotype, hierarchisierende Darstellung nicht-westlicher Gesellschaften (»denn die ethnozentrische Hierarchisierung kultureller Unterschiede ist kein westliches Privileg« (Coronil 1996: 56-57)), sondern deren enge Verknüpfung mit politischer, ökonomischer (und militärischer) Macht und die grundlegende Wechselbeziehung zwischen den Entwicklungsprozessen: Dekoloniale Ansätze kritisieren, dass unter-

schiedliche Weltregionen als voneinander abgetrennte Einheiten imaginiert werden, etwa bei der ahistorischen Darstellung Europas als autonom entwickelten Zielpunkt globaler Entwicklung, die die Bedeutung eines gewaltsamen Kolonialismus systematisch verschweigt. Die damit verbundene Hierarchisierung der Weltregionen führt zur Kategorisierung der Anderen als zurückgeblieben/unterentwickelt. Diese Polarisierung kultureller Identitäten, lineare Zeit- und Entwicklungsvorstellungen und die Verschleierung der diesen Entwicklungsprozessen zugrunde liegenden Gewalt werden kritisiert.

Demgegenüber fordert die Gruppe *Modernidad/Colonialidad* Forschung, um die Identitätszuschreibungen aufzubrechen, binäre Kategorien miteinander zu verknüpfen (Coronil 1996) und will das schaffen, was Boaventura de Santos eine »Soziologie des Abwesenden« (Santos 2010: 43) nannte. Sie soll sichtbar machen, was in einer »Monokultur des Wissens« (Santos 2010: 43) aktiv verschwiegen und disqualifiziert wird. Mit dem Begriff der »Kolonialität des Wissens« bzw. »Geopolitik des Wissens« (vgl. Lander 2000; Mignolo 2008) zeigt die Gruppe die vorherrschende Verortung der Wissensproduktion in bestimmten Universitäten, Sprachen und *geografisch-epistemologischen* Orten auf.³ Bezeichnenderweise fand die Reihe der Konferenzen der Gruppe allerdings fast durchgehend an US-amerikanischen Universitäten wie *Berkeley* und teils in englischer Sprache statt (Castro Gómez/Grosfoguel 2007: 11). Zu Forschungsgegenständen werden die Körper selbst, etwa in der Forschung zu *Chicana*-Lebenswelten im transnationalen Raum USA/Mexiko. Räumliche Figuren wie die Plantage dienen als Modell: Hier, und nicht in den Zentren der kolonialen Herrschaft, fanden Formen der Disziplinierung und Effizienzsteigerung von Arbeit erstmals Anwendung und wurden für die spätere industrielle Produktion in der Metropole nutzbar gemacht. Generell werden die Konsequenzen des frühen iberischen Kolonialismus in der heutigen soziostrukturellen Matrix in den Blick genommen (vgl. Maldonado Torres 2011: 4-5; Gómez Arredondo 2013: 6-7).⁴ Diesen letztgenannten grundlegenden Fokus und die Kritik des *Decolonialidad*-Forschungsprogramms an epistemologischen Engführungen haben seit längerem auch Autor_innen aufgenommen, die

3 Dass die Kritik an der »westlichen« Wissensproduktion selbst Gefahr läuft, essentialisierende Kategorien wie den *Westen* zu nutzen, ist unbestritten.

4 Zur Unterscheidung von postkolonialen Ansätzen: Diese hatten den lateinamerikanischen Kontinent zunächst weitgehend ausgespart und sich entsprechend ihrer akademischen Anbindung auf den südostasiatischen Raum (bzw. Said (1979) auf den Nahen Osten) und die Konsequenzen des britischen Kolonialismus konzentriert. Die Ansätze der *Decolonialidad* und der postkolonialen Ansätze (z. B. der *Subaltern Studies Group*) haben allerdings viel gemeinsam. Die häufig kritische Bezugnahme dekolonialer Theoretiker_innen auf postkoloniale Ansätze wird hier deshalb vernachlässigt – das Thema würde das Format dieses Artikels übersteigen.

sich nicht dezidiert als dekolonial bezeichnen. Gerade diese Ansätze spielen im Folgenden eine Rolle.

3. Staat dekolonial

Mediale Darstellungen post-kolonialer Gesellschaften orientieren sich häufig an Negativa, anstatt Funktionsweisen und Zusammenhänge offenzulegen. Gerade dem Postulat des *scheiternden Staates* liegt allerdings erkennbar eine politische Agenda und koloniale Wissensproduktion zugrunde, die diesen Staat praktisch ausschließlich im Globalen Süden wiederfindet.⁵ Deshalb wird das Verständnis von Staatlichkeit selbst entscheidend, um Gewaltverhältnisse nachvollziehen und dem Gegenstand angemessene analytische Kategorien einsetzen zu können. In Mexiko etwa veränderten Mobilisierungen im Jahr 2014 nach dem Verschwinden von 43 Lehramtsanwärter_innen den Diskurs über Staat und Konflikt erheblich. Der Ruf der Demonstrant_innen »es war der Staat« macht das komplementäre Verhältnis von Staat und Kriminalität sowie die Pluralität von Gewaltakteuren deutlich: Die Dichotomie zwischen *erfolgreich* und *gescheitert* führt hier bestenfalls zu Unschärfen in der Analyse, da sie (illegitime) Gewalt praktisch ausschließlich außerhalb des Staates und in Konfrontation zu diesem versteht.

Dieser Beitrag fragt nach der Rolle des Staates für Gewaltverhältnisse abseits solcher binären Einteilungen. In der dekolonialen Analyse allerdings spielten Staat und Konflikt bisher eine geringere konzeptionelle Rolle als die vielfältigen Ungleichheitsverhältnisse, die sich in Sprache, Verhaltenszuschreibungen und Stereotypen ausdrücken. Nicht umsonst verortet Nelson Maldonado Torres den »decolonial turn« in den Americas vor allem in *Gender* und *Ethnic Studies Departments* (Maldonado Torres 2011: 1).

Ich greife hier deshalb auf lateinamerikanische Staatstheoretiker_innen zurück, die sich selbst nicht explizit der dekolonialen Debatte zuordnen, deren Positionierung aber durchaus dekolonial ist:⁶ Denn sie hinterfragen explizit die entlang der westlich-europäischen Geschichte geprägten, auf institutionelle Mechanismen fo-

5 Extrem heterogene Indikatoren (hohe Gewalttaten, Repression gegenüber Minderheiten, ökonomische Probleme), die ein Scheitern oder eine Schwäche des Staates begründen (unterschiedlich etwa bei OECD/INCAF 2012; Political Instability Task Force 2003; World Bank 2011; Grävingsholt et al. 2012: 11), lassen die Einordnung als funktionierend/defizitär widersprüchlich erscheinen. Wie rasch die diskursiven Zuschreibungen sich verändern, verdeutlicht das Beispiel Kolumbien, das seit einigen Jahren nicht mehr wie noch zur Jahrtausendwende als gescheitert, sondern als »risingstar« gilt (Semana 2011).

6 Gerade der in der dekolonialen Diskussion zentrale Denker Fernando Coronil schlägt vor, Autor_innen, die nicht dem dekolonialen Kanon angehören, als solche zu lesen, um das kritische dekoloniale Potential zu erkennen (Coronil 2008: 412).

kussierten Idealvorstellungen eines Staates und stellen die Staatsentwicklung in der Region in den Zusammenhang der spezifischen Geschichte und der durch die koloniale Expansion geprägten Gesellschaftsstrukturen.

Zentral für diese, in der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung bisher kaum sichtbaren Ansätze ist das Zusammendenken der epistemologischen Dimension der Wissensproduktion und gesellschaftlichen Klassifizierung und der Dimension der politischen Ökonomie: Zum einen bezieht diese Positionierung die (post-)koloniale Geschichte des Kontinents und die epistemologische Kritik aus der Diskussion um *Decolonialidad* mit ein. Sie nimmt damit sowohl Bezug auf die historisch begründeten Besonderheiten des Staates in Lateinamerika als auch auf die in eben diesem kolonialen Herrschaftsraum erstmals konstruierten gesellschaftlichen Klassifizierungen. Diese Klassifizierungen schrieben Menschen unterschiedliche Identitäten zu, werteten diese auf oder ab und waren grundlegend dafür, nach der *conquista* die herrschende Rolle der *conquistadores* und deren Kontrolle der transatlantischen Handelswege zu legitimieren. Explizit im Zusammenhang mit der kolonialen Expansion über den Atlantik entstand das Konstrukt *raza* als Kategorie (Quijano 2000 a).

Zum anderen greift die Perspektive auf (neo-)marxistische Kategorien zurück, die den Staat als Garanten der *langfristigen* Stabilität eines inhärent konfliktiven Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells verstehen, in den zugleich in asymmetrischer Weise unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte eingeschrieben sind und in dem gesellschaftliche Hierarchien zum Tragen kommen (exemplarisch Poulantzas 2002; in der neueren Debatte Wissen/Brand 2011).⁷

3.1 Die Naturalisierung gesellschaftlicher Klassifizierung

Prominent in den Debatten zu Besonderheiten des Staates in Lateinamerika ist einerseits die Forderung danach, Kategorien aus der Region heraus – räumlich konkret, aber als global gültige Kategorien – zu entwickeln (vgl. Coronil 2008). Andererseits wird gefordert, die historischen Voraussetzungen und Entwicklungsdynamiken stärker zu berücksichtigen, welche die historisch unterschiedliche Ent-

⁷ Diese Doppelbewegung, nämlich das Zusammendenken der polit-ökonomischen Dimension und der epistemologischen Dimension der Wissensproduktion und gesellschaftlichen Klassifizierung, wird in der allgemeineren, das heißt in der nicht explizit auf den Staat und Gewaltverhältnisse bezogenen Diskussion um *Decolonialidad* deutlich. Diese nimmt zwei zentrale Elemente der Arbeiten Frantz Fanons (1981) auf, um sowohl der fortbestehenden subjektiven Dimension von Kolonialismus und des strukturellen, alltäglichen Rassismus als auch Fanons Kritik an Weltmarktasymmetrien und ökonomischen Abhängigkeitsmustern Rechnung zu tragen (vgl. Lao Montés 2014; Fanon 1981).

wicklung der Staaten im globalen Rahmen verdeutlichen. Dekoloniale Perspektiven aus Mexiko oder Bolivien versuchen seit einiger Zeit, Dominanzkategorien wie *class* und *race* systematisch und mit Bezug auf die historische Produktion neuer Identitäten in den Jahrhunderten nach der *conquista* mit einer Analyse des Staates zu verbinden (Tapia 2015; Gandarilla Salgado 2012; oder die Webseite americadecolonial.wordpress.com).⁸

Die Logik der Naturalisierung sozialer Klassifizierung (entlang *race/gender*) gründet sich auf der Naturalisierung von Unterschieden (vgl. Santos 2010: 43). Einhergehend mit dem Herrschaftsmodell des kolonialen/modernen Kapitalismus wurde die Konstruktion der Menschen als natürlich Über- und Untergeordnete konsolidiert (Quijano 2000 b: 202). Die *conquistadores*, nun zunehmend verstanden als Europäer_innen, vertraten Rationalität und Regierungsfähigkeit, während die Kolonisierten (und die eingeführten Sklav_innen) zunehmend als der Natur, dem Primitiven und der Körperlichkeit zugerechnet wurden. Diese Modernität/Kolonialität basierte letztlich auf der Öffnung und Kontrolle der atlantischen Handelswege. Legitimiert wurde diese Naturalisierung eines hierarchischen Verhältnisses von Beginn an philosophisch: In der europäischen Rechtsphilosophie diente das angebliche Anderssein der Kolonisierten dazu, ihnen Rechte abzusprechen. In der iberischen und europäischen Vorstellungswelt wurde die unbedingte Legitimität der kolonialen Expansion zum Zweck des Handels als oberster Priorität festgeschrieben, etwa durch Francisco Fray de Vitoria (vgl. Dussel 2005: 48-54). Tatsächlich sind in den entstehenden internationalen Rechtsvorstellungen nur die Europäer_innen Rechtssubjekte. Vitoria, der Vielen als Begründer des Internationalen Rechts gilt, spricht den Indigenen Amerikas explizit das Recht ab, den Kolonialherren ihre Präsenz, den Handel oder die Aneignung von Gütern zu untersagen. Handelswege und der Zugang der *conquistadores* zu Gütern hatten Priorität (Dussel 2005: 52-53).

Die später entstehende Industrieproduktion in Europa benötigte die Rohstoffe aus Lateinamerika und damit die Sklaverei, ohne die jene Rohstoffe unverhältnismäßig teuer gewesen wären. Für sie war die Naturalisierung der Unterlegenheit der Kolonisierten funktional.⁹ Die beiden Dimensionen Kapitalismus und Kolonialismus sind also historisch untrennbar verbunden.¹⁰ Die Frage nach den Herrschenden *heute* verschränkt somit im Sinne von Aníbal Quijanos (2000 a) These

8 Der bolivianische Philosoph Luis Tapia (2015) plädiert gleich für eine Dezentrierung des Staates in der Debatte: Der kolonial konnotierte Staat müsse aus dem Zentrum rücken, um vielfältige politische Organisationsformen der kolonial überlagerten Gesellschaft erst zutage treten zu lassen.

9 Ausführlich und überzeugend hat diese Verbindung im deutschsprachigen Raum Sven Beckert (2014) aufgearbeitet, und zwar nicht aus dezidiert dekolonialer Perspektive.

einer fortbestehenden *Kolonialität der Macht* die Klassifizierung als *white male creoles* mit der ökonomischen Kategorisierung (*dominant class*). Aus diesem Konzept der Kolonialität ergibt sich ein komplexes Geflecht von Herrschafts- und Ausbeutungsformen, deren Achsen – *class, race, gender* – sich mit dem Begriff der Intersektionalität fassen lassen (vgl. Lao Montés 2014). Intersektionalität beschreibt also die Verschränkung gesellschaftlicher Klassifizierungen wie *class, race* und *gender*.

In Bezug auf staatliche Herrschaft bedeutete dies differenzierte und extrem ungleiche Zugänge zu staatlichen Entscheidungszentren und öffentlichen Gütern je nach gesellschaftlicher Position entlang der Achsen *class, gender* und *race*. Letztere erlangte aufgrund historischer Bedingungen besondere Bedeutung. In der lateinamerikanischen Diskussion ist dies als »interner Kolonialismus« (González Casanova 2006) bezeichnet worden, der nicht (mehr) hauptsächlich als staatliche Politik zu verstehen, sondern gleichsam eine *gesellschaftliche Grammatik* ist, die öffentlichen und privaten Raum, Kultur und Mentalitäten durchzieht (Santos 2010: 32). Besonders die Unverbundenheit unterschiedlicher gesellschaftlicher Segmente, also eine weitreichende Heterogenität der Gesellschaft, springt ins Auge. Dekoloniale Konzepte wie die der »überlagerten Gesellschaften« (Tapia 2015: 157; Zavaleta 2009), deren Verhältnis zu staatlich sanktionierter Politik völlig unterschiedlich ist, versuchen diese Heterogenität zu erfassen. In ihr liegen unterschiedliches Konfliktpotential und -intensität, die mittels des existierenden Gerüsts von Staatlichkeit niemals aufgelöst werden können.

Zwar hat sich durch den globalen Kolonialismus eine auf Nationalstaaten basierende geopolitische Ordnung etabliert; die Herrschaftsformen der verschiedenen Kolonialmächte und die mit der kolonialen Expansion geschaffenen materiellen Voraussetzungen sind allerdings divers. So vollzog sich die koloniale Einnahme von Territorium in den heutigen USA zwar ebenfalls gewaltsam, doch im Unterschied zum iberischen Kolonialismus war das vor der Amerikanischen Revolution besetzte Gebiet relativ klein, so dass sich, anders als in Lateinamerika, wo die Voraussetzungen bereits stärker von der kolonialen Organisation bestimmt wurden, die neuen Machtverhältnisse parallel zum Aufbau eines Nationalstaates konsolidierten (Quijano 2000 a). Indigene Bevölkerungsgruppen blieben in den USA

10 Der Historiker Sergio Bagú (1992 [1949]) verknüpfte bereits die ökonomischen Strukturen während des iberischen Kolonialismus mit kapitalistischen Organisationsformen. Obwohl Gewinne gerade in Europa abgeschöpft wurden, konnten erhebliche Mengen an Kapital akkumuliert werden, was u. a. in den Kauf von *Haciendas* und Produktion floss. Der Sklavenhandel war »Motor der kapitalistischen Akkumulation im Kolonialismus« (Bagú 1992: 10), während der Menschenhandel mit Indigenen verboten wurde.

völlig ausgeschlossen, während sich neue Immigrant_innen – sofern sie nicht Sklav_innen waren – als *Amerikaner_innen* neu erfinden und in dieser neuen Identität als US-Bürger_innen an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen konnten. Zumindest eine teilweise, begrenzte Verteilung der Kontrolle über die Produktionsmittel war gegeben, während dies mit Ausnahme Mexikos nach der Mexikanischen Revolution ab 1910 in keinem der entstehenden lateinamerikanischen Staaten wirklich der Fall war. In beiden Fällen erforderte die Organisation von Arbeit und Produktion eine entsprechende Intersubjektivität, die darin bestand, die Einordnung in Unter- und Übergeordnete, Zivilisierte und Primitive zu naturalisieren (Quijano 2000 b: 202).

3.2 Staat als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse

Nehmen wir die lateinamerikanischen Debatten um Staatlichkeit ernst, so scheint ein Staatsverständnis sinnvoll, das die unterschiedlichen Kräfteverhältnisse innerhalb der jeweiligen Gesellschaft und die Dynamik ihrer Veränderung ebenso hervortreten lässt wie mögliche Widersprüche und Transformationen von Staatlichkeit und das sowohl die historischen Bedingungen der Konstitution des Staates als auch seine Rolle für die kapitalistische Wirtschaft einbezieht. Ausgangspunkt für die Analyse sind die den perpetuierten Gewaltszenarien zugrunde liegenden asymmetrischen ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse; zentral wird für die Forschung die Frage nach der Reproduktion unter den gegebenen Bedingungen. Der Staat wird damit nicht als gegeben, rational und neutral außerhalb der Gesellschaft stehend verstanden, sondern gerade als Ausdruck dieses »widersprüchlichen Verhältnisses« (vgl. Hirsch 2005: 16).

Somit werden einerseits historisch unterschiedliche Kräfteverhältnisse für die Ausprägung von Staatlichkeit entscheidend, während andererseits der kapitalistische Staat immer die bestehenden Herrschaftsverhältnisse mit reproduziert (vgl. Poulantzas 2002). In der reichhaltigen und weit zurückreichenden lateinamerikanischen Debatte zu Staatlichkeit sind marxistische Ansätze, wie etwa der genannte Nicos Poulantzas (2002), vielfach rezipiert und weitergedacht worden, etwa in Zenteno et al. (1998 [1974]; hier v. a. Repliken auf Poulantzas 2002; Thwaites Rey/Ouvina 2015), den Arbeiten René Zavaletas (2009) oder dem von Norbert Lechner (1981) herausgegebenen Sammelband »Estado y Política en América Latina«. Besonders Zavaleta steht für eine kritische Aneignung des Marxismus; er wollte weder eine akritische Übertragung eurozentrischer Konzepte noch rein empirische Analysen, die die Besonderheiten des lateinamerikanischen Kontextes überbetonten und letztlich zur Beliebigkeit führten. Doch um die Diversität nicht

nur als defizitäre Abweichung erfassen zu können, sei die Produktion lokalen Wissens nötig (Zavaleta 2009: 326). Dieses lokale Wissen kann bedeuten, den Begriff der Kräfteverhältnisse intersektional zu denken und differenzierende Herrschaftspraktiken nicht auf *class* zu reduzieren, während diese als Ungleichheitskategorie durchaus präsent bleibt. Die von der Diskussion um *Decolonialidad* hervorgehobene Naturalisierung dieser gesellschaftlichen Klassifizierungen wiederum ist zentral, um die sozial differenzierte Einbindung der Gesellschaft in Konflikte zu entschlüsseln. Entsprechend bietet der Staat im dauerhaften Konflikt nur selektiv Schutz, also einigen Teilen der Gesellschaft mehr als anderen.

Die Verbindung zwischen einer Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und der politischen Ökonomie wird besonders deutlich in der Landfrage, und hier liegt ein Mehrwert der Verbindung zwischen dekolonialen und marxistischen Perspektiven. Als Klassiker der marxistischen Debatte zum lateinamerikanischen Staat gelten die Arbeiten des Peruaners Jose C. Mariátegui (1928) zu Staat und Landbesitzstruktur. Mit ihm ist (gleichsam als dekoloniale, kritische Aneignung des Marxismus) die Frage nach den Landbesitzverhältnissen und deren Rolle für strukturelle/strategische Selektivitäten bzw. als Herrschaftsbasis und deren Verhältnis zu subalternen Strukturkonzepten wie *tierra* und *territorio* gestellt.¹¹ In der strukturellen Benachteiligung solcher Eigentumsformen wird man beispielhaft der rassistisch strukturierten Herrschaftselemente in Lateinamerika gewahr, die mit der spezifischen Art der Aneignung und Verfügung über Arbeit und der spezifischen Integration in den Weltmarkt in Verbindung stehen (vgl. u. a. Quijano 2000 a). Die Einbeziehung von Land als Faktor kann zudem laut Coronil »eurozentrische Konzepte aus dem Zentrum rücken, die die Entwicklung auf eine Dialektik zwischen Kapital und Arbeit reduzieren«, die im Zentrum entsteht und »eine passive Peripherie verschluckt« (Coronil 1996: 65-66). Nicht nur aus dekolonialer Perspektive, sowohl staatstheoretisch (Zavaleta 2009: 322) wie auch konflikttheoretisch (Cramer/Richards 2011) ist deutlich gemacht worden, dass die Agrarfrage weiterhin eine entscheidende Rolle für die Dynamik von Konflikten in Lateinamerika spielt; neuere Arbeiten zum sogenannten *Land-Grabbing* stellen die Bedeutung staatlicher Strategien zu Landbesitz, Eigentumsregelungen oder Saatgutproduktion angesichts der Zentralität von Landbesitz für Entwicklungsmo-

11 *Tierra* wird hier verstanden als das Produktionsmittel Land, *territorio* geht konzeptionell wesentlich weiter und umfasst kulturelle Praktiken und Erinnerungsorte einer Gemeinschaft und zielt auf die enge Verbundenheit derer, die den Begriff für sich in Anspruch nehmen, mit dem Land ab. Im Übrigen kritisieren auch raumtheoretische Ansätze, *Land*, *Territory* und *Space* seien in vielen (konflikttheoretischen) Analysen zu wenig konzeptualisiert und die Variable Land zu wenig berücksichtigt (vgl. Brenner/Elden 2009: 362).

delle erneut heraus. Sie verweisen letztlich auf das Spannungsverhältnis zwischen globalen agrarindustriellen Entwicklungen, die klare Besitztitel und große Flächen erfordern, und kleinbäuerlichen Strukturen bzw. kollektiv wirtschaftenden Gemeinden und Kollektivtiteln indigener Gemeinden (historisch vgl. Mariátegui 1928).

In einer der marxistischen Analyse verwandten Stoßrichtung haben unterschiedliche Dependenzansätze herausgestellt, wie die (veränderten) Asymmetrien im Welthandel und koloniale/kapitalistische Abhängigkeitsverhältnisse Staatsformationen im Süden prägen. In den Debatten um Staatlichkeit sind deshalb die Einbindung in den Weltmarkt für die Bestimmung der Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik, Beschränkungen wirtschaftlicher und steuerpolitischer Handlungsspielräume auf der Einnahmeseite oder sozialstrukturelle Besonderheiten nach wie vor zentrale Faktoren (vgl. Thwaites Rey 2010). Dependenzansätze begründeten gegenüber einer kolonialen Wissensvermittlung eine starke eigene lateinamerikanische Diskussion um globale Zusammenhänge (vgl. Mignolo 2008: 231).

Vertreter_innen der Diskussion um *Decolonialidad* kritisierten die (marxistischen) Dependenzansätze allerdings, da sie ebenso wie liberale Ansätze bestimmte Räume und Stimmen zum Schweigen brächten; so plädierten Autor_innen wie der Immanuel Wallerstein-Schüler Ramon Grosfoguel für eine Abkehr von Dependenzansätzen, da diese innerhalb des eurozentrischen Fortschrittsparadigmas verblieben und den Nationalstaat als Analyseeinheit privilegiert hätten (Grosfoguel 2000: 363); Aníbal Quijano (2000 b) verwarf die Klassenanalyse marxistischer Ansätze, da sie allein der Achse Kapital-Arbeit verpflichtet sei, und in der neueren Debatte um Staat und Extraktivismus (die Abhängigkeit von Wirtschaft und Sozialpolitik von der Ressourcenextraktion) wirft der uruguayische Autor Eduardo Gudynas dem marxistischen Humangeographen David Harvey und seinen lateinamerikanischen Rezipient_innen eine Art »wohlmeinenden Kolonialismus« vor (La Razón 2015).

Hier wird für die Verbindung dekolonialer mit marxistischen Ansätzen plädiert, um wiederum Schwachstellen und Engführungen zu vermeiden. Die kritische Antwort der Harvey-nahen CENEDET-Forschungsgruppe in Quito (Martínez et al. 2015) auf Gudynas attestiert, dass die Weigerung, kapitalismuskritische Konzepte aus dem Norden einzubeziehen, Ansätze wie den seinen blind dafür machten, Ungleichheitsregime in den lateinamerikanischen Staaten überhaupt erfassen zu können. Mit dem mexikanischen Soziologen David Gómez Arredondo möchte man zudem den »Verlust des theoretischen Werkzeugs um Systemmechanismen des Kapitals erfassen« (Gómez Arredondo 2013: 6) und das zuweilen in der Dis-

kussion um *Decolonialidad* »fehlende Verständnis« (Gómez Arredondo 2013: 7) für Zusammenhänge des Kapitalismus kritisieren.¹² Die Skepsis dekolonialer Denker_innen gegenüber jeder großen Erzählung der Moderne, auch der kapitalismuskritischen (Coronil 2008: 400), führte teilweise zu einer Vernachlässigung der Zusammenhänge der globalen kapitalistischen Wirtschaft und zu einer rein an diskursiven oder wissenstheoretischen Mustern ausgerichteten Forschung.

Diese gegenseitige Kritik hatte zur Folge, dass sich das Feld dekolonialer Denkströmungen in Lateinamerika ausdifferenzierte. Sie sind dort am vielversprechendsten für die Erforschung der Rolle des Staates im Kontext aktueller Gewaltphänomene, wo die epistemologische Kritik Verbindungen eingeht mit Ansätzen, die strukturell-historische und ökonomische Bedingungen von Staatlichkeit in den Mittelpunkt stellen. Aus dieser auch gegenüber der Diskussion um *Decolonialidad* kritischen Perspektive erscheinen somit gerade solche Ansätze als dekoloniale Positionierung, die sich nicht der Gruppe *Modernidad/Colonialidad* zuordnen, ihre Forschungsmotivation in epistemischen und sozio-ökonomischen wie politischen Zusammenhängen sehen und die heterogene Ausprägungen gesellschaftlicher Widersprüche innerhalb des Kapitalismus als globalem Rahmen verstehen. Diese Ansätze sind vielversprechend für die Analyse von Staat und Gewalt, da sie den *theoretischen Imperativ* einer Kapitalismusanalyse nicht verwerfen, sondern die Überschneidung mit und Abhängigkeit des aufkommenden Kapitalismus von kolonialen sozialen Klassifizierungen herausstellen (vgl. Gómez Arredondo 2013: 8).

4. Gewaltfunktion des Staates und lateinamerikanische Perspektiven

Dieser Abschnitt diskutiert ausführlicher, was aus der Diskussion um *Decolonialidad* für die Forschung zum Verhältnis von Staat und Gewalt zu lernen ist. Tatsächlich ist das Verhältnis von *Colonialidad* bzw. der Naturalisierung sozialer Klassifizierungen und dauerhaftem Ausnahmezustand, also perpetuierten Gewaltverhältnissen, ein offenes Forschungsfeld (vgl. Gandarilla Salgado/Gómez Arredondo 2015: 152). Der Gewaltbegriff ist in der Diskussion um *Decolonialidad* und in der historischen Analyse kolonialer Macht ein Schlüsselement und bspw. für Frantz Fanon (1981) der Ausgangspunkt, um eine Politik der Dekolonisierung zu formulieren (Lao Montés 2014). Aus dieser Sicht ist Gewalt nicht nur konstitutiv für die Moderne, sondern setzt sich in alltäglichen gewaltförmigen

12 So sei etwa das ursprünglich gramscianische Konzept der Subalternität von den lateinamerikanischen dekolonialen Theoretiker_innen praktisch losgelöst von seinem marxistischen Inhalt aufgenommen worden (Gómez Arredondo 2013: 6).

Praktiken fort, in denen sich rassialisierte, sexualisierte und klassenbasierte Macht verschränken.

Insofern verweist die lateinamerikanische Diskussion auf Ungleichheitsverhältnisse als Zwang. Neben der direkten Gewalt sehen lateinamerikanische Autor_innen eine »alltägliche und systemische, dem normalen Funktionieren des Kapitals inhärente Gewalt« (Ávalos Tenorio 2014: 73). Diese Gewalt sei »verdeckt« in

»Form von niedrigen Löhnen, hohen Arbeitsfrequenzen, repetitiver Arbeit, ungesundem Arbeitsklima, hohem Risiko von Arbeitsunfällen und vor allem undemokratischer (Unternehmens-)Leitung, die die grundlegende Würde der Arbeitenden nicht achtet« (Ávalos Tenorio 2014: 73).

Denn auch in Staaten mit demokratischen Mechanismen ist das Verhältnis von Zwang und Konsens ein dialektisches; das Zwangselement von Herrschaft verschwindet mit Demokratisierung und Konfliktbeilegung nicht völlig (Gramsci 2002: 88). Hier scheint das früher in der Konfliktforschung so prominente Konzept der *strukturellen Gewalt* Johan Galtungs (1998) auf, wird allerdings nur implizit rezipiert. Die Kritik an Galtung, nicht eigentlich von Gewalt, sondern von Phänomenen wie Zwang zu sprechen und damit den Gewaltbegriff zu verschleiern, findet sich in dieser Diskussion kaum.

4.1 Geschichte staatlicher Gewalt

Im Folgenden ist vor allem die Ausübung direkter physischer Gewalt durch staatliche und andere Akteure relevant. Zur Diskussion über den Gewaltbegriff gesellen sich Perspektiven, die das Konzept der zentral und ausschließlich beim Staat verorteten Gewaltfunktion als Monopol aus kritischer Distanz betrachten.¹³

Die Vorstellung vom modernen Staat, der das (legitime) Gewaltmonopol für sich beansprucht, ist üblicherweise – auch in kritischen Theorien – fest verankert. Sie ist die Grundlage dafür, Staatszerfall oder Fragilität festzustellen. Da in weiten Teilen des lateinamerikanischen Kontinents aber empirisch viele verschiedene Akteure aktiv sind, die neben und in Kooperation oder Konfrontation mit dem Staat Gewalt ausüben, erscheint dieses moderne Gewaltmonopol (noch) nicht durchgesetzt, brüchig oder bedroht. Die Verantwortung für exzessive Gewalt verortet die internationale politische (OECD/INCAF 2012; UNODC 2011), aber

13 Vgl. hierzu Fals Borda (2009: 139); Tapia (2015: 156); Bolívar (2010: 96); Franco Restrepo (2009) und Maldonado Aranda (2012). Ähnlich, aber aus stärker konstruktivistischer Perspektive, haben Hansen/Stepputat (2009) in ihrem Sammelband den in den Internationalen Beziehungen ihrer Meinung nach zu wenig hinterfragten Begriff der Souveränität untersucht.

auch wissenschaftliche Diskussion vor allem bei nicht-staatlichen Akteuren (Grävingsholt 2012; Eizenstat et al. 2005). Die Tendenzen von Privatisierung und Informalisierung, oder den wachsenden Markt für militärische Dienstleistungen und Allianzen zwischen legalen und illegalen ökonomischen Sektoren als parastaatliche Formen zu interpretieren, ist eher selten und widerspräche der Vorstellung vom Staat als problemlösender Instanz.

Doch dies lässt sich anders denken: Die lateinamerikanische Diskussion über die von den in europäischen Staatsformationen häufig unterschiedene Strukturierung der Gewaltausübung – vor allem durch Autor_innen, die sich nicht explizit dem Etikett dekolonial zuordnen lassen, aber durchaus dekoloniale Ansätze verfolgen (vgl. Fals Borda 2009; Franco Restrepo 2009; Maldonado Aranda 2012) – erinnert daran, dass das Konzept des staatlichen Gewaltmonopols wie andere auch in einem bestimmten Kontext entstand und wirkmächtig wurde (vgl. etwa Bolívar 2010; Franco Restrepo 2009: 391). Historisch ist ein konsolidiertes Gewaltmonopol des Zentralstaates eine Ausnahme gewesen und wird in Lateinamerika eher als variabel verstanden.¹⁴ Dies impliziert für ein dekoloniales Forschungsprogramm einerseits die spezifische Bedeutung von Gewalt in der Moderne/Kolonialität zu untersuchen, und andererseits die Erscheinungsformen und Elemente von Gewalt in unterschiedlichsten historischen Kontexten zu analysieren.

Für das Verhältnis von Kolonialität und perpetuierten Gewaltverhältnissen (im Sinne einer Verstetigung der unklaren Grenze zwischen Konflikt und Nicht-Konflikt) ist die Variabilität der Gewaltausübung zentral: In den spezifischen Staatswerdungsprozessen Europas etablierten sich langsam Funktionen wie Gewalt- oder Steuermonopol, während die lateinamerikanischen Staaten zwar die Unabhängigkeit bereits Anfang des 19. Jahrhunderts erlangten, meist aber die Ausübung von Gewalt nicht wirksam zentralisierten. Historische Gründe liegen in der Rolle und Autonomie regionaler *Caudillos* bereits unter spanischer Kolonialherrschaft, die eher mit dem Militär kooperierten anstatt in der Verfolgung ihrer Partikularinteressen beschränkt zu werden.¹⁵ Wirtschaftlich außenorientiert, ging es zunächst darum, Rohstoffe für die europäischen Wirtschaften zur Verfügung zu

14 Auch englischsprachige Autor_innen wie Tilly (1985) oder Thomson (1996) skizzieren die Zentralisierung und den Niedergang privater Gewalt in Europa und anderswo keineswegs als eindeutige lineare, sondern als höchst ambivalente und variable Beziehung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren.

15 Beispielhaft rührt diese Autonomie von Figuren wie dem von der portugiesischen Krone beauftragten *donatário*, der für diese das Landesinnere erschloss, wenn auch keineswegs immer erfolgreich: »In dieser enormen Fläche war die Macht des donatário fast absolut: er verteilte Land in Parzellen – die *sesmarias* – an Siedler oder *sesmeiros*, gründete Dörfer, ernannte lokale

stellen und Absatzmärkte für sich entwickelnde metropolitane Industrien zu erschließen. Indigene Territorien wurden als leere Räume wahrgenommen, die immer wieder gewaltsam erschlossen wurden. Dass der Zentralstaat somit noch in der post-kolonialen Gesellschaft häufig mit lokalen *Caudillos* bzw. Intermediären in Arrangements tritt, erscheint der eurozentrischen Konzeption als eine instabile Konstellation, obwohl diese Institutionen möglicherweise die spezifischen Anforderungen an sie gerade durch diese Flexibilität, Informalität und Selektivität erfüllen und Konflikte mit und zwischen herrschenden Klassenfraktionen umgehen konnten (vgl. Müller 2012: 40).

Tendenzen, das Gewaltmonopol zu »dezentralisieren« (Franco Restrepo 2009), gab es immer wieder insofern, als informelle Kräfte mit Wissen und Billigung von Teilen des Staates Aufgaben der Gewaltausübung übernahmen. Diese irregulären Kräfte üben nicht unbedingt Gewalt gegen den Staat aus, sind keine Aufständischen, sondern haben ein eher komplementäres Verhältnis zum Staat. Die analytische Interpretation dieser Situation hängt von der Konzeption von Staat ab: Wenn das zentralisierte Gewaltmonopol nicht konstitutiv für den Staat ist, ist die Dezentralisierung von Gewalt nicht ausschließlich Ausdruck von Anomie (vgl. Franco Restrepo 2009).¹⁶

Der Systematik, mit der in der Moderne staatliche Gewalt und privatisierter Ausdruck von Gewalt verknüpft werden, würde die Idee vom Scheitern des Staates nicht gerecht. Ein Beispiel von vielen ist das El Salvador der 1980er Jahre, wo staatliche und private Gewalt zusammenwirkten und staatliche Apparate eine zentrale Rolle für die Eskalation von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung einnahmen. Die dortigen Gewaltpraktiken waren nicht irrationale oder zufällige Exzesse, sondern durchaus »systematische Gewaltmuster«, wie es die salvadorianische Wahrheitskommission 2007 bezeichnete (zit. in Ocampo Saravia 2013: 189).¹⁷

Autoritären, erhob und erhielt Steuern, verhängte zivil- und strafrechtliche Strafen, auch die Todesstrafe, erteilte Konzessionen zur Ausbeutung von Ressourcen, er konnte Indigene versklaven und zum Verkauf nach Portugal schicken, er gab alle seine Rechte als Erbe an seine Nachkommen weiter. Dafür war der *donatario* [Herv. im Orig.] verpflichtet, sich im Fall eines Krieges unter Flagge des Monarchen militärisch zur Verfügung zu stellen und diesem ein Fünftel seiner Gewinne zu übermitteln, die er mit Edelmetallen erwirtschaftete« (Bagú 1992 [1952]: 2).

- 16 Die Multiplizität der Gewaltakteure zeigen auch Autor_innen auf, die nicht der Diskussion um *Decolonialidad* zuzurechnen sind, so etwa Arias/Goldstein (2010) oder Pearce (2010), die aus anthropologischer, ethnografischer Sicht die Rede vom gescheiterten Staat mit konflikttheoretischer Perspektive kritisieren. Dies ist also kein Privileg der Diskussion um *Decolonialidad*.
- 17 Der staatlichen Ausübung direkter Gewalt sind Grenzen gesetzt, doch staatliches Handeln geht zugleich über juristische Festschreibungen hinaus, nimmt keineswegs immer regelhafte oder gesetzliche Form an oder garantiert die Gleichbehandlung aller Mitglieder der Gesellschaft vor dem Gesetz (vgl. Ávalos Tenorio 2014: 72; ausführlich Franco Restrepo 2009). Im

Ausnahme ist aus dieser Perspektive nicht der lateinamerikanische Staat, sondern der europäische, der im Zusammenspiel bestimmter historischer Faktoren vor allem Regulationsmechanismen ausbildete (Beschränkungen staatlicher Gewalt, Verregelung wirtschaftlicher Tätigkeit, Kodifizierung staatsbürgerlicher Rechte). Wiederum stellen dies weniger die Autor_innen heraus, die originär als dekolonial gelabelt werden, sondern eher solche, die implizit eine dekoloniale Positionierung einnehmen und die epistemologische Kritik am *Occidentalism* mit Konzepten aus der europäisch-kritischen Theorietradition verbinden.

4.2 Opfer und Täter_innen, Staat und Gegner_innen. Zur Sichtbarkeit in der Analyse

Dekoloniale Prämissen sind vor allem dort hilfreich, wo sie stärker sichtbar zu machen versuchen, welche gesellschaftlichen Gruppen von bewaffneten Konflikten und unter Umständen repressiver staatlicher Politik besonders betroffen sind. Gerade das Beispiel Mexiko macht deutlich, dass zumindest auf Regierungsebene die Vorstellung besteht, soziale Kohäsion könne über einen – externalisierten – Feind hergestellt werden. Diese Vorstellung vom Feind kann jedoch eine in der Normalität verankerte Gewalt gegenüber Teilen der Bevölkerung kaum verschleiern. Jene »alltägliche praktische Negation der Prinzipien des Rechtsstaates« (Ávalos Tenorio 2014: 74) wird in der Ungleichbehandlung von Individuen, ethnischen Gruppen und Klassen sichtbar.

Entsprechend der Vorstellung vom inneren, aber externalisierten Feind ist die Repräsentation marginaler Regionen und gesellschaftlicher Sektoren häufig relativ negativ, als seien sie intrinsisch gewaltförmig (Maldonado 2010: 426). Tatsächlich hängt diese Repräsentation jeweils davon ab, in welcher Form historisch Akkumulationsstrategien, Eigentum oder regionale Souveränität und Autonomie ausgehandelt wurden – in einer Gesellschaft, deren höchst heterogene Segmente

Zusammenhang mit eskalierenden Gewalttaten lässt sich von einer Dialektik zwischen Norm und Ausnahme, Rechtsstaat und Ausnahmestaat sprechen: Immer hängt von »einem Kern des Nicht-Rechts« [Rechtsfreiheit] »das gesamte System ab« (Ávalos Tenorio 2014: 74). Dies zeigt laut Ávalos Tenorio nicht nur, dass der Ausnahmestaat bereits immer im Möglichkeitsraum des Rechtsstaates angelegt ist, sondern auch, wie eng Ausnahme und Rechtsstaat tatsächlich beieinander liegen (Ávalos Tenorio 2014: 74). Die Auseinandersetzung Tenorios mit Carl Schmitts antidemokratischen Positionen ist augenfällig, wird hier aber nicht weiter ausgeführt, da die Auseinandersetzung mit der Rezeption Schmitts in Lateinamerika einen eigenständigen Artikel erfordern würde. Poulantzas formulierte in ähnlicher Einsicht wie Ávalos Tenorio (2014), es existiere immer »ein Ensemble von staatlichen Praktiken und Techniken, das sich der juristischen Systematisierung und Ordnung entzieht« und gleichsam informalisiert bzw. außerhalb der Regelwerke verortet ist (Poulantzas 2002: 113).

recht unverbunden nebeneinander stehen (vgl. Tapia 2015). Seit den 1980er Jahren führte die Rücknahme des Staates aufseiten der *Care*-Politik nicht nur zu einer Art »politischem Markt«, in dem Sicherheit, politischer Schutz und ähnliches verhandelt werden (Maldonado Aranda 2012: 7). Zugleich treffen (repressive) Sicherheitsstrategien auf ein Terrain, auf dem das soziale Gefüge durch Jahrzehnte wirtschaftsliberaler (Sozial- und Wirtschafts-)Politik eher geschwächt ist (vgl. Mora 2013: 177-178). Die gesellschaftliche Heterogenität, wie in der dekolonialen Diskussion um den Staat konstatiert, ist also noch erhöht. Dies geschieht in einer Gemengelage, in der statt einer weiteren Formalisierung und effizienteren Rechtsprechung gegenüber Gewaltakteuren die Verlagerung von Rechtsfragen auf die supranationale Ebene gestärkt wurde (etwa über die Festlegung von Rechtsgrundsätzen in internationalen Verträgen wie dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA). Dabei werden einerseits neue Abhängigkeitsmuster und globalökonomische Asymmetrien rechtlich festgeschrieben und andererseits durch *Offshore-Finance*, den Abbau von Handelsschranken etc. die Expansion illegaler Ökonomie ermöglicht.

Für die Gesellschaft hat das konkrete Folgen und trägt zur Naturalisierung gesellschaftlicher Hierarchien und Identitätszuschreibungen bei. Beispielhaft findet im Rahmen von Herrschaftsmodi in Mexiko eine Art Entwertung der Bevölkerungsteile statt, die ursprünglich von Armuts- und Entwicklungspolitik profitieren sollten. Doch diese Armutsbekämpfung ist so stark mit einer spezifischen Ausrichtung der Sicherheitspolitik verschränkt, dass beide in artikulierter – und sozial differenzierender – Art und Weise auf diejenigen wirken, die ökonomisch bereits marginalisiert sind (vgl. Mora 2013: 177). Wenn sie häufig in Bezug auf ihre ökonomische Tätigkeit gleichzeitig kolonialen Zuschreibungen unterworfen sind, wie *unproduktiv* oder *ineffizient*, zeigt dies, dass ein »intrinsic Aspekt der Gewalt in der Wissensproduktion darüber liegt, was in der sozialen Realität Ursache und Wirkung sind« (Mora 2013: 182). Ihre Armut gilt den staatlichen Stellen nicht als strukturelles, sondern kulturelles Problem; ihre Armutskultur rückt sie in die Nähe von Kriminalität.

Um der (staatlich anerkannten) Zivilgesellschaft anzugehören, müssen sie ihren Habitus anpassen. Einige Bevölkerungsgruppen werden als unfähig angesehen, die Anpassungsleistung zu erbringen, um diese rassialisierte Armutskultur zu überwinden – sie sind praktisch von ihrer familiären Lebenssituation her prädestiniert, sich gewalttätigen Banden anzuschließen und kriminell zu betätigen (vgl. Presidencia de la República 2007; Mora 2013: 191). Nicht nur gelten die von ihnen zumindest zusätzlich zu Privatbesitz vertretenen, teils kollektiven Eigentumsformen (die sich durchaus als formal anerkannte Kollektivtitel in vielen latein-

amerikanischen Rechtsprechungen niederschlagen) als unsicher und diffus, sondern ihre Lebensformen selbst werden zum Sicherheitsrisiko (vgl. Jenss 2016).

Hier verknüpfen sich Zuschreibungen und Wertungen von Identität mit dem Thema Land und Landbesitzverhältnisse, wie es schon der marxistische Autor Mariátegui (1928) erkannt hatte (s. o.). Es kommen Kategorien zum Tragen, die bisher selten Eingang in gängige Konfliktanalysen finden, obwohl das Schlagwort *Land-Grabbing* in der neueren Konfliktforschung (etwa bei Borrás/Franco 2010; Cramer/Richards 2011) inzwischen verankert ist: Ein enger identitätsstiftender Bezug zu Land gilt nicht nur für indigene, sondern auch für kleinbäuerliche Gesellschaftssektoren. Der Konfliktgegenstand und die lokale Vorstellung von *territorio* (zum Begriff vgl. ONIC 2011) gehen somit konzeptionell weit über ein Verständnis von Land als inwertzusetzendem Gut hinaus. Neben der Produktionslogik (und dem als Lebensgrundlage zu schützenden Produktionsmittel *tierra*) beinhaltet dies häufig mythologische und historische Elemente und Wissen um die Natur und integriert Kultur, Erinnerung, Werte, Institutionen und Religion einer Gemeinschaft, die Land im Gegensatz zur kapitalistischen Verwertungslogik als Teil der kollektiven Identität versteht. So ist die Rolle des Staates in diesen Konflikten mit Teilen der heterogenen, überlagerten Gesellschaft¹⁸ häufig höchst ambivalent.

Vertreibung, ob im Rahmen eines erklärten bewaffneten Konfliktes, als Folge der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität oder der Etablierung regionaler Gewaltordnungen, bedeutet somit einen Identitätsverlust. Diese Vertreibung als integralen Bestandteil von (staatlichen) Entwicklungsstrategien und Charakteristikum der Moderne zu begreifen, ist Verdienst der Diskussion um *Decolonialidad* (Escobar 2004: 16). Die Aneignung solcher Räume durch Gewaltakteure (wie in Cauca/Kolumbien oder Guerrero/Mexiko), aber auch die Präsenz stark bewaffneter Militärs und Militärpolizei an Checkpoints oder die Übernahme der wenigstens formaldemokratisch legitimierten Administration durch Militärs mit hierarchischen Befehlsketten schränken die Mobilität der Bevölkerung ein und unterwerfen ihre sozialen Praktiken neuen Codes.

Teile der Gesellschaft bewegen sich nun – dauerhaft – in Logiken, in denen diejenigen, die ohnehin »am Rand« stehen, zu möglichen Verdächtigen werden, da die Grenzziehungen zwischen Kombattant_innen und Zivlist_innen unübersichtlich sind oder bewusst und routiniert überschritten werden, wie es in früheren *counterinsurgency*-Taktiken der 1970er Jahre (etwa in Argentinien, El Salvador

18 Das Konzept der *überlagerten Gesellschaft* bezieht sich auf die Unverbundenheit der postkolonialen Gesellschaft und die höchst heterogenen Formen politischer Organisation (Tapia 2015).

oder Mexiko) bereits der Fall war (vgl. Ocampo Saravia 2013; Franco Restrepo 2009). Über Legalität, Illegalität und Illegitimität besteht nicht notwendigerweise gesellschaftlicher Konsens. Gerade für die indigene Bevölkerung in Mexiko sind die Justizregime kaum erreichbar oder durchlässig – mehr noch, unter dem Namen der Kriminalitätsbekämpfung werden sie zu Opfern von Rechtsverletzungen, zugleich aber als korrumpierbar dargestellt (vgl. Mora 2013: 177, 180). Täter_in ist also im Diskurs der militarisierten Kriminalitätsbekämpfung nicht notwendigerweise, wer tatsächlich an gewaltsamen Akten teilgenommen hat. Denn immer wieder kommen mediale Bilder zum Tragen, die demgegenüber staatliche Kräfte und *counterinsurgency*-Agenten humanisieren. Sie töten nicht (*matar*), sondern »dan de baja«,¹⁹ sind »respektierte Kommandanten, Generäle«, »Soldaten des Vaterlands« – sie tun ihre »Pflicht« (Franco Restrepo 2009: 434) und werden bei Vorwürfen von Rechtsverletzungen meist nicht belangt, sondern nur Disziplinarverfahren der Militärgerichtsbarkeit unterworfen. Dieses Bild lässt sich allerdings nur aufrechterhalten, wenn Verbrechen wie »Verschwinden lassen« oder selektive Morde gleichsam unsichtbar werden und Berichte von Betroffenen verstummen (vgl. Franco Restrepo 2009: 435).

Dies sind unter dem Namen der Kriminalitätsbekämpfung weit verbreitete Praktiken, die wiederum gesellschaftliche Hierarchien und Klassifizierungen (Quijano 2000 b) schaffen. Betroffen sind aber tatsächlich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen: Wer als gefährliches Subjekt klassifiziert wird, »hängt von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen im spezifischen Kontext ab und von der [...] Fähigkeit, bestimmte Politikbereiche in den Bereich der Ausnahme zu verschieben« (Mora 2013: 198). Die eskalierende Gewalt in Mexiko betrifft breite soziale Sektoren scheinbar willkürlich, auch wenn diese nicht politisch aktiv sind und keine (politischen) Gründe nennen könnten. Im offiziellen Narrativ gilt allerdings jeder *im Kampf Getötete* als kriminell; insofern wird der Einsatz von Terror zudem als Kontrolle nicht-organisierter Gesellschaftssektoren interpretiert, als präventives Disziplinierungsdispositiv (vgl. Jenss 2016: 341). Entführungen, extralegale Hinrichtungen oder willkürliche Festnahmen und Folter werden dem Militär verschiedener Staaten im Rahmen der (stark militärisch geprägten) Kriminalitätsbekämpfung vorgeworfen (exemplarisch Franco Restrepo 2009; Mora 2013).

Wer in welcher Art und Weise in einen Konflikt eingebunden ist, und welche Handlungsmöglichkeiten ihm offenstehen, ist in auf Dauer gestellten Gewaltszenarien spezifisch strukturiert, und darüber können die hier angeschnittenen deko-

19 »dar de baja«: wörtlich in etwa »abmelden«, »ausschließen«, »kündigen«.

lonialen Analysekonzepte Auskunft geben. Die gesellschaftlichen Kategorisierungen etwa spielen eine Rolle, wenn »ganze Bevölkerungssektoren in eine breite und ambivalente Kategorie gefasst werden«, die gerade die »indigenisierte« Armut »mit verdächtigen Aktivitäten verbindet« (Mora 2013: 187). Diese Aktivitäten richten sich in der herrschenden Vorstellung letztlich gegen die bürgerliche Gesellschaft und den Staat. Kriminalisierte Armut, rassistische Zuschreibungen und der innere Feind verschmelzen somit (Mora 2013: 188). Solche rassialisierten Ungleichheitskategorien schaffen Permissivität und Ermöglichungsräume für Menschenrechtsverletzungen und die Entwertung bestimmter Lebensweisen in der überlagerten Gesellschaft. Nicht umsonst nutzen bspw. mexikanische Medien den Begriff der *desechables*, was übersetzt in etwa »die, welche weggeworfen werden können« bedeutet.

Wenn Mora in solchen Praktiken Hinweise auf die mexikanische Staatlichkeit als spezifische Formation erkennt (Mora 2013: 187), so gibt dies erneut Aufschluss über eine dekoloniale Positionierung in der Analyse dieser auf Dauer gestellten Konflikte: Sowohl rassistische Zuschreibungen als auch die Kriminalisierung von Armut sind staatlich mit produziert, und diese Praktiken scheinen letztlich erneut der Aufrechterhaltung von Herrschaft zu dienen, werden sogar mit der notwendigen Wiederherstellung des Gewaltmonopols legitimiert (erscheinen aber nur einem selektiven Teil der Bevölkerung legitim im Max Weberschen Sinn). Die dekolonial inspirierte, intersektionale Perspektive kann diese Widersprüchlichkeit zwischen dem Legitimationsdiskurs und den tatsächlich entwertenden, gewaltsamen Praktiken verdeutlichen. Umgekehrt eignen sich in solchen Kontexten extremer Ungleichheit Bevölkerungsgruppen der *desechables* Strategien an, die durchaus mit Gewalt einhergehen können. Die illegale Ökonomie lädt ein, sich zu beteiligen, ermöglicht u. a. Konsummuster an Erwartungen anzupassen und bietet sozialen Aufstieg, der anderen nicht nur strukturell, sondern durch konkrete, in der Sicherheitspolitik begründete Mobilitäts- und Handlungseinschränkungen verwehrt ist. Entsprechend gewaltsam sind die Kämpfe um lokale und regionale Herrschaftsstrukturen.

5. Dekoloniale Prämissen in der Konfliktforschung

Was trägt eine dekoloniale Perspektive – unabhängig davon, ob dezidiert als solche bezeichnet oder nicht – zur Konfliktforschung bei? Dieser Absatz will diese Frage zunächst theoretisch-konzeptionell und im letzten Abschnitt methodisch, im Hinblick auf die Forschungspraxis beantworten. Die hier vorgestellten Ansätze machen in Bezug auf den Staat deutlich, dass es zum einen von den Bedingungen

des Kolonialismus und seinen Konsequenzen für die gesellschaftlichen Kräftekonstellationen abhängt, wie das staatliche Institutionengefüge und das Verhältnis einzelner Apparate zu nichtstaatlichen Akteuren tatsächlich ausgestaltet sind, aber auch von der besonderen Rolle des Staates für die kapitalistisch organisierte Wirtschaft (vgl. Thwaites/Ouvina 2015: 59, 62). Ohne diese Rolle und die in den Staat eingeschriebene Asymmetrie, so die Konsequenz, erklärt sich das Verhältnis von Staat und Konfliktivität kaum – denn tatsächlich schafft der Staat selbst unter Umständen strukturelle Unsicherheiten, die wiederum direkte Gewalt begünstigen. Die Frageperspektive auf asymmetrische Konflikte muss demnach die häufig gerade nicht konflikt- und gewaltbegrenzende Rolle des Staates systematisch einbeziehen. Staatliche Vertreter_innen sind dann unter Umständen nicht die geeigneten Ansprechpartner_innen für Konfliktlösungsstrategien, und eine politikrelevante Konfliktforschung kann sich nicht nur auf den Staat als ordnungsschaffende oder gar neutrale Instanz berufen.

Deutlich macht die dekoloniale Diskussion, dass die Beurteilung, die Staaten erfüllten ihre Aufgaben nur schlecht oder hätten kaum Konfliktlösungskompetenz (im Sinne von »bad governance«, Grävingholt et al. 2012: 11-12), häufig auf kolonial konnotierten Übertragungen von an der europäischen Geschichte entlang entwickelten Konzepten auf andere Kontexte basiert – ohne diese angemessen zu *übersetzen* (vgl. u. a. Thwaites Rey/Ouvina 2015: 60). Für ein umfassendes Verständnis von Konflikten ist eine »interkulturelle Übersetzung« (Santos 2010: 52) der Analysekonzepte nicht zu unterschätzen.

Dass das konstatierte Nicht-Funktionieren von Staaten mit mangelnder Kapazität oder Überbleibseln traditionaler Herrschaftsmodi begründet wird, lässt sich häufig auf eine spezifische Frageperspektive zurückführen. Diese geht davon aus, dass der Staat gegenüber der gesamten Gesellschaft bestimmte (Steuerungs-)Funktionen zu erfüllen und diese bisher nicht erreicht habe (z. B. Grävingholt et al. 2012).²⁰ Doch aus materialistischer und dekolonialer Perspektive argumentieren lateinamerikanische Autor_innen, die Herstellung demokratischer Staatlichkeit oder eines neutral vermittelnden Staates sei historisch nicht das Ziel gewesen (exemplarisch Franco Restrepo 2009). Dass zudem Modernisierung nicht Gewaltfreiheit bedeutet und Moderne und (staatliche) Gewalt keineswegs getrennt voneinander zu untersuchen sind, weiß nicht nur die europäische kritische Gewaltforschung (v. a. Imbusch 2005); die dekoloniale Diskussion macht

20 Häufig beschäftigen sich diese Analysen durchaus damit, warum ein Staat zivile Rechte nicht für alle Mitglieder der Gesellschaft geltend machen oder eine zivile Kontrolle über das Militär nicht durchsetzen könne und innerhalb des Staatsapparates Konflikte auftreten.

ebenso deutlich, dass Gewalt für die *Modernidad/Colonialidad* konstitutiv ist (vgl. Lao Montés 2014), und verweist darauf, dass der okzidentalistische Diskurs die Gewalt ausschließlich den Anderen attribuiert, also den vermeintlich nicht modernisierten Gesellschaften des Globalen Südens.

Ähnlich wie in der deutschsprachigen Diskussion (Ruf 2014; Hauswedell 2014) hat die lateinamerikanische Diskussion um *Decolonialidad* Konsequenzen für die in der Konfliktforschung gängigen Konzepte:

Das betrifft zum einen das diffuse Verhältnis zwischen Krieg und Frieden. Die Phänomene perpetuierter Gewaltszenarien gehen über ein klassisches, an historischen Vorstellungen von (zwischenstaatlichen) Kriegen und Friedensprozessen orientiertes Verständnis von Krieg hinaus. Die Kategorien Unsicherheit/Sicherheit, die in diesen Szenarien Gewicht erlangen, sind mit der traditionellen Unterscheidung Krieg/Frieden oder dem Fokus auf explizit angekündigte/ausgebrochene bewaffnete Konflikte²¹ schwer zu erfassen.

Die lateinamerikanische Geschichte mit relativ wenigen zwischenstaatlichen Kriegen, aber vielen bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaften, in der dem Militär eine ganz andere, wesentlich nach innen gerichtete Rolle zukam als in Europa, hat notwendig ein spezifisches Verständnis von bewaffneten Konflikten geprägt. Die bewaffneten Konflikte der letzten Jahrzehnte werden somit nicht als *Neue* oder *kleine Kriege* wahrgenommen. Asymmetrische Kriegsführung ist nicht neu. Die Intensität des Konflikts oder die Anzahl von Opfern ist nicht der allein entscheidende Indikator, um einen Krieg zu konstatieren.

Wenn die dekoloniale Perspektive und das Hinterfragen von Konzepten in der Friedens- und Konfliktforschung ernst genommen werden, müssen über Konzeptionelles hinaus die eigene Rolle als Forscherin sowie Forschungsmethoden selbst in den Blick genommen werden: Für die Praxis einer dekolonialen Konfliktforschung lässt sich festhalten, dass die Positionierung der Forscherin im Feld (*weiß/ wohlhabend/weiblich*) und die nie ganz abzulegende eigene Vorprägung selbstreflexiv in den Forschungsprozess einzubeziehen ist, da sie den Analyseprozess und die eigenen Spielräume beeinflussen. Eine neutrale Konfliktforschung ist schwer möglich. Neben der Selbstreflexivität beziehen dekoloniale Prämissen sich darauf, dass die Forschende nicht allein Wissen produziert, sondern dafür auf das Wissen von Betroffenen, Befragten etc. im Feld zurückgreift. Wissensproduktion

21 Vor allem, da die Gewaltraten häufig so hoch sind, dass von einem bewaffneten Konflikt die Rede sein müsste, das Szenario als *Bürgerkrieg* aber nicht angemessen beschrieben wäre (vgl. Franco Restrepo 2009). Anibal Quijano (2000 a) verweist darauf, dass die Quantifizierbarkeit und Messung von Konfliktintensität mit einer spezifischen Art der Wissensproduktion einhergehen, die das Rationale privilegiert.

kann so zu einer dialogischen, reziproken Angelegenheit werden oder aber eben Sprecherpositionen verschleiern. Zudem ist ein Bewusstsein darüber sinnvoll, dass ein Forschungsprogramm eine politische Komponente hat, da es in den wissenschaftlichen und politischen Diskurs interveniert. Angebracht ist daher nicht nur eine gewisse Flexibilität in der eigenen Forschung, sondern eine Haltung, die in einem bestimmten, z. B. dem europäischen Kontext entstandenen Konzepte kritisch zu hinterfragen, wenn auch keineswegs völlig zu verwerfen. Programatisch muss die kritische Forschung daher fragen, wie die für eine kritische Analyse nützlichen und notwendigen Elemente einer *westlichen* Theoriebildung bestmöglich mit der Anerkennung von Konzepten und der Diversität der Weltanschauungen zu verbinden sind, die erstere »als nicht zivilisiert, unwissend, überflüssig, minderwertig oder unproduktiv« bezeichnete (Santos 2010: 56). Möglich ist es beispielsweise, sich Konzepte wie *territorio* oder *colonialidad*, die in der dekolonialen Diskussion geprägt wurden, kritisch anzueignen. Gerade für die Beschäftigung mit dem Verhältnis von Staat, Gewalt und Gesellschaft kann eine intersektionale Perspektive die Betroffenheit bestimmter Bevölkerungsteile sichtbar machen, ohne diese zu viktimisieren.

Im Kontext dauerhafter Gewaltszenarien besteht oft der Zwang, in besonderen Codes oder Sprachregelungen politische Haltungen und reale Machtverhältnisse zu verschleiern. Dekoloniale Konzepte weisen darauf besonders hin. In der Forschungspraxis bedeutet dies einerseits die Notwendigkeit längerer Aufenthalte im Feld, da sich die Sachverhalte sonst häufig nicht erschließen. Andererseits heißt dies etwa für Interviews, dass gerade die (von Gewalt) Betroffenen das eigentliche Expert_innenwissen innehaben, es kodieren und über die Kompetenz verfügen, dieses zu analysieren. Dies ist nicht nur ein Plädoyer für induktives Arbeiten, also Kategorien nicht nur deduktiv zu nutzen und aus dem Material/Gegenstand heraustreten zu lassen. Sondern es stellt sich zudem die Frage, inwiefern der Dialog mit Kolleg_innen aus dem jeweiligen Kontext möglich ist und die eigene Rolle nicht vielmehr oder zudem in der des/der Übersetzers/Übersetzerin wissenschaftlicher Arbeit aus diesem Kontext bestehen sollte.

6. Fazit

Dieser Beitrag hat sich mit der Frage beschäftigt, inwiefern eine dekoloniale Analyse von Konflikt und Staat zu einem Verständnis der Art und Weise beiträgt, wie staatliche Herrschaft und anhaltende Gewaltphänomene zusammenhängen. Der Text fasst dafür mehrere Stränge des aktuellen Forschungs- und Literaturstandes zusammen. Der Beitrag formulierte eine dekoloniale Positionierung zum Staat

und ging dabei von zwei Ausgangspunkten aus, nämlich von der epistemologischen Kritik der lateinamerikanischen Debatte um *Decolonialidad* und von politökonomischen Annahmen, die in staatstheoretischen Ansätzen aus Lateinamerika eine Rolle spielen. Dekolonial ist hier vor allem die Positionierung gegenüber eurozentrischen Konzepten, die Aneignung von Konzepten in kritischer Distanz, und das Entgegensetzen eigener Konzepte, die die gesellschaftliche Realität auf andere Weise interpretieren. Im zweiten Teil bezog der Beitrag Elemente aus der Diskussion um *Decolonialidad* konkreter auf das Verhältnis Staat und direkte/ physische Gewalt. Diese stellen die differenzierte Art und Weise heraus, in der unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen vom Konflikt betroffen sind. Die Ansätze lenken den Blick darauf, dass offenbar gewaltvolle Verhältnisse in manchen Kontexten von Teilen des Staates reproduziert und verstetigt werden, um einer Modifizierung der Herrschaftsmodalitäten entgegen zu wirken.

Zudem bieten diese Ansätze der kritischen Konfliktforschung möglicherweise Kategorien, die anhaltende Gewaltverhältnisse als solche erfassen können – nämlich als durchaus funktional für spezifische Gesellschaftssegmente und als Verschränkung von direkter und struktureller Gewalt für andere Teile der Gesellschaft. Damit gelingt es zumindest teilweise, binäre Kategorien wie funktionierend/defizitär, Krieg/Frieden zu überwinden (Coronil 1996: 72; Lao Montés 2014; mit Bezug auf Bhabha: Barkawi 2015). Gerade eine dekoloniale Perspektive, die sowohl die Bedingungen des Kapitalismus erfasst wie auch die Thematik der sozialen Klassifizierungen, diskursiven Zuschreibungen und epistemischen Elemente von auf Dauer gestellten Gewaltkontexten, kann in den lateinamerikanischen Staaten erhellend sein.

Literatur

- Arias, Enrique D./Goldstein, Daniel M. (Hrsg.) 2010: *Violent Democracies in Latin America*, Durham, NC.
- Ávalos Tenorio, Gerardo 2014: El colapso del Estado mexicano, in: Contreras Pérez, Gabriela/Florez Félix, José/Mondragón González, Araceli/Saavedra Luna, Isis (Hrsg.): *No nos alcanzan las palabras. Sociedad, Estado y violencia en México*, México, DF, 55-80.
- Bagú, Sergio 1992: *Economía de la sociedad colonial. Ensayo de historia comparada de América Latina*, México, DF.
- Barkawi, Tarak 2015: *Decolonizing War and Peace* (Konferenzpapier vorgestellt auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung »Stell Dir vor, es ist Krieg...«, 19.-21.3.2015), Berlin.

- Beckert, Sven* 2014: King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus, München.
- Bolívar, Ingrid* 2010: Formación del Estado y biografía de las categorías, in: *Nómadas* 33, 93-108.
- Borras, Saturnino M./Franco, Jennifer* 2010: Towards a Broader View of the Politics of Global Land Grab. Rethinking Land Issues, Reframing Resistance (ICAS Working Paper Series Nr. 1), in: <https://www.tni.org/files/Borras%20Franco%20Politics%20of%20Land%20Grab%20v3.pdf>; 12.1.2018.
- Brenner, Neil/Elden, Stuart* 2009: Henri Lefebvre on State, Space, Territory, in: *International Political Sociology* 3: 4, 353-377.
- Castro Gómez, Santiago/Grosfoguel, Ramón* 2007: Prólogo. Giro decolonial, teoría crítica y pensamiento heterárquico, in: dies. (Hrsg.): *El giro decolonial. Reflexiones para una diversidad epistémica más allá del capitalismo global*, Bogotá, 9-23.
- Coronil, Fernando* 1996: Beyond Occidentalism. Toward Nonimperial Geohistorical Categories, in: *Cultural Anthropology* 11: 1, 51-87.
- Coronil, Fernando* 2008: Elephants in the Americas? Latin American postcolonial studies and global decolonization, in: Dussel, Enrique/Moraña, Mabel/Jáuregi, Carlos (Hrsg.): *Coloniality at Large. Latin America and the Postcolonial Debate*, Durham, NC, 396-416.
- Cramer, Christopher/Richards, Paul* 2011: Violence and War in Agrarian Perspective, in: *Journal of Agrarian Change* 11: 3, 277-297.
- Dussel, Enrique* 2005: Origen de la filosofía política moderna. Las Casas, Vitoria y Suárez (1514-1617), in: *Caribbean Studies* 33: 2, 35-80.
- Eizenstat, Stuart/Porter, John E./Weinstein, Jeremy* 2005: Rebuilding Weak States, in: *Foreign Affairs* 84: 1, 134-146.
- Escobar, Arturo* 2004: Development, Violence and the New Imperial Order, in: *Development* 47: 1, 15-21.
- Fals Borda, Orlando* 2009: El Conflicto, la Violencia y la Estructura Social en Colombia, in: Moncayo, Victor M. (Hrsg.): *Fals Borda, Orlando, 1925-2008. Una Sociología Sentipensante para América Latina*, Bogotá, 137-163.
- Fanon, Frantz* 1981: *Die Verdammten dieser Erde*, 15. Auflage, Frankfurt a. M.
- Franco Restrepo, Vilma L.* 2009: *Orden contrainsurgente y dominación*, Bogotá.
- Galtung, Johan* 1998: *Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur*, Opladen.
- Gandarilla Salgado, José G.* 2012: *Asedios a la totalidad. Poder y política en la modernidad desde un encare de-colonial*, Barcelona.

- Gandarilla Salgado, José G./Gómez Arredondo, David* 2015: Kolonialität der Macht, Kolonialität des Staates und Eurozentrismus, in: Jenss, Alke/Pimmer, Stefan (Hrsg.): Der Staat in Lateinamerika. Kolonialität, Gewalt, Transformation, Münster, 140-153.
- Gómez Arredondo, David* 2013: Calibán en cuestión. Balance del pensamiento poscolonial latinoamericano, in: Calibán 0: 0, 5-10.
- González Casanova, Pablo* 2006: Colonialismo Interno. Una Redefinición, in: Sociología de la explotación, Buenos Aires, 185-205.
- Grävingsholt, Jörn/Ziaja, Sebastian/Krelbaum, Merle* 2012: State Fragility. Towards a Multi-dimensional Empirical Typology (DIE – Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Discussion Paper Nr. 3), Bonn.
- Gramsci, Antonio* 2002: Gefängnishefte, in: Haug, Wolfgang Fritz/Bochmann, Klaus (Hrsg.): Gefängnishefte. Gesamtausgabe in 10 Bänden, Band 6, Hamburg.
- Grosfoguel, Ramón* 2000: Developmentalism, Modernity, and Dependency Theory in Latin America, in: Nepantla: Views from South 1: 2, 347-374.
- Hansen, Thomas B./Stepputat, Finn* 2009: Sovereign Bodies. Citizens, Migrants, and States in the Postcolonial World, Princeton, NJ.
- Hauswedell, Corinna* 2014: Mit Sicherheit mehr Verantwortung?, in: Luxemburg 14: 3, 60-67.
- Hirsch, Joachim* 2005: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg.
- Imbusch, Peter* 2005: Moderne und Gewalt. Zivilisationstheoretische Perspektiven auf das 20. Jahrhundert, Wiesbaden.
- Jäger, Thomas/Lopera, Carmen/Daun, Anna/Lambach, Daniel* 2007: Die Tragödie Kolumbiens. Staatszerfall, Gewaltmärkte und Drogenökonomie, Wiesbaden.
- Jenss, Alke* 2016: Grauzonen staatlicher Gewalt. Staatlich produzierte Unsicherheit in Kolumbien und Mexiko, Bielefeld.
- Lander, Edgardo* (Hrsg.) 2000: La colonialidad del saber, eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas, Buenos Aires.
- Lao Montés, Agustín* 2014: Los condenados de la tierra y la nueva política de descolonialidad y liberación, in: Marxismo Crítico, 17.2.2014, in: <http://marxismocritico.com/2014/02/17/los-condenados-de-la-tierra-y-la-nueva-politica-de-descolonialidad-y-liberacion-agustin-lao-montes/>; 22.9.2015.
- Lechner, Norbert* (Hrsg.) 1981: Estado y política en América latina, México, DF.

- Maldonado Aranda, Salvador* 2010: Globalización, territorios y drogas ilícitas en los estados-nación. Experiencias latinoamericanas sobre México, in: *Estudios Sociológicos* 28: 83, 411-442.
- Maldonado Aranda, Salvador* 2012: Drogas, violencia y militarización en el México rural. El caso de Michoacán, in: *Revista mexicana de sociología* 74: 1, 5-39.
- Maldonado Torres, Nelson* 2011: Thinking through the Decolonial Turn. Post-continental Interventions in Theory, Philosophy, and Critique, in: *Transmodernity: Journal of Peripheral Cultural Production of the Luso-Hispanic World* 1: 2, 1-15.
- Mariátegui, José C.* 1928 [2007]: Siete ensayos sobre la realidad peruana, Lima.
- Martínez, Estefanía/Morales, Verónica/Simbaña, Carla/Wilson, Japhy* 2015: Ni Colonialistas ni simpáticos. Una respuesta a Eduardo Gudynas, in: *La Línea del Fuego*, 23.10.2015, in: <http://lalineadefuego.info/2015/10/13/ni-colonialistas-ni-simpaticos-una-respuesta-a-eduardo-gudynas/>; 14.10.2015.
- Mignolo, Walter D.* 2008: The Geopolitics of Knowledge and the Colonial Difference, in: ders. (Hrsg.): *Coloniality at Large. Latin America and the Postcolonial Debate*, Durham, NC, 225-59.
- Mora, Mariana* 2013: La criminalización de la pobreza, in: *Revista de Estudos & Pesquisas sobre as Américas* 7: 2, 174-208.
- Müller, Markus-Michael* 2012: Public Security in the Negotiated State. Policing in Latin America and Beyond, Basingstoke.
- Ocampo Saravia, Tania* 2013: Guerra y desaparición forzada de infantes en El Salvador (1980-1984), in: *Cultura y representaciones sociales* 8: 15, 186-217.
- OECD/INCAF – Organisation for Economic Co-operation and Development/ International Network on Conflict and Fragility* 2012: *Fragile States 2013. Resource Flows and Trends in a Shifting World*, Paris, in: <https://www.oecd.org/dac/conflict-fragility-resilience/docs/FragileStates2013.pdf>; 12.1.2018.
- ONIC – Organización Nacional Indígena de Colombia* 2011: Unidad, Territorio, Cultura y Autonomía. Territorio, in: <http://www.onic.org.co/noticias/2-sin-categoria/1032-sobre-nosotros>; 15.1.2018.
- Pearce, Jenny* 2010: Perverse State Formation and Securitized Democracy in Latin America, in: *Democratization* 17: 2, 286-306.
- Political Instability Task Force* 2003: *Political Instability Task Force Report. Phase IV Findings* (Science Applications International Corporation), McLean, VA.

- Poulantzas, Nicos* 2002: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg.
- Presidencia de la República (Estados Unidos Mexicanos)* 2007: Plan Nacional de Desarrollo 2007-2012, in: <http://pnd.calderon.presidencia.gob.mx/index.php?page=documentos-pdf>; 20.9.2010.
- Quijano, Anibal* 2000 a: Coloniality of Power, Eurocentrism and Latin America, in: *Nepantla: Views from South* 1: 3, 533-580.
- Quijano, Anibal* 2000 b: Colonialidad del Poder y Clasificación Social, in: *Journal of World-Systems Research* 6: 2, 142-186.
- La Razón* 2015: Romper con un colonialismo simpático, in: *La Razón*, 27.9.2015, La Paz, in: http://www.la-razon.com/suplementos/animal_politico/Romper-colonialismo-simpatico_0_2351764865.html; 16.10.2015
- Ruf, Werner* 2014: Vom langen Ende der Friedensforschung ... und wie ihr Gesellschaftskritik abhanden kam, in: *Luxemburg* 14: 3, 120-123.
- Said, Edward W.* 1979: *Orientalism*, New York, NY.
- Santos, Boaventura d. S.* 2010: *Refundación del Estado en América Latina. Perspectivas desde una epistemología del Sur*, Bogotá.
- Semana* 2011: Estado o concepto fallido?, in: *Semana*, 21.1.2011, Bogotá, in: <http://www.semana.com/opinion/estado-concepto-fallido/150487-3.aspx>; 13.2.2012.
- Tapia, Luis* 2006: La producción teórica para pensar América Latina, in: *Aguiluz Ibargüen, Maya/Ríos Méndez, Norma de los* (Hrsg.): *René Zavaleta Mercado. Ensayos, testimonios y re-visiones*, Buenos Aires, 213-224.
- Tapia, Luis* 2015: Den Staat aus dem Zentrum rücken. Staatstheorie im bolivianischen Kontext, in: *Jenss, Alke/Pimmer, Stefan* (Hrsg.): *Der Staat in Lateinamerika. Kolonialität, Gewalt, Transformation*, Münster, 154-170.
- Thwaites Rey, Mabel* 2010: El Estado en debate. De transiciones y contradicciones, in: *Crítica y Emancipación* 2: 4, 9-24.
- Thwaites Rey, Mabel/Ouvina, Hernán* 2015: Staatlichkeit in Lateinamerika revisited. Die Dimension des Widerspruchs, in: *Pimmer, Stefan/Jenss, Alke* (Hrsg.): *Der Staat in Lateinamerika. Kolonialität, Gewalt, Transformation*, Münster, 59-84.
- Thomson, Janice E.* 1996: *Mercenaries, Pirates, and Sovereigns. State-Building and Extraterritorial Violence in Early Modern Europe*, Princeton, NJ.
- Tilly, Charles* 1985: War Making and State Making as Organized Crime, in: *Evans, Peter/Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda* (Hrsg.): *Bringing the State Back In*, Cambridge, 169-191.

- UNODC – United Nations Office on Drugs and Crime* 2011: Global Study on Homicide. Trends, Contexts, Data, in: http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/statistics/Homicide/Global_study_on_homicide_2011_embargoed.pdf; 12.1.2018.
- Wissen, Markus/Brand, Ulrich* 2011: Approaching the Internationalization of the State. An Introduction, in: *Antipode* 43: 1, 1-11.
- World Bank* 2011: World Development Report 2011. Conflict, Security and Development, Washington, DC.
- Zavaleta, René* 2009: El Estado en América Latina, in: Tapia, Luis (Hrsg.): La autodeterminación de las masas (Ensayos 1, México, UNAM, 1984, 59-78), Bogotá, 321-355.
- Zenteno, Raúl B./Fernández, Florestán/Poulantzas, Nicos/Hernández, Anhele* 1998: Las clases sociales en América Latina. Problemas de conceptualización, México, DF.

Die Autorin

Dr. phil. Alke Jenss ist Senior Researcher am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg.
E-Mail: alke.jenss@abi.uni-freiburg.de

Die »kulturelle Wende« der Aufstandsbekämpfung und die US-Politikwissenschaft

Eine genealogische Kritik aus postkolonialer Perspektive

In diesem Beitrag nutze ich eine genealogische Herangehensweise für eine postkoloniale Kritik an dem scheinbar selbstverständlichen Begriff der Kultur, der durch die sogenannte »kulturelle Wende« der US-Aufstandsbekämpfung 2006 in militärischen Kreisen an Virulenz gewinnt. Mein Hauptargument ist, dass bestimmte Diskurse der US-Politikwissenschaft das Wissensobjekt Kultur, das ursprünglich im Zusammenhang kolonialer Anthropologie geformt wurde, neu konfiguriert und somit die Bedingungen für seine militärische Nutzung geschaffen haben. Ich verfolge anhand dreier Schlüsselmomente drei politikwissenschaftliche Fassungen von Kultur, die für die »kulturelle Wende« der Aufstandsbekämpfung zentral sind: die Idee eines verhaltensbestimmenden operativen Codes, die liberale Wendung der kolonialen Differenzkategorie Kultur und ihre positivistische Fassung als Variable. Sowohl in bestimmten Diskursen der amerikanischen Politikwissenschaft als auch in der »kulturellen Wende« der Aufstandsbekämpfung zirkuliert Kultur als Differenzkategorie, deren koloniale Logik liberal gewendet und als positivistisch messbar festgeschrieben wird. Abschließend plädiere ich für ein genealogisches Verständnis postkolonialer Kritik, welche Begriffe und Kategorien als Produkte disziplinärer Wahrheitsdiskurse begreift, und nach der diskursiven Perpetuierung kolonialer Machtverhältnisse fragt.

Schlagnote: Aufstandsbekämpfung, Kultur, Genealogie, postkoloniale Kritik, US-Politikwissenschaft

1. Einführung

Im Zuge der Einsätze in Irak und Afghanistan gab das US-Militär 2006 ein neues Handbuch zur militärischen Aufstandsbekämpfung (*counterinsurgency*, COIN) heraus, das international sowohl in militärischen als auch in akademischen Kreisen hohe Wellen schlug.¹ Denn das Handbuch belebte eine militärische Taktik

1 In einer Neuauflage der renommierten *University of Chicago Press* wurde das Handbuch zum Bestseller (Brown 2008). Für wichtige und hilfreiche Kommentare zu vorherigen Versionen dieses

wieder, die seit der US-Niederlage im Vietnamkrieg in den Schubladen der Militärstrategen verstaubt war. Aufstandsbekämpfung bezeichnet eine Strategie für asymmetrische Kriegsführung, in der die Bevölkerung das Zentrum der militärischen Aktivität bildet, und militärische Gewalt nur als letztes Mittel eingesetzt wird. Im Gegensatz zu vorherigen Strategien spielte in der Neuauflage von COIN durch das US-Militär 2006 allerdings das Stichwort *Kultur* eine zentrale Rolle: das neue Handbuch fasste Kultur *explizit* als Teil des militärischen Waffenarsenals und forderte programmatisch, Aufstände nun »smarter« und »sanfter« zu bekämpfen (vgl. Jager 2007). Sowohl in militärischen als auch in akademischen Kreisen fungierte diese Neuausrichtung von Aufstandsbekämpfung bald unter dem Stichwort der »kulturellen Wende«² (vgl. Gregory 2008; Kienscherf 2010; Porter 2007). Ein US-General beschrieb diese kulturelle Wende von COIN als einen Paradigmenwechsel von Kriegsführung im 21. Jahrhundert; anstatt Gebiete gewalttätig zu besetzen, sollten nun »kluge« Soldat_innen »kulturelles Terrain« Schritt für Schritt erobern.³

Dieser Aufruf zum Einsatz von Kultur als Waffe hatte zur Folge, dass die Sozialwissenschaften und das Militär in den USA stärker institutionell verzahnt wurden. Paradigmatisch steht dafür die Einrichtung des *Human Terrain System* (HTS), über das das US-Militär kleine Gruppen von Sozial- und Regionalwissenschaftler_innen als Unterstützung von Kampfbrigaden in Irak und Afghanistan in sogenannten *Human Terrain Teams* einsetzte. Diese Expert_innen-Teams sollten das Verständnis des Militärs für neue Einsatzgebiete verbessern, indem sie Informationen über die »komplexe lokale sozio-kulturelle Umgebung« sammelten und in einer Datenbank aufbereiteten (Forte 2011).⁴ Außerdem hatte die kulturelle Wende der Aufstandsbekämpfung weitreichende Folgen für die Vorbereitung der Soldat_innen auf den Kampfeinsatz. Soldat_innen der US-Armee mussten sich etwa einem eintägigen interkulturellen Training unterziehen (Davis 2012) und als Teil des kulturellen Waffenarsenals förderte das Militär Sprachtrainings in Fremdsprachen wie Arabisch oder Paschtu (Rafael 2012).

Artikels möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei: Alke Jenss, Gerdis Wischnath, María Cárdenas Alfonso und Nils Riecken, den beiden Herausgeberinnen Cordula Dittmer und Claudia Simons sowie den anonymen Gutachter_innen.

- 2 Zur verbesserten Leserlichkeit setze ich den Begriff im weiteren Verlauf des Textes ohne Anführungsstriche.
- 3 Maj. Gen. John Custer, Leiter des *Intelligence Center of Excellence* der US-Armee, in einem Interview mit dem *Sierra Vista Herald* (zitiert in Davis 2010: 8).
- 4 Unter anderem wurden auch Wissenschaftlerinnen rekrutiert, um kulturelles Wissen über weibliche Lebensräume militärstrategisch nutzbar zu machen, vgl. Dittmer (2014); Khalili (2011).

Welches Verständnis von kulturellem Wissen unterliegt dieser Neuauflage von COIN? Wie hängt diese Kategorie von Kultur mit kolonialen Machtverhältnissen zusammen? Was waren die Bedingungen dafür, dass Kultur im Rahmen der neuen Aufstandsbekämpfung als militärische Waffe gefasst werden konnte, und was hat die (amerikanische) Politikwissenschaft damit zu tun?

Zwei Erzählungen überwiegen auch in den kritischen Arbeiten, die bisher zur kulturellen Wende der COIN veröffentlicht wurden. Erstens sei die kulturelle Wende mit einem Personalwechsel und dem mangelnden militärischen Erfolg im Irak zu erklären: General David Petraeus, der hauptsächlich für die Neufassung des COIN-Handbuchs verantwortlich war, stieg 2007 zum leitenden General im Irakkrieg auf und setzte seine neue Strategie erfolgreich gegenüber der vorherigen durch. Der Einsatz von kulturellem Wissen sollte dabei einen militärischen Einsatz voranbringen, der bisher weitestgehend auf Gewalt und gezielte Tötungen gesetzt hatte. Kritische Anthropolog_innen in den USA brachten hingegen eine zweite wichtige Erklärung an. Die Fassung von kulturellem Wissen als militärischer Waffe, so der übergreifende Tenor, sei keineswegs eine Neuheit. Vielmehr fände sich darin ein Verständnis von COIN, das die kolonialen Wurzeln von Aufstandsbekämpfung widerspiegele. Bei der kulturellen Wende handele es sich also um eine Rückwende zur kolonialen Söldneranthropologie, die im schlimmsten Fall anthropologisches Wissen zur Identifizierung von Tötungsobjekten missbrauche (vgl. die Beiträge in Network of Concerned Anthropologists 2009).

Ich werde hingegen eine dritte Lesart anbieten. Anstatt (wie in der ersten Lesart) die kulturelle Wende von COIN mit Personalentwicklungen im US-Militär zu erklären, geht es mir darum, die Dimension der Wissensproduktion zu beleuchten: Bestimmte Diskurse, so meine Annahme, schaffen die Voraussetzung für ein Verständnis von kulturellem Wissen als militärischer Waffe. Dabei gehe ich (ähnlich der zweiten Lesart) davon aus, dass Kultur als disziplinäres Wissensobjekt insbesondere durch koloniale Anthropologie geprägt wurde und hier auch im Zusammenhang mit kolonialer Herrschaft und militärischen Projekten stand.

Allerdings wäre es zu einfach gedacht, so mein methodologisches Argument, die kulturelle Wende von COIN als eine Rückwende zur kolonialen Anthropologie zu konzipieren. Stattdessen plädiere ich für einen genealogischen Ansatz postkolonialer Kritik, der diesen historischen Zusammenhang mit kolonialem Wissen komplizierter denkt. Wie im zweiten Teil des Artikels (2.) erläutert, öffnet Genealogie den Blick auf die komplexen Nachwirkungen kolonialer Herrschaft durch neu konfigurierte Macht-Wissen-Beziehungen. Wir haben es also nicht mit einer linearen Rückwende zu feststehenden kolonialen Begriffen zu tun, sondern mit der Rekonfigurierung diskursiver Logiken, die die für Kolonialismus typischen

Grenzziehungen ungleicher Differenz (insbesondere zwischen uns und den Anderen) ständig wieder festsetzen.

Während bisher in Bezug auf den Kulturbegriff vornehmlich Wissensproduktion in anthropologischen Debatten untersucht wurde, hebe ich im Hauptteil des Artikels die zentrale Rolle von Diskursen der (amerikanischen) Politikwissenschaft in der neueren Geschichte nach dem Kalten Krieg hervor. Damit beleuchte ich einen diskursiven Zusammenhang zwischen der kulturellen Wende und der Fassung von Kultur in der amerikanischen Politikwissenschaft, die in der bisherigen kritischen Debatte zur Neuauflage von COIN noch völlig unterbelichtet geblieben ist.

Nach einer kurzen Darstellung des neuen COIN-Handbuchs (3.) beschreibe ich drei historische Schlüsselmomente, in denen Kultur und kulturelles Wissen in der amerikanischen Politikwissenschaft zentral in Erscheinung treten (4.). Erstens die Prägung eines Begriffes von Kultur als operativer Code durch amerikanische Politikwissenschaftler_innen nach dem Zweiten Weltkrieg, die den vorher von der Anthropologie besetzten Begriff der Kultur zur Manipulation ganzer Nationen nutzbar machen wollen (4.1.). Zweitens die Anfänge der politischen Kulturforschung und die wichtigen konzeptionellen Brüche, durch die Kultur als koloniale Differenzkategorie in ein liberales Entwicklungsnarrativ eingefasst wird (4.2.). Die Veröffentlichung des auch in der deutschen (Friedens- und Konflikt-)Forschung einflussreichen Methoden-Handbuchs »Designing Social Inquiry« von Robert King, Robert Keohane und Sidney Verba (1994) betrachte ich als drittes Schlüsselmoment (4.3.). So kursiert in diesem Werk ein Begriff von Kultur als objektiv messbare Variable und somit ein Konzept, das koloniale Differenz in positivistische Messbarkeit übersetzt und in ein globales liberales Forschungsprojekt einfügt.

Meine Hauptthese ist, dass in diesen politikwissenschaftlichen Diskursen eine Fassung von Kultur zirkuliert, die koloniale Logiken festschreibt und in positivistische Messbarkeit übersetzt. Sowohl in der sogenannten kulturellen Aufstandsbekämpfung als auch in diesen politikwissenschaftlichen Diskursen fungiert Kultur als Nexus, der die positivistische Messbarkeit der Anderen suggeriert und gleichzeitig den eurozentrischen Universalismus des dahinterstehenden liberalen Projekts unsichtbar macht. Mit anderen Worten stellen diese politikwissenschaftlichen Diskurse eine zentrale Bedingung für eine Fassung von Kultur dar, die koloniale Differenzen festschreibt und somit die Nutzung von Kultur als militärische Waffe in der neuen kulturellen Aufstandsbekämpfung ermöglicht.

Eine solche postkoloniale Untersuchung politikwissenschaftlicher Diskurse ist aus mehreren Gründen relevant. Zum einen genoss die Mehrzahl der Befürwor-

ter_innen der neuen Aufstandsbekämpfung, darunter auch David Petraeus selbst, eine hohe *politikwissenschaftliche* Ausbildung an amerikanischen, englischen und australischen Elite-Universitäten.⁵ Zum anderen ist es insbesondere angesichts der Vielzahl von selbstkritischen Stimmen in der US-Anthropologie erstaunlich, dass sich bisher von Seiten der Politikwissenschaften und der Friedens- und Konfliktforschung (FKF) kaum ein Beitrag befindet, der die Verwicklung der eigenen Disziplin in diese Art der Aufstandsbekämpfung kritisch hinterfragt. Dieser Mangel an Selbstreflexivität, so werde ich in meinen Schlussbemerkungen vorschlagen, hängt zentral mit einem positivistischen Methoden-Diskurs zusammen, der Kultur als Variable fasst und die selbstreflexive Hinterfragung von Untersuchungskategorien jenseits der Grenzen des Sagbaren verschiebt.

Noch zwei wichtige Klärungen vorweg. Erstens geht es mir weder darum, eine umfassende begriffsgeschichtliche Genese des Kulturbegriffs nachzuzeichnen, noch unterschiedliche Kulturbegriffe in allen möglichen sozialwissenschaftlichen Debatten nachzuvollziehen oder gar alternative Kulturbegriffe vorzuschlagen.⁶ Mein analytischer Fokus ist ein anderer und liegt auf der Frage nach den diskursiven Bedingungen einer militärischen Nutzbarmachung des Kulturbegriffs im Zusammenhang mit kolonialen Differenzkategorien politikwissenschaftlicher Wissensproduktion.

Zweitens konzentriere ich mich vornehmlich auf Diskurse in der amerikanischen Politikwissenschaft und im amerikanischen Militär. Das hat vor allem mit dem vorhandenen Forschungsmaterial und der hegemonialen Stellung von Forschung und Militär der USA zu tun. Der Begriff der kulturellen Wende der Aufstandsbekämpfung wurde in US-Diskursen geprägt, die politische Kulturforschung ist in den USA entstanden, und das Methodenlehrbuch »Designing Social Inquiry« ist von den amerikanischen Politikwissenschaftlern King, Keohane und Verba verfasst. Auch der Großteil des kritischen und historischen Materials kon-

5 David Petraeus etwa schrieb seine Doktorarbeit zu den Erfahrungen des amerikanischen Militärs in Vietnam im Fach Internationale Beziehungen an der *Princeton University*. John Nagl, der entscheidend bei der Neufassung des COIN-Handbuchs 2006 mitwirkte, studierte Internationale Beziehungen in Oxford und kehrte nach einigen Militäreinsätzen zurück, um dort seine Doktorarbeit zu verfassen. Darin beschäftigt er sich vergleichend mit der Aufstandsbekämpfung in Malaya und Vietnam – eine Studie, die später unter dem Titel »Counterinsurgency Lessons from Malaya and Vietnam: Learning to Eat Soup with a Knife« in Buchform veröffentlicht wurde (Nagl 2002). Ein weiterer wichtiger Stratege hinter der kulturellen Aufstandsbekämpfung ist David Kilcullen. Er forschte in seiner Doktorarbeit, die er in Politikwissenschaft in New South Wales abschloss, zu den politischen Konsequenzen des indonesischen Guerilla-Konflikts.

6 Einen umfassenden Überblick zur begriffsgeschichtlichen Genese des Kulturbegriffs gibt Fisch (1992). Einen Überblick zur begriffsgeschichtlichen Genese im globalhistorischen Zusammenhang bietet Sartori (2008: Kap. 2).

zentriert sich dementsprechend auf US-Diskurse. Dennoch oder gerade deshalb, wäre es wichtig und wünschenswert, in weiteren Arbeiten den Diskurs über Kultur im deutschen Militär und die Zusammenhänge mit der deutschen FKF und der deutschen Politikwissenschaft herauszuarbeiten.⁷

2. Postkoloniale Kritik und genealogische Herangehensweisen

In einem hilfreichen Überblicksbeitrag zu postkolonialen Ansätzen in der Friedens- und Konfliktforschung hat Bettina Engels auf ein wichtiges Desiderat hingewiesen: Noch immer mangle es an einer postkolonialen Kritik von »grundlegende[n] und scheinbar selbstverständliche[n] Konzepte[n]« in der Friedens- und Konfliktforschung (Engels 2014: 8). Mit meinem Beitrag greife ich dieses Desiderat auf und hinterfrage das scheinbar selbstverständliche Konzept der Kultur. Dabei verstehe ich Krieg als Produkt eines (kolonial strukturierten und strukturierenden) Macht-Wissen-Komplexes, an dessen Produktion die FKF als Teildisziplin der Politikwissenschaft selbst zentral beteiligt ist.⁸ Aus dieser Perspektive kann postkoloniale Kritik in der FKF also nicht von einem imaginären »Außen« erfolgen, sondern muss sich gleichsam von innen strategisch mit den machtvollen Bedingungen von Wissensproduktion und der Verwicklung der eigenen Disziplin in Kriegsstrategien und -praktiken auseinandersetzen.

Michel Foucaults Genealogie stellt eine mögliche hilfreiche kritische Praxis für diese Art der postkolonialen Auseinandersetzung mit scheinbar selbstverständlichen Konzepten dar.⁹ Im Sinne einer kritischen Geschichte der Gegenwart fungiert Geschichtsschreibung hier als kritische politische Praxis: Eine historische Auseinandersetzung kann scheinbar transzendente Kategorien und Bedeutungen als historisch partikular herausstellen und zeigen, dass sie in bestimmten Herrschaftszusammenhängen produziert wurden. Eine kritische Geschichte der Gegenwart dient demnach auch dazu, autoritative Wahrheitsansprüche bestimmter

7 Cordula Dittmer hat etwa darauf hingewiesen, dass interkulturelle Kompetenz seit der Einführung der neuen Aufstandsbekämpfungsstrategie auch in der deutschen Bundeswehr als Querschnittskompetenz angesehen wird und sogenannte interkulturelle Einsatzberater_innen in speziellen Trainings dafür sorgen sollen, die Einsatzgruppen auf eine neue kulturelle Umgebung vorzubereiten (Dittmer 2014: 19, Fn. 13).

8 Hier gehe ich bereits mit Foucault von einem engen Zusammenhang zwischen Macht und Wissen aus, durch den bestimmte Wahrheiten produziert und normalisiert werden.

9 Wie viele andere seiner Begriffe verwendet Foucault »Genealogie« in verschiedenen Zusammenhängen mit zum Teil unterschiedlichen Bedeutungen. Diese Mehrdeutigkeit ist unter anderem damit zu begründen, dass Genealogie nicht als umfassende Methode für eine alternative Geschichtsschreibung fungiert, sondern eine kritische *Praxis* postuliert (vgl. Saar 2007: 189), die Foucault selbst exemplarisch etwa in seinen *Gouvernementalitäts*-Vorlesungen anwendet (Foucault 2006).

Konzepte zu hinterfragen und gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse zu kritisieren (Foucault 2007: 113; Scott 2007).

Ich möchte insbesondere drei Aspekte von Genealogie aus Foucaults paradigmatischem Text »Nietzsche, Genealogy, History« (1977) herausgreifen, die mir für eine postkoloniale Auseinandersetzung mit dem Kulturbegriff in diesem Fall besonders nützlich erscheinen. Erstens steht Genealogie der historiographischen Suche nach metaphysischen Ursprüngen diametral entgegen (Foucault 1977: 140). Genealogie wendet sich damit explizit gegen einen historiographischen Wahrheitsdiskurs, der hinter den Dingen das Geheimnis einer ursprünglichen und zeitlosen Bedeutung aufdecken will und diese dadurch überhaupt erst als eindeutig, einheitlich und wahr produziert (Foucault 1977: 142-143). Zweitens wendet sich Foucault mit der Genealogie gegen Geschichte als lineare, teleologische und große Erzählung. Stattdessen sieht er das kritische Potenzial von Geschichte darin, die »Äußerlichkeit des Zufälligen« detailliert zu sezieren und Diskontinuitäten, Brüche und Fragmente sichtbar zu machen (Foucault 1977: 146, 162). Drittens ist Genealogie immer dadurch machtkritisch, dass sie nach den »Unterwerfungssysteme[n]« und dem »Spiel der Herrschaftsbeziehungen« als konstitutive *Bedingungen* von Bedeutungsproduktion fragt (Foucault 1977: 149).

Genealogie als kritische Praxis ist meiner Ansicht nach für postkoloniale Kritik in mehrerer Hinsicht besonders wertvoll, aber auch herausfordernd. Zunächst umgeht Genealogie eine vereinfachte postkoloniale Kritik, die bestimmte Begriffe (wie etwa Kultur) auf eine ursprünglich koloniale Bedeutung zurückführt und deren lineare Reise bis ins Jetzt verfolgt. Stuart Hall (2002) hat in einem einflussreichen Aufsatz zum Begriff des Postkolonialen darauf hingewiesen, dass die Nachwirkungen von Imperialismus und Kolonialherrschaft eher als komplexe Rekonfigurationen von Macht-Wissen-Systemen, denn als lineare Bewegungen verstanden werden müssen. Postkolonial bedeutet laut Hall dementsprechend nicht,

»dass die [...] »Nachwirkungen« der Kolonialherrschaft irgendwie suspendiert wurden. Und es bedeutet mit Sicherheit *nicht* [Hervorh. im Orig.], dass wir von einem Macht-Wissen-System in eine macht- und konfliktfreie Zeitzone übergegangen sind. Gleichwohl meldet es seine Ansprüche angesichts der Tatsache an, dass einige andere, verwandte, bislang allerdings noch in neuen Konfigurationen »entstehenden« Macht-Wissen-Beziehungen ihre distinktiven und spezifischen Folgen zeitigen« (Hall 2002: 238).

Genealogie erlaubt eine solche komplexere Herangehensweise an postkoloniale Nachwirkungen. Denn sie lenkt kritische Energie darauf, den Nachwirkungen ko-

lonialer Herrschaft in *veränderten* Macht-Wissen-Komplexen heute nachzuspüren, anstatt Kolonialismus in das Jenseits des Damals zu verbannen.

Genealogie bietet damit auch einen wichtigen Ansatzpunkt, um den in der postkolonialen Debatte häufig angenommenen Nexus von Wissen und Macht theoretisch zu untermauern. Denn die Annahme des Ineinandergreifens von »Kolonisierung als einem Herrschafts-, Macht- und Ausbeutungssystem und Kolonisierung als einem Erkenntnis- und Repräsentationssystem« (Hall 2002: 237) bildet eine der wichtigsten Achsen postkolonialer Kritik. Genealogie als kritische Praxis von Geschichtsschreibung geht immer schon davon aus, dass bestimmte Begriffe in bestimmten (darunter auch kolonialen) Herrschaftszusammenhängen entstehen. Damit lenkt Genealogie den Blick weg von der Frage nach ursprünglichen Bedeutungen und transzendenten Strukturen hin zu der Frage nach historisch spezifischen und sich wandelnden Entstehungsbedingungen eines bestimmten Begriffs, die sowohl diskursive als auch außerdiskursive Herrschaftsbeziehungen umfassen. Der Anthropologe David Scott hat für diesen analytischen Schritt die hilfreiche räumliche Metapher eines diskursiven *Problemraums* geschaffen, innerhalb dessen bestimmte Begriffe entstehen und operieren (Scott 2004: 4). In diesem Fall werde ich folglich danach fragen, wie der Problemraum aufgebaut war, innerhalb dessen das Konzept von Kultur in der Politikwissenschaft in bestimmten Schlüsselmomenten konfiguriert und normalisiert wurde.

Noch ein letzter, vielleicht wichtigster, Punkt zum Nutzen von Genealogie für postkoloniale Kritik: Genealogie ermöglicht es, den Nexus von Wissen und Macht über die Rekonfigurierung diskursiver Logiken zu denken, anstatt diesen in der Reproduktion der Bedeutung eines bestimmten Begriffes zu suchen. Dabei wird mich insbesondere eine diskursive Logik interessieren, die die postkoloniale Kritik als *Othering* bezeichnet und die ich als (koloniale) Grenzziehung umschreibe. Damit beziehe ich mich auf eine essentialisierende Bedeutungsfixierung durch binäre Unterscheidungen, in der die Differenz der Anderen gleichzeitig Bedingung »der Konstruktion eines souveränen, überlegenen europäischen Selbst« ist (Castro Varela/Dhawan 2015: 22). In unterschiedlichen politikwissenschaftlichen Diskursen, so werde ich zeigen, wird Kultur immer wieder als Differenzkategorie hervorgebracht, die diese diskursive Logik der kolonialen Differenz mit unterschiedlichen Diskursen (etwa liberaler Entwicklung und positivistischer Methoden) verschränkt.

Diese genealogische Vorgehensweise erfordert in ihrer Betonung auf minutiöse Details und unterschiedliche Fragmente allerdings auch eine viel umfassendere Arbeit, als ich sie im Rahmen dieses Beitrags leisten kann. In programmatischer Absicht werde ich diese Vorgehensweise lediglich zugespitzt anhand dreier

Schlüsselmomente durchspielen. Wichtig ist mir dabei allerdings, dass Genealogie einen Raum für eine Art von postkolonialer Kritik eröffnet, die von der Komplexität postkolonialer Nachwirkungen ausgeht und den Anteil wissenschaftlicher Disziplinen in der Rekonfiguration von Macht-Wissens-Komplexen zentral berücksichtigt. In meiner Lesart ermöglicht eine genealogische Herangehensweise also eine postkoloniale Kritik scheinbar selbstverständlicher Begriffe in der FKF, die eine kritische (Selbst-)Reflexion über (politik-)wissenschaftliche Diskurse strategisch einfordert. Bevor ich in diese Analyse einsteige, gehe ich im Folgenden zunächst auf das COIN-Handbuch von 2006 und die unterschiedlichen Fassungen von Kultur ein, die dort auftauchen. Sie wurden vor allem in der amerikanischen Anthropologie als paradigmatisch für eine kulturelle Wende kritisiert, die sich zu den kolonialen Ursprüngen der Aufstandsbekämpfung zurückwendet.

3. Die kulturelle Wende der Aufstandsbekämpfung und die Kritik der Anthropologie

Wie bereits angedeutet kritisieren vor allem US-Anthropolog_innen die kulturelle Wende von COIN und die Einrichtung des *Human Terrain Systems* lautstark. 2009 erschien beispielsweise das »Counter-Counterinsurgency Manual« (Network of Concerned Anthropologists 2009), in dem sich eine Reihe von renommierten Anthropolog_innen kritisch mit dem aktuellen Verhältnis von Anthropologie und Militär auseinandersetzen. Darin zeichnet etwa David Price nach, wie die Autor_innen des COIN-Handbuchs an einigen Stellen anthropologische Grundwerke plagiierten, um ihr Verständnis von Kultur zu definieren (Price 2009). Umgekehrt weisen auch zahlreiche Anthropolog_innen auf die problematische Geschichte der eigenen Disziplin hin: Die Formierung von Anthropologie als Disziplin hängt zentral mit der Formierung von Kultur als kolonialem Wissensobjekt zusammen, das auch Strateg_innen kolonialer Aufstandsbekämpfung als »ethnographische Waffe« nutzten (González 2009: 111).

In Bezug auf das neue COIN-Handbuch selbst nehmen Anthropolog_innen insbesondere zwei Fassungen von Kultur unter die Lupe: die Idee von Kultur als Feindkultur und die Fassung von kulturellem Wissen als Teil bewaffneter Sozialarbeit. Diese beiden Diskursstränge und deren Kritik werde ich kurz darstellen, bevor ich auf einen dritten Begriff von Kultur als operativer Code eingehe. Dieser taucht zentral im COIN-Handbuch auf, wurde aber bisher kaum näher untersucht.

In einem ersten Diskursstrang stellen die Autor_innen des COIN-Handbuchs die Relevanz von kulturellem Wissen zum Schutz der Soldat_innen im Einsatz heraus. Um eine Bedrohung von Seiten der Aufständischen verstehen zu können,

sei es beispielsweise unabdinglich, vorher abzuschätzen, ob der Aufstand in »ethnischen oder Stammesgruppen wurzelt« (Übersetzung der Verf.; US Army 2006: 3-13). Dementsprechend sieht das Militär kulturelles Wissen auch als instrumentell an, um Netzwerke von Aufständischen zu zerschlagen und deren geplante »Feindhandlungen« einschätzen zu können (US Army 2006: 3-32). Am prägnantesten bringt eine Mitautorin des Handbuchs, die Anthropologin Montgomery McFate, diese Forderung auf den Punkt: Wissen über die »Feindkultur« könne amerikanischen Truppen einen strategischen, taktischen und operationellen Vorteil über (in der lokalen Kultur versierte) Aufständische erbringen (McFate 2005b). Kulturelles Wissen solle deshalb als Priorität für nationale Sicherheit gesetzt werden (McFate 2005 b: 43) und die Anthropologie solle sich auf ihre seit dem Kolonialismus historisch wichtige Rolle als »kriegführende Disziplin« zurückbesinnen (McFate 2005 a: 2).

Hier wird Kultur unter anderem über einen orientalistischen »Stammes«-Diskurs mit einem Bedrohungs-Potenzial unterlegt.¹⁰ Umgekehrt soll das Militär dementsprechend kulturelles Wissen als präventive Strategie nutzen, um sich vor der Bedrohung der Aufständischen zu schützen. Die Aufständischen werden somit diskursiv nicht nur in ihrer essentialisierten Differenz festgeschrieben, sondern entbehren in dieser kulturalisierten Konstruktion auch jeglicher Handlungsmacht, Politik und Geschichte (vgl. Mamdani 2002). Zentral an dieser Fassung von Feindkultur ist schließlich, dass sie Kultur kausal mit Gewaltpotenzial verbindet. Damit kommt gleichzeitig ein kolonial geprägter Binarismus zum Tragen, der die militärische Gewalt der Aufstandsbekämpfung implizit als rational und zivilisiert legitimiert, während Gewalt der Anderen als irrational und unzivilisiert markiert wird, da sie angeblich in primordialen Identifizierungen wurzele (vgl. Banivanua Mar 2002; Das 2008). Ähnlich der kolonialen Nutzung ethnographischer Geheimdienstinformationen in der Aufstandsbekämpfung (González 2009) wird Anthropologie hier angerufen, die Kultur der Anderen für die eigene Sicherheit als strategisch relevant zu erforschen.

In einem zweiten Diskursstrang sollen Kultur und kulturelles Wissen für eine Aufstandsbekämpfung dienen, die als bewaffnete Sozialarbeit dargestellt wird (vgl. Kilcullen 2006; US Army 2006: A-7). Kulturelles Wissen solle hier vor allem dabei helfen, die lokalen Bedürfnisse der Bevölkerung zu identifizieren und herauszufinden, über welche kulturellen Narrative die Bevölkerung mobilisiert werde. Laut Handbuch könne das Militär dank dieses Wissens bessere zivil-mili-

¹⁰ Zur Aktualität des »Stammes«-Diskurses insbesondere in Bezug auf Afghanistan, siehe Machananda (2015).

tärische Sozialarbeit leisten, die dem Aufbau militärischer Netzwerke und der Mobilisierung der Bevölkerung auf Seiten des Militärs diene (US Army 2006: A-7).

Während hier ein ähnlich statisches Verständnis von Kultur anklingt wie oben ausgeführt, kommt eine zusätzliche Dimension zum Tragen, die wiederum stark an koloniale Diskurse zur Kontrolle von kulturellen Traditionen erinnert (vgl. Dirks 1992). So ist beispielsweise für Indien gut nachgezeichnet, dass die anthropologische Erforschung von Kultur im Rahmen von Reformbemühungen des Kolonialstaates angetrieben wurde, über die als rückständig angesehene Traditionen reformiert werden sollten (vgl. Dirks 1997; Mani 1998). Eine ganz ähnliche Problematik unterliegt dieser Fassung von Kultur im COIN-Handbuch. Denn kulturelles Wissen ist hier als gouvernementale Herrschaftstechnik beschrieben, die dem Militär ermöglichen soll, die sozialen Bedingungen der Bevölkerung über bewaffnete Sozialarbeit zu verbessern. Der Forderung von kultureller Sensibilität unterliegt also eine instrumentell-militärische Rationalität: Kultur soll hier als alternative Waffe dazu dienen, die Bevölkerung zu mobilisieren und damit den Aufstand zu destabilisieren.

Eine dritte Fassung von Kultur als operativer Code wurde in der bisherigen Kritik des COIN-Handbuchs weniger beachtet. So heißt es in einem entscheidenden Absatz des Handbuchs dazu:

»Kultur könnte auch als »operativer Code« beschrieben werden, der für eine ganze Gruppe von Leuten gilt. Kultur bedingt die Bandbreite von Handlungen und Gedanken eines Individuums, einschließlich der Frage was zu tun oder nicht zu tun ist, wie etwas zu tun ist, und mit wem oder ohne wen es zu tun ist« (Übersetzung der Verf.; US Army 2006: 3-7).

Entsprechend dieses Begriffs von Kultur als Code befinden sich im Handbuch unterschiedliche Anregungen zum Decodieren von Kultur, die mit detaillierten Anleitungen im Anhang ergänzt sind. Diese Analyse von Kultur ist im Handbuch integraler Bestandteil einer »systematischen Analyse von sozio-kulturellen Faktoren«, die zur Vorbereitung der Truppen auf die Kampfzone dienen soll (Übersetzung der Verf.; US Army 2006: Sektion 3-2). Als Bestandteile von Kultur werden dabei Faktoren wie Gesellschaft, Sozialstruktur, Sprache, Macht und Autorität sowie Interessen unterschieden (US Army 2006: 3-4). Als operativer Code wird Kultur im Handbuch auch als systematisch mess- und operationalisierbar dargestellt, so etwa durch die systematische Analyse kultureller Formen wie dem Narrativ, dem Symbol oder dem Ritual, die die »kulturellen Grundwerte der Gesellschaft« (und damit deren Handlungs-codes) aufdecken sollen (Übersetzung der

Verf.; US Army 2006: 3-8).¹¹ Im Anhang befinden sich außerdem eine Anleitung zur sozialen Netzwerkanalyse und detaillierte Ausführungen zum Einstellen von Übersetzer_innen (US Army 2006: Appendix B, C).

In dieser Fassung erscheint Kultur als eine Art geheimes Skript, das das Verhalten ganzer Gruppen von Leuten determiniert und damit auch für zukünftige militärische Handlungen plan- und kalkulierbar macht. Da die Bevölkerung die wichtigste Kampfzone von Aufstandsbekämpfung darstellt, soll mithilfe einer systematischen Analyse sozio-kultureller Faktoren das sogenannte »kulturelle Terrain« im Ganzen kartiert und evaluiert werden. Auch hier findet sich ein an koloniale Binarismen erinnernder Kulturbegriff, dessen machtvolle Asymmetrie allerdings liberal gewendet ist. So entwirft er die Aufständischen als von einem kulturellen Code bestimmte Subjekte, wogegen Soldat_innen selbst implizit als selbstbestimmte liberale Subjekte scheinbar frei über (unerwähnt bleibende) eigene kulturelle Skripte und Codes bestimmen können. In der militärischen Version einer Logik, die Wendy Brown als Kulturalisierung bezeichnet, wird Kultur hier also zum »Problem, für das Liberalismus die Lösung bietet« (Brown 2006: 21).

Diese liberale Freiheit der Aufstandsbekämpfenden wird durch einen weiteren Mechanismus diskursiv stabilisiert, der direkt an die Idee des operativen Codes anknüpft und bisher ebenfalls kaum kritisch untersucht wurde. So geht es im Handbuch wie in der daraufhin institutionalisierten Form der militärischen Kulturforschung des *Human Terrain Systems* um Kultur als positivistisch messbare Variable. Über das HTS werden beispielsweise ethnographische und soziokulturelle Informationen anhand standardisierter Fragebögen systematisch aufbereitet und in eine global angelegte Datenbank eingespeist (vgl. HTS 2008). Eine solche positivistische Matrix garantiert einerseits, dass die militärische Kulturforschung als angeblich valide und objektiv dargestellt wird und macht gleichzeitig die eigene Positionierung des Militärs unsichtbar. In diesem Fall ist diese Position auch die des liberalen Freiheitskämpfenden, der/die über valides Wissen die Feindkultur decodieren, kontrollieren und letztlich die Bevölkerung davon befreien soll.

11 Narrative, so das Handbuch, würden oft historische Fakten stark verzerren und vereinfachen und dadurch die kulturellen Grundwerte einer Gesellschaft ausdrücken. Dementsprechend sollten Aufstandsbekämpfer_innen kulturelle Narrative analysieren, um kulturelle Grundwerte zu identifizieren (US Army 2006: 3-8).

4. Der Begriff der Kultur in den Diskursen der amerikanischen Politikwissenschaft

Wie ich im Folgenden darlegen werde, zirkulieren dieser Begriff von Kultur als operativer Code, die liberale Wendung von Kultur als Problem einer liberalen Weltordnung und die positivistische Fassung von Kultur als Variable zu unterschiedlichen Zeitpunkten insbesondere in Diskursen der (amerikanischen) Politikwissenschaft. Hier formieren sich ganz bestimmte epistemologische und normative Voraussetzungen, die diese Begriffe von Kultur besonders anschlussfähig für ihre militärische Nutzung machen. Als erstes Schlüsselmoment beschreibe ich, wie die US-Politikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend begann, mit der bisher weitestgehend von Anthropolog_innen genutzten Kategorie *Kultur* zu arbeiten.

4.1 Kultur als operativer Code: Die Entschlüsselung des »Bolschewismus«

Die US-Politikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg greift zunehmend das Konzept der Kultur auf – ein Konzept, dessen Erforschung vorher weitestgehend der Anthropologie zugeschrieben wurde. Ich werde zunächst auf zwei Beiträge des Politikwissenschaftlers Nathan Leites (1948; 1953) eingehen und den dahinterliegenden Problemraum erläutern. Leites setzte sich bereits 1948, also vor der Konsolidierung der politischen Kulturforschung, mit der politikwissenschaftlichen Erforschung von Kultur auseinander. Ihm wird auch die Prägung des Konzepts von Kultur als operativer Code zugeschrieben. Diese Fassung von Kultur taucht nicht nur im neuen COIN-Handbuch auf, auch General David Petraeus selbst bezieht sich in seiner Dissertation direkt auf Leites' Arbeiten (Petraeus 1987: 14, Fn. 17).

In der ersten Ausgabe der neuen Zeitschrift *World Politics* erscheint 1948 ein Artikel, in dem sich Nathan Leites kritisch mit den »psychokulturellen Hypothesen zu politischen Handlungen« auseinandersetzt (Leites 1948). Zielscheibe seiner Kritik sind die sogenannten »nationalen Charakterstudien«, die US-Anthropolog_innen im Rahmen psychologischer Kriegsführung während des Zweiten Weltkrieges zu Ländern wie Japan, Russland und Deutschland erstellt hatten. Diese Studien stellen einen Zusammenhang zwischen individueller psychokultureller Entwicklung und dem Charakter ganzer Nationen her. Statt direkter Feldforschung bedienen sie sich unterschiedlicher auch in den USA zugänglicher Materialien und Interviews mit Kriegsgefangenen. Die hieraus gewonnenen Ergebnisse sollten daraufhin explizit in politische Programme einfließen.¹² Leites' Kritik an den Charakterstudien ist dabei in mehrerer Hinsicht instruktiv. Primär setzt er auf

der methodologischen Ebene an und weist darauf hin, dass die Autor_innen der nationalen Charakterstudien einige methodologische Grundfehler begangen hätten, die die Validität der Ergebnisse erschütterten. Die Autor_innen, bemängelt Leites, hätten etwa Korrelationen mit Kausalbeziehungen verwechselt (Leites 1948: 106). Auch sei die Annahme eines einzigen Erklärungsfaktors, wie etwa psychosozialer Entwicklung im Kindheitsalter, angesichts der Vielzahl der möglichen Faktoren für die Erklärung nationaler kultureller Muster zweifelhaft. Diese und ähnliche methodologische Prämissen müssten beachtet werden, um psychokulturelle Hypothesen in generalisierbare Theorien zu verwandeln.

Wichtig an Leites' Kritik der nationalen Charakterstudien ist, dass er die Relevanz der durchaus diffusen Kategorie Kultur für die Erklärung eines nationalen Charakters keineswegs in Frage stellt. Stattdessen argumentiert er, dass erst eine politikwissenschaftliche Herangehensweise an diese Frage nach nationalen kulturellen Mustern wirklich generalisierbare und damit wissenschaftlich valide Ergebnisse liefere.¹³ Leites selbst macht fünf Jahre später mit seiner »Studie des Bolschewismus« für die neu entstandene *RAND Corporation* dazu einen konzeptionellen Vorschlag.¹⁴ So bezieht er sich neben, wie er es nennt, »bolschewistischen Schlüsseltexten« (Leites 1953: 16-17) auf ein für Politikwissenschaften ungewöhnlich breites und diverses kulturelles Quellenmaterial, wie etwa Literatur und Lieder, um den operativen Code des Bolschewismus zu ergründen. In psychoanalytischer Lesart verortet er diesen Code im Unterbewusstsein des »Bolschewiken«

- 12 Eine der bekanntesten Autor_innen einer solchen nationalen Charakterstudie ist die Anthropologin Ruth Benedict. Benedict erstellte während des zweiten Weltkrieges Studien für das Büro für Kriegsinformationen (*Office for War Information*, OWI) zur Unterstützung psychologischer Kriegsführung und veröffentlichte ihre Studie zu Japan später als Monographie unter dem Titel »The Chrysanthemum and the Sword. Patterns of Japanese Culture«. Ihre Studie geht davon aus, dass vor allem in der Kindheit angeeignete kulturelle Verhaltensmuster den Charakter ganzer Nationen prägen: psychokulturelle persönliche Entwicklung und nationale Kulturen bedingen sich in diesem Modell gegenseitig (für einen guten Überblick zu Benedicts Arbeit vgl. Shannon 1995).
- 13 In dieser programmatischen Stoßrichtung wird er von den Herausgebern der neuen Zeitschrift an der *Yale University* unterstützt. Sie kritisieren in einer Fußnote, dass die bisherigen nationalen Charakterstudien weitestgehend »impressionistischer« Natur gewesen seien. Gleichzeitig unterstützen sie Leites' Projekt als überaus wünschenswert und politikwissenschaftlich relevant und bemerken: »Behavioral regularities in the membership of national groups are obviously of prime significance for the study of world politics« (Leites 1948: 102, Fn. 101).
- 14 Die *RAND (Research and Development) Corporation* wurde 1948 gegründet, um militärische Planung stärker mit akademischer Forschung zu verbinden und wurde dank enormer Fördersummen insbesondere im Kalten Krieg zum tonangebenden Thinktank. Die *RAND Corporation* ist auch eine der Institutionen, die dank ihres außeruniversitären Status die Proteste nach dem Vietnamkrieg überlebte und für die aktuellen Debatten zur Aufstandsbekämpfungsstrategie zentral ist (Simpson 1998).

und verspricht, auch für politische Entscheidungsträger_innen relevante Ergebnisse über zukünftige Handlungen der bolschewistischen Führungskader herauszufinden (Leites 1953: 15). Bereits hier findet sich fast eins zu eins diejenige Formulierung von Kultur als verhaltensbestimmender operativer Code, die auch im neuen COIN-Handbuch des US-Militärs anklingt.

Was sind die Bedingungen dafür, dass Kultur in diesem Moment für die amerikanische Politikwissenschaft relevant wurde? Oder, mit Scott gefragt, wie ist der Problemraum gestaltet, innerhalb dessen Kultur als relevante politikwissenschaftliche Kategorie geformt und aufgegriffen wird?

In dieser ersten Ausgabe von *World Politics* erschien ein Artikel, der eine der entscheidenden Fragen im Diskurs der amerikanischen Politikwissenschaft in den Nachkriegsjahren illustriert und die Relevanz der Kategorie Kultur unterstreicht. Eine Sammelrezension in der Zeitschrift behandelt beispielsweise kürzlich publizierte Arbeiten zur sogenannten »Deutschen Frage« (Gurian 1948). Eine der Problemstellungen dieser »Deutschen Frage« lautet: Wie lässt sich der Aufstieg des Nationalsozialismus im Zusammenhang der deutschen Geschichte erklären, und sein Wiederkehren verhindern? Genau im Hinblick auf diese Frage, so hat Ido Oren (2003: Kap. 2) gezeigt, wird die Kategorie Kultur für eine Politikwissenschaft interessant, die vor dem Nationalsozialismus lange von Deutschland als Modellbürokratie ausgegangen war. Erst der Kulturbegriff ermöglicht der Politikwissenschaft im Nachkriegs-Nordamerika, weitere Faktoren auf psychokultureller Ebene zur Erklärung des Nationalsozialismus hinzuzuziehen – und damit auch die Gewalt des Nationalsozialismus als irrationalen Exzess zu markieren (Oren 2003: 90).

Den vielleicht wichtigsten Problemzusammenhang, innerhalb dessen der politikwissenschaftliche Kulturbegriff an Virulenz gewinnt, bildet allerdings der Kalte Krieg. Dass Leites das Konzept von Kultur als operativen Code prägt, um den »bolschewistischen Feind« zu entschlüsseln, ist dabei auch durchaus illustrativ im Hinblick auf institutionelle Bedingungen und Zusammenhänge. Leites' Arbeit für einen sicherheitspolitischen Thinktank, die *RAND Corporation*, ist zu diesem Zeitpunkt nicht außergewöhnlich. Denn sozialwissenschaftliche Forschung in den USA wird in bisher nicht gekanntem Maße für den Kalten Krieg zu Nutzen gemacht – und Forscher_innen lassen sich bereitwillig einspannen: Vom Zweiten Weltkrieg bis in die 1960er Jahre bilden Militär, Geheimdienst und nationale Sicherheitsinstitutionen die größten Förderorganisationen für sozialwissenschaftliche Großprojekte in den USA (Simpson 1998: xi). Paradigmatisch für den politisch motivierten Förderboom im Zuge des Kalten Krieges steht auch die Entstehung bzw. Konsolidierung ganzer disziplinärer Zweige, wie etwa der Entwick-

lungsforschung (*Development Studies*) und Regionalforschung (*Area Studies*), deren Ausrichtung klar von dem Interesse geprägt ist, politischen Wandel im Globalen Süden zu manipulieren (vgl. Gendzier 1998; Szanton 2003).

In diesem politisch-institutionellen Zusammenhang verspricht Leites' Formulierung von Kultur als verhaltensbestimmender operativer Code einen konzeptionellen Schlüssel, um feindliche Absichten zu entziffern, und dadurch westliche Entscheidungsträger_innen im Umgang mit der »kommunistischen Gefahr« zu unterstützen. Differenz ist hier nicht nur in der Form einer Freund/Feind-Unterscheidung in die Erforschung »bolschewistischer Kultur« eingeschrieben. Sie manifestiert sich auch in der Grenzziehung zwischen denjenigen Subjekten, die angeblich von einem operativen Code bestimmt werden – und denjenigen, die diesen erforschen.

Kultur fungiert hier außerdem als konzeptionelles Scharnier, das gemeinschaftliche Prägung und individuelles Verhalten linear zusammenfügt und individuelles Verhalten deterministisch voraussagt. Erst in dieser linearen Form entfaltet Kultur ihren sicherheits- und militärpolitischen Nutzen und kann in politische Programme und Pläne miteinfließen, die sowohl im Rahmen des Kalten Krieges als auch in Zeiten der kulturellen Aufstandsbekämpfung direkt von Politikwissenschaftler_innen mitgestaltet werden. Damit stellt diese Konfigurierung von Kultur als operativer Code auch eine zentrale Bedingung für ihren militärischen Nutzen in der Aufstandsbekämpfung dar.

4.2 Kultur als Entwicklungshindernis: Die Anfänge der politischen Kulturforschung

Auch die politische Kulturforschung entsteht innerhalb des Problemraums des Kalten Krieges in den USA und kaum jemand verkörpert die Verzahnung von Sicherheitsinstitutionen und politikwissenschaftlicher Forschung besser als ihr Gründungsvater, Gabriel Almond (Pye 1991: 499). Denn Almond arbeitete nicht nur als Professor an den renommierten US-Universitäten *Yale*, *Princeton* und *Stanford*. Bereits während des Zweiten Weltkrieges übernahm er Aufträge für das *Office of War Information* (OWI) im Bereich psychologische Kriegsführung und war nach dem Krieg an einem der ersten großen Umfrageprojekte zur Moral der deutschen Bevölkerung beteiligt (Oren 2010: 554). Seine enge Verbindung mit nationalen Sicherheitsinstitutionen führte er während des Kalten Krieges fort; die politische Ausrichtung seiner Werke reflektiert häufig außenpolitische Interessen der USA, darunter etwa seine Studie zur »Anziehungskraft des Kommunismus«

(Almond 1954).¹⁵ Die Ergebnisse seiner Forschung gibt er an unterschiedliche Regierungsgremien und -institutionen im Bereich der nationalen Sicherheit der USA weiter, dazu gehören neben öffentlichen Institutionen wie der *RAND Corporation* auch geheime Gremien wie das *Psychology Strategy Board* zur Beratung psychologischer und ideologischer Kriegsführung (ausführlich dazu vgl. Oren 2010: 559). Sowohl akademisch als auch politisch bewegt sich Almond also in den Machtzentren der USA des Kalten Krieges – mehr noch, seine Karriere illustriert deren konstitutive Verzahnung.

Bevor Kultur allerdings innerhalb dieser Machtzentren zum Wissensobjekt eines ganzen neuen politikwissenschaftlichen Forschungszweigs wird, untergeht der Begriff einige markante Brüche. Wie ich argumentiere, treten diese in dem von Gabriel Almond und Sidney Verba verfassten Gründungswerk der politischen Kulturforschung, »The Civic Culture« (Almond/Verba 1963), deutlich zutage. Kultur ist hier keineswegs mehr psychoanalytisch im Unterbewusstsein von Individuen verortet, sondern transparent in Umfrageergebnissen greifbar. Die zufällig zur gleichen Zeit professionalisierte Umfragetechnik ermöglicht es, kulturelle Muster statistisch zu ermitteln, anstatt, wie bei Leites, Literatur und Lieder zu untersuchen. Als statistisch messbar wird Kultur auch anhand bestimmter Kriterien ausdifferenziert: die *civic culture* steht jetzt an der Spitze einer Differenzordnung, an deren unterster Stelle die »beschränkte« politische Kultur afrikanischer Stammesgesellschaften positioniert wird. Erst als Differenzkategorie eingefasst in ein liberales Entwicklungsschema bietet Kultur Antwort auf eine Frage, die in den US-Machtzentren des Kalten Krieges zunehmend an Relevanz gewinnt: Wie kann eine Bedrohung der Weltordnung durch die Dekolonisierung abgewendet werden?

Einige Passagen aus »The Civic Culture«, immer noch gefeiert als Klassiker der vergleichenden Politikwissenschaft und Gründungswerk der politischen Kulturforschung (etwa in Laitin 1995), sind instruktiv im Hinblick auf diese Neukonfigurierung des Kulturbegriffs. »The Civic Culture« positioniert sich gleich in der Einführung innerhalb einer als allgemein formulierten sicherheitspolitischen Problematik und verspricht mithilfe empirisch basierter sozialwissenschaftlicher Forschung Abhilfe: Angesichts der »nationalen Explosionen« in »Asien und Afrika« und des wachsenden Drucks vorherig »von der Außenwelt abgeschnittener Völker«, in die moderne Welt aufgenommen zu werden, sei »kultureller Wandel« von ungemein großer Relevanz für die »Weltgeschichte« (Übersetzung der Verf.; Almond/Verba 1963: 2). Denn diese Nationen müssten sich nun entscheiden, ob sie die totalitäre oder die demokratische Form politischer Partizipation wählen,

15 Übersetzung der Verf. Der englische Titel lautet »The Appeals of Communism« (Almond 1954).

und für demokratischen Wandel sei neben den von der Forschung bisher untersuchten formellen Institutionen eine bestimmte politische Kultur notwendig (Almond/Verba 1963: 3). In einem späteren Absatz spezifizieren die Autoren die Gefahr der Dekolonisierung als kulturelle Fragmentierung und warnen vor einer Instabilität, die sich sowohl auf nationaler als auch auf persönlich psychologischer Ebene auswirken würde:

»Wir können davon ausgehen, dass in diesen sich schnell wandelnden und fragmentierten Gesellschaften kulturelle Heterogenität und das hohe Vorkommen von Unterbrechungen im Sozialisierungsprozess in einer hohen Rate von psychologischer Verwirrung und Instabilität resultieren. Das ist nirgendwo klarer zu sehen als in den beschränkt-partizipativen Kulturen der aufsteigenden Nationen in Asien und Afrika« (Übersetzung der Verf.; Almond/Verba 1963: 34).

Politische Kulturforschung bietet hier also eine Antwort auf die im Kalten Krieg entscheidende sicherheitspolitische Frage danach, wie der politische Wandel der neuen unabhängigen Staaten so gestaltet werden kann, dass die US-Hegemonie gesichert ist. Gleichzeitig funktioniert das koloniale Stereotyp einer »beschränkt partizipativen Kultur« in Asien und Afrika als akute Bedrohung in einem liberalen Fortschrittsnarrativ: Die oben zitierte Referenz auf »nationale Explosionen« in »Asien und Afrika« etwa konstruiert Dekolonisierung als eine von Politik und Geschichte entleerte Gefahr, vor deren mechanistischem Ausbruch (»Explosion«) sich die USA zu schützen habe.

Entsprechend dieser Entwicklungsmatrix steht die »beschränkte« politische Kultur, die in reinsten Form in »afrikanischen Stammesgesellschaften« anzutreffen sei (Almond/Verba 1963: 17), auf der untersten Stufe. In diesen Gesellschaften mangle es nicht nur an einer Differenzierung explizit politischer Ämter (Stammesälteste hätten diffuse religiöse-ökonomische-politische Rollen), vielmehr hätten Mitglieder dieser Gesellschaften auch keinerlei Erwartungen an durch das politische System initiierten politischen Wandel (Almond/Verba 1963: 17). Interessanterweise bemühen die Autoren dabei aber den Kulturbegriff auch für den Idealtypus von *civic culture*, deren säkular-liberale Binarismen anhand der historischen Entwicklung Großbritanniens nachgezeichnet werden (Almond/Verba 1963: 5-6). So präsentieren sie Großbritannien als Nation, die die eigene ursprünglich traditionell beschränkte Kultur unter Kontrolle gebracht habe: Durch Modernisierungsprozesse wie Säkularisierung seien die passiven beschränkten Elemente von Kultur wie etwa Religion nun nur noch im privaten Bereich relevant, während die politische Öffentlichkeit von aktiver politischer Partizipation,

Toleranz und Pluralismus geprägt sei (Almond/Verba 1963: 6, 30). Die Frage sei dementsprechend, ob und wie dieses »großartige Geschenk des Westens« auch global verbreitet werden könne (Almond/Verba 1963: 6).

Es wäre zu einfach zu argumentieren, dass wir es mit einer linearen Übernahme kolonialer Stereotypen zu tun haben. Vielmehr geht es mir im genealogischen Sinne anknüpfend an Stuart Hall (2002) darum, anhand der Neukonfigurierung von Kultur als politikwissenschaftlichem Wissensobjekt den komplexeren kolonialen Nachwirkungen nachzuspüren. Die oben angedeuteten Brüche mit dem vorherigen Konzept und die Verschränkung einer Reihe von Diskurssträngen ist meiner Ansicht nach für diese Neukonfigurierung zentral.

Zunächst: »The Civic Culture« erscheint während der Hochzeiten der Modernisierungstheorie und dem teleologischen Entwicklungsschema der drei Welten. Wie Carl Pletsch erläutert hat, wird in diesen Debatten auch Kultur als Teil eines ganzen Konglomerats von Konzepten wie etwa »Tradition, Religion, Irrationalität, Unterentwicklung, Überbevölkerung und politischem Chaos« (Übersetzung der Verf.; Pletsch 1981: 574) als Erklärung für die mangelnde Entwicklung der »dritten Welt« herangezogen. Während die »zweite Welt« als technologisch fortschrittlich aber autoritär dargestellt wird, fungiert die »erste Welt« als Oase der Freiheit, Wissenschaft, Demokratie und Moderne (Pletsch 1981: 574). In diesem Entwicklungsnarrativ des Drei-Welten-Schemas funktioniert traditionelle Kultur also nicht nur als Differenzmarkierung sondern steht auch für das, was die »erste Welt« bereits hinter sich gelassen hat.

Die politikwissenschaftliche Kulturforschung nimmt diese kolonial geprägte Differenzkategorie auf, aber wendet sie liberal und verknüpft sie mit der Frage nach politischen Systemen. Konkreter ausgedrückt: Kultur stellt lediglich ein Problem für die anderen Subjekte der »dritten« und »zweiten« Welt dar, die ihre eigene »beschränkte Kultur« anscheinend nicht unter Kontrolle haben. Was durch das Gegenbild der *civic culture* anhand des Beispiels Großbritannien anklingt, sind also klare liberale Grenzziehungen von öffentlich/privat, aktiv/passiv, partizipativ/beschränkt. Ein Mangel an diesen liberalen Binarismen in nicht-westlichen Gesellschaften wird so direkt mit dem Gefahrenpotenzial von Instabilität, Fragmentierung und damit letztlich auch Gewalt verknüpft. Innerhalb des Problemraums des Kalten Krieges ist die *civic culture* westlicher Gesellschaften nicht nur normativ als liberal-säkularer Ideal-Typus gesetzt, sondern ihre Verbreitung wird implizit auch als sicherheitspolitisch notwendig angenommen.

Die neuen Umfragetechniken, denen sich die Politikwissenschaft bedient, stellen außerdem Kultur und ihre implizite Entwicklungsmatrix auf eine neue epistemologische Wahrheitsgrundlage. So verspricht »The Civic Culture« eine Antwort

auf die ursprünglich von Leites gestellte Frage nach der Generalisierbarkeit: Almond und Verba betonen, dass sie die Hypothesen aus vorhergegangener anthropologischer, psychologischer und soziologischer Literatur einer Reihe von »Experimenten« unterzogen hätten. Erst durch ihre »empirisch-quantitativen Tests« werden die Ergebnisse verifizierbar und unabhängig der Länderkontexte übertragbar (Almond/Verba 1963: 10). Die Entwicklungskriterien politischer Kultur ziehen Almond und Verba aus Vorarbeiten wie den nationalen Charakterstudien und Leites' Forschung (vgl. Almond/Verba 1963: 11, Fn. 16), aber versprechen ihre politikwissenschaftliche Verifizierung. In positivistischer Manier werden folglich die Kategorien, anhand derer die Umfragen der politischen Kulturforschung durchgeführt werden, als objektiv und wertfrei gesetzt und ihre normative, koloniale Prägung so unsichtbar gemacht.

In dieser Neukonfigurierung verschiebt sich Kultur auf die Schnittstelle zwischen einem diffusen Set gesellschaftlicher Einstellungen (Kultur) und dem politischen System, behält aber ihre lineare Form (*civic culture* = Demokratie) und damit globale *Policy*-Relevanz. Sie wird ausdifferenziert anhand eines Kriterienkatalogs, der am modernisierungstheoretischen Drei-Welten-Schema orientiert ist und säkular-liberale Binarismen an die Spitze stellt. Durch empirisch-quantitative Tests wird die Gültigkeit dieser Kriterien von Politikwissenschaftler_innen getestet und die Hinterfragung der Kriterien selbst jenseits des Bereichs des Sagbaren verschoben. Die Politikwissenschaft wendet also das koloniale Wissensobjekt Kultur liberal und schreibt die unterliegenden Binarismen in einem scheinbar objektiven Kriterienkatalog fest. Zusätzlich zur Idee des operativen Codes ist genau diese liberale Wendung kolonialer Logiken für das COIN-Handbuch von 2006 entscheidend: Kultur ist als Wissensobjekt für das Militär relevant, weil sie angeblich die Handlungen anderer Bevölkerungen determiniert. Liberalismus bildet dabei gleichzeitig die implizite Position von freiheitskämpfenden Forscher_innen/Soldat_innen und den Lösungshorizont für das Problem der Kultur.

4.3 Die Verkürzung der »kulturellen Wende«: Der politikwissenschaftliche Methodendiskurs

Das letzte Schlüsselmoment, das ich herausgreifen will, ist die Veröffentlichung des methodologischen Standardwerks »Designing Social Inquiry« (1994) von King, Keohane und Verba; letzterer ist auch einer der Co-Autoren von »The Civic Culture«. »Designing Social Inquiry« ist aus mehreren Gründen relevant. Zunächst muss der weitreichende globale Verkaufserfolg des Werks in seinem disziplinären und geopolitischen Zusammenhang gesehen werden: bis 2001 verkauft

sich das Buch weltweit über 20.000 mal und wird mittlerweile in seiner sechsten Auflage gedruckt (Wedeen 2008: 17). In den USA definierten die von King et al. gesetzten methodologischen Standards bald die disziplinären Standards der Politikwissenschaft (Wedeen 2009: 79) und auch in der (deutschen) FKF wird das Buch breit rezipiert.

Geopolitisch ist der Problemraum des Kalten Krieges durch die Fragen der neuen globalen Weltordnung abgelöst und die amerikanische Politikwissenschaft befindet sich in einer tiefen Krise: die Tatsache, dass die Politikwissenschaften den Zerfall der Sowjetunion nicht voraussagen können, erhärten Zweifel an der Relevanz der Disziplin. Gleichzeitig greift die sogenannte kulturelle Wende insbesondere in den Geisteswissenschaften und der Anthropologie die Grundfesten der Disziplinen an: Eurozentrische Universalisierungen werden dabei genauso hinterfragt wie methodologische Engführungen und die historische Konstituierung der Disziplinen selbst (Bachmann-Medick 2010). In der Anthropologie erscheinen im Rahmen dieser kritischen Selbstbefragung zahlreiche Arbeiten, die die kolonialen Entstehungszusammenhänge der Disziplin und insbesondere auch die Genese zentraler anthropologischer Kategorien wie »Kultur« und »Feld« hinterfragen (vgl. Asad 1973; Clifford 1988; Gupta/Ferguson 1997).

Innerhalb dieses Problemraums gelesen ist besser zu verstehen, wogegen sich King et al. wenden. Ihnen geht es gerade *nicht* um eine kritische Selbstbefragung der Disziplin und auch nicht um eine theoretische Diskussion zentraler Kategorien oder eine historische Aufarbeitung kolonialer Entstehungszusammenhänge der Politikwissenschaft. Vielmehr besteht ihr normatives Ziel darin, qualitativ und quantitativ arbeitende Politikwissenschaftler_innen in einer epistemologischen Gemeinschaft zu vereinen und durch diese Standardisierung die Relevanz der Disziplin zu sichern. Interessant für unsere Zwecke ist dabei vor allen Dingen, wie die Autoren dabei ethnographische Methoden in eine positivistische Matrix einverleiben, in der ein Prozess des Verstehens ohne die Befragung des eigenen Horizontes abläuft. Genau diese Umdrehung der kulturellen Wende macht politikwissenschaftliche Diskurse so relevant für die Art und Weise, wie kulturelles Wissen in der Aufstandsbekämpfung behandelt wird.

Wie angemerkt geht es den Autoren von »Designing Social Inquiry« um das universalistische Unterfangen, einheitliche logische Regeln für valide Schlussfolgerungen insbesondere für qualitative Untersuchungen zu formulieren (King et al. 1994: 3) und über diese gemeinsame epistemologische Grundlage die Lücke zwischen qualitativer und quantitativer Forschung zu schließen: »Sowohl quantitative als auch qualitative Forschung kann systematisch und wissenschaftlich sein« (Übersetzung der Verf.; King et al. 1994: 5), stellen King et al. fest, solange sie

bestimmte methodologische Regeln befolge. Denn genau diese Regelgeleitetheit ermögliche es, »harte Fakten der empirischen Realität« heranzuziehen, um »wissenschaftliche Stellungnahmen« (Übersetzung der Verf.; King et al. 2010: 113) abzugeben. Für das Projekt guter Wissenschaft seien folglich »die Methoden und Regeln« entscheidender als das Forschungsthema (Übersetzung der Verf.; King et al. 1994: 9): sie könnten »uns weiter zu dem Kampf antreiben, den Bestand valider Schlüsse über die politische Welt zu verbessern« (Übersetzung der Verf.; King et al. 2010: 116). King et al. geht es also darum, über bestimmte methodologische Grundregeln objektive Wertfreiheit auch für qualitative Forschung zu sichern. Nur auf dieser gemeinsamen epistemologischen Basis können politikwissenschaftliche Ergebnisse laut den Autoren auch in ein liberales Fortschrittsprojekt der Verbesserung von Wissenschaft/Welt eingebunden werden und somit die Relevanz der Politikwissenschaft legitimieren.

Interessanterweise beschäftigen sich die Autoren dabei auch mit ethnographischen Forschungsmethoden und dem Konzept der Kultur. In einer instruktiven Darstellung von Hermeneutik setzen sie Verstehen mit ethnographischen Methoden gleich und präsentieren dann ethnographische Methoden als hilfreich, um »lokale Kulturen« verstehen zu können (Übersetzung der Verf.; King et al. 1994: 37). Doch stellen sie dabei ihr verkürztes Verständnis von Verstehen umgehend klar. So könnten sozialwissenschaftliche Forscher_innen zwar einerseits durch das »Eintauchen« in Kulturen hilfreiche Forschungshypothesen formulieren. Sobald diese Hypothesen formuliert worden seien, müssten diese jedoch durch »valide wissenschaftliche Schlussfolgerungen« verifiziert werden (Übersetzung der Verf.; King et al. 1994: 38). Denn, so führen sie aus:

»Wenn wir menschliches Verhalten einfach durch ›Verstehen‹ erfassen könnten, wären wir niemals dazu im Stande, unsere deskriptiven Hypothesen zu falsifizieren oder sie jenseits unserer eigenen Erfahrung zu belegen. Unsere Schlussfolgerungen würden niemals jenseits des Status ungeprüfter Hypothesen gelangen, und unsere Interpretationen würden persönlicher eher als wissenschaftlicher Art« (Übersetzung der Verf.; King et al. 1994: 38).

In einer positivistischen Umdrehung von ethnographischen Methoden machen King et al. hier klar, dass Ethnographie nützlich sei, um deskriptiv mehr Wissen und mehr Hypothesen über eventuell unbekannte Kulturen zu sammeln (King et al. 1994: 39). Gleichzeitig sichern sie sich selbst eine angeblich objektive Forscherposition gänzlich unabhängig von kulturellen Einflüssen oder eigener Erfahrung: Über bestimmte methodologische Regeln werden überprüfte Hypothesen zu

universell validem Wissen, das nicht mehr von persönlichen Erfahrungen »beschmutzt« sein soll.

Logischerweise muss für diesen Zweck Kultur als messbare Variable formuliert werden. So warnen King et al. in einem späteren Abschnitt davor, abstrakte Konzepte wie Kultur tautologisch zu benutzen. Kultur müsste anhand klar beobachtbarer Kriterien operationalisiert und unabhängig von der abhängigen Variable definiert werden, um empirische Beweise für Hypothesen zu schaffen (King et al. 1994: 109-110). Anhand einer Diskussion von Geertz' bekanntem Text zur »dichten Beschreibung« (Geertz 1973) diskutieren King et al. ein solches Verfahren im Detail: so könnten Forscher_innen zwar ein Augenzwinkern empirisch beobachten. Um jedoch das Zwinkern als kulturellen Code empirisch verifizieren zu können, müssten die von King et al. als wissenschaftlich definierten validen Mechanismen zur Schlussfolgerung herangezogen werden (King et al. 1994: 40).

Eine ganz zentrale Verkürzung ist für diese positivistische Umdrehung ethnographischer Methoden und die Formulierung von Kultur als Variable notwendig. Diese ist meiner Ansicht nach auch für die Verkürzung der kulturellen Wende in der Politikwissenschaft und deren Anschlussfähigkeit in der Aufstandsbekämpfung entscheidend. Denn während in Gadamers Verständnis der Prozess des Verstehens immer auch zentral auf der Befragung des eigenen Horizontes beruht (Gadamer 1975: 298), ist der Prozess des Verstehens von King et al. nur eindimensional gezeichnet. Die eigene Situiertheit, Positionierung und kulturelle Prägung bleibt so unsichtbar und unhinterfragt. Ethnographische Methoden, die als Teil der kulturellen Wende in vielen Disziplinen diskutiert wurden, werden so lediglich zur instrumentellen Erweiterung eines Methodensets genutzt, das letztlich auf einer positivistischen Wahrheitsgrundlage beruht, welche die Wissenschaftlichkeit der Disziplin sichern soll. Im Einklang mit dem liberalen Forschungsprojekt wird also ein liberales Forschungsobjekt stabilisiert, das ethnographische Methoden für die Erforschung anderer Kulturen instrumentell nutzt, seine eigene kulturelle Prägung aber unsichtbar macht.

Eine Reihe von Grenzziehungen und Binarismen (darunter Subjekt/Objekt, aktiv/passiv, männlich/weiblich und Wir/Andere) ist für diese Neukonfigurierung von Kultur als Variable notwendig und macht genau diese Fassung attraktiv für eine militärische Nutzung in der aktuellen Aufstandsbekämpfung. Denn Kultur ist dabei immer die partikuläre Kultur der Anderen, auf die der/die distanzierte Forscher_in/Soldat_in mithilfe wissenschaftlicher Methodologie gleichsam »aus dem Nichts« schaut (Haraway 1988: 581). Damit ist das forschende Subjekt immer schon in einer Machtposition der Kontrolle (auch über die eigene Kultur) und kann das »Eintauchen« in eine andere Kultur instrumentell für Zwecke der

Forschung/Aufstandsbekämpfung nutzen. Normative und ethische Fragen der eigenen Positionierung werden dabei jenseits der Grenzen des Sagbaren verschoben. Genau diese Grenzziehungen aktivieren folglich ein liberales Projekt forschungsbasierter Aufstandsbekämpfung: Denn durch sie wird Gewalt lediglich als verwurzelt in der Kultur der Anderen sichtbar, während die Gewalt der westlich-liberalen Aufstandsbekämpfung unsichtbar gemacht wird.

5. Schlussbemerkungen

Ich habe eine genealogische Herangehensweise für eine postkoloniale Kritik an dem scheinbar selbstverständlichen Begriff der Kultur genutzt, welcher insbesondere im Rahmen der kulturellen Wende der militärischen Aufstandsbekämpfung für das US-Militär attraktiv wurde. Mein Hauptargument war, dass politikwissenschaftliche Diskurse in den USA das koloniale Wissensobjekt Kultur auf eine Art und Weise neu konfiguriert haben, die Kultur für den militärischen Gebrauch im 21. Jahrhundert anschlussfähig machte. Entgegen der Arbeiten, die weitestgehend die Zusammenhänge zwischen Anthropologie und Militär in den USA beleuchtet haben, habe ich also gezeigt, dass politikwissenschaftliche Diskurse eine Reihe von Bedingungen für die kulturelle Wende der Aufstandsbekämpfung geformt haben. Konzepte von Kultur als verhaltensbestimmender operativer Code, von Kultur als Bedrohung liberaler Ordnung und Kultur als messbarer Variable wurden nicht nur in Diskursen der US-Politikwissenschaft geprägt. Vielmehr zirkulieren sie alle in einer Fassung von Aufstandsbekämpfung, die die Erforschung von Kultur als neue militärische Waffe ausgerufen hat. Kultur funktioniert hier als Nexus, der koloniale Differenzlogiken festschreibt, liberal wendet und in positivistische Messbarkeit übersetzt.

Ich möchte den Kreis meiner Analyse schließen, indem ich noch einmal auf eine Frage zurückkomme, die ich in der Einleitung angedeutet habe. Wie kommt es, dass auch die kritische Debatte zur kulturellen Wende der Aufstandsbekämpfung in der FKF die Verwicklung der eigenen Disziplin weitestgehend ausklammert? Die Äußerungen des renommierten FKF-Forschers Stathis N. Kalyvas (2008) zur Veröffentlichung des neuen COIN-Handbuchs 2006 lassen auf eine mögliche Antwort schließen. In einem Diskussionsbeitrag zur neuen Aufstandsbekämpfung kritisiert Kalyvas die Autor_innen des COIN-Handbuchs dafür, dass sie im Gegensatz zu klassischer COIN-Literatur bereits bestehende »robuste Ergebnisse« aus der FKF ignoriert hätten – eine Tatsache, die er ausdrücklich bedauert (Kalyvas 2008: 351). Kalyvas rekurriert also auf die Allgemeingültigkeit »robuster Ergebnisse«, um das Potenzial von Konfliktforschung für militärische

Einsätze zu begründen. Epistemologisch beruht Kalyvas' Äußerung auf genau den liberalen Grenzziehungen, die ich anhand des positivistischen Methodengerüsts von King et al. diskutiert habe. Die normative und ethische Frage nach der Verzahnung von Sozialwissenschaften und Militär wird folglich implizit mit der universellen Allgemeingültigkeit und Wertfreiheit »robuster Ergebnisse« beantwortet.

Eine postkoloniale Kritik muss, wie ich mit diesem Beitrag demonstriert habe, genau an diesen Momenten ansetzen und danach fragen, wie bestimmte Konzepte als selbstverständlich, allgemeingültig oder universell produziert werden. Denn die komplexen postkolonialen Nachwirkungen, auf die Stuart Hall hingewiesen hat, werden auch und gerade in wissenschaftlichen Diskursen effektiv, die bestimmte Konzepte immer wieder neu konfigurieren und koloniale Logiken mit anderen Diskursen verschränken. Die Tatsache, dass es bisher kaum selbstkritische Arbeiten dieser Art in der Politikwissenschaft und der Friedens- und Konfliktforschung zur militärischen Aufstandsbekämpfung gibt, lässt auf die Macht eines positivistischen Wahrheitsdiskurses schließen, der solche Art kritischer selbstreflexiver Praxis als methodologisch unsauber markiert.

Literatur

- Almond, Gabriel* 1954: *The Appeals of Communism*, Princeton, NJ.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney* 1963: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, London.
- Asad, Talal* 1973: Introduction, in: ders. (Hrsg.): *Anthropology & the Colonial Encounter*, Amherst, NY, 9-19.
- Bachmann-Medick, Doris* 2010: Cultural Turns, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 29.3.2010, in: http://docupedia.de/zg/Cultural_Turns; 23.5.2015.
- Banivanua Mar, Tracey* 2002: Stabilising Violence in Colonial Rule. Settlement and the Indentured Labour Trade in Queensland in the 1870s, in: *Banivanua Mar, Tracey/Evans, Julie* (Hrsg.): *Writing Colonial Histories. Comparative Perspectives*, Melbourne, 145-163.
- Brown, Wendy* 2006: *Regulating Aversion. Tolerance in the Age of Identity and Empire*, Oxford.
- Brown, Wendy* 2008: The New U.S. Army/Marine Corps Counterinsurgency Field Manual as Political Science and Political Praxis, in: *Perspectives on Politics* 6: 2, 351-353.
- Castro Varela, Maria d. M./Dhawan, Nikita* 2015: *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*, Bielefeld.

- Clifford, James* 1988: *The Predicament of Culture. Twentieth-Century Ethnography, Literature and Art*, Cambridge, MA.
- Das, Veena* 2008: Violence, Gender, and Subjectivity, in: *Annual Review of Anthropology* 37, 283-299.
- Davis, Rochelle* 2010: Culture as a Weapon System, in: *Middle East Report* 255, 8-13.
- Davis, Rochelle* 2012: Culture, a Weapon System on the Wane, in: *Middle East Report* 274, 22-25.
- Dirks, Nicholas B.* 1992: Introduction. Colonialism and Culture, in: ders. (Hrsg.): *Colonialism and Culture*, Ann Arbor, MI, 1-26.
- Dirks, Nicholas B.* 1997: The Policing of Tradition. Colonialism and Anthropology in Southern India, in: *Society for Comparative Study of Society and History* 39: 1, 182-212.
- Dittmer, Cordula* 2014: Der Einsatz westlicher Soldatinnen in Afghanistan. Positionierungen und Aushandlungsprozesse militärischer Geschlechterordnungen, in: *Peripherie* 34: 133, 9-25.
- Engels, Bettina* 2014: Zwischen Mainstream und Kritik. Postkoloniale Perspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung, in: Bös, Matthias/Schmitt, Lars/Zimmer, Kerstin (Hrsg.): *Lehren und Lernen in der Friedens- und Konfliktforschung*, Wiesbaden, 305-322.
- Fisch, Jörg* 1992: Zivilisation, Kultur, in: Brunner, Otto (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe*, Band 7, Stuttgart, 679-774.
- Forte, Maximilian C.* 2011: The Human Terrain System and Anthropology. A Review of Ongoing Public Debates, in: *American Anthropologist* 113: 1, 149-153.
- Foucault, Michel* 1977: Nietzsche, Genealogy, History, in: Bouchard, Donald (Hrsg.): *Language, Counter-Memory, Practice. Selected Essays and Interviews*, Ithaca, NY, 139-164.
- Foucault, Michel* 2006: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I (Vorlesung am Collège de France 1977-1978), Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel* 2007: What is Enlightenment?, in: Lotringer, Sylvère (Hrsg.): *The Politics of Truth*, Los Angeles, CA, 97-119.
- Gadamer, Hans-Georg* 1975: *Truth and Method*, London.
- Geertz, Clifford* 1973: Thick Description. Toward an Interpretive Theory of Culture, in: ders. (Hrsg.): *The Interpretation of Cultures*, New York, NY, 3-30.

- Gendzier, Irene* 1998: Play It Again, Sam. The Practice and Apology of Development, in: Simpson, Christopher (Hrsg.): Universities and Empire. Money and Politics in the Social Sciences During the Cold War, New York, NY, 57-96.
- González, Roberto* 2009: Embedded. Information Warfare and the »Human Terrain«, in: Network of Concerned Anthropologists (Hrsg.): The Counter-Counterinsurgency Manual. Or, Notes on Demilitarising American Society, Chicago, IL, 97-114.
- Gregory, Derek* 2008: »The Rush to the Intimate«. Counterinsurgency and the Cultural Turn, in: Radical Philosophy 150, 8-23.
- Gupta, Akhil/Ferguson, James* 1997: Discipline and Practice. »The Field« as Site, Method, and Location in Anthropology, in: Gupta, Akhil/Ferguson, James (Hrsg.): Anthropological Locations. Boundaries and Grounds of a Field Science, Berkeley, CA, 1-46.
- Gurian, Waldemar* 1948: The German Question, in: World Politics 1: 1, 120-126.
- Hall, Stuart* 2002: Wann gab es »das Postkoloniale«? Denken an der Grenze, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hrsg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M., 219-246.
- Haraway, Donna* 1988: Situated Knowledges. The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective, in: Feminist Studies 14: 3, 575-599.
- HTS – Human Terrain System* 2008: Human Terrain Team Handbook, Fort Leavenworth, KS.
- Jager, Sheila M.* 2007: On the Uses of Cultural Knowledge (Report, US Army War College Strategic Studies Institute), Carlisle, PA.
- Kalyvas, Stathis N.* 2008: The New U.S. Army/Marine Corps Counterinsurgency Field Manual as Political Science and Political Praxis, in: Perspectives on Politics 6: 2, 351-353.
- Khalili, Laleh* 2011: Gendered Practices of Counterinsurgency, in: Review of International Studies 37, 1471-1491.
- Kienschurf, Markus* 2010: Plugging Cultural Knowledge into the U.S. Military Machine. The Neo-Orientalist Logic of Counterinsurgency, in: Topia. Canadian Journal of Cultural Studies 23-24, 121-143.
- Kilcullen, David* 2006: Twenty-Eight Articles. Fundamentals of Company-Level Counterinsurgency, in: Marine Corps Gazette, Sommer 2006, 29-35.
- King, Gary/Keohane, Robert/Verba, Sidney* 1994: Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research, Princeton, NJ.

- King, Gary/Keohane, Robert/Verba, Sidney* 2010: The Importance of Research Design, in: Brady, Henry E./Collier, David (Hrsg.): Rethinking Social Inquiry. Diverse Tools, Shared Standards, Lanham, MD.
- Laitin, David D.* 1995: The Civic Culture at 30, in: American Political Science Review 89: 1, 168-173.
- Leites, Nathan* 1948: Psycho-Cultural Hypotheses about Political Acts, in: World Politics 1: 1, 102-119.
- Leites, Nathan* 1953: A Study of Bolshevism, Glencoe, IL.
- Machananda, Nivi* 2015: What We Talked About at ISA. The Imperial Sociology of the »Tribe« in Afghanistan, in: <http://thedisorderofthings.com/2015/03/08/what-we-talked-about-at-isa-the-imperial-sociology-of-the-tribe-in-afghanistan/>; 10.5.2015.
- Mamdani, Mahmood* 2002: Good Muslim, Bad Muslim. A Political Perspective on Culture and Terrorism, in: American Anthropologist 104: 3, 766-775.
- Mani, Lata* 1998: Contentious Traditions. The Debate on Sati in Colonial India, Berkeley, CA.
- McFate, Montgomery* 2005 a: Anthropology and Counterinsurgency. The Strange Story of their Curious Relationship, in: Military Review, März-April 2005, 18-21.
- McFate, Montgomery* 2005 b: The Military Utility of Understanding Adversary Culture, in: Joint Force Quarterly 38, 42-48.
- Nagl, John A.* 2002: Counterinsurgency Lessons from Malaya and Vietnam. Learning to Eat Soup with a Knife, London.
- Network of Concerned Anthropologists* (Hrsg.) 2009: The Counter-Counterinsurgency Manual. Or, Notes on Demilitarising American Society, Chicago, IL.
- Oren, Ido* 2003: Our Enemies and US. America's Rivalries and the Making of Political Science, Ithaca, NY.
- Oren, Ido* 2010: Is Culture Independent of National Security? How America's National Security Concerns Shaped »Political Culture« Research, in: European Journal of International Relations 6: 4, 543-573.
- Petraeus, David H.* 1987: The American Military and the Lessons of Vietnam. A Study of Military Influence and the Use of Force in the Post-Vietnam Era (Princeton University, Dissertation) Princeton, NJ.
- Pletsch, Carl E.* 1981: The Three Worlds, or the Division of Social Scientific Labor, Circa 1950-1975, in: Comparative Studies in Society and History 23: 4, 565-590.
- Porter, Patrick* 2007: Good Anthropology, Bad History. The Cultural Turn in Studying War, in: Parameters 37: 2, 45-58.

- Price, David* 2009: Faking Scholarship, in: Network of Concerned Anthropologists (Hrsg.): The Counter-Counterinsurgency Manual. Or, Notes on Demilitarising American Society, Chicago, IL, 59-76.
- Pye, Lucian W.* 1991: Political Culture Revisited, in: Political Psychology 12: 3, 487-508.
- Rafael, Vicente* 2012: Targeting Translation. Counterinsurgency and the Weaponization of Language, in: Social Text 30: 4, 55-80.
- Saar, Martin* 2007: Genealogie als Kritik. Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault, Frankfurt a. M.
- Sartori, Andrew* 2008: Bengal in Global Concept History. Culturalism in the Age of Capital, Chicago, IL.
- Scott, David* 2004: Conscripts of Modernity. The Tragedy of Colonial Enlightenment, London.
- Scott, Joan W.* 2007: History-Writing as Critique, in: Jenkins, Keith/Morgan, Sue/Munslow, Alun (Hrsg.): Manifestos for History, New York, NY, 19-38.
- Shannon, Christopher* 1995: A World Made Safe for Differences. Ruth Benedict's »The Chrysanthemum and the Sword«, in: American Quarterly 47: 4, 659-680.
- Simpson, Christopher* 1998: Universitites, Empire and the Production of Knowledge. An Introduction, in: ders. (Hrsg.): Universitites and Empire. Money and Politics in the Social Sciences During the Cold War, New York, NY, xi-xxxiv.
- Szanton, David L.* (Hrsg.) 2003: The Politics of Knowledge. Area Studies and the Disciplines, Berkeley, CA.
- US Army* 2006: Counterinsurgency (Field Manual, FM 3-24, Headquarters, Department of the Army), Washington, DC.
- Wedeen, Lisa* 2008: Scientific Knowledge, Liberalism, and Empire. American Political Science in the Modern Middle East (Social Science Research Council, 14.-15.6.2007), New York, NY.
- Wedeen, Lisa* 2009: Ethnography as Interpretive Enterprise, in: Schatz, Edward (Hrsg.): Political Ethnography. What Immersion Contributes to the Study of Power, London, 75-93.

Die Autorin

Dr. Ruth Streicher ist Postdoc-Stipendiatin der Fritz-Thyssen-Stiftung an der Universität Heidelberg.

E-Mail: ruth.streicher@posteo.de

Kartographien der Gewalt

Postkoloniale Blicke auf die (De-)Konstruktion von Raum in Forschung und Praxis

Räumlich dualistische Verortungen in ein (friedliches) Hier und (gewalttätiges) Dort, Nah und Fern, global Nord-Süd, die auf der Konstruktion von Differenzen beruhen, sind allgegenwärtig. Aus (politik-)wissenschaftlicher Perspektive sollen sie helfen, Krieg und Frieden zu »ordnen« und erforschbar zu machen. Gerade kartographische Abbildungen nehmen bei der räumlichen Fixierung von Konflikt, Frieden und Gewalt eine Schlüsselrolle ein, da sie komplexe und umkämpfte (Konflikt-)Realitäten nicht nur in den visuellen Rahmen hegemonialer Interpretationsmuster (»Nord vs. Süd«, »starker Staat vs. failed state«) übersetzen, sondern Ursachen globaler Konflikte zugleich visuell wirksam in die »Gewalträume des Globalen Südens« verlegen. Entgegen des Reduktionismus geläufiger räumlicher Meta-Narrative (Containerstaat, Entgrenzung) argumentiert unser Beitrag für einen reflektierten Umgang mit Raumbildern im Allgemeinen und Karten im Speziellen.

Schlagnvorte: *Postcolonial Geographies*, Konfliktkarten, Raumbilder, Containerraum, Entgrenzung

1. Vorbemerkungen

Räumliche (Re-)Präsentationen, wie sie sich in der Materialität von Karten ganz konkret widerspiegeln, durchziehen die Debatten der Friedens- und Konfliktforschung sowie unsere Sprache und Vorstellung von Krieg und Frieden.¹ Räumlich dualistische Verortungen in ein (friedliches) Hier und (gewalttätiges) Dort, Nah und Fern, global Nord-Süd, die auf der Konstruktion von Differenzen beruhen, sind allgegenwärtig. Aus (politik-)wissenschaftlicher Perspektive sollen sie helfen, Krieg und Frieden – meist im territorialen Container des Staates – zu »ord-

1 Die Verfasser_innen bedanken sich für die wertvollen und konstruktiven Hinweise der anonymen Gutachter_innen, die zur Strukturierung und Schärfung der Argumentation einen wesentlichen Beitrag geleistet haben. Unser besonderer Dank gilt den Herausgeberinnen Cordula Dittmer und Claudia Simons für ihre wertvolle Unterstützung, kritische Anregungen sowie nicht zuletzt ihre Geduld.

nen« und erforschbar zu machen. Dass diese Verortungen und räumlichen Platzierungen dabei immer schon Teil hegemonialer Raumvorstellungen sind, die auf kolonialen Prägungen beruhen, kollektive Identitäten reproduzieren, »westlich« interpretiert sind und sich in die »Schubladen« eurozentristischer Raumauffassungen und Weltdeutungen einfügen, bleibt häufig unhinterfragt. Zugespitzt formuliert: Karten, die unreflektiert räumliche Repräsentationen und die ihnen innewohnenden sozialwissenschaftlichen Raumbilder reproduzieren, tragen zur Fortschreibung wie Festigung verräumlichter Abgrenzungsdiskurse und Machtstrukturen bei – und unterstützen so ihre Naturalisierung (vgl. u. a. Glasze 2009: 184). Damit verbunden ist sowohl eine eingewobene Entdifferenzierung sozio-ökonomischer, politischer und identitärer Prozesse unterhalb der Ebene des Staates, auf der Individuen und Gruppen Räume ganz unterschiedlich (re-)konstruieren, als auch ein Auslassen von Zwischen-Räumen – wie etwa dem »entzerrten Grenzgebiet« zwischen Guinea und dem Senegal (Bonnett 2015: 89-93).

So etabliert räumliche Analyseperspektiven auf Konflikt, Gewalt und Krieg in der Friedens- und Konfliktforschung heute sind, so analytisch reduktionistisch wie auch politisch problematisch entfaltet sich das wachsende konflikttheoretische Interesse an Raum und Räumlichkeit (Chojnacki/Engels 2013; Toft 2014). Gleich mehrere gegenläufige, jedoch ähnlich irritierende Tendenzen lassen sich ausmachen. Werden räumliche Faktoren *erstens* als explizite Analysekatoren herangezogen, so geschieht dies meist entlang einer konzeptionellen Reduktion von Raum auf eine externe Erklärungsvariable, die außerhalb sozialer Prozesshaftigkeit gedacht und verortet wird. Dies gilt sowohl für quantitative Studien, die sich etwa auf Anzahl und Verlauf von Grenzen bzw. auf die räumlich-physische Verteilung natürlicher Ressourcen fokussieren (siehe u. a. Fearon 2005; Lujala et al. 2005; Pickering 2012), als auch für zahlreiche Beiträge in der Bürgerkriegs- und Umweltkonfliktforschung (Kalyvas 2006; 2012; Theisen 2012; kritisch: Chojnacki/Engels 2013: 6-11).

Wird das verräumlichte Konstrukt des Staates *zweitens* als zentraler Bezugspunkt für vergleichende Analysen des Scheiterns oder des Zerfalls politischer Ordnungsformen herangezogen (»*failed states*«-Diskurs) oder werden diese Entwicklungen als wesentliche Ursachen für die Begründung gewandelter Kriegsformen thematisiert (»Neue Kriege«-Diskurs), dann droht ein expliziter Reduktionismus gewaltförmiger Konfliktkonstellationen auf einen starren Raumcontainer, der sich nicht nur am schlichten Modell europäischer Territorialstaatlichkeit orientiert, sondern die komplexen gewaltursächlichen Hintergründe und Kontextbedingungen in die Container der »gefährlichen Anderen« hineinprojiziert – ohne andere Konfliktebenen (lokal, global bzw. global) systematisch zu integrieren. Dies

gilt im Übrigen auch für jene Ansätze, die eher implizit auf raumbasiertes Denken zurückgreifen, wie den Debatten zum Theorem des demokratischen Friedens. Hier ist insofern Vorsicht geboten, weil normativ aufgeladene Konzepte wie Gewalt bzw. Frieden auf die dichotom-geographische Folie eines friedlich-demokratischen »Westens« einerseits und eines gewaltvollen, hilfsbedürftigen bzw. zu entwickelnden »Globalen Südens« andererseits übertragen werden (zur Kritik vgl. Barkawi/Laffey 1999; Bonacker 2006; Daase 2011).

Deutlich expliziter werden die relevanten Problemzusammenhänge räumlicher Imaginationen *drittens* im Kontext desaggregierter Konfliktanalysen. Die im Ansatz durchaus kreative methodische Zergliederung staatlicher Einheiten in kleinere Teile mag auf den ersten Blick Kritiker_innen der oben diskutierten Ansätze besänftigen, weil so konfliktanalytische und raumbasierte Anknüpfungspunkte für eine Mikrofundierung gewaltförmiger Konflikte versprochen werden. Die Krux besteht jedoch darin, dass Rasterzellen und Hotspots von Gewaltereignissen zwar einen Abschied vom methodologischen Nationalismus suggerieren, letztlich aber im methodologischen Territorialismus münden, der nicht nur methodische Machbarkeit und Rigorosität zugunsten theoretischer Argumentation und Innovation ausspielt, sondern die vielschichtigen Wechselbezüge von Raum und Konflikt, insbesondere die politische, soziale und identitäre Bedeutung der physischen Materialität, außer Acht lassen (vgl. u. a. Chojnacki/Engels 2013). Gleichzeitig werden über – farblich meist rot eingefasste – Hotspot-Zuordnungen besonders gefährliche Räume markiert, die gleichsam den kartographischen »*failed states*«-Darstellungen in die Hände spielen und ebenso wie diese letztlich den Staat mit seinen fixierten Grenzlinien als analytischen Rahmen reproduzieren, ohne die historischen (post-kolonialen) Bedingungen und raumbezogenen Selbstzuschreibungen gesellschaftlicher Akteur_innen vor Ort zu reflektieren. Dass damit gleichsam das kollektive Streben nach alternativen Territorialordnungen – wie etwa die Unabhängigkeitsbestrebungen der Lunda Chokwe im heutigen Angola (Bonnett 2015: 222-227) – unsichtbar gemacht und delegitimiert wird, zeigt noch einmal, wie eng die sozialwissenschaftliche Reproduktion politisch wirkungsmächtiger Grenzziehungen und Raumkonzeptionen mit den Möglichkeiten der Subalternen, von einer externen Öffentlichkeit quasi gehört zu werden, verwoben ist.

2. Aufbau unserer Argumentation

Wie entlang dieser Vorbemerkungen deutlich geworden sein sollte, ist die Friedens- und Konfliktforschung gleich mit mehreren – impliziten wie expliziten –

Raumfallen konfrontiert, die postkoloniale Theorien geradezu einladen, kritisch Position zu beziehen, aber auch herausfordern, die Wechselbezüge von Raum und Konflikt stärker theoretisch zu durchdringen, als dies bisher geschehen ist. Im Zentrum einer Dekolonisierung der Disziplinen – so viel wird mit Blick auf bereits vorhandene konflikttheoretische Kritikperspektiven wie auch postkoloniale Perspektiven in den Internationalen Beziehungen deutlich – muss daher die radikale Hinterfragung und Historisierung »des wohl einflussreichsten politischen Konzepts: des souveränen Nationalstaats nach europäischem Vorbild als grundlegende politische Gemeinschaft und Einheit des Politischen« stehen (Ziai 2012: 285; vgl. auch: Barkawi 2016). Während bisherige Anläufe einer solchen Provinzialisierung vornehmlich einen historischen Analyseweg eingeschlagen haben (vgl. Conrad/Randeria 2002; Gruffydd Jones 2006: 8, 12), wollen wir im Folgenden die oftmals unterbelichtete und vernachlässigte Dimension der räumlichen Implikationen konflikttheoretischer Eurozentrismen in den Vordergrund rücken – und so auch das Projekt einer Dekolonisierung der Disziplin vorantreiben. Die Friedens- und Konfliktforschung – und mit ihr unsere zentralen Annahmen über Gesellschaft, Krieg, Frieden und Politik – fußen auf einer Universalisierung europäischer Erfahrungen und Denkhorizonte, in deren Mittelpunkt der Westfälische Frieden von 1648 mit seiner Etablierung des bis heute bestehenden Staatensystems steht (vgl. Barkawi 2016; Chojnacki/Namberger 2014). Erst eine um ein kritisches raumtheoretisches Denken ergänzte postkoloniale Perspektive – so unsere zentrale Annahme – hat das Potential, die Friedens- und Konfliktforschung nachhaltig zu provinzialisieren.

Beiträge aus der Kritischen Geographie im Allgemeinen und den *Postcolonial Geographies*² im Besonderen sowie Interventionen aus der Kritischen Kartographie erschließen Potentiale einer räumlich informierten postkolonialen Theoriebildung, die gerade für die Friedens- und Konfliktforschung relevant sind. Auch wenn wir dabei auf Wissensbestände zurückgreifen, die der Kritischen Geographie bereits vertraut sein mögen, eröffnet die Zusammenführung mit den Fachdiskursen der Friedens- und Konfliktforschung vielseitige Möglichkeiten wie auch Notwendigkeiten für kritische Interventionen. Einlösen lässt sich so einerseits eine stärkere Reflexivität gegenüber jenen Raumbildern, die als sozialwissenschaftliche Leitbilder (»Containermodell« und »Räume begrenzter Staatlichkeit« einerseits, »Entgrenzung« des globalen Konfliktgeschehens andererseits) Diskur-

2 Siehe für eine Einführung in die *Postcolonial Geographies* etwa Blunt/McEwan (2002) sowie die beiden *Special Issues* des *Singapore Journal of Tropical Geography* Heft 24: 3 (2003) bzw. Heft 35: 1 (2014).

se und Praktiken innerhalb der Konfliktforschung strukturieren und implizit oder explizit Konfliktanalysen und Friedenskonzeptionen zugrunde liegen (vgl. Lutz 2007). Andererseits lässt sich mit Bezügen aus der Kritischen Kartographie die dominante und hegemoniale »Ordnung des kartographischen Diskurses« (Mose/Strüver 2012: 324) und seiner machtvollen Raum(be)schreibungen innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung hinterfragen. Insofern nutzen wir sowohl post-strukturalistische Ansätze aus der Kritischen Kartographie (Harley 1989; Michel 2010) als auch die Interventionen einer *post-representational cartography* (Kitchin/Dodge 2007; Kitchin et al. 2011 a), um den analytischen Fokus vom vielfach geschönten, formalisierten und abstrahierten Endprodukt der Karte selbst, hin zum eigentlichen Prozess des »Kartenmachens« zu verschieben.³

Die kartographischen Kulturtechniken, die dabei in Erscheinung treten – mit denen des Projizierens, Zeichnens, Stechens, Revidierens, Sammelns, Druckens und Vermarktens sind nur einige wenige genannt (Siegel 2011: 17) – sind zwar historisch wandelbar und somit einer zunehmenden »Computerisierung« kartographischer Praxis unterworfen (GIS, *GeoWeb*), es ist zunächst jedoch zweitrangig, ob der Rotstift der Kartograph_in in digitaler oder analoger Form an der Konstruktion räumlicher Wirklichkeit ansetzt (vgl. Crampton 2010: 12). Entscheidend ist, dass er es tut und es gerade mit Blick auf Krieg, Konflikt und Kolonialismus schon immer getan hat (vgl. Clarke 2011; Engberg-Pedersen 2011; Gräbel 2015: 270-282; Siegel/Weigel 2008). Wenn wir also die visuell geschönte und analytisch abstrahierte Oberfläche der Karte hinter uns lassen und, im wahrsten Sinne des Wortes, die Werkstatt der Kartograph_in betreten (Siegel/Weigel 2011), soll dies vor allem eines deutlich machen: Karten sind niemals nur als Ergebnis präsent, sondern stets in Prozesse politischer, gesellschaftlicher, ideologischer wie auch ästhetischer Entscheidungsfindung eingebunden – kurz: *Karten werden gemacht!*

In diesem Sinne geht es uns im Folgenden *erstens* um eine Erweiterung der Sagbarkeitsfelder der Friedens- und Konfliktforschung, die wir entlang einer kritischen Reflexion bzw. »Produktivmachung« sowohl postkolonialer Theorien als auch Kritischer Geographien und Kartographien erzielen. Eine Verschränkung dieser Forschungsperspektiven erlaubt es uns *zweitens*, die (oftmals impliziten oder gar versteckten) räumlichen Meta-Narrative konflikttheoretischer Forschung in ihren kolonialhistorischen Machtverwobenheiten in den Vordergrund zu rü-

3 Für eine Veranschaulichung des Prozesshaften im Kartenmachen siehe etwa die Skizzen und Korrekturzeichnungen, die auf dem Weg zur »fertigen Karte« entstehen. Beispiele aus dem Bereich der topographischen sowie der Kriegs- und Grenzkartographie liefern Dodge et al. (2011: Einbandinnenseite), Siegel/Weigel (2008: 61-64) sowie Engberg-Pedersen (2011: 42, 44-45).

cken: Das Raumbild des (territorialstaatlichen) *Containerraums* einerseits sowie das Narrativ einer *Entgrenzung* des globalen Konfliktgeschehens andererseits. Wie wir *abschließend* argumentieren, sind es dabei gerade die kartographischen Abbildungen der Friedens- und Konfliktforschung, die die geopolitischen Ordnungsansprüche beider Meta-Narrative in visuell wirkmächtige Formen übersetzen und so in entscheidender Weise dazu beitragen, eine simplifizierende Gegenüberstellung von »friedlichem Hier« und »gewaltvollem Dort« zu verfestigen.

3. Postkoloniale Theorien und Kritische Geographien/Kartographien

Postkoloniale Theorien und Kritische Geographien haben unübersehbare Gemeinsamkeiten und verweisen beiderseits auf ein macht- und wissensbasiertes Kräftefeld, in dem die »gewaltvolle Repräsentation der Anderen als unverrückbar different« (Castro Varela/Dhawan 2015: 22) zur unabdingbaren Voraussetzung für die identitäre Abgrenzung eines aufzuwertenden europäischen Selbst wird. Dementsprechend entfalten sich die theoretischen Bezugnahmen zwischen postkolonialen Theorien und Kritischen Geographien in einem gegenseitigen Wechselspiel, das von beiden Polen her gedacht werden muss. In den Worten Cheryl McEwans: »Postcolonial studies are intrinsically geographical, and an increasing range of geographical teaching and research is located within a broadly postcolonial framework« (McEwans 2003: 340). Auf der einen Seite steht der seit jeher starke Einfluss geographischen Denkens auf postkoloniale Theoriebildung. Dieser zeigt sich nicht nur in den vielfältigen räumlichen Denkfiguren postkolonialer Perspektiven, sondern auch in der Formulierung explizit räumlicher Konzepte wie etwa Edward Saids (1978) Idee einer »Imaginative Geography«, die im Rahmen der *Critical Geopolitics*-Forschung (Gregory 1994; 1995; Dalby/Ó Tuathail 1998; Toal 1996) in velseitiger Weise weiterverfolgt wurde. »Verräumlichte Bilder sowie kartographische Metaphern, Konzepte wie Marginalität, Exil, Grenzen und Zwischenräume«, so stellen Castro Varela et al. insgesamt fest, »sind nicht ohne Grund wichtige Elemente innerhalb postkolonialer Theorie« (Castro Varela et al. 2012: 308). Auf der anderen Seite gewinnen postkoloniale Theorien auch innerhalb der Kritischen Geographie zunehmend an Bedeutung. Insbesondere im anglophonen Sprachraum konnte sich die innerfachliche Rezeption postkolonialer Theorien unter der Bezeichnung der *Postcolonial Geographies* nachhaltig verfestigen (Blunt/McEwan 2002; Clayton 2003: 354). Die Komplizenschaft zwischen dichotom organisierten Diskursformationen einerseits und (neo-)kolonialen Herrschaftsbeziehungen andererseits wird hier – in produktiver Ergänzung zu histo-

risch orientierten Rezeptionsperspektiven (etwa Conrad/Randeria 2002) – in explizit räumlicher Hinsicht entschlüsselt.

Aus der Verschränkung von postkolonialen Theorien und Kritischen Geographien ergeben sich in der Folge zwei grundlegende Analysestrategien (Clayton 2003: 357-362). *Erstens* ermöglichen postkoloniale Betrachtungsweisen einen selbstreflektierten Blick auf die Festschreibung von Geographie und Kartographie als wissenschaftliche Disziplinen, deren enges Wechselverhältnis zu europäischem Kolonialismus und Militarismus wiederholt betont wurde (vgl. Strüver 2005 b: 84-87):

»Many of [the] discipline's founding and distinctive knowledges and practices – its narratives of exploration and travel, maps and resources inventories, and systems of spatial comparison, classification and planning – worked as tools of material and intellectual dispossession« (Clayton 2003: 358).

So ging auch die deutschsprachige Geographie, die sich lange als Kundin der Länder und Landschaften verstand, traditionell und chorologisch von einem absoluten Raumverständnis aus, das sowohl Räumen als auch Kulturen einen wesentlichen, »natürlichen« Charakter zuwies. Ebenso orientierte sich geographische Wissensproduktion lange in weiten Teilen an regionalspezifischen und länderkundlichen Schemata (vgl. Hettner 1927), die physisch-materielle, soziale sowie politische und wirtschaftliche Bedingungen in deterministische Zusammenhänge setz(t)en. Soziale Prozesse wurden damit oftmals als vermeintliche Einheit natur- und kulturräumlicher Gegebenheiten ganzheitlich (und geodeterministisch) beschrieben und analysiert (kritisch dazu: Schultz 2013; Werlen 1997). Diese simplifizierende Vorstellung vom *absoluten Raum*, in dem Mensch und Natur in kausalem Verhältnis stehen und eine physisch-kulturelle Einheit bilden, wies der Geographie eine entscheidende Rolle bei der politischen Begründung und wissenschaftlichen Legitimierung »westlichen« Imperialismus und kolonialer Expansionspolitik zu.

Friedrich Ratzel (1844-1904), Begründer von Anthropogeographie, Politischer Geographie und Lebensraumtheorie sowie Mitglied des Deutschen Kolonialvereins, bot über biologistische Vorstellungen vom »Staatsorganismus« und der damit verbunden »Naturnotwendigkeit« des Wachstums imperialistischen Bestrebungen des deutschen Kaiserreiches wissenschaftlich-geographische Unterfütterung. Mit Positionen über »herrschende und dienende Völker« (Ratzel 1906[1898], in Lossau 2013: 101) lieferte er nicht nur Konzepte zur Legitimierung der kolonialen Ausbeutung, sondern mit seiner Lebensraumtheorie auch eine

Grundlage für die rassistischen Ideologien der Nationalsozialist_innen im Dritten Reich (Lossau 2013; Schultz 2013). Sowohl dieser »Reduzierung von Raum auf den Schauplatz militärischer Aktionen« (Strüver 2005 b: 85) als auch der Rolle der Geographie als Handlangerin des europäischen Imperialismus stellt die Kritische Geographie eine Problematisierung der eigenen Verstrickungen in Krieg und Kolonialismus entgegen.

Eine *zweite* Kritikperspektive innerhalb der *Postcolonial Geographies* zielt wiederum auf die Produktion wie auch die Wirkmächtigkeit geographischen Macht-Wissens und seiner Einfassung in verräumlichte Repräsentationen der »Anderen« in kolonialer Vergangenheit und neokolonialer Gegenwart (Clayton 2003: 359-362). Hier wird deutlich, wie die Geographie – in ihrem aufklärerischen Selbstbild als rationale und objektive (Vermessungs-)Wissenschaft – zur Produzentin räumlich geordneter Materialität wird, indem sie »Räume der Anderen« eurozentristischen Ordnungsmustern unterwirft. Zentral ist die Annahme, dass geographische Machtdiskurse keineswegs nur Beschreibungen räumlich-materieller »Realitäten« liefern, sondern selbst zur Konstitution physischer Raumordnungen im Sinne einer »colonial production of space« (Blunt/McEwan 2002: 5) beitragen. Die Betonung der Herstellung räumlicher Wirklichkeiten qua geographischer Wissensordnungen verdichtet sich im Begriff des *geo-graphing*, der Geographie als einen aktiven Prozess des Einschreibens vermeintlich objektiven Macht-Wissens in die Welt beschreibt. In den Worten Gerard Toal: »Geography, in other words, is a geo-graphing, a form of ›writing the earth‹ that necessarily involves culture, discourse and power/knowledge« (Toal 2005: 65; vgl. Toal 1996). Kartographische Praktiken wie jene vom Kolonialpolitiker und Kartographen Ludwig Friederichsen im Anschluss an die Berliner Afrika Konferenz 1885/86 gezeichnete quadratische Grenze um das »natürliche« und als »*terra nullius*« ausgewiesene Kongobecken, das auf der Konferenz zur Freihandelszone der Kolonialmächte erklärt wurde (Gatter 1984), waren entsprechend nicht nur Linien auf Papier, sondern lieferten zugleich das geopolitische Wissen für koloniale Ausbeutung und Unterwerfung. Insgesamt entspringen die engen Wechselbeziehungen zwischen postkolonialen Theorien und Kritischen Geographien folglich nicht nur aus ebenso engen wie gewaltvollen historischen Verflechtungen, sondern auch aus der Annahme der materiellen Produktivität machtdurchsetzter (Kolonial-)Diskurse.

Sowohl die Kartographie im Allgemeinen als auch die Praxis des Kartierens im Besonderen nehmen dabei bis heute eine zentrale Stellung ein. Denn Karten stellen gewissermaßen das Scharnier zwischen geographischen Wissensordnungen und der (kolonialen) Durchdringung von Raum dar. Historisch betrachtet lieferten

Karten nicht nur einen räumlich und visuell wirkmächtigen Legitimationsrahmen für kolonialistische Expansionsbestrebungen – etwa beim »Ausradieren« indigener Bevölkerungen von der Oberfläche der Karte –, sondern dienten Kolonialmächten und »Entdeckungsreisenden« auch als rationales Werkzeug, um einerseits Wissen über »andere« Räume zu schaffen, andererseits Räume aber auch beschiff- und befahrbar und, in der Konsequenz, beanspruchbar zu machen (vgl. Kitchin et al. 2011 b: 390): »Dem Kartographieren kommt die Funktion zu, anektierte Räume in lesbare, geordnete und damit kontrollierbare imperiale Territorien zu verwandeln. Es ist dies eine Praxis, die Orte produziert oder entfernt, um eine für die Kolonialmacht sinnvolle Perspektive auf die Welt durchzusetzen« (Castro Varela et al. 2012: 311; ähnlich: Clayton 2003: 360-361). Gewaltvolle Eingriffe in bestehende Eigentums- und Besitzverhältnisse, Zwangsenteignungen, die Neuzeichnung räumlicher Gegebenheiten sowie die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und letztendlich die gewaltvolle Annexion kolonialen Territoriums wurden erst in Verbindung mit modernen Kartierungstechniken denk- und durchführbar (Castro Varela et al. 2012; Lossau 2013; Osterhammel 2009). Kurz: »As much as guns and warships, maps have been the weapons of imperialism« (Harley 1988, in Kitchin et al. 2011 b: 389).

Ebenso haben kartographische Techniken dann auch zur Durchsetzung und Naturalisierung des aus europäischen Denkhorizonten erwachsenen Modells souveräner Staatlichkeit beigetragen. »It was the hegemony of modern mapping and the resulting understanding of the world as a geometrically divisible surface that channeled this drive toward centralization in the particular direction of creating territorially exclusive, linearly bounded states« (Branch 2011: 29; vgl. Strandsbjerg 2008). Wie eng das (Trug-)Bild des territorial exakt umgrenzten Staatscontainers – und die daran gekoppelte Konstruktion und (Re-)Produktion national-staatlicher Identitäten (Anderson 1991; Chatterjee 1993; Massad 2001) – mit kartographischen Abbildungspraxen interagiert, zeigt sich dann nicht zuletzt in der Wirkmächtigkeit des *scheinbar* Unpolitischen: Etwa in der allabendlichen Wetterkarte, die gerade durch den ihr zugestandenen außerpolitischen Charakter die historische Kontingenz national-staatlicher Grenzziehungen wiederholt zu geopolitischen Realitäten verfestigt (Kitchin et al. 2011 b; Mose 2009: 223-225).

Kartographische Darstellungen sind also weder stumme Visualisierungen sozial-räumlicher Gegebenheiten noch »wirklichkeitsnahe« räumliche Abstraktionen, mithilfe derer soziale »Wahrheiten« politisch neutral veranschaulicht werden können. Vielmehr muss aus Sicht der Kritischen Kartographie das kausale Verhältnis zwischen geo-graphischer »Realität« und kartographischer Be-Schreibung zugunsten letzterer umgekehrt werden – sprich: Karten sind *Produzentinnen* räumli-

cher Ordnungen, die der geographischen Materialität nicht nach- sondern vorgeordnet sind, da sie über *Abstraktion*, *Objektivierung* und *Fixierung* bestimmte Formen verräumlichten Wissens abbilden (und andere nicht) und somit Räume und die global-politisch machtvollen Vorstellungen dieser erst herstellen (Belina 2013; Crampton 2010; Michel 2010). Karten – verstanden als lesbare Texte innerhalb hegemonialer Diskurse (Harley 1989) – entwerfen machtvolle Perspektiven auf die Welt, weil sie beanspruchen, neutrale Realitäten darzustellen und so eine wesenhafte, natürliche und ultimative Beziehung zwischen »Bezeichnendem und Bezeichnetem« (Michel 2010) vortäuschen. Genau in dieser Möglichkeit, gewisse Darstellungen und Vorstellungen von sozialräumlichen Phänomenen als objektiv und neutral zu deklarieren, liegt die »Macht der Karte« (Crampton 2014).

Das gilt dann nicht weniger für die analogen Papierkarten und Atlanten der vergangenen Jahrhunderte als für heutige digitale Karten, die aus der Entwicklung geographischer Informationssysteme (GIS) bzw. neuer Technologien der Datenerfassung (Satellitenbilder, GPS) und einer damit einhergehenden »digital transition« (Goodchild 1999; Pickles 1999) der Kartographie hervorgegangen sind. Dabei geht es aus Sicht der *Critical GIS* (Elwood et al. 2011; Pickles 1995 a; Sheppard 2005) zunächst vor allem darum, geographische Informationssysteme und die mit ihrer Hilfe erstellten Karten nicht, wie weithin verbreitet, als objektive und politisch neutrale Instrumente zur Erfassung räumlicher Wirklichkeiten zu verstehen, sondern sowohl ihre tiefe Verwurzelung in einer positivistisch geleiteten Wissenschaftstradition als auch ihre Anknüpfung an binär gelagerte Fortschrittserzählungen des »Westens« sichtbar zu machen (Kwan 2002: 647-648; Pickles 1995 b: 12, 18-19). Auch wenn digitale Karten gewisse Vorzüge gegenüber älteren Techniken der Kartierung aufweisen, schließen wir uns Dodge et al. in ihrer Annahme an, »[that] it would be naive to assert that computers give rise to ostensibly *superior* [Hervorh. im Orig.] mapping to other modes« (Dodge et al. 2011: 117). Es bleibt mehr als fragwürdig, inwieweit digitale Karten »bessere« oder gar »objektivere« Repräsentationen der Welt ermöglichen oder – ganz im Gegenteil – nicht gar einem komplexitätsreduzierenden Raumpfischismus (Belina 2013: 30) verfallen, mit dem Raum zu einer vermessbaren und von sozialen Verhältnissen entkoppelten Erklärungsgröße verkommt.

Denn gerade die Rede von technologischer Präzision und einer (meist direkt davon abgeleiteten) wissenschaftlichen Objektivität täuscht über die gravierenden Blindstellen neuerer GIS-Karten hinweg. So verbirgt sich hinter den Raumerfassungsmethoden aktueller GIS-Technologien bei genauerer Betrachtung eine »several-hundred-year history of Western concepts of space, vision, and representation that bears directly on the presentation and use of GIS and its associated tech-

nologies as abstract ways of ordering, seeing, and knowing the world« (Roberts/Schein 1995: 179). Die Wortwahl ist nicht unbedeutend: Techniken des Sehens und der visuellen Repräsentation, zu denen kartographische Abbildungen in besonderem Maße zählen, da sie wie kaum eine andere bildliche Darstellungsform den »god trick of seeing everything from nowhere« (Haraway 1988: 581) verkörpern, wurden in der *Feminist GIS* schon lange als machtvolle Instrumente sowohl andro- als auch eurozentristischer Wissensproduktion erkannt (Elwood 2008; Kwan 2002: 648-649):

»When we view and, importantly, when we record a view, especially a view from above, we are establishing our own superiority and our domination of the scene. We look for that which we recognize, and it becomes the object of our investigation. We imagine ourselves as separate from the view, situated somehow outside the data, and the view or its contents become ours to control and manage« (Roberts/Schein 1995: 183).

Diesem männlich-dominanten, entkörperlichten Blick (*gaze*) setzen Arbeiten aus der *Feminist GIS* eine situierte Sichtweise bzw. Forschungsperspektive entgegen, die die kritische Reflexion gegenüber der eigenen Subjektposition gewinnbringend miteinschließt.⁴ Während feministische Perspektiven kartographische Praktiken und Blicke als immanent männlich-universell entlarven, zeigen queere Kritiken wiederum auf, wie Karten und geocodierte Darstellungen des Mainstreams hetero-normative Gesellschaftsvorstellungen fortschreiben und homosexuelle und queere Lebenswelten, abseits der Vorstellung biologischer Zweigeschlechtlichkeit, ausblenden (Brown/Knopp 2008; Schurmann 2002). Wie wir im Folgenden zeigen werden, wird dieses instrumentalistische Raumverständnis genau dann konflikttheoretisch relevant, wenn es in der wissenschaftlichen Praxis dazu dient, sozial umkämpfte Prozesse und gesellschaftliche Hybriditäten in kartographische Eindeutigkeiten zu zwingen, die im wahrsten Sinne des Wortes »keinen Raum lassen« für Mehrstimmigkeit und alternative Perspektiven.

4. Raumproduktionen in der Friedens- und Konfliktforschung

Begreifen wir Karten im Speziellen und Raumvorstellungen der Friedens- und Konfliktforschung im Allgemeinen als Produkte politischer *und* wissenschaftlicher Praktiken, so ist der Fokus – wie oben aufgezeigt – einer geographisch-postkolonialen Kritik ein doppelter: *Erstens* ist von Interesse, entlang welcher Prinzi-

4 Siehe hierzu etwa die Arbeiten von Mei-Po Kwan (2002), Sara McLafferty (2005) wie auch Harris et al. (1995).

pien, Normen und Diskurse Räume imaginiert, geschaffen und kartographisch re-präsentiert werden. Ausgangspunkt ist dabei die Annahme, dass die Produktion von Karten nicht nur eng mit hegemonialen Macht- und Ideologieverhältnissen verknüpft bzw. Teil von Macht-Wissen-Komplexen ist und politischen Zwecken dient (u. a. Gregory 1994; Harley 1989), sondern in Beziehung zu Meta-Narrativen (u. a. Caquard 2014; Caquard/Carwright 2014) bzw. sozialwissenschaftlichen Leitbildern (Lutz 2007) wie »Containerstaat«, »internationales System« oder »demokratischer Frieden/Krieg« steht. Aus postkolonialer Perspektive bedeutet dies, dass sich die Wirkmächtigkeit (neo-)kolonialer Ordnungsansprüche nicht allein in staatszentrierten kartographischen Darstellungen zeigt, sondern in Verbindung zu Meta-Narrativen steht, die den »Rahmen« für das Verstehen politischer Strukturen und Handlungen setzen. Im Sinne der »Frames of War« (Butler 2009) bieten Karten innerhalb der Selbstrepräsentation des »Westens« einen visuellen Rahmen, der gleichermaßen die politischen Interpretationen von Krieg wie die Entscheidungen *zum* Krieg beeinflusst. Interessant sind aber für uns nicht allein die relativ stabilen Deutungsangebote sozialwissenschaftlicher Leitbilder, sondern auch Bruchstellen und Re-Inventionen, die der Delegitimierung bestimmter Akteurs- und Ordnungskonstellationen sowie der Legitimierung militärischer Gegenmaßnahmen – und damit der Aufrechterhaltung bestehender Herrschaftsverhältnisse – in die Hände spielen. Unmittelbar kartographisch sichtbar und konflikt-theoretisch greifbar wird dies in veränderten Formen und Erfindungen territorialer Kontrolle (u. a. Extraterritorialisierung, Konstruktion mehrdimensionaler Grenzräume), die einerseits eine Abweichung von zentralen Meta-Narrativen suggerieren (Containerstaat, Grenzlinien), andererseits aber eine Aufrechterhaltung und Verfeinerung sicherheits- und herrschaftspolitischer Kontrolle jenseits bestehender Prinzipien und Praktiken reflektieren.

Zweitens verstehen wir Karten jedoch nicht allein als räumliche Repräsentationen und politische Konstruktionen von Machtverhältnissen, sondern als an diskursive und institutionelle Praktiken gebundene *Schöpferinnen* eines scheinbar objektiven Abbilds gesellschaftlicher Strukturen, politischer Akteur_innen und konfliktiver Prozesse in ihren räumlichen Bezügen (u. a. Pickles 2004). Im Sinne einer *post-representational cartography* rückt dabei der *mapmaking process* selbst in den Erkenntnisvordergrund (Kitchin/Dodge 2007; Kitchin et al. 2011 a). Räumliche Verortungen (Grenzlinien, demographische und ökonomische Ströme oder über Hotspots erfasste Gewaltereignisse) erhalten ihre Bedeutung zwar immer auch über lokales Handeln und Wissen, territorial bezogene Zuschreibungen und Objektivierungen entstehen jedoch erst durch den *mapmaking process* in Verbindung mit sich durchsetzenden Narrativen – oder in den Worten von Kitchin et

al.: »Maps and territories are co-constructed [...] mapping activates territory« (Kitchin et al. 2011 a: 18). Durch die Verstrickungen kartographischer Praktiken (Ausschnittsfestlegungen, Farbwahl etc.) mit sozialwissenschaftlichen Deutungsangeboten zur Transformation von Staat und Krieg (»*failed states*«, »Neue Kriege«) werden Räume aus einer eurozentristischen Schiefelage heraus re-konstruiert. Je mehr Dimensionen des Politischen eine Karte dabei zu sozialwissenschaftlichen Zwecken abzubilden versucht und je stärker sie sich an den Generalisierungen sozialwissenschaftlicher Raumbilder orientiert, die dem selbstversichernden Herrschaftsdiskurs »des Westens« entspringen (Hill 2005), desto größer wird einerseits die Diskrepanz zu den individuellen Erfahrungen vor Ort (Ingold 2000: 242) und andererseits die Gefahr der Fortschreibung kolonialer Narrative. Dabei rückt nicht nur die Karte selbst in den Erkenntnismittelpunkt, sondern auch das Umfeld der Karten und ihrer Produktion (u. a. Schmitt et al. 2014). Das Kartenumfeld besteht folglich nicht nur aus den immanenten Symboliken (u. a. Farbwahl) und Legenden, die zur Vermittlung von Macht- und Raumvorstellungen (und damit zu spezifischen Ein- und Ausschlüssen sowie Formen der Marginalisierung) beitragen, sondern auch aus Quellen, aus denen die Kartograph_innen ihre Informationen sowie die visualisierten Daten beziehen. Aus dieser Sicht ist es daher ebenso relevant, die kulturellen und politischen Kontexte der Produktion von Karten und die darin enthaltenen Deutungsmuster (und Zeichensysteme) der Re-Territorialisierung zu reflektieren, wie auch lokales *counter-mapping* als gleichrangige Praxis in der Herstellung räumlicher Sinnzusammenhänge zu begreifen (vgl. Dalton/Mason-Deese 2012; Kitchin et al. 2011 a; Kitchin/Dodge 2007: 334).

4.1 Meta-Narrative und Raumbilder

Kartographische Darstellungen beruhen auf Abstraktionen, im Sinne eines »Fokussierens auf« (und dabei »Absehens von«) bestimmte, für wichtig(er) erachtete Sachverhalte, um so gewisse Inhalte darzustellen und andere nicht. Abstraktion ist dabei der Denkprozess des Vereinfachens, der über das Ausklammern bestimmter Inhalte bzw. über den Fokus auf gewisse Teilaspekte Komplexitäten reduziert und soziale Tatbestände greifbar macht (Belina 2013; Sayer 1998). So beruht auch das räumliche Denken der Friedens- und Konfliktforschung auf – zumeist impliziten – Raumbildern, die in Verbindung zu den Abstraktionen sozialwissenschaftlicher Meta-Narrative stehen und aus postkolonialer Kritikperspektive stets machtvoll und »gefährlich« sind. Dabei lassen sich die derzeit dominanten räumlichen Metanarrative der Friedens- und Konfliktforschung im wechselhaften Mit- und Ne-

beneinander zweier ungleicher, jedoch keineswegs inkompatibler, Raumbilder beschreiben: Dem Forschen und Sprechen über Krieg im staatlich begrenzten *Containerraum* einerseits und dem Narrativ einer *Entgrenzung* bzw. *Deterritorialisierung* des weltweiten Konfliktgeschehens andererseits (Brenner 2004; Lutz 2007).

Das Raumbild des Containers ermöglicht dabei zuallererst die Betitelung von »Kriegsräumen« mit den Namen territorialer Nationalstaaten. Die damit verbundene Einteilung in homogene wissenschaftliche Forschungsgebiete schafft zugleich eine einheitliche Gruppierung der Untersuchungsgegenstände der Friedens- und Konfliktforschung, wie sie uns allen voran in der »klassischen« Einteilung in »zwischenstaatliche«, »(nicht-)staatliche« und »extrastaatliche« Kriege scheinbar selbstverständlich entgegentritt (Sarkees et al. 2003; kritisch: Barkawi 2016). Dabei besteht die unhinterfragte Grundannahme sowohl der Politikwissenschaft im Allgemeinen als auch der Friedens- und Konfliktforschung im Besonderen darin, dass sich die Welt aus einer finiten Anzahl von territorialen, national-staatlich organisierten Gesellschaften zusammensetzt, die trennscharf voneinander abgegrenzt werden können (Ziai 2012). Diese »territoriale Falle« (Agnew 1994), in die das Denken und Forschen über vermeintlich exakt eingrenzbar »Gewaltsräume« tappt, ist in doppelter Hinsicht problematisch. Einerseits (re-)produziert sie den »westlichen« Nationalstaat sowie die daran gekoppelte Synonymität von Nation, Staat und Volk als »natürlichste« Form territorial begrenzter Vergesellschaftung (Hobsbawm 1990). Das daraus resultierende »Weltbild« eines staatlichen »Flickenteppichs« reduziert die komplexen historisch-räumlichen Verflechtungen zwischen »Nord« und »Süd« nicht nur auf das simple (und damit bearbeitbare) »Nebeneinander« territorialstaatlicher Container. Es setzt zugleich jene Trennlinien, die für die Unterscheidung zwischen innerstaatlicher Souveränität und grenzübergreifender Außenpolitik – und damit für die Aufrechterhaltung »westlicher« Interventionen in ehemals kolonisierte Räume – entscheidend sind. Andererseits macht die »territoriale Falle« staatliche Behälterräume aber auch zum Ausdruck der scheinbaren »Gemeinschaftlichkeit« ihrer Inhalte und insbesondere ihrer Bevölkerungen. Die sozial-räumliche (Abstraktions-)Rahmung des methodologischen Nationalismus und die damit verbundene Begrenzung wissenschaftlicher Studien auf nationale Erhebungseinheiten ist aus postkolonialer Perspektive dahingehend zu kritisieren, dass sie (national-)staatliche Territorialität zur »natürlichen« Tatsache erhebt, anstatt sie als blutiges europäisches Exportprodukt sichtbar zu machen (Murphy 1996). Die »westlich«-kolonialgeschichtliche Verantwortung bei der gewaltvollen »Einteilung« globaler Räume in historisch kontingente Territorien wird schlichtweg ausgeklammert. Dahingegen erlauben postkolonial-

geographische Perspektiven, politische Territorien als Produkte »erfolgreicher« historischer Behauptungen zu begreifen, in denen über soziale Praxen und Macht-Wissen räumliche Ordnungen hierarchisiert, legitimiert und letzten Endes naturalisiert wurden und werden (Agnew 1999). Insgesamt sind räumliche Grenzziehungen, wie sie uns sowohl in der vielbeschworenen »territorialen Falle« als auch im methodologischen Nationalismus entgegenreten, nichts anderes als Form und Ausdruck »westlicher« Hegemonie und ihres Funktionierens »through the active simplification of the complex reality of places in favour of controllable geopolitical abstractions« (Agnew/Corbridge 1995: 48-49).

In konflikttheoretischer Hinsicht spiegeln sich diese gewaltvollen Verstrickungen von Politik, Wissen, Macht und Raum in Diskursen über »zerfallende« Staatlichkeit und – in besonderem Maße – in denen der sog. »Neuen Kriege« wider (Kaldor 2012; Münkler 2013). Wie vielfach gezeigt wurde (etwa Hill 2005), muss das Narrativ der »*failed states*« aus postkolonialer Sicht als Teil und Ausdruck eines binär kodierten Abgrenzungs- und Selbstversicherungsdiskurses des »Westens« begriffen werden, in dem die Hegemonie der europäischen Norm (»starker westlicher Staat«) nur über die Kontrastierung zu einem abweichenden »Anderen« (»schwacher Staat des Globalen Südens«) hergestellt werden kann. Anders gewendet: Die Rede von sog. »*failed states*« dient nicht zuletzt der Legitimation »westlicher« Interventionen in Räume des Globalen Südens, denen die (ohnehin eurozentristisch gedachte) Dreieinigkeit von Staatsgewalt, Staatsvolk und Staatsterritorium von vornherein abgesprochen wird (Bilgin/Morten 2002). Die Pathologisierung jener, die nicht den Standards des europäischen »Modells« entsprechen sowie die Fixierung von gewaltvollen Prozessen auf Räume »zerfallender Staaten« lassen dann nicht nur Ursachen auf alternativen temporären und räumlichen Ebenen ungeklärt, sondern tragen zugleich dazu bei, die Komplexität sozialer (Konflikt-)Prozesse auf ein- und abgrenzbare Räume zu reduzieren. Vor dem Hintergrund des oben beschriebenen staatlichen Flickenteppichs entsteht so erneut das Bild eines überschaubaren und damit lösbaren Problems, das durch den Einsatz von – zunehmend digitalisierten (Duffield 2016) – »Entwicklungsmaßnahmen« oder gar handfester »westlicher« Militärpräsenz gezielt bearbeitet werden könne.⁵

5 Vergleiche hierzu die Karte des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze, in welcher der Kontrast zwischen den als Krisengebieten markierten Staaten (orange Farbgebung) einerseits und den exakt zugewiesenen »Gegenstrategien« in Form »westlicher« Interventionen andererseits genau einen solchen visuellen Eindruck von der Bearbeitbarkeit der dargestellten »Problemlagen« suggeriert: http://www.zif-berlin.org/fileadmin/uploads/analyse/dokumente/veroeffentlichungen/ZIF_World_Map_Peace_Operations_2017.pdf; 10.1.2018.

So unbestritten wirkmächtig sich die *Imagi-nation* des territorialen Behälterraums nach wie vor entfaltet, so deutlich wird mit Blick auf neuere Forschungstrends sowohl inner- als auch außerhalb der Friedens- und Konfliktforschung, dass es insbesondere das Raumbild einer entgrenzten bzw. deterritorialiserten Welt ist, das in den letzten Jahren und Jahrzehnten – und nicht zuletzt unter dem Deckmantel neoliberaler Globalisierungs- und Strukturanpassungsprogramme – hegemoniale Deutungsmacht erlangt hat (Brenner 2004: 27-68; Lutz 2007; Massey 1999). Dominant ist die Rede von der Entgrenzung der Welt innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung *erstens* in Bezug auf weltgesellschaftliche Ansätze, wo sie eine explizit nicht am Staatensystem ausgerichtete Forschungsagenda begründet, sondern »Prozesse der Trans- und Denationalisierung in den Mittelpunkt [stellt; Anm. der Verf.]« (Bonacker 2006: 75; ähnlich: Brock 2000). *Zweitens* greifen die »Neuen Kriege« – etwa in ihrer Bezugnahme auf das Motiv *offener* Kriegsökonomien (Münkler 2002: 165-173), aber auch in der Betonung kosmopolitischer Strategien (Kaldor 2012; 2013) – wiederholt auf das Entgrenzungsnarrativ zurück.⁶ *Zuletzt* sind es die Diskussionen um einen demokratischen Frieden bzw. Kriege, die das Raumbild einer entlang von Staatsterritorien aufgeteilten Welt zugunsten eines breiter bestimmten Weltbildes (etwa: »westliche Demokratien vs. Rest«) verwerfen (Geis et al. 2007). In allen drei Varianten macht ein postkolonial-geographischer Blick deutlich: Raumbilder der Entgrenzung und Deterritorialisierung sind keineswegs neutral, sondern aufs Engste mit »westlichen« Ordnungsansprüchen verbunden. Letztere zeigen sich nicht nur in den räumlich-visuellen Rahmensetzungen des Entgrenzungsnarratives selbst, sondern auch in der Erneuerung territorialer Grenzziehungen, die das Narrativ einer vollkommen deterritorialiserten Welt nachhaltig untergraben, sowie in der daraus resultierenden Wechselseitigkeit von Container- und Entgrenzungsnarrativ.

Ein kritischer Blick auf die visuellen Möglichkeits- und Entstehungsbedingungen des Entgrenzungsnarratives verdeutlicht die tiefe Machtverwobenheit dieser – im wahrsten Sinne des Wortes – *raumgreifenden* Rahmensetzung. Während das Meta-Narrativ des Containerraums auf die räumliche Imagination einer aus Staatsterritorien zusammengesetzten Weltkarte aufsetzt, ist es im Fall des Entgrenzungsnarratives der »Blick« auf den von Grenzlinien befreiten Erdball, der

6 Bemerkenswert ist hier nicht zuletzt die Einbandgestaltung von Mary Kaldors »New and Old Wars: Organized Violence in a Global Era« (2012), das auch in seiner nunmehr dritten Auflage von einer Weltkarte geziert wird. In Übereinstimmung mit Kaldors Befürwortung einer (vermeintlich universalen) kosmopolitischen Weltordnung, zeigt die Karte die globale Landmasse nicht mit den gewohnten Linienverläufen und Staatsgrenzen, sondern als ein mit bunten Farbflecken durchsetztes »Ganzes«.

der Erzählung einer zunehmend deterritorialiserten Welt einen wirkmächtigen visuellen Rahmen bietet.⁷ Wie Arbeiten aus der Kritischen Geographie gezeigt haben, ist die Draufsicht auf die geschlossene Erdkugel, die gemeinhin für den Eine-Welt-Gedanken steht (Jazeel 2011: 79), keineswegs neutral, sondern tief in imperialistischen Ordnungsansprüchen des »Westens« verwurzelt (Cosgrove 2001: 1-28; Kurgan 2013: 9-18). In den Worten Tariq Jazeels: »This way of seeing the planet, therefore, is no rupture with the political pre-occupations of territoriality, racialization, or culture. Instead, it is the achievement of an imperial effort to design universality« (Jazeel 2011: 82).⁸ Das Entgrenzungsnarrativ markiert somit keineswegs eine Abkehr von geopolitisch motiviertem »Grenzendenken«. Vielmehr schafft es einen visuellen Rahmen für die Fortsetzung und Erneuerung eines geopolitischen Gestaltungswillens.⁹ Dieser zeigt sich dann nicht zuletzt darin, dass auch das Aufbrechen starrer Grenzlinien – etwa in Bezug auf Transnationalisierungstendenzen in Bürgerkriegen durch »rebels without borders« (Salehyan 2009) – unwillkürlich an sicherheitspolitische Maßnahmen des »Westens« gekoppelt ist, bei denen die politischen Forderungen nach »peacekeeping doctrine, tools and operations [that; Anm. der Verf.] can address transnational conflict drivers in a globalised world« (Veen 2014: 9) auf direktem Fuße folgen. Das Raumbild der »einen Welt«, wie es sich konflikttheoretisch gewendet dann auch im Ansatz der »Weltgesellschaft« wiederfindet, wird aus postkolonial-geographischer Perspektive sichtbar als eine universalisierende und zugleich Differenzen negierende »gesture of imperial domination, [...] an abstract and artificially totalizing erasure of very real differences« (Kurgan 2013: 9).

Umso wichtiger ist es, sowohl das Fortbestehen als auch die Neuerschaffung territorialer (oder anders gelagerter) Grenzziehungen zu verdeutlichen. So werden

7 Zum ersten Mal machte das von der Besatzung der Apollo 17 Mission und aus einer Entfernung von 45.000 Kilometern aufgenommene NASA Bild AS17-22727 die Draufsicht auf die Erdkugel breitenwirksam zugänglich. Für Abbildungen siehe Jazeel (2011: 80) sowie Kurgan (2013: 8-12).

8 Jazeels Argument wird umso deutlicher, wenn wir uns sowohl die technischen Voraussetzungen (in erster Linie der Zugang zu kostspieliger Raumfahrt- und Satellitentechnik) als auch den geopolitischen Kontext der *whole earth*-Bilder vor Augen halten: »Space views of earth may be used to represent the earth as the seamless home of humankind, but it is only the inhabitants of a certain portion of the earth's surface who have developed and applied space flight and satellite technologies. Specifically, the governments of the United States, the former Soviet Union, and European countries (notably France) have, since the end of World War II, devoted substantial resources to the growth of nationally defined space programs« (Roberts/Schein 1995: 186).

9 Es überrascht daher kaum, dass das Bild der geschlossenen Erdkugel in handfesten geostrategischen Positionspapieren Verwendung findet – etwa bei der kartographischen Visualisierung geopolitischen Machtwillens im Sinne einer *European Grand Area* (Rogers 2011; kritisch: Wagner 2013).

etwa physische Eigenschaften klarer Grenzlinien zwischen souveränen Nationalstaaten (etwa »Länge«, »Gewundenheit« und »Natürlichkeit«) gerade in empirisch-quantitativer Politikwissenschaft nach wie vor als Narrativ zur ursächlichen Deutung von wirtschaftlicher Leistung und »zwischenstaatlichen« Kriegen (Alesina et al. 2011; Brochmann et al. 2012; kritisch: Fall 2010) wie auch zur Lokalisierung von Gewaltphänomenen (Buhaug/Gates 2002) herangezogen. Noch deutlicher und auch kartographisch sichtbar werden die »neuen« Grenzziehungen einer vermeintlich deterritorialiserten Welt dann auch in den medialen Diskursen um ein »grenzenloses Europa«, das jedoch nur für »ausgewählte Privilegierte« sowie für Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr so durchlässig ist, wie es sich präsentiert. Dem entgegen steht die repressive Politik gegenüber Geflüchteten und die darüber vorangetriebene Verfestigung europäischen Territoriums zum »abgedichteten Grenzraum«, der als extraterritoriales Grenzregime bis nach Nordafrika verlagert wird, um seine eng abgesteckten Grenzzäune und -mauern schon im Voraus vor Überschreitungen zu schützen (Strüver 2005 a; 2008).

In der Konsequenz entfaltet sich das Entgrenzungsnarrativ keineswegs in klarer Abgrenzung zum Bild des Behälterraums, sondern steht vielmehr in enger Verbindung und Wechselwirkung zum – vermeintlich gegenläufigen, in Wahrheit jedoch komplementären – Raumbild des Staatscontainers. In diesem Sinne stellt das Leitbild der Entgrenzung auch meist keine tatsächliche Überwindung territorialen Behälterdenkens dar, sondern läuft mitunter auf eine relativ simple Verschiebung des territorialen Containerkonzepts von einer staatlichen auf eine globale Raumebene hinaus. Entweder werden klassisch territoriale Begriffe wie Gesellschaft, Zivilgesellschaft oder Kultur durch das vorangestellte Adjektiv »global« auf die nächst höhere Raumebene transferiert (Brenner 2004: 48) oder aber es kommt zu einer negativen Bestimmung des räumlichen Analyseinstrumentariums und damit zu einer Verhaftung am »Positiv« des für überwunden geglaubten Containerraums. Das drückt sich dann in Begriffen wie *De-Territorialisierung*, *De-Nationalisierung* oder eben auch *Ent-Grenzung* aus (Luutz 2007: 36). Aus konflikttheoretischer Sicht trifft dies insbesondere für den Ansatz der Weltgesellschaft zu (etwa Bonacker 2006; Brock 2000), der – anstatt die Diversität verschiedener Raumformen (etwa *territory*, *place*, *scale*, *network*) und ihre je spezifischen Konstitutionsmechanismen wie auch gegenseitigen Wechselwirkungen in Bezug auf konflikttheoretische Fragestellungen zu erkunden – einem räumlichen Staatszentrismus eng verhaftet bleibt (vgl. Belina 2013; Jessop et al. 2008; Jones/Jessop 2010). Es ist daher Vorsicht geboten. Trotz einer vordergründigen Abwendung vom territorialen Containerraum bleiben seine grundlegenden konzeptionellen Begriffe auch in der Rede von der »Weltgesellschaft« intakt – oder anders gewendet: Der Ansatz der Weltgesellschaft kann »das Behälterbild der Gesellschaft nicht hinter sich

zurück lassen, er reproduziert es lediglich auf größerer Maßstabsebene« (Lutz 2007: 36; ähnlich: Brenner 2004: 47-48).

Folglich tragen Containermodell und Entgrenzungsnarrativ beiderseits und gerade durch ihre gegenseitige Verschränkung zur Vorstellung begrenzter »Gewalt-räume« im Globalen Süden bei. Eine solche Regionalisierung von Gewalt reproduziert dann nicht nur das »westliche« Privileg, über die Gewalt der »Anderen« vermeintlich objektiv forschen und sprechen zu können. Sie verfestigt zugleich eine dichotom organisierte »Imaginative Geography« (Said 1978), die komplexe soziale (Konflikt-)Verhältnisse und vielschichtige zeitlich-räumliche Verschränkungen zwischen »Süd« und »Nord« auf die simplifizierende Gegenüberstellung von »friedlichem Westen« einerseits und »krisenhaftem Globalen Süden« andererseits reduziert. Es ist diese machtvoll dichotome Vergleichsfolie von Nah und Fern, Frieden und Gewalt, die durch die Krisen- und Gewaltkarten der Friedens- und Konfliktforschung in gleich dreifacher Weise reproduziert wird.

4.2 Kartenproduktionen

So greift die Friedens- und Konfliktforschung bei der Darstellung von Gewaltereignissen, Kriegen und Konflikten (bzw. bei Vorhersagen über deren Wahrscheinlichkeit) erstens oftmals auf die Form der sog. Choroplethenkarte zurück, bei der *vordefinierte* politische Einheiten verschiedener geographischer Reichweite (etwa Region, Staat, Stadt, Bezirk usw.) gleichmäßig – und damit in häufig extrem generalisierender Weise – mit statistischen Werten (Gewaltintensität, Konfliktgrad etc.) »befüllt« werden (Crampton 2004: 51; Jenks 2011).¹⁰ Choroplethische Karten entsprechen damit in besonderem Maße dem sozialwissenschaftlichen Meta-Narrativ des Containers, dem sie einen wirkmächtigen visuellen Rahmen bieten: Die Choroplethenkarte produziert und naturalisiert »a view of human life as crammed into pre-given political units« (Crampton 2004: 50).¹¹ Aus konflikttheoretischer Sicht besteht die zentrale Problematik dabei gerade darin, dass nicht mehr soziale (Konflikt-)Handlungen und Prozesse verglichen werden, sondern vielmehr ihre bereits in räumliche Formen geronnenen Ausprägungen, die gerade unter Hinzunahme simplifizierender kartographischer Darstellungen Schlussfolgerungen im

10 Siehe etwa Camacho/Rodriguez (2012: 112); Cohen/Nordås (2014: 424); Collier/Duponchel (2012: 67); Hegre et al. (2013: 253, 255, 264); Kim (2012: 308); Powell (2012: 1020); Soest/Wahman (2015: 19); Sundberg et al. (2012: 356); Svobik (2012: 779); Weidmann et al. (2010: 98).

11 Ironischerweise, so Crampton, befeuert gerade die Entwicklung zunehmend präziser Geoinformationssysteme eine Rückwendung zur ungenauen choroplethischen Darstellungsweise, die der europäischen Kartographie bereits in den 1930er Jahren als unzureichend galt (Crampton 2004: 41).

Sinne eines »Hier so, Dort anders« (Belina/Miggelbrink 2010) ziehen lassen. So tritt die vergleichende Konfliktforschung in die gefährliche Falle eines Raumfetischismus, der den Vergleich von Dingen an Stelle des Vergleiches gesellschaftlicher Verhältnisse setzt (Belina 2008; Schmid 2005).

Das gilt umso mehr, wenn sich die Problematik einer choroplethischen Darstellung mit dem Gestaltungsmittel einer drastischen Farbgebung verbindet und damit zu einer statistischen Generalisierung eine visuelle Dramatisierung hinzukommt (Brewer 1994; Monmonier 1996: Kap. 11). Bei der kartographischen Abbildung von Konflikt- und Gewaltintensitäten beschränkt sich die Farbpalette der Friedens- und Konfliktforschung zumeist auf auffällige Rot- und Gelbtöne, die entweder in verschiedenen Helligkeitsschritten abgestuft (Camacho/Rodriguez 2012: 112; Collier/Duponchel 2012: 67; Raleigh et al. 2010: 654) oder aber zu einem mehrfarbigen Spektrum kombiniert werden, bei dem der Farbverlauf von Gelb über Orange zu Rot mit einer Steigerung der abgebildeten Gewaltintensitäten korreliert (etwa Busby et al. 2014; Raleigh 2012: 465).¹² Für beide Fälle gilt: Auch wenn klare farbliche Zuschreibungen die Lesbarkeit der Karte erleichtern mögen (Brewer 1994), ist es aus Sicht einer kritisch reflektierten Friedens- und Konfliktforschung politisch problematisch sowie konfliktanalytisch verkürzt, wenn sich eine eindringliche rote Farbgebung ausschließlich auf die vermeintlichen »Krisenregionen des Globalen Südens« beschränkt und diese noch dazu in Kontrast gesetzt werden zu einem »Norden«, der entweder in neutralem Grau (Busby et al. 2014; Raleigh et al. 2010: 654) oder aber in positiv assoziierten Blau- oder Grüntönen erscheint (Fund for Peace 2016). Krieg, Krise und Gefahr – so die eindeutige visuelle Botschaft dieser Karten – können geographisch exakt sowie räumlich eingrenzbar in einem »gewaltsamen Ort« verortet und regionalisiert werden.

Zweitens bedient sich die Friedens- und Konfliktforschung bei der Visualisierung von Gewaltereignissen zunehmend geocodierter Eventdaten, die je nach Gewaltgrad oder temporären Dynamiken akkumuliert in sog. Hotspots dargestellt werden. Diese treten in der Karte oftmals (jedoch nicht ausschließlich) in Form von Kreisen auf, deren Umfang proportional zum angewandten Gewaltgrad variieren kann und so entweder mehr oder weniger Platz auf der Karte einnimmt.¹³ Eine ver-

12 Eine weitere Variante und zugleich eine besonders eindrückliche Gefahrenvisualisierung stellt das dreifache »Ampelspektrum« Rot-Gelb-Grün dar, in dem Rot für Gefahr, Gelb für Vorsicht und Grün für Gefahrlosigkeit steht. So greifen zum Beispiel Halvard Buhaug und Ketil Rød (2006: 331) auf diese wirkmächtige Farbtrias zurück, die sich, so Mark Monmonier, »bei den meisten Menschen durch ständige Wiederholung tief eingepägt hat« (Monmonier 1996: 238).

13 Siehe etwa Braithwaite (2010: 94); Buhaug/Lujala (2005: 405); Coggins (2012: 608, 609, 611, 612); Fjelde/Hultman (2014: 1241); Fjelde/Uexkull (2012: 448); Hastings (2009: 216); Raleigh/Hegre (2009: 29); Sundberg et al. (2012: 359). Siehe zudem die Karten des ACLED-Projekts unter: <http://www.acleddata.com/dashboard/>; 13.1.2018.

breitete Argumentationslinie rekurriert dabei wiederholt auf die technische (und somit oftmals unhinterfragte) Präzision moderner Geoinformationssysteme, die – so etwa Halvard Buhaug und Päivi Lujala mit Blick auf räumlich vermittelte Konflikt-dynamiken in Bürgerkriegen – die Möglichkeit böten, »the true spatial relationship between geography and civil war« zu erfassen (Buhaug/Lujala 2005: 415).¹⁴ Ihr bildlich-kartographisches Pendant findet eine qua GIS suggerierte Präzision dann in der nicht flächen- sondern punktbezogenen Event- bzw. Hotspot-Karte. Ein genauerer Blick macht jedoch deutlich, dass jene Darstellungen nur ein beschränktes Maß an Innovationskraft bieten, kommt doch kaum eine dieser Karten ohne die gleichzeitige Verwendung des territorialen Staatscontainers aus.¹⁵ Die Rhetorik geographischer Präzision und analytischer »Objektivität« verkehrt sich damit spätestens in dem Moment in ihr Gegenteil, in dem der für überwunden geglaubte Flächenstaat unter dem Deckmantel des aggregierter Datensätze erneut Einzug in die visuellen Repräsentationen der Friedens- und Konfliktforschung hält.

Ähnliches gilt dann drittens auch für die Rasterzellenkarten der quantitativen Konflikt- und Bürgerkriegsforschung, die visuell reproduzieren, was sich in den letzten Jahren als Trend in der Forschung verfestigt hat. Ob in Bezug auf Konfliktzonen, Konfliktereignisse oder die räumlich-lokalen Begebenheiten des Konfliktausbruchs, die analytische Orientierung der quantitativen Konfliktforschung führt weg von der aggregierten (Staats-)Ebene hin zu desaggregierten Datensätzen und Analysen (Sundberg/Melander 2013; Tollefsen et al. 2012: 363). Ein kritischer Blick auf zu Grunde liegende Raumverständnisse im Allgemeinen wie auch auf die kartographischen Abbildungen, die in desaggregierten Studien Verwendung finden, im Speziellen legt jedoch nahe, dass die quantitative Konfliktforschung bei der Vollendung ihrer »subnationalen Kehrtwende« spätestens auf halber Strecke liegen bleibt. Wenn Tollefsen et al. etwa davon sprechen, dass »gridded data are inherently *apolitical* entities; they are *fixed in time as well as space* and are insensitive to political boundaries and developments« (Tollefsen et al. 2012: 365; Hervorh. der Verf.), zeugt dies nicht nur von einem verkürzten Raumverständnis, das »Raum« als apolitische, naturwüchsige »Konstante« kategorisiert, sondern zugleich davon, dass soziale, politische oder kulturelle Bedeutungen (bzw. deren Zuschreibung) zu konfliktrelevanten Orten und Territorien

14 Siehe auch ähnlich: Braithwaite (2010: 93); Fjelde/ Uexkull (2012: 448) und kritisch: Crampton (2004); Sheppard (2005).

15 Von den uns bekannten Beispielen (siehe Fußnote 13) bilden einzig und allein die Karten von Bridget L. Coggins, die auf das Einzeichnen staatlicher Grenzziehungen verzichten, die sprichwörtliche Ausnahme (Coggins 2012: 608, 609). Jedoch bindet Coggins ihre Befunde wiederum diskursiv an den staatlichen Container zurück: »The five largest producers of pirate attacks were Indonesia, Somalia, Bangladesh, Nigeria, and Malaysia« (Coggins 2012: 608).

schlichtweg ausgeklammert werden (Chojnacki/Engels 2013). Ähnlich wie bei Hotspot-Karten kommt es dann auch bei Rasterzellenkarten zu einem Rückfall in die choroplethische Containerfalle, die sich hier allerdings in zweifacher Weise ausdifferenziert: So verbinden sich Rasterzellenkarten einerseits mit dem »klassischen« Bild des Containerstaates (Cederman et al. 2011: 485-486; Tollefsen et al. 2012: 370, 371), andererseits tragen sie jedoch auch zu einer, wie oben bereits angesprochenen, Regionalisierung von Gewaltphänomenen bei. Dies geschieht genau dann, wenn (vermeintlich) desaggregierte Erhebungen qua kartographischer Abbildung auf bekannte geopolitische Marker (etwa »Afrika«) zurückgewendet werden (Buhaug/Rød 2006: 331; Sundberg/Melander 2013: 528).

Bleiben wir bei der Erweiterung des Fokus im Sinne einer *post-representational cartography*, so rückt neben diesen drei Kartentypen – und ihren je eigenen Symboliken, Farben und Legenden, die zur Vermittlung von Macht- und Raumvorstellungen beitragen –, auch das weitere Umfeld der Karten und ihrer Produktion, nämlich die Quellen und Statistiken, aus denen die Kartenproduzent_innen ihre Informationen sowie die visualisierten Daten beziehen, in den Blick (u. a. Schmitt et al. 2014). Statistik und quantitative Datenanalyse sind auch in der Erforschung von Gewaltprozessen und Konfliktodynamiken bevorzugtes Werkzeug und Instrument für einen vermeintlich objektiven Blick auf das gesellschaftliche bzw. konflikthafte »Ganze«, wobei »Zahlenwissen« sowohl im gesellschaftlichen als auch im wissenschaftlichen Diskurs eine hegemoniale Position im Vergleich zu anderen Formen des Wissens (anekdotische Erzählungen, Wissen aus Erfahrungen) hat (Vormbusch 2007: 58). Dabei suggerieren statistische Daten die Repräsentation objektiver Wahrheiten und Realitäten, die scheinbar unbeeinflusst vom beobachtenden oder erhebenden Subjekt existieren: »Quantitative Daten [scheinen; Anm. der Verf.] der gesellschaftlichen Wirklichkeit selbst gleichsam entnommen« (Schlücker 2003: 118). Begreifen wir die Statistiken, die sich in kartographischen Visualisierungen von Krisen- und Konflikträumen in der Friedens- und Konfliktforschung wiederfinden und zum Großteil aus staatlichen Einrichtungen stammen (Belina/Miggelbrink 2010),¹⁶ als zentrales Herrschaftsinstrument staatlicher Governmentalität (Foucault 2004), dann wird erneut deutlich, wie

16 Zu den häufigsten Quellen der ökonomischen, sozio-politischen, demographischen und geographischen Daten, welche die Konfliktanalysen der quantitativen Kriegsursachenforschung unterfüttern, zählen etwa staatliche Zensuserhebungen, die Daten der Weltbank Gruppe (die sich wiederum auf staatlichen Zensus berufen), der verschiedenen Programme der Vereinten Nationen, der *Food and Agricultural Organization* (FAO) oder der *Organization for Economic Co-Operation and Development* (OECD). Siehe hierzu beispielsweise die Studien von Buhaug/Gates (2002); Buhaug/Lujala (2005); Fearon (2003); Fjelde/Uexkull (2012).

verstrickt die Karten der Friedens- und Konfliktforschung bzw. ihre statistischen Datenquellen in globale Herrschaftsformationen sind.

Aus postkolonial-geographischer Perspektive wird damit sichtbar, dass die kartographischen Repräsentationen der Friedens- und Konfliktforschung sowohl in ihrer choroplethischen Variante als auch in Form von Hotspots und Rasterzellen und samt ihrer statistischen Datenquellen in vielfacher Weise an die von dominanten räumlichen Metanarrativen getragene Imagination eines »friedlichen Hier« gegenüber einem »gewaltvollen Dort« anknüpfen bzw. diese gar aktiv (re-)produzieren. Historisch-räumliche Asymmetrien zwischen »Süd« und »Nord«, die sich in allen drei Kartentypen auf je verschiedene Weise widerspiegeln, werden weiterhin ausgeklammert. So auch die übergreifenden kartographischen Konventionen: Die üblicherweise genordeten Darstellungen in winkeltreuer Mercator-Projektion zeigen Länder der gemäßigten Breiten flächenmäßig überproportional groß im Vergleich zu Gebieten in Äquatornähe. Ebenso platziert ein Großteil der untersuchten (Welt-)Karten Europa im Kartenzentrum, ohne die damit verbundene Reproduktion von Zentrum-Peripherie-Gegensätzen und deren geohistorische Kategorisierungen zu reflektieren. In der Konsequenz gehen die Räume, auf die sich (nicht nur) die Friedens- und Konfliktforschung in ihren kartographischen Darstellungen beruft, »zum großen Teil noch auf kolonial-imperiale Regionalisierungen zurück, die bis heute in den disziplinären Ein- und Abgrenzungen der Wissenschaftslandschaft etabliert und institutionalisiert sind« (Randeria/Römhild 2013: 18). Es ist somit nicht zuletzt die »kartographische Brille« der Friedens- und Konfliktforschung, entlang derer hybride, diffuse und mehrdimensionale Realitäten begreif- und fassbar, abgrenzbare räumliche Komponenten naturalisiert und zu Objekten »westlicher« Wissensproduktion gemacht werden; und schließlich Gewaltphänomene auf »Eigenschaften« und objektive Charakteristika separater Entitäten verkürzt sowie ursächliche historische Verbindungen und global-räumliche Verstrickungen ausgeblendet werden. An ihre Stelle tritt – und das gilt dann für (fast) alle kartographischen Repräsentationen in der Friedens- und Konfliktforschung – eine Logik des »Einheitlichen« und »Nationalen«, die »alle Unterschiede [...] relativiert und sie unterordnet, so dass schließlich der symbolische Unterschied zwischen ›uns‹ und ›den Fremden‹ obsiegt und als irreduktibel erlebt wird« (Balibar 1990: 116).

5. Was noch gesagt werden muss

Ist nun eine Befreiung von den *Kartographien der Gewalt* denkbar oder, anders formuliert, können wir den hier diskutierten Raumfallen entkommen? Wenn Kar-

ten *ge-Macht* werden – und damit weder wissenschaftlich noch politisch jemals »unschuldig«, »natürlich« oder »objektiv« sein werden –, dann sollten wir uns zum Ende dieses Beitrags eigentlich konsequent gegen jede weitere Verwendung kartographischer Darstellungen aussprechen. Doch auch eine solche Position wäre nicht frei von Widersprüchlichkeiten und Machtverstrickungen – würde sie doch emanzipatorische, gegenhegemoniale Ansätze des *Counter Mappings* im Keim ersticken und einen eigenen machtvollen Diskurs verstärken, der verräumlichte (kartographische) Repräsentationen ausblendet, anstatt sie für das Sichtbarmachen und für die Dekonstruktion (post-)kolonialer Praktiken der Wissensproduktion zu nutzen. Denn ein Zurück ins vorkoloniale (Karten-)Paradies kann es nicht geben (Castro Varela/Dhawan 2015: 339), solange alternative kartographische Darstellungs- und Nutzungsformen sich weiterhin meist auf das Referenzsystem der »Mercator-Karte« beziehen und diese damit quasi als *mentale Landkarte* reproduzieren – seien es nun auf den Kopf gestellte bzw. in den Sichtachsen verschobene Karten, territorial angepasste *Equal Area Cartograms* (unter Berücksichtigung sozialer, politischer und ökonomischer Faktoren) oder Karten, die gerade die Auslassungen offizieller kartographischer Darstellungen bzw. die Verschiebungen und Verdichtungen von Grenzräumen sichtbar zu machen versuchen.¹⁷

Auch wenn wir uns als Autor_innen dieses Beitrags bewusst gegen die Verwendung von Karten zur Visualisierung einzelner Argumente entschieden haben, so sind die hier diskutierten kartographischen Kulturtechniken im eigenen wissenschaftlichen Produktionsprozess – wenn auch unausgesprochen – wirkungsmächtig geblieben. Und auch Sie als Leser_in werden sich so Ihre »Bilder« entlang erlernter kartographischer Repräsentationen gemacht haben. Um dennoch in Zukunft nicht immer wieder in die hier diskutierten Raumfallen zu tappen, müssen wir nun nicht gleich das viel zitierte Kind mit dem Bade ausschütten und jeglicher Versuchung auf die Herstellung und/oder Verwendung von *Kartographien der Gewalt* abschwören. Was wir in der Friedens- und Konfliktforschung stattdessen (friedlich) *forcieren* sollten, ist vielmehr eine kritisch-reflexive Grundhaltung gegenüber jenen dominanten Theorien und Praxen der sozialwissenschaftlichen Forschung, die mithilfe kartographischer Darstellungen rassifizierende, ethnisierte und kulturalisierende Merkmale entlang eines »Hier so, Dort anders« fest- und

17 Ein Beispiel für »Achsen-verdrehte« Karten findet sich unter: <http://www.antiatlas.net/en/2015/12/09/3579/>; 30.11.2016. Vielfältige Kartenanamorphose und *Equal Area Cartograms* bietet: <http://www.worldmapper.org/index.html>; 10.1.2018. Wie sich wiederum Verschiebungen und Verdichtungen von Grenzräumen im europäischen Migrationsregime sichtbar machen lassen, zeigt <http://mondediplo.com/outsidein/mapping-europe-s-war-on-immigration>; 10.1.2018.

fortschreiben (vgl. Belina/Miggelbrink 2010). Eine solche Forschungskritik reflektiert nicht allein die machtvollen Folgen wissenschaftlicher Produktionsprozesse und hinterfragt die Wechselwirkungen zwischen wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Forschungsdiskursen, sondern übernimmt auch Verantwortung innerhalb akademischer Wissensproduktion für die politische Situation der »Beforschten« – und trägt so im postkolonialen Sinne zu neuen Sagbarkeitsfeldern bei.

Obwohl wir damit keinen letztverbindlichen »Beipackzettel« zum Umgang mit kartographischen Darstellungen als Ergebnis unserer eigenen Denkanstrengungen anbieten können und wollen, so sollte doch deutlich geworden sein, dass es innerhalb einer kritisch-reflexiven Grundposition nicht allein um die systematische Offenlegung der Gründe für die Auswahl räumlicher Repräsentationen und die Herstellung größtmöglicher Transparenz der Produktions- und Analyseschritte geht, sondern um die permanente Reflexion der verwendeten Abstraktionen (u. a. Staat/Nation, Region) und damit verbundener Essentialisierungen und Kulturalisierungen von Identitäten und Prozessen. Eine andauernde Auseinandersetzung mit dem »Raumfetischismus« und einer kartographischen Repräsentation des »Hier so, Dort anders« kann so dazu beitragen, die Probleme der raumbezogenen Ordnung von Wissen offenzulegen (und eurozentrische Wissenschaft zu de-legitimieren bzw. zu provinzialisieren) und stattdessen die vielfältigen nicht-räumlich verortbaren Strukturierungen und Machtverhältnisse mitzudenken. In den Worten Achille Mbembes gesprochen, geht es dabei konkret um ein Mitdenken eben jenes Wissens um die »Verfügung des Hier mit dem Anderswo, das Wissen um die Gegenwart des Anderswo im Hier – und umgekehrt« (Mbembe 2006) und ein damit einhergehendes Öffnen für nicht-verortbare Hybriditäten. Nicht zuletzt bietet sich eine Verschiebung von Perspektiven an, die nicht politisch/wissenschaftlich produzierte Räume zum Gegenstand haben, sondern die Produktionslogiken von Räumen selbst untersuchen – und jenseits kartographischer Repräsentationen danach fragt, wer »Räume wie und mit welchem Erfolg« produziert (Belina/Miggelbrink 2010: 30). In den Untersuchungsfokus rücken dann Fragen danach, wie etwa Identität, Geschlecht oder Migration territorialisiert und an geopolitische Meta-Narrative gekoppelt werden. So zeigt Strüver beispielhaft, wie in den Kampagnen von Entwicklungs- und Flüchtlingshilforganisationen räumliche Stereotypisierungen zum Ausdruck kommen, die mit der »Territorialisierung von Not« ein bestimmtes Repertoire bereitstellen, mit dem hilfebedürftige Menschen *anderswo* repräsentiert werden (Strüver 2013). In ähnlicher Weise macht die *kritische Migrationsforschung* darauf aufmerksam, wie die Macht der Kartierungen des europäischen Grenzregimes dazu beiträgt, Mobilität in Grenzräumen sicherheitspolitisch zu kon-

trollieren und zu steuern – und damit die (neo-)koloniale Teilung der Welt zu legitimieren (siehe u. a. Casas-Cortés et al. 2014). Während dabei Prozesse der Migration mit ihren zirkulären Bewegungen längst zu »Welten der Zirkularität« geführt haben (Mbembe 2015: 332), welche die ausschließende Logik von nationalstaatlichen Grenzlinsen systematisch hinterfragen, dient die Kartographie des europäischen »Migrationsmanagements« dazu, Grensräume geopolitisch zu vermessen und migrantische Bewegungen zu kontrollieren (Chojnacki/Paping 2016; Reid-Henry 2013). Die Friedens- und Konfliktforschung geht dabei ein nicht unerhebliches Risiko ein, diese Praktiken mit zu legitimieren: Wenn wissenschaftliche Deutungen europäischer Migrationspolitiken entlang des Meta-Narratives territorial begrenzter Raumcontainer (und teilweise auf Basis simplifizierender Kartographien der Migration) erfolgen und eine Stärkung des europäischen Grenzregimes unter maßgeblicher Beteiligung der Grenzschutzagentur Frontex einfordern (u. a. Deitelhoff/Daase 2016; Schneider 2016), werden gewaltverstrickte Diskurse und Praktiken fortgeschrieben, die letztlich auf einer räumlich dualistischen Verortung des *friedlichen Hier* und *gewalttätigen Dort* beruhen.

Zugleich ergibt sich hieraus jedoch auch die Möglichkeit, Gewaltkartographien stärker in den Fokus zu rücken, die jenseits der eigenen disziplinären Festschreibungen entstehen und rezipiert werden. Unter dem Begriff des *Crisis Mapping* (Schmitt et al. 2014) bzw. der Krisen- und Konfliktkarten im Web 2.0 (Bittner et al. 2011; 2013; Bittner/Michel 2013) lässt sich derzeit eine Vielzahl kartographischer Praxen fassen, die sich partizipative Potentiale des Internets (Web 2.0, *Crowdsourcing*) zu eigen machen, um Gewalthandlungen in »Konfliktregionen« kartographisch zu erfassen und einer breite(re)n Öffentlichkeit zugänglich zu machen (vgl. Crampton 2009; Dodge et al. 2011).¹⁸ Von einer tiefer gehenden Reflexivität gegenüber der eigenen Forschungs- und Repräsentationspraxis sind allerdings auch die Projekte des *Crisis Mapping* weit entfernt. Denn trotz der begrüßenswerten Abkehr von hegemonialen kartographischen Konventionen (Schmitt et al. 2014: 61) klammern neue Praxen der Internetkartierung nicht zuletzt jene historischen Verbindungslinien aus, die von den Beständen »westlicher« Kolonialkartographie zu heutigen Raumeignungen mittels computergestützter Kartie-

18 Für einen Überblick über aktuelle *Crisis Mapping* Projekte im Web 2.0, insbesondere zu den zum Teil andauernden Gewalthandlungen in Libyen und Syrien, siehe Schmitt et al. (2014: 64). Einen wichtigen Knotenpunkt dieser Projekte stellt die Internetplattform *Ushahidi* dar, die zu meist die Basiskarten für spätere Kartierungsprojekte liefert und aufgrund ihrer leichten Bedienbarkeit und des geringen technischen Aufwands vielen Kartenprojekten als Software-Grundlage dient (Schmitt et al. 2014: 68). Alternativ liegen manchen Kartierungsprojekten jedoch auch Karten von *OpenStreetMap* sowie von *Google Maps* zu Grunde (Schmitt et al. 2014: 64).

rung und Vermessung führen (Farman 2010; Pickles 1995 b: 21; Roberts/Schein 1995). Ähnlich wie die Karten der Friedens- und Konfliktforschung tapen dann auch die *Crisis Maps* in die Falle gefährlicher Raumdeterminismen, wenn sie, wie Schmitt et al. schlussfolgern, »auf einen essentialistisch orientierten Empirismus (es werden ›Fakten‹ präsentiert, die wirklich ›so sind‹) setzen: Die Karte soll die eine Wirklichkeit vor Ort anschaulich vermitteln – eine Sensibilität für Mehrstimmigkeit oder divergierende Perspektiven wurde in den Projekten (bislang) kaum entwickelt« (Schmitt et al. 2014: 73; vgl. Haklay 2013).

Wenn also weder die Kartierungen der Friedens- und Konfliktforschung noch die internetbasierten Alternativen des *Crisis Mapping* einen theoretisch versierten und empirisch nachvollziehbaren Ausweg aus den Fallen räumlicher Determinismen und (neo-)kolonialer Festschreibungen liefern und zugleich wiederholt auf machtdurchsetzte räumliche Metanarrative zurückgreifen (starrer Raumcontainer einerseits, Differenzen negierendes Entgrenzungsnarrativ andererseits), dann kann ein kartographischer Beitrag zu politischem Wandel sowie zur Schärfung unseres konflikttheoretischen Analyseinstrumentariums nur in einer *bewusst* gegenhegemonialen Kartierungspraxis liegen. Der ausdrücklich politische Charakter von *Counter Maps* (Bryan 2011; Culcasi 2012; Dalton/Mason-Deese 2012; Peluso 1995), der darauf zielt, der diskursiven Macht »westlich«-hegemonialer Karten und den »Geschichten«, die diese erzählen, alternative und widerständige Weltimaginationen entgegenzustellen, sie zu hinterfragen und zugleich alternative Blicke, Antworten und Deutungsweisen zu liefern, begründet letztendlich das (potentiell) subversive Leistungsvermögen von Kartierungsprojekten. Es liegt darin, kartographische Autorität strategisch nutzbar zu machen, um so dann auch *Gegenstimmen* zu Wort kommen zu lassen (Kilomba 2008; Spivak 2008). Weder in der Friedens- und Konfliktforschung noch in den Projekten des *Crisis Mappings* sind diese Stimmen bislang zu hören.

Literatur

- Agnew, John 1994: The Territorial Trap. The Geographical Assumptions of International Relations Theory, in: *Review of International Political Economy* 1: 1, 53-80.
- Agnew, John 1999: Mapping Political Power beyond State Boundaries, in: *Millennium* 28: 3, 499-521.
- Agnew, John/Corbridge, Stuart 1995: *Mastering Space. Hegemony, Territory and International Political Economy*, London.

- Alesina, Alberto/Easterly, William/Matuszeski, Janina* 2011: Artificial States, in: *Journal of the European Economic Association* 9: 2, 246-277.
- Anderson, Benedict* 1991: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London.
- Balibar, Etienne* 1990: Die Nation-Form. Geschichte und Ideologie, in: *Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel* (Hrsg.): *Rasse – Klasse – Nation*, Hamburg, 107-130.
- Barkawi, Tarak/Laffey, Mark* 1999: The Imperial Peace. Democracy, Force and Globalization, in: *European Journal of International Relations* 5: 4, 403-434.
- Barkawi, Tarak* 2016: Decolonizing War, in: *European Journal of International Security* 1: 2, 199-214.
- Belina, Bernd/Miggelbrink, Judith* 2010: Hier so, dort anders. Zum Vergleich von Raumeinheiten in der Wissenschaft und anderswo, in: dies. (Hrsg.): *Hier so, dort anders. Raumbezogene Vergleiche in der Wissenschaft und anderswo*, Münster, 7-39.
- Belina, Bernd* 2008: Die kapitalistische Produktion des Raums. Zwischen Mobilität und Fixierung, in: *Krumbein, Wolfgang/Frieling, Hans-Dieter von/Kröcher, Uwe/Sträter, Detlev* (Hrsg.): *Kritische Regionalwissenschaft. Gesellschaft, Politik, Raum*, Münster, 70-86.
- Belina, Bernd* 2013: *Raum. Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus*, Münster.
- Bilgin, Pinar/Morton, Adam D.* 2002: Historicising Representations of »Failed States«. Beyond the Cold-War Annexation of the Social Sciences?, in: *Third World Quarterly* 23: 1, 55-80.
- Bittner, Christian/Glasze, Georg/Michel, Boris/Turk, Cate* 2011: Krisen- und Konfliktkarten im Web 2.0. Ein kritischer Blick auf die neuen Krisen- und Konfliktkarten, in: *Geographische Rundschau* 11, 60-65.
- Bittner, Christian/Michel, Boris* 2013: Das Dekonstruieren der web2.0 Karte. Vorschläge zur Analyse dynamischer und interaktiver Karten multipler und diffuser Autorenschaft, in: *Gryl, Inga/Nehrdich, Tobias/Vogler, Robert* (Hrsg.): *geo@web. Medium, Räumlichkeit und geographische Bildung*, Wiesbaden, 111-126.
- Bittner, Christian/Glasze, Georg/Turk, Cate* 2013: Tracing Contingencies. Analyzing the Political in Assemblages of Web 2.0 Cartographies, in: *GeoJournal* 78, 935-948.
- Blunt, Alison/McEwan, Cheryl* 2002: Introduction, in: dies. (Hrsg.): *Postcolonial Geographies*, New York, NY.

- Bonacker, Thorsten* 2006: Krieg und Theorie der Weltgesellschaft. Zur makrosoziologischen Erklärung neuerer Ergebnisse der empirischen Kriegsforschung, in: Geis, Anna (Hrsg.): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, Baden-Baden, 75-94.
- Bonnett, Alastair* 2015: Die seltsamsten Orte der Welt. Geheime Städte, Wilde Plätze, Verlorene Räume, Vergessene Inseln, München.
- Braithwaite, Alex* 2010: MIDLOC. Introducing the Militarized Interstate Dispute Location Dataset, in: *Journal of Peace Research* 47: 1, 91-98.
- Branch, Jordan* 2011: Mapping the Sovereign State. Technology, Authority, and Systemic Change, in: *International Organization* 65: 1, 1-36.
- Brenner, Neil* 2004: *New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood*, Oxford.
- Brewer, Cynthia A.* 1994: Color Use Guidelines for Mapping and Visualization, in: MacReach, Alan M./Taylor, Fraser (Hrsg.): *Visualization in Modern Cartography*, Oxford, 123-147.
- Brochmann, Marit/Rød, Jan K./Gleditsch, Nils P.* 2012: International Borders and Conflict Revisited, in: *Conflict Management and Peace Science* 29: 2, 170-194.
- Brock, Lothar* 2000: Modernisierung und Entgrenzung. Zwei Perspektiven der Weltgesellschaft, in: Siegelberg, Jens/Schlichte, Klaus (Hrsg.): *Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden*, Opladen, 281-303.
- Brown, Michael/Knopp, Larry* 2008: Queering the Map. The Productive Tensions of Colliding Epistemologies, in: *Annals of the Association of American Geographers* 98: 1, 40-58.
- Bryan, Joe* 2011: Walking the Line. Participatory Mapping, Indigenous Rights, and Neoliberalism, in: *Geoforum* 42: 1, 40-50.
- Buhaug, Halvard/Lujala, Päivi* 2005: Accounting for Scale. Measuring Geography in Quantitative Studies of Civil War, in: *Political Geography* 24: 4, 399-418.
- Buhaug, Halvard/Gates, Scott* 2002: The Geography of Civil War, in: *Journal of Peace Research* 39: 4, 417-433.
- Buhaug, Halvard/Rød, Jan K.* 2006: Local Determinants of African Civil Wars, in: *Political Geography* 25: 3, 315-335.
- Busby, Joshua W./Smith, Todd G./Krishnan, Nisha* 2014: Climate Security Vulnerability in Africa Mapping 3.0, in: *Political Geography* 43: 1, 51-67.
- Butler, Judith* 2009: *Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen*, Frankfurt a. M.

- Camacho, Adriana/Rodriguez, Catherine* 2012: Firm Exit and Armed Conflict in Colombia, in: *Journal of Conflict Resolution* 57: 1, 89-116.
- Caquard, Sébastien* 2014: Cartography II. Collective Cartographies in the Social Media Era, in: *Progress in Human Geography* 38: 1, 141-150.
- Caquard, Sébastien/Cartwright, William* 2014: Narrative Cartography. From Mapping Stories to the Narrative of Maps and Mapping, in: *The Cartographic Journal* 51: 2, 101-106.
- Casas-Cortés, Maribel/Cobarrubias, Sebastian/Heller, Charles/Pezzani, Lorenzo* 2014: Kollidierende Kartografien, Migrating Maps, in: <http://kritnet.org/2014/kollidierende-kartografien-migrating-maps/>, 18.11.2016.
- Castro Varela, María d. M./Dhawan, Nikita* 2015: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, 2. komplett überarbeitete Auflage, Bielefeld.
- Castro Varela, María d. M./Dhawan, Nikita/Randeria, Shalini* 2012: Postkoloniale Theorie, in: Günzel, Stephan (Hrsg.): *Raumwissenschaften*, 2. Auflage, Frankfurt a. M., 308-323.
- Cederman, Lars-Erik/Weidmann, Nils B./Gleditsch, Kristian S.* 2011: Horizontal Inequalities and Ethnonationalist Civil War. A Global Comparison, in: *American Political Science Review* 105: 3, 478-495.
- Chatterjee, Partha* 1993: *The Nation and Its Fragments. Colonial and Postcolonial Histories*, Princeton, NJ.
- Chojnacki, Sven/Engels, Bettina* 2013: *Material Determinism and Beyond. Spatial Categories in the Study of Violent Conflict (SFB-Governance Working Paper Series Nr. 55)*, Berlin.
- Chojnacki, Sven/Namberger, Fabian* 2014: Die »neuen Kriege« im Spiegel postkolonialer Theorien und kritischer Friedensforschung. Ein Plädoyer für die Befreiung von der Last der Vereinfachung, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3: 2, 157-202.
- Chojnacki, Sven/Paping, Lisa* 2016: Migration im Spannungsfeld von Raumwandel, Kontrolle und Gewalt. Herausforderungen für eine kritische Friedensforschung, in: *Sicherheit und Frieden* 34: 1, 21-29.
- Clarke, Keith C.* 2011: Maps and Mapping Technologies of the Persian Gulf War, in: Dodge, Martin/Kitchin, Rob/Perkins, Chris (Hrsg.): *The Map Reader. Theories of Mapping Practice and Cartographic Representation*, Chichester, 134-136.
- Clayton, Daniel* 2003: Critical Imperial and Colonial Geographies, in: Anderson, Kay/Domosh, Mona/Pile, Steve/Thrift, Nigel (Hrsg.): *Handbook of Cultural Geography*, London, 354-368.

- Coggins, Bridget L.* 2012: Global Patterns of Maritime Piracy, 2000-09. Introducing a New Dataset, in: *Journal of Peace Research* 49: 4, 605-617.
- Cohen, Dara K./Nordås, Ragnhild* 2014: Sexual Violence in Armed Conflict. Introducing the SVAC Dataset, 1989-2009, in: *Journal of Peace Research* 51: 3, 418-428.
- Collier, Paul/Duponchel, Marguerite* 2012: The Economic Legacy of Civil War. Firm-Level Evidence from Sierra Leone, in: *Journal of Conflict Resolution* 57: 1, 65-88.
- Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini* 2002: Geteilte Geschichten. Europa in einer postkolonialen Welt, in: dies. (Hrsg.): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a. M., 9-49.
- Cosgrove, Denis* 2001: *Apollo's Eyes. A Cartographic Genealogy of the Earth in the Western Imagination*, Baltimore, MD.
- Crampton, Jeremy* 2004: GIS and Geographic Governance. Reconstructing the Choropleth Map, in: *Cartographica* 39: 1, 41-53.
- Crampton, Jeremy* 2009: Cartography. Maps 2.0, in: *Progress in Human Geography* 33: 1, 91-100.
- Crampton, Jeremy* 2010: *Mapping. A Critical Introduction to Cartography and GIS*, Chichester.
- Crampton, Jeremy* 2014: The Power of Maps, in: Cloke, Paul/Crang, Philip/Goodwin, Mark (Hrsg.): *Introducing Human Geographies*, New York, NY, 192-202.
- Culcasi, Karen* 2012: Mapping the Middle East from Within. (Counter-)Cartographies of an Imperialist Construction, in: *Antipode* 44: 4, 1099-1118.
- Daase, Christopher* 2011: Neue Kriege und neue Kriegführung als Herausforderungen für die Friedenspolitik, in: Werkner, Ines-Jacqueline/Kronfeld-Goharani, Ulrike (Hrsg.): *Der ambivalente Frieden. Die Friedensforschung vor neuen Herausforderungen*, Wiesbaden, 21-35.
- Dalby, Simon/O' Tuathail, Gearóid* (Hrsg.) 1998: *Rethinking Geopolitics*, London.
- Dalton, Craig/Mason-Deese, Elizabeth* 2012: Counter (Mapping) Actions. Mapping as Militant Research, in: *ACME* 11: 3, 439-466.
- Deitelhoff, Nicole/Daase, Christopher* 2016: Krise ohne Grenzen. Die EU und die Flüchtlinge, in: Johannsen, Margret/Schoch, Bruno/Mutschler, Max M./Hauswedell, Corinna/Hippler, Jochen (Hrsg.): *Friedensgutachten 2016*, Münster, 152-165.

- Dodge, Martin/Kitchin, Rob/Perkins, Chris* (Hrsg.) 2011: *The Map Reader. Theories of Mapping Practice and Cartographic Representation*, Chichester.
- Duffield, Mark* 2016: *The Resilience of the Ruins. Towards a Critique of Digital Humanitarianism*, in: https://www.researchgate.net/publication/298427105_The_resilience_of_the_ruins_towards_a_critique_of_digital_humanitarianism; 10.1.2018.
- Elwood, Sarah* 2008: *Volunteered Geographic Information. Future Research Directions Motivated by Critical, Participatory, and Feminist GIS*, in: *GeoJournal* 72: 3, 173-183.
- Elwood, Sarah/Schuermann, Nadine/Wilson, Matthew W.* 2011: *Critical GIS*, in: Nyerges, Timothy L./Couclelis, Helen/McMaster, Robert (Hrsg.): *The Sage Handbook of GIS and Society*, London, 87-106.
- Engberg-Pedersen, Anders* 2011: *Die Verwaltung des Raumes. Kriegskartographische Praxis um 1800*, in: Siegel, Steffen/Weigel, Petra (Hrsg.): *Die Werkstatt des Kartographen. Materialien und Praktiken visueller Welterzeugung*, München, 29-48.
- Fall, Juliet J.* 2010: *Artificial States? On the Enduring Geographical Myth of Natural Borders*, in: *Political Geography* 29: 3, 140-147.
- Farman, Jason* 2010: *Mapping the Digital Empire. Google Earth and the Process of Postmodern Cartography*, in: *new media & society* 12: 6, 869-888.
- Fearon, James D.* 2003: *Ethnic and Cultural Diversity by Country*, in: *Journal of Economic Growth* 8: 2, 195-222.
- Fearon, James D.* 2005: *Primary Commodity Exports and Civil War*, in: *Journal of Conflict Resolution* 49: 4, 483-507.
- Fjelde, Hanne/Hultman, Lisa* 2013: *Weakening the Enemy. A Disaggregated Study of Violence against Civilians in Africa*, in: *Journal of Conflict Resolution* 58: 7, 1230-1257.
- Fjelde, Hanne/Uexkull, Nina von* 2012: *Climate Triggers. Rainfall Anomalies, Vulnerability and Communal Conflict in Sub-Saharan Africa*, in: *Political Geography* 31: 7, 444-453.
- Fund for Peace* 2016: *Fragile State Index 2016*, in: <http://library.fundforpeace.org/fsi16-report>; 10.8.2016.
- Foucault, Michel* 2004: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I*, Frankfurt a. M.
- Gatter, Frank T.* 1984 (Hrsg.): *Protokolle und Generalakte der Berliner Afrika-Konferenz, 1884-1885*, Veröffentlichung aus dem Übersee-Museum Bremen, Bremen.

- Geis, Anna/Müller, Harald/Wagner, Wolfgang* (Hrsg.) 2007: *Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik* (Schriftenreihe Studien der HSK Nr. 55), Frankfurt a. M.
- Glasze, Georg* 2009: Kritische Kartographie, in: *Geographische Zeitschrift* 97: 4, 181-191.
- Goodchild, Michael F.* 1999: Cartographic Futures on a Digital Earth (Proceedings of the 19th International Cartographic Association, 14.-21.8.1999), Ottawa.
- Gräbel, Carsten* 2015: *Die Erforschung der Kolonien. Expeditionen und koloniale Wissenskultur deutscher Geographen, 1884-1919*, Bielefeld.
- Gregory, Derek* 1994: *Geographical Imaginations*, Oxford.
- Gregory, Derek* 1995: Imaginative Geographies, in: *Progress in Human Geography* 19: 4, 447-485.
- Gruffydd Jones, Branwen* 2006: Introduction. International Relations, Eurocentrism, and Imperialism, in: ders. (Hrsg.): *Decolonizing International Relations*, Lanham, MD, 1-22.
- Haklay, Mordechai* 2013: Neogeography and the Delusion of Democratisation, in: *Environment and Planning A* 45: 1, 55-69.
- Haraway, Donna* 1988: Situated Knowledges. The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective, in: *Feminist Studies* 14: 3, 575-599.
- Harley, John B.* 1989: Deconstructing the Map, in: *Cartographica* 26: 2, 1-20.
- Harris, Trevor M./Weiner, Daniel/Warner, Timothy A./Levin, Richard* 1995: Pursuing Social Goals Through Participatory Geographic Information Systems. Redressing South Africa's Historical Political Ecology, in: Pickles, John (Hrsg.): *Ground Truth. The Social Implications of Geographic Information Systems*, New York, NY, 196-222.
- Hastings, Justin V.* 2009: Geographies of State Failure and Sophistication in Maritime Piracy Hijackings, in: *Political Geography* 28: 4, 213-223.
- Hegre, Håvard/Karlsen, Joakim/Nygård, Håvard M./Strand, Håvard/Urdal, Henrik* 2013: Predicting Armed Conflict, 2010-2050, in: *International Studies Quarterly* 57: 2, 250-270.
- Hettner, Alfred* 1927: *Die Geographie. Ihre Geschichte, ihr Wesen und ihre Methoden*, Breslau.
- Hill, Jonathan* 2005: Beyond the Other? A Postcolonial Critique of the Failed State Thesis, in: *African Identities* 3: 2, 139-154.
- Hobsbawm, Eric J.* 1990: *Nations and Nationalism Since 1780*, New York, NY.
- Ingold, Timothy* 2000: *The Perception of the Environment. Essays on Livelihood, Dwelling and Skill*, London.

- Jazeel, Tariq* 2011: Spatializing Difference Beyond Cosmopolitanism. Rethinking Planetary Futures, in: *Theory, Culture & Society* 28: 5, 75-97.
- Jenks, George F.* 2011: Generalisation in Statistical Mapping, in: *Dodge, Martin/ Kitchin, Rob/Perkins, Chris* (Hrsg.): *The Map Reader. Theories of Mapping Practice and Cartographic Representation*, Chichester, 219-230.
- Jessop, Bob/Brenner, Neil/Jones, Martin* 2008: Theorizing Sociospatial Relations, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 26: 3, 389-401.
- Jones, Martin/Jessop, Bob* 2010: Thinking State/Space Incompossibly, in: *Antipode* 42: 5, 1119-1149.
- Kaldor, Mary* 2012: *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*, 3. Auflage, Cambridge.
- Kilomba, Grada* 2008: *Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism*, 2. Auflage, Münster.
- Kim, Hun J.* 2012: Structural Determinants of Human Rights Prosecutions after Democratic Transition, in: *Journal of Peace Research* 49: 2, 305-320.
- Kitchin, Rob/Dodge, Martin* 2007: Re-Thinking Maps, in: *Progress in Human Geography* 31: 3, 331-344.
- Kitchin, Rob/Perkins, Chris/Dodge, Martin* 2011 a: Thinking about Maps, in: dies. (Hrsg.): *Rethinking Maps. New Frontiers of Cartographic Theory*, London, 1-25.
- Kitchin, Rob/Dodge, Martin/Perkins, Chris* 2011 b: Power and Politics of Mapping, in: dies. (Hrsg.): *The Map Reader. Theories of Mapping Practice and Cartographic Representation*, Chichester, 388-394.
- Kurgan, Laura* 2013: *Close Up at a Distance. Mapping, Technology, and Politics*, New York, NY.
- Kwan, Mei-Po* 2002: Feminist Visualization. Re-Envisioning GIS as a Method in Feminist Geographic Research, in: *Annals of the Association of American Geographers* 92: 4, 645-661.
- Lossau, Julia* 2013: Politische Geographie und postkoloniale Theorie. Territorien, Identitäten, Verflechtungen, in: *Belina, Bernd* (Hrsg.): *Staat und Raum*, Münster, 95-108.
- Lujala, Päivi/Gleditsch, Nils P./Gilmore, Elisabeth* 2005: A Diamond Curse? Civil War and a Lootable Resource, in: *Journal of Conflict Resolution* 49: 4, 538-562.
- Luutz, Wolfgang* 2007: Vom »Containerraum« zur »entgrenzten« Welt. Raumbilder als sozialwissenschaftliche Leitbilder, in: *Social Geography* 2: 1, 29-45.
- Massad, Joseph* 2001: *Colonial Effects. The Making of National Identity in Jordan*, New York, NY.

- Massey, Doreen* 1999: Imagining Globalization. Power Geometries of Time-Space, in: Brah, Avta/Hickman, Mary J./Mac an Ghaill, Máirtín (Hrsg.): Global Futures. Migration, Environment and Globalization, London, 27-44.
- Mbembe, Achille* 2006: Afrika – die Verfung des Hier mit dem Anderswo, in: Le Monde diplomatique, 12.5.2006, in: <https://monde-diplomatique.de/artikel/1433977>; 12.1.2018.
- Mbembe, Achille* 2015: Afropolitanismus, in: Dübgen, Franziska/Skupien, Stefan (Hrsg.): Afrikanische politische Philosophie, Berlin, 330-337.
- McEwan, Cheryl* 2003: Material Geographies and Postcolonialism, in: Singapore Journal of Tropical Geography 24: 3, 340-355.
- McLafferty, Sara* 2005: Women and GIS. Geospatial Technologies and Feminist Geographies, in: Cartographica 40: 1, 37-45.
- Michel, Boris* 2010: Für eine poststrukturalistische Perspektive auf das Machen und die Macht von Karten. Replik auf Ball und Petsimeris, in: Forum Qualitative Sozialforschung 11: 3, Art. 28.
- Monmonier, Mark* 1996: Eins zu Einer Million. Die Tricks und Lügen der Kartographen, Basel.
- Mose, Jörg* 2009: Die Rolle von Karten bei der (Re-)Konstruktion territorialer Identität. Das Beispiel Katalonien vor dem Hintergrund spanischer und europäischer Identität, in: Geographische Zeitschrift 97: 4, 213-226.
- Mose, Jörg/Strüver, Anke* 2012: Diskursivität von Karten – Karten im Diskurs, in: Glasze, Georg/Mattisek, Annika (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, 2. Auflage, Bielefeld, 315-325.
- Münkler, Herfried* 2002: Die neuen Kriege, Berlin.
- Münkler, Herfried* 2013: Von der konventionellen Kriegführung zur Abwehr asymmetrischer Gewalt. Zur Theorie der »neuen Kriege«, in: Bohrmann, Thomas/Lather, Karl-Heinz/Lohmann, Friedrich (Hrsg.): Handbuch militärische Berufsethik, Wiesbaden, 253-272.
- Murphy, Alexander B.* 1996: The Sovereign State as Political-Territorial Ideal, in: Bierstecker, Thomas J./Weber, Cynthia (Hrsg.): State Sovereignty as Social Construct, Cambridge, 81-120.
- Osterhammel, Jürgen* 2009: Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen. München.
- Peluso, Nancy L.* 1995: Whose Woods Are These? Counter-Mapping Forest Territories in Kalimantan, Indonesia, in: Antipode 27: 4, 383-406.

- Pickering, Steve* 2012: Proximity, Maps and Conflict. New Measures, New Maps and New Findings, in: *Conflict Management and Peace Science* 29: 4, 425-443.
- Pickles, John* (Hrsg.) 1995 a: *Ground Truth. The Social Implications of Geographic Information Systems*, New York, NY.
- Pickles, John* 1995 b: Representations in an Electronic Age. Geography, GIS, and Democracy, in: ders. (Hrsg.): *Ground Truth. The Social Implications of Geographic Information Systems*, New York, NY, 1-30.
- Pickles, John* 1999: Cartography, Digital Transitions, and Questions of History (Proceedings of the 19th International Cartographic Association, 14.-21.8.1999), Ottawa.
- Pickles, John* 2004: *A History of Spaces. Cartographic Reason, Mapping and the Geo-Coded World*, London.
- Powell, Jonathan* 2012: Determinants of the Attempting and Outcome of Coups d'état, in: *Journal of Conflict Resolution* 56: 6, 1017-1040.
- Raleigh, Clionadh/Hegre, Håvard* 2009: Population Size, Concentration, and Civil War. A Geographically Disaggregated Analysis, in: *Political Geography* 28: 4, 224-238.
- Raleigh, Clionadh/Linke, Andrew/Hegre Håvard/Karlsen, Joakim* 2010: Introducing ACLED-Armed Conflict Location and Event Data, in: *Journal of Peace Research* 47: 5, 1-10.
- Raleigh, Clionadh* 2012: Violence Against Civilians. A Disaggregated Analysis, in: *International Interactions* 38: 4, 462-481.
- Randeria, Shalini/Römhild, Regina* 2013: Das postkoloniale Europa. Verflochtene Genealogien der Gegenwart. Einleitung zur erweiterten Neuauflage, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini/Römhild, Regina (Hrsg.): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a. M., 9-31.
- Reid-Henry, Simon M.* 2013: An Incorporating Geopolitics. Frontex and the Geopolitical Rationalities of the European Border, in: *Geopolitics* 18: 1, 198-224.
- Roberts, Susan M./Schein, Richard H.* 1995: Earth Shattering. Global Imagery and GIS, in: Pickles, John (Hrsg.): *Ground Truth. The Social Implications of Geographic Information Systems*, New York, NY, 171-195.
- Rogers, James* 2011: A New Geography of European Power?, in: *Egmont Paper* 42.
- Said, Edward W.* 1978: *Orientalism*, New York, NY.

- Salehyan, Idean* 2009: *Rebels without Borders. Transnational Insurgencies in World Politics*, Ithaca, NY.
- Sarkees, Meredith R./Wayman, Frank W./Singer, David J.* 2003: Inter-State, Intra-State, and Extra-State Wars. A Comprehensive Look at Their Distribution over Time, 1816-1997, in: *International Studies Quarterly* 47: 1, 49-70.
- Sayer, Andrew* 1998: Abstraction. A Realist Interpretation, in: Archer, Margeret S./Bhaskar Roy/Collier, Andrew/Lawson, Tony/Norrie, Alan (Hrsg.): *Critical Realism. Essential Readings*, London, 120-143.
- Schlücker, Karin* 2003: Zählen oder interpretieren, beobachten oder interagieren? Die Debatte um qualitative und/oder quantitative Methoden und das Verhältnis zwischen Forschenden und ihren »Objekten«, in: Niekant, Renate/Schuchmann, Uta (Hrsg.): *Feministische Erkenntnisprozesse. Zwischen Wissenschaftstheorie und politischer Praxis*, Opladen, 104-120.
- Schmid, Christian* 2005: *Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raums*, Stuttgart.
- Schmitt, Michael/Gottschlich, Florian/Schäfer, Wolfgang/Turk, Cate/Glasze, Georg* 2014: Crisis Mapping, in: *Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft* 60, 57-76.
- Schneider, Patricia* 2016: Migrantinnen und Flüchtlinge als Herausforderung für Deutschland und Europa, in: *Sicherheit und Frieden* 34: 1, 1-19.
- Schultz, Hans-Dietrich* 2013: »Raumfragen beherrschen alle Geschichte«. Macht und Raum im Denken der klassischen Geographie, in: Belina, Bernd (Hrsg.): *Staat und Raum (Staatsdiskurse 26)*, Stuttgart, 15-35.
- Schurmann, Nadine* 2002: Women and Technology in Geography. A Cyborg Manifesto, in: *The Canadian Geographer* 46: 3, 258-265.
- Sheppard, Eric* 2005: Knowledge Production Through Critical GIS. Genealogy and Prospects, in: *Cartographica* 40: 4, 5-21.
- Siegel, Steffen* 2011: Die ganze Karte. Für eine Praxeologie des Kartographischen, in: Siegel, Steffen/Weigel, Petra (Hrsg.): *Die Werkstatt des Kartographen. Materialien und Praktiken visueller Welterzeugung*, München, 7-28.
- Siegel, Steffen/Weigel, Petra* 2008: Der Rotstift des Kartografen. Grenzverschiebungen in Stiellers Hand-Atlas, in: Bredekamp, Horst/Bruhn, Matthias/Werner, Gabriele/Fischel, Angela (Hrsg.): *Bildwelten des Wissens, Kunsthistorisches Jahrbuch für Bildkritik* 6: 2, 58-65.
- Siegel, Steffen/Weigel, Petra* (Hrsg.) 2011: *Die Werkstatt des Kartographen. Materialien und Praktiken visueller Welterzeugung*, München.

- Soest, Christian von/Wahman, Michael* 2015: Not all Dictators are Equal. Coups, Fraudulent Elections, and the Selective Targeting of Democratic Sanctions, in: *Journal of Peace Research* 52: 1, 17-31.
- Spivak, Gayatri C.* 2008: Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation, Wien.
- Strandsbjerg, Jeppe* 2008: The Cartographic Production of Territorial Space. Mapping and State Formation in Early Modern Denmark, in: *Geopolitics* 13: 2, 335-358.
- Strüver, Anke* 2005 a: Binnen- und Außengrenzen der EU. Zwischen Abgrenzung und Überschreitung, in: Reuber, Paul (Hrsg.): *Politische Geographien Europas. Annäherungen an ein umstrittenes Konstrukt*, Münster, 141-152.
- Strüver, Anke* 2005 b: Macht Körper Wissen Raum? Ansätze für eine Geographie der Differenzen (Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeographie 9), Wien.
- Strüver, Anke* 2008: Das Mittelmeer als Grenzdiskurs, in: Bredekamp, Horst/Bruhn, Matthias/Werner, Gabriele/Fischel, Angela (Hrsg.): *Bildwelten des Wissens. Kunsthistorisches Jahrbuch für Bildkritik* 6: 2, 66-69.
- Strüver, Anke* 2013: Geschlechtlich codierte geopolitische Raumbilder, in: *Wissenschaft & Frieden* 1, 31-34.
- Sundberg, Ralph/Eck, Kristine/Kreutz, Joakim* 2012: Introducing the UCDP Non-State Conflict Dataset, in: *Journal of Peace Research* 49: 2, 351-362.
- Sundberg, Ralph/Melander, Erik* 2013: Introducing the UCDP Georeferenced Event Dataset, in: *Journal of Peace Research* 50: 4, 523-532.
- Svolik, Milan W.* 2012: Contracting on Violence. The Moral Hazard in Authoritarian Repression and Military Intervention in Politics, in: *Journal of Conflict Resolution* 57: 5, 765-794.
- Theisen, Ole M.* 2012: Climate Clashes? Weather Variability, Land Pressure, and Organized Violence in Kenya, 1989-2004, in: *Journal of Peace Research* 49: 1, 81-96.
- Toal, Gerard* 1996: *Critical Geopolitics. The Politics of Writing Global Space*, London.
- Toal, Gerard* 2005: Geopolitics, in: Atkinson, David/Jackson, Peter/Sibley, David/Washbourne, Neil (Hrsg.): *Cultural Geography. A Critical Dictionary of Key Concepts*, London, 65-71.
- Toft, Monica* 2014: Territory and War, in: *Journal of Peace Research* 51: 2, 185-198.
- Tollefsen, Andreas F./Strand, Håvard/Buhaug, Halvard* 2012: PRIO-GRID. A Unified Spatial Data Structure, in: *Journal of Peace Research* 49: 2, 363-374.

- Veen, Erwin van* 2014: Upgrading Peacekeeping to Counter Transnational Conflict Drivers. Five Essential Actions (CRU Policy Brief. Clingendael Netherlands Institute of International Relations), Clingendael.
- Vormbusch, Uwe* 2007: Stichwort. Die Herrschaft der Zahlen, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 14: 2, 57-63.
- Wagner, Jürgen* 2013: Grand Area. Ein imperiales Raumkonzept für die Weltmacht Europa, in: Wissenschaft & Frieden 1, 11-14.
- Weidmann, Nils B./Kuse, Doreen/Gleditsch, Kristian S.* 2010: The Geography of the International System. The CShapes Dataset, in: International Interactions 36: 1, 86-106.
- Werlen, Benno* 1997: Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen, Band 2, Globalisierung, Region und Regionalisierung, Stuttgart.
- Ziai, Aram* 2012: Postkoloniale Politikwissenschaft. Grundlagen einer postkolonialen politischen Theorie und deren Anwendungsfelder, in: Karentzos, Alexandra/Reuter, Julia (Hrsg.): Schlüsselwerke der Postcolonial Studies, Wiesbaden, 283-296.

Die Autor_innen

Fabian Namberger promoviert am Goldsmiths College in London zur politischen Ökonomie von selbstfahrenden Fahrzeugen. Von 2013 bis 2016 war er am Arbeitsbereich Friedens- und Konfliktforschung der Freien Universität Berlin tätig.

E-Mail: fabian.namberger@gold.ac.uk

Gerdis Wischnath ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.

E-Mail: gerdis.wischnath@fu-berlin.de

Sven Chojnacki, Dr. phil., ist Universitätsprofessor für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.

E-Mail: sven.chojnacki@fu-berlin.de

»Kultur der Gewalt« in Kolumbien?

Zum Mehrwert der Integration von post-/dekolonialen Perspektiven in sozialpsychologisches Arbeiten bei der Analyse von Konflikt und Gewalt am Beispiel einer Online-Studie mit jungen Erwachsenen in Bogotá.

Sowohl in wissenschaftlicher Literatur als auch in der kolumbianischen Bevölkerung wird der Begriff »Kultur der Gewalt« als Erklärungsmuster für kolumbianische Konflikt- und Gewaltphänomene herangezogen. Werden postkoloniale Perspektiven in sozialpsychologisches Arbeiten integriert, werden mögliche Auswirkungen dieser negativen, kolonialbasierten Narration auf kollektive Selbst- und Fremdzuschreibungen sichtbar. Die Autorin führte Initialforschung durch, um erste Hinweise dafür zu finden, ob epistemischer Ungehorsam zum Abbau kolonialbasierter Identitätskonstruktionen wie der der »Kultur der Gewalt« auch Einfluss auf interpersonales Konfliktmanagement haben kann. Hierfür wurde ein webbasiertes Experiment mit 80 kolumbianischen Erwachsenen zwischen 18-30 Jahren aus Bogotá durchgeführt. Die Gruppe, die mit einer friedenskompetenten Narration der kolumbianischen Identität konfrontiert wurde, zeigte eine signifikant höhere Präferenz für konfliktlösungsorientiertes Verhalten als die Kontrollgruppe. Die Forschungsergebnisse weisen auf das Potential von epistemischem Ungehorsam zur Förderung friedenskompetenter Konfliktlösungsstrategien in interpersonellen Settings hin und appellieren an einen sensiblen Umgang mit kolonialbasierten und stereotypisierenden Narrativen wie dem der »Kultur der Gewalt« in öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen.

Schlagnote: Friedens- und Konfliktforschung, Postkoloniale Studien, Sozialpsychologie, *Social Identity Theory*, Kolumbien.

1. Einleitung

Ungeachtet des in den Sozialwissenschaften erwachten Interesses an post- und dekolonialen Perspektiven ist ihre Integration in verschiedenen Theorieströmungen der Sozialpsychologie, sowie insgesamt in der (empirischen Sozial-)Psychologie,

bislang eher schwach ausgeprägt.¹ Dies hat verschiedene Gründe: Postkoloniale Arbeiten kritisieren die Komplizenschaft von Teilen der Psychologie im Rahmen der Kolonisierung und die Rolle, die diese als (Re-)Produzentin von hegemonialem, patriarchalem, euro- und US-zentrischem Wissen in der Vergangenheit spielte und zum Teil noch immer spielt (vgl. Vollhardt/Cohrs 2013; Persram 2013: 136; Macleod/Bhatia 2008). Auch kritisieren sie, dass Teile der (Mainstream-)Psychologie lange Zeit mit ihrer individualistischen Perspektive dazu beitrugen, die Auswirkungen gesellschaftlicher Phänomene wie Armut und Exklusion auf die individuelle Psyche und auf Intergruppenprozesse eher zu negieren, statt mit Verweis auf diese, soziale Veränderungen einzufordern (Adams et al. 2015: 213-214; González 2004: 354-358). Umgekehrt zeigte auch die (Mainstream-)Psychologie bis vor kurzem wenig Interesse an der Integration von post- und dekolonialen Überlegungen in ihre Arbeiten (Persram 2013: 136).² Auch Glenn Adams et al. bemängeln:

»There are few voices who reflect the Euro-American colonial character of psychological science [...] [T]here is relatively little attention to the ways in which the science can work as a primary site for the expression and reproduction of domination« (Adams et al. 2015: 213-214).

Dabei ist das Potential für eine post-/dekoloniale Sozialpsychologie groß: Die sozialpsychologische Friedensforschung und die soziologische Sozialpsychologie³ gehen von einer *kontextabhängigen* Beeinflussung bzw. Wechselwirkung zwischen sozialer Gruppe und Individuum aus (vgl. Vollhardt/Cohrs 2013: 249),⁴ so dass hier mit postkolonialen Perspektiven und der Kritik (epistemischer) Machtstrukturen angeschlossen werden kann. Zudem kann die in Lateinamerika entstandene, jedoch bislang im Globalen Norden nur marginal rezipierte Befreiungs- und die Gemeindepsychologie als Inspiration dienen: Beide Strömungen versuchen

- 1 Mein Dank geht an alle, die mich beim Schreiben dieses Artikels unterstützt haben, insbesondere an Cordula Dittmer und Claudia Simons.
- 2 Zum Mehrwert einer gegenseitigen Integration von postkolonialen Perspektiven, Psychoanalyse und Psychologie, siehe das *Special Issue on Post/Coloniality and Subjectivity* im *Journal of Theoretical and Philosophical Psychology* (2013, 33: 3).
- 3 Die soziologische Sozialpsychologie versteht sozialpsychologisches Verhalten als in Interaktion mit dem jeweiligen sozialen Setting sowie als Resultat von Interpretationen, die auf Basis lokaler Normen und Denkgerüste getroffen werden (Brown/Locke 2008: 375).
- 4 Sie befassen sich »mit Kognitionen (z. B. Einstellungen, Vorurteilen, Ideologien), Emotionen (z. B. Zorn, Schuld) und Handlungen (z. B. Diskriminierung, prosoziales Verhalten), die zu direkter und struktureller Gewalt sowie ihrer Verhinderung und Reduktion oder zur (möglichst) gewaltfreien Lösung von Konflikten und der Schaffung nachhaltigen Friedens beitragen« (Vollhardt/Cohrs 2013: 249).

eine Theoriebildung zu etablieren, die nur am Ort ihres Geschehens Gültigkeit beansprucht, den Wissensschatz der Gemeinden (und ihre Erinnerungen) als notwendiges Instrument der psychologischen Befreiung betrachtet und Formen struktureller, ökonomischer, militärischer und politischer Gewalt bei ihrer Analyse von Unterdrückungsmechanismen einbezieht (vgl. Orellano 2015: 5-6; Burton 2013: 252-256; Lykes/Sibley 2014: 211). Hierdurch integrieren Letztere bereits viele dekoloniale Forderungen in sozialpsychologisches Arbeiten. Auch diese Strömungen stellen im Globalen Norden jedoch weiterhin »Orchideenfächer« dar, worauf Johanna R. Vollhardt und J. Christopher Cohrs jüngst hinwiesen und erste Schritte für eine Dekolonisierung der psychologischen Wissenschaft unternommen haben (Vollhardt/Cohrs 2013: 253-254).⁵ Sie fordern, dass

»die sozialpsychologische Friedensforschung sich noch stärker bemühen [muss; Anm. der Verf.], über westliche Kontexte hinaus wirklich internationaler zu werden, sich öfter aus dem Labor herauszubewegen, Forschungsfragen in relevante Kontexte einzubetten sowie den Blick für Faktoren und Prozesse auf der Makroebene (inklusive kultureller Einflüsse) nicht zu verlieren – um zu vermeiden, strukturelle Probleme zu entpolitisieren und zu individuellen Problemen zu machen, anstatt sie zu lösen« (Vollhardt/Cohrs 2013: 265).

Hierin liegt das besondere Potential der Integration post- und dekolonialer Perspektiven in sozialpsychologische Fragestellungen. Denn post-/dekolonial arbeitende Autor*innen gehen unter anderem davon aus, dass sich (post)koloniale Stereotype und Narrative durch den Zivilisationsmythos, hegemoniale Geschichtsnarrationen und das Entwicklungsparadigma ungeachtet formaler Dekolonisierungsprozesse auch in heutigen Gesellschaften noch manifestieren und reproduzieren (Coronil 2005: 104; Dussel 2005: 48). So weist Bulhan darauf hin, dass

»Colonialism from the very beginning was [...] economic, political, cultural, and psychological. Its economic and political motives were most obvious at the beginning; the cultural and psychological motives integral to it all along became more intense and manifest later. Moreover, the fallout of colonialism is multiple and pervasive; its development and expansion affected the thought, behavior, and generally the life of colonized peoples« (Bulhan 2015: 240).

5 Als Herausgeber*innen der Zeitschrift *Journal of Social and Political Psychology* haben sie 2015 die *Special Thematic Section* zu »Decolonizing Psychological Science« (Vol. 3: 1) herausgegeben.

Eine postkolonial inspirierte sozialpsychologische Friedensforschung bietet hier meines Erachtens das besondere Potential zu untersuchen, welche Auswirkungen diese Narrative auf das Verhalten in Konfliktsituationen haben, wie negative Effekte abgebaut und positive gestärkt werden können.

Der durch die Integration von postkolonialen Überlegungen in sozialpsychologische Arbeiten entstehende Mehrwert, nämlich die Sichtbarmachung des Einflusses hegemonialer kolonialbasierter Narrative auf soziale Identitätskonstruktionen und auf Konfliktverhalten, soll im vorliegenden Artikel unter Anwendung sozialpsychologischer Theorien (insbesondere der *Theorie der Sozialen Identität* (SIT)) aus einer postkolonialen Perspektive am Beispiel Kolumbiens anhand des Topos »Kultur der Gewalt« verdeutlicht werden. Es ist auch Anspruch des vorliegenden Artikels, dazu anzuregen, alternative Interpretationen zur Analyse von Gewaltkreisläufen heranzuziehen und an die Verantwortung von Forscher*innen in der Reproduktion kolonialbasierter Narrationen zu appellieren. Auch Adams et al. haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, »standards of thought and feeling that hegemonic perspectives propose as natural standards« (Adams et al. 2015: 219) zu denaturalisieren, d. h. zu kontextualisieren und zu dekonstruieren.

Im Mittelpunkt des vorliegenden Artikels steht die Frage, welche Rolle kolonialbasierte Narrative für die nationale Identität Kolumbiens spielen können. So könnte die Art der Narration des kollektiven Selbst- und Fremdbilds im kolumbianischen Fall sowohl ein Problem der Gewaltpersistenz als auch ein Teil der Lösung sein – ohne die Komplexität des kolumbianischen Konflikts dabei vereinfachen zu wollen. Welche Auswirkungen hat die Narration der nationalen Identität auf die Konstruktion, d. h. die Wahrnehmung von und den Umgang mit Konflikten? Kann eine Emanzipation von kolonialbasierten Narrationen dazu beitragen, dass friedliche Lösungen in (interpersonalen) Konflikten eher wahrgenommen und friedenskompetente Konfliktlösungen gewählt werden? Wie kann der von Walter Mignolo (2011) geforderte »epistemische Ungehorsam« in identitären Prozessen umgesetzt werden und welche Implikationen gehen damit für die psychologische Friedens- und Konfliktforschung einher? Zur Diskussion dieser Frage dienen die Ergebnisse einer Initialforschung bzw. eines sozialpsychologischen Online-Experiments, welches ich 2014 mit jungen Erwachsenen aus Bogotá im Rahmen meiner Masterarbeit durchführte.⁶

6 Bei dem Fallbeispiel geht es mir weder um eine Generalisierung dieses kontextspezifischen Falles noch um eine Länderanalyse. Anspruch der Initialforschung ist nicht, eine Kausalbeziehung zwischen nationalen Narrativen und Gewaltaffinität zu beweisen, sondern vielmehr an ihrem Zusammenhang beispielhaft auf das Potential dekolonialer empirischer Forschung in der Sozialpsychologie und ihre Praxisrelevanz hinzuweisen und Inspiration für die mögliche Operationalisierung von epistemischem Ungehorsam zu bieten.

Zu diesem Zweck wird nach einer Betrachtung der SIT im Spiegel der Kolonialität und der Genese lateinamerikanischer Gesellschaften der Topos »Kultur der Gewalt« als kolonialbasierte Selbst- und Fremdstereotypisierung in Kolumbien diskutiert. Welchen Einfluss epistemischer Ungehorsam auf das individuelle Konfliktlösungsmanagement haben könnte, wird im Rahmen eines sozialpsychologischen Experiments diskutiert und Forschungsbedarfe identifiziert. Der Artikel schließt mit einer Zusammenfassung der Überlegungen.

2. Die Theorie der Sozialen Identität im Spiegel der Kolonialität

Die Theorie der Sozialen Identität von Henri Tajfel und John C. Turner (1986) stellt, gefolgt von der Kontakthypothese und der Sozialen Dominanztheorie, eine der meist verwendeten theoretischen Rahmungen für die Friedenspsychologie bzw. die sozialpsychologische Friedens- und Konfliktforschung dar (Vollhardt/Cohrs 2013: 252-253).⁷ Aufgrund ihrer Relevanz für letztere, aber auch wegen ihres Potentials für die Betrachtung postkolonialer Machtverhältnisse in Intergruppenkonflikten und der (Selbst-)Bewertung von kolonialbasierten sozialen Identitäten wird ihr in diesem Artikel eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Der SIT zufolge setzt sich das individuelle Selbstverständnis aus der persönlichen Identität (die aus dem interpersonalen Vergleich resultiert) und diversen sozialen Identitäten und den damit einhergehenden Bewertungen zusammen (grundlegend: Tajfel/Turner 1986). Dabei kann soziale Identität beschrieben werden als

»that part of an individual's self-concept which derives from his knowledge of his membership of a social group (or groups) together with the value and emotional significance attached to that membership« (Tajfel 1978: 63).

Eine soziale Identität wird sozialen Kategorien (Nationalität/Ethnie, Gender, Religion, Beruf, etc.) zugeordnet und Stephen Worchel und Dawna Coutant zufolge in gleichem Maße von der *Outgroup* (durch Stereotypisierung) wie von der *Ingroup* mit Inhalt gefüllt, also ko-konstruiert (Worchel/Coutant 2001: 463). Die spezifischen Gruppen- bzw. sozialen Identitäten setzen sich zudem aus mehr oder minder expliziten Werten und Normen, der Geschichte und der Gruppenreputation zusammen. Diese werden internalisiert und prägen die Selbstwahrnehmung der Indi-

7 Johanna Ray Vollhardt und Christopher Cohrs beziehen sich hier auf die Ergebnisse einer inhaltsanalytischen Auswertung von fünf Jahrgängen (2001-2005) aus vier internationalen allgemeinen sozialpsychologischen Zeitschriften und einer spezialisierten sozialpsychologischen Zeitschrift, mit dem Ziel, die Überlappung von Sozial- und Friedenspsychologie näher zu beschreiben (Vollhardt/Cohrs 2013: 250).

viduen und die Wahrnehmung ihrer Umwelt (vgl. Worchel/Coutant 2001). Die Relevanz der jeweiligen sozialen Identität(en) für die individuelle Identität wird dabei durch soziale, kulturelle und persönliche Aspekte und Erfahrungswerte beeinflusst und hängt somit auch von hegemonialen und systemimmanenten Perspektiven, Werten, Narrativen und Normen ab (vgl. Sharma/Sharma 2010: 119; Worchel/Coutant 2001). Um die sozialen Identitäten voneinander abzugrenzen, stereotypisieren Personen zudem ihre eigene und andere Gruppen, das heißt, sie nehmen die Heterogenität *zwischen* den Gruppen stärker wahr und blenden Heterogenität *innerhalb* der Gruppen stärker aus (vgl. David/Bar-Tal 2009: 355).

Die SIT geht weiterhin davon aus, dass Personen in Situationen, in denen die soziale Identität salient (d. h. thematisiert, relevant und sichtbar) wird, den Status ihrer *Ingroup* mit dem anderer Gruppen vergleichen und dieser Status die Zufriedenheit des Individuums mit seiner individuellen Identität beeinflusst (Brown 2000). Hierbei kann es sich sowohl um reelle als auch um imaginierte Eigenschaften handeln, die helfen, den Gruppenstatus zu definieren. Individuen treten der SIT zufolge in einem zweiten Schritt in einen Intergruppenwettbewerb oder sie wenden individuelle Strategien an, um ihre Zufriedenheit mit der individuellen Identität über eine Verbesserung des Status' der salienten sozialen Identität zu erhöhen:

- durch individuelle Mobilität (d. h. durch das Verlassen der eigenen Gruppe sofern möglich, z. B. durch das Anpassen an die statushöhere Gruppe durch Mimikry),
- durch kognitive Strategien zur Akzeptanz des Status quo (beispielsweise Normen, die den eigenen Status legitimieren),
- durch soziale Kreativität (d. h. eine neue Vergleichsdimension wird betont, bei der die eigene Gruppe besser als die bislang statushöhere Gruppe abschneidet) sowie
- durch das Hervorheben von Intergruppenvergleichen mit statusniedrigeren Gruppen (Müller 2011).

Soziale Identitäten werden somit nicht in erster Linie durch intersubjektiv nachvollziehbare Ereignisse oder »Tatsachen« konstruiert und hierarchisiert, sondern durch Intergruppenvergleiche. Eine postkoloniale Perspektive macht darauf aufmerksam, dass diese eingebettet sind in hegemoniale Narrative über das (scheinbar) Gewesene und das noch Kommende. Diese Narrative werden Teil des Sinngebungsprozesses von *contingent narratives*⁸ und sind somit auch konstitutiv für individuelle und kollektive Identitäten und ihre Vergleiche: »Through the stories that we construct we establish our identity positions« (Hiles/Čermák 2008: 149).

Dies ist auch bei der nationalen Identität der Fall. Als nationale Identität kann beschrieben werden, wenn Individuen sich einer gewissen Nation zugehörig fühlen bzw. akzeptieren, dieser sozialen Kategorie zugeschrieben zu werden (Salazar/Salazar 1998: 250). Diese Zugehörigkeit kann sowohl durch das Hervorheben abgrenzender Charakteristika als auch durch die Selbst-Stereotypisierung geschehen. Nationale Identität ist dabei, aufbauend auf dem Konzept der Nation als »imagined communities« von Benedict Anderson (1983), Jose M. Salazar und Miguel Salazar zufolge, »construed on the basis of a label, but goes well beyond that; it incorporates images, stereotypes, and representations« (Salazar/Salazar 1998: 250). Sie wird sowohl durch die *Ingroup* als auch durch die *Outgroup* mit Inhalt gefüllt und beruht auf subjektiven Gefühlen zu Kultur sowie einer Zugehörigkeit im Sinne des *Hineingeborenwerdens* (Salazar 1998: 116-121):

»The nation as a community links people not only with a present inhabited by other people they do not and could not possible know, but also with a past and a future. This is possible through *depersonalization* [Herv. im Orig.], derived from the process of self-categorization« (Salazar 1998: 120).

Cristóbal Gnecco macht für den kolumbianischen Fall darauf aufmerksam, dass der Nationenbildungsprozess als ein politisches Projekt der Homogenisierung verstanden werden muss (Gnecco 2000: 173-179). Durch verschiedene Instrumente der Geschichtsschreibung wird eine hegemoniale Geschichtsschreibung naturalisiert, die bestimmte Informationen in den Mittelpunkt stellt und alternative Erinnerungen (devianter Bevölkerungsgruppen) ausschließt. Dieser Prozess darf nicht nur als Versuch verstanden werden, die Vergangenheit zu kontrollieren, sondern ist vielmehr ein Mittel, durch das die nationale Identität in der Gegenwart und Zukunft hergestellt wird (Gnecco 2000: 185-189): »Der Kampf [...] zwischen hegemonialer und dissidenter Geschichte kann auch als Kampf um verschiedene Formen von Identitätskonstruktion beschrieben werden« (Übersetzung der Verf.; Gnecco 2000: 185).⁹

Hierdurch gewinnen kolonialbasierte Narrative als identitätsstiftende Elemente bzw. epistemische Quellen für soziale bzw. nationale Identitätskonstruktionen für

- 8 Als *contingent narratives* bezeichnet Hiles die Sinnggebungsfunktion von Erzählungen: »By contingent narratives, I mean the stories that we generate, consciously or unconsciously, in order to organize our immediate experience of events. These are the building blocks of a narrative mode of thinking that is fundamental to our construction of reality. [...] Such narratives prefigure our memory of events, and are the basis for later shared discursive accounts« (Hiles 2005: 108).
- 9 Im Original: »La lucha [...] entre las historias hegemónicas y las historias disidentes se puede caracterizar como la lucha entre formas distintas de construcción de identidad«. Alle spanischsprachigen Zitate wurden von der Autorin ins Deutsche übersetzt.

die SIT an Bedeutung. Eine postkoloniale Perspektive kann helfen, die Genese und Hierarchisierung von noch heute relevanten Kategorien (*raza*¹⁰ bzw. Ethnie und Gender) und kollektiver Selbst- und Fremdzuschreibungen in Lateinamerika als eine Form der *Kolonialität* sichtbar zu machen, die das Soziale bis heute prägen. Eine solche Perspektive setzt auch, wie im Folgenden gezeigt wird, den Topos »Kultur der Gewalt« in Kolumbien in einen größeren Kontext. Angesichts der Relevanz, die auch Walter Mignolo den »bodypolitics of knowledge« (Mignolo 2009: 20-21) zuspricht – nämlich der Herstellung von Wissen/Macht über die Einschreibung von Inferiorität auf soziale Identitäten anhand des Körpers – ist es für den kolumbianischen Fall also naheliegend, den Prozess der Soziogenese von sozialen Identitäten im Kontext der Kolonialität Lateinamerikas zu betrachten.

3. Die Kolonisierung Amerikas als gesellschaftsformierender Prozess

Für eine Betrachtung der nationalen Identität Kolumbiens ist zunächst eine kurze Einführung in das Konzept der Kolonialität (grundlegend: Quijano 1992) und ein Blick auf die Soziogenese heutiger lateinamerikanischer Gesellschaften im Kontext der Kolonialität hilfreich.

Als *Kolonialität der Macht* bezeichnet der peruanische Befreiungsphilosoph Aníbal Quijano die Kontinuität zwischen intra- und interstaatlichem Kolonialismus durch die Verstetigung der modernen/kapitalistischen Herrschaftsstruktur. Quijano (2000) zufolge manifestiert sich die *Kolonialität der Macht* seit der Kolonisierung entlang von vier Dimensionen: Erstens durch die Herstellung von Wissenschaft und Subjektivität; zweitens durch die Ökonomie beziehungsweise den Kapitalismus; drittens durch Autorität (damit gemeint ist die physische Gewaltanwendung); und viertens entlang von Rassismus/Patriarchat beziehungsweise anhand der Kategorien *raza*, Gender und Sexualität. So konstatiert Quijano:

»Insofar as the social relations that were being configured [in colonial America, Anm. der Verf.] were relations of domination, such identities were considered constitutive of the hierarchies, places, and corresponding social roles, and consequently of the model of colonial domination that was being imposed. In other words, race and racial identity were established as instruments of basic social classification [...]. So the conquered and dominated peoples were situated in a natural position of inferiority and, as a result, their

10 In Anlehnung an Pablo Quinteros und Sebastian Garbes (2013: 19) Überlegungen übernehme ich den spanischen Ausdruck zur Beschreibung der Kategorisierungslogik lateinamerikanischer Bevölkerungsgruppen seit der Kolonialzeit und in Abgrenzung von seinem Gebrauch im deutschen Nationalsozialismus.

phenotypic traits as well as their cultural features were considered inferior« (Quijano 2000: 534-535).

Hierauf aufbauend wurden die Begriffe Kolonialität des Wissens und Kolonialität des Seins geprägt. Ersteres beschäftigt sich mit der Frage, wie welches Wissen generiert und als solches gedeutet wird, und so ein kolonialbasiertes Regime des Denkens reproduziert; letzteres beschäftigt sich mit der Frage, wie sich die Kolonialität der Macht und des Wissens auf das Individuum, d. h. seine Wahrnehmung des Selbst und der Welt auswirken, wie sie sich als gelebte Erfahrung einschreiben und welche Konsequenzen daraus folgen (Maldonado-Torres 2007: 130).

Kolonialität darf, in Abgrenzung zum formal abgeschlossenen Prozess der Kolonisation, daher nicht als räumlich und/oder zeitlich begrenztes Phänomen verstanden werden, sondern reicht in unsere Gegenwart, ist omnipräsent und durchzieht Individuen und Kollektive gleichermaßen (wenn auch auf verschiedene Weise). Kolonialität wird dabei nicht nur über strukturelle, materielle und autoritäre Gewalt aufrechterhalten, sondern festigt sich auch über epistemische Gewalt: Die unsichtbare und geräuschlose Gewaltförmigkeit von Wissen, die auch durch die Konstruktion und Hierarchisierung sozialer Identitäten entlang kolonialer Imaginationen hergestellt wird (vgl. Brunner 2015: 44-46). Wissenschaft ist Teil dieser Gewaltförmigkeit, da sie häufig unreflektiert durch die Reproduktion und Verstärkung von kolonialbasierten Narrativen und Narrationen zu ihrer Naturalisierung beiträgt.

Mit Beginn der Herrschaft der spanischen Krone in Lateinamerika war die dortige Gesellschaftshierarchie und damit der Zugang zu Rechten und Pflichten formal entlang von *raza* bzw. Hautfarbe/Herkunft in sogenannten *Castas*/Kasten organisiert:¹¹ So wurde die Bevölkerung zunächst rassistisch (Quintero/Garbe 2013) in vier Hauptgruppen (Europäer*innen, *Criollos/-as* – in Amerika geborene Weiße mit europäischen Vorfahren, Indigene und *Afrodescendientes*)¹² unterschied-

11 Das *Casta*-System in Amerika baute auf den Edikten des mittelalterlichen Iberien zur Reinheit des Blutes auf, durch das ab dem 14. Jahrhundert Juden und Jüdinnen (und Muslim*innen) zunehmend anhand von (pseudo)biologischen Merkmalen, also über Blut, diskriminiert wurden, um ihnen den Zugang zu Ämtern zu verwehren (Martínez 2008). Das *Casta*-System kann im vorliegenden Kapitel in seiner Komplexität und seinem zeitlichen Wandel nicht umfassend dargestellt werden. Vielmehr dient die Darstellung der Soziogenese der lateinamerikanischen Gesellschaften dem Zweck, die Ursprünge kolonialbasierter Stereotype und gesellschaftlicher Dynamiken historisch zu verorten.

12 Als *Afrodescendientes* bezeichne ich in diesem Beitrag in Lateinamerika geborene Personen, deren Vorfahren aus Afrika zugeschrieben werden, bzw. die sich diese zuschreiben.

den. Zahlreiche weitere Gruppenzugehörigkeiten (beispielsweise *Mestizos/-as*,¹³ *Zambos/-as*, *Mulatos/-as*, etc.) wurden je nach Kombination der oben genannten Hauptgruppen konstruiert. Rassismus, also die soziale und rechtliche Diskriminierung von rassiologisch identifizierten Anderen, diente dem Ziel der Ausbeutung von Arbeitskraft, um die politische, wirtschaftliche und soziale Hegemonie der europäischen, bzw. europäisch-stämmigen Bevölkerung zu sichern (Montoya/Jiménez 2010: 336-349).¹⁴ Der sich hieraus zementierende Rassismus legitimierte auch in Kolumbien die genozidale Zwangsarbeit weiter Teile der indigenen Bevölkerung und der *Afrodescendientes* zum Zwecke des Extraktivismus, nicht nur zu Beginn der Kolonisierung sondern bis ins 20. Jahrhundert hinein (Almarío 2010: 363).

Martínez (2008: 142-152) zeigt anhand historischer Quellen den Statuszerfall der *Mestizos* auf und führt ihn auf die Veränderung der sozioökonomischen und politischen Situation im 16. Jahrhundert bzw. auf den wachsenden Intergruppenwettbewerb zwischen Spanier*innen bzw. *Criollos/-as* und *Mestizos/-as* zurück. Um die Vorherrschaft der spanischen Krone zu verteidigen hatten *Mestizos/-as* zu Beginn der Kolonisierung einen hohen Status genossen und wurden zunächst in die spanische Klasse aufgenommen. Sie wurden jedoch sehr bald als Gefahr für die rein spanische, aber verarmende Bevölkerung wahrgenommen, da sie aufgrund ihrer Herkunft sowohl spanische Privilegien als auch die indigener Adliger wahrnehmen konnten und ihre Bilingualität bzw. Bikulturalität ihnen ökonomische und politische Vorteile verschaffte (Martínez 2008: 147-148).

Martínez führt den Wandel von patrilinearere Statusvererbung hin zum »Reinheitsgrads«¹⁵ des Bluts bzw. der Haut als Kategorisierungsmerkmal der verschiedenen *Castas* auf den zunehmenden Intergruppenwettbewerb zwischen *Mestizos/-as* und Spanier*innen zurück, die durch religiös motivierte rassistische Stereotype genährt wurden: Ende des 16. Jahrhunderts ging die katholische Kirche immer stärker davon aus, dass Indigene und *Afrodescendientes* auf die ein oder andere Weise befleckter biblischer Abstammung seien (Martínez 2008: 167). Dies kurbelte eine gruppenspezifische Diskriminierung von Indigenen und *Afrodescendientes* weiter an und degradierte *Mestizos/-as* zu »second-class citizens« (Martínez 2008: 148).

13 Als *Mestizos* wurden bzw. werden Menschen bezeichnet, die scheinbar aus der »Vermischung« von *Weiß*en und *Indigenen* entstanden sind (Quintero/Garbe 2013: 19).

14 Wenngleich Hautfarbe und Herkunft Hauptkategorisierungsmerkmale waren, spielten auch sozioökonomische Kriterien eine Rolle und nicht zuletzt individuelle Entscheidungen.

15 Blut wurde in der frühmodernen Zeit als Übertragungsmittel für sowohl physische, als auch moralische und spirituelle Qualitäten angesehen (Martínez 2008: 169).

Den sozialen Status zunehmend von der Reinheit des Blutes abhängig zu machen, stabilisierte die Vorherrschaft der spanischen Krone zunächst, indem es ihr die Loyalität der Spanischstämmigen bzw. weißen Bevölkerung sicherte. Angesichts der Omnipräsenz der sozio-ökonomisch motivierten Logik des *Casta*-Systems im spanischen Kolonialreich war zwar die Infragestellung der Legitimität des Gesellschaftssystems und der Intergruppenwettbewerb mit den Spanier*innen erschwert, gleichzeitig schien das System jedoch durch die stärkere Vermischung zu einem gewissen Teil durchlässig zu sein bzw. erlaubte stets eine gewisse soziale Mobilität zwischen den zahlreichen *Castas*. Insofern *Mestizos/-as* einen gewissen sozialen und ökonomischen Aufstieg erreichen wollten, mussten sie entsprechend der rassistischen Hierarchisierungslogik ihren Reinheitsgrad über spanisches Verhalten, bzw. Mimikry¹⁶ und Treue gegenüber der Krone beweisen und sich durch Diskriminierung und Gewalt nach unten abgrenzen. Dies stärkte das kolonialklassifikatorische Herrschaftssystem, legitimierte die gewaltsame Beherrschung von Inferiorisierten und führte zudem zu einer gewissen Kulturalisierung von vormals ausschließlich biologisch lokalisierten Stereotypen.¹⁷

Kulturelle Codes, »Kompetenzen« und Symbole des »Spanischseins« wurden also immer wichtiger für den sozialen Aufstieg einerseits und die Impermeabilität statushoher Gruppen andererseits. Die Gesellschaftshierarchie bzw. der Zugang zu Rechten und Pflichten wurde über vermeintlich identitäre Unterschiede definiert, nämlich über die biologisch begründete, kulturelle, moralische und intellektuelle Konstruktion kolonisierter Subjekte als den dichotomen, inferioren und vor allem »schlechten« Anderen (Martínez 2008: 152-159).

16 Karen Struve zeigt zwei mögliche Interpretationsformen von Mimikry auf: »Während Naipaul davon ausgeht, dass der Kolonisierte sich schlechterdings nur angleichen kann an die Machtdiskurse, diese nie erreichen wird und damit ohnmächtig und defizitär als »mimic man« zurückbleibt, geht Bhabha davon aus, dass gerade in der Idee der Mimikry Subversions- und damit Machtpotenzial steckt. Mit einer ironischen Strategie der Mimikry passen sich die Kolonisierten nur scheinbar dem autoritären Diskurs an« (Struve 2013: 143).

17 Stereotypisierungen von afrikanischen Sklav*innen und Indigenen unterschieden sich, was wiederum ihre Aufstiegsmöglichkeiten durch z. B. *blanqueamiento* beeinflusste: Während das Blut von Indigenen als feminisiert, d. h. »schwach« betrachtet wurde, was jedoch durch die Vermischung mit Spaniern zum Teil absorbiert werden konnte, wurde die Omnipotenz des Blutes von *Afrodendientes* gefürchtet, da angenommen wurde, dass dieses stärker als das der Spanier sei. Als Konsequenz konnten *Mestizos/-as* den Grad ihrer »Weißheit« über Verhalten unter Beweis stellen, während das Schwarzsein von Nachkömmlingen von *Afrodendientes* und Spaniern sowohl de jure als auch de facto nicht verhandelbar war und sie daher kaum Aufstiegsmöglichkeiten durch ihr Verhalten hatten (Martínez 2008: 152-161).

4. *Colonial Desire* und Strategien individueller Mobilität

Der Psychiater Frantz Fanon¹⁸ aus Martinique machte erstmals aus psychoanalytischer Perspektive darauf aufmerksam, wie die Omnipräsens der kolonialen Sozialklassifizierungslogik auf das kolonisierte Subjekt und den Umgang mit seiner sozialen rassisierten Identität einwirkt. Fanon nahm seine Inspiration für das Buch »Schwarze Haut, Weiße Masken« (2008) aus seinen Rassismuserfahrungen im Frankreich der Fünfziger Jahre. Sein Buch »Die Verdammten dieser Erde« (2004) folgt seinem Engagement im algerischen Unabhängigkeitskampf. Er betont den *Locus of Enunciation*, d. h. der französische Kolonialismus solle nicht auf die lateinamerikanische oder kolumbianische Kolonialerfahrung übertragen werden. Jedoch tragen seine Beobachtungen der Psyche des kolonisierten Subjekts meines Erachtens zu einem besseren Verständnis für den Zusammenhang von sozialpsychologischen Phänomenen und Kolonialität, wie sie sich im *blanqueamiento* und der »Kultur der Gewalt« als identitätsstiftendem Element der nationalen Identität Kolumbiens zeigen, bei.

Fanon geht von einer Omnipräsens der kolonialen Logik aus, die auch in die Psyche des Individuums eindringt. Durch epistemische Gewalt (die Konstruktion und Hierarchisierung von Wissen, Narrationen, Geschichten und Identitäten) kann sich der/die Kolonisierte zunächst nur durch die Augen des *Kolonisators*¹⁹ sehen, welcher ihn/sie als vermeintlich inferior konstruiert (*colonizing gaze*, Fanon 2008).²⁰ In diesem Intergruppenvergleich, der durch die Augen des Kolonisators geprägt ist, muss der/die Kolonisierte zwangsläufig darin scheitern, ein positives

18 Mit seinen Perspektiven auf die *politics of psychology* trug Fanon zu einer kritischen Neubetrachtung der Disziplin bei, die 1) sich selbst bis dato als apolitisch verstand und 2) ihre Untersuchungsobjekte auf einen apolitischen Kern reduzierte (Hook 2004: 92-94). Seine Arbeit wurde später von zahlreichen post- und dekolonialen Autor*innen verwendet, und u. a. von Walter Dignolo, Diego Maldonado-Torres und anderen durch Arbeiten zum bereits genannten Konzept der *Kolonialität des Seins* erweitert und auch in der Befreiungspsychologie berücksichtigt. Für eine Einführung in seinen kritischen Beitrag zur Psychologie aus (post-)kolonialer Perspektive siehe: Hook (2004).

19 Die maskuline Form ist hier mit Absicht gewählt.

20 Während Anibal Quijano (2000) kolonialen Rassismus in erster Linie als Legitimationsprinzip für die kapitalistische Ausbeutung von Arbeitskraft verortet, sieht die postkoloniale Psychoanalyse Rassismus zudem als eine Strategie des »Europäers«, um seine eigenen, nicht mit der Konstruktion von Rationalität und Zivilisation übereinstimmenden Eigenschaften auf das kolonisierte Subjekt zu projizieren und so den gegen sich selbst gerichteten Selbsthass auf den Anderen auslagern zu können, vgl. Frosh (2013: 149).

kollektives Selbstbild zu erreichen.²¹ Dies führt zu einer tiefen Dissonanz im Inneren des kolonisierten Subjekts, die es nur auflösen kann, indem es anstrebt, *weiß* zu werden (solange es die koloniale Logik nicht hinterfragt). So erklärt auch Derek Hook mit Verweis auf die Analysen Fanons:

»I may be someone who is black yet who has detached himself or herself from all the derogatory values that have been associated with being black [...] I can be black and still divorce myself from blackness because of the whiteness of my soul« (Hook 2012: 110).

Der Wunsch »weiß zu sein«

»is thus an outcome of a specific configuration of power, of real material, economic, cultural and socio-political conditions«, sodass »whiteness here functions as a moral category, as the basis, the template, of all that is positive« (Hook 2012: 110).

»Weißsein«²² ist jedoch kein Zustand, der einmal erreicht und dann aufrechterhalten werden kann. Da das kolonisierte Subjekt jederzeit damit rechnen muss, dass sein »Weißsein« wie ein Kartenhaus zusammenfällt, muss es kontinuierlich versuchen, es unter Beweis zu stellen, auch indem es Personen der eigenen (defizitären) Gruppe und solche mit einer devianteren sozialen Identität diskriminiert und Gewalt gegen diese richtet (Fanon 2008: 27-32; 2004: 17-18). Epistemische Gewalt stellt damit ein zentrales Instrument zur Aufrechterhaltung kolonialer Machtstrukturen, Diskurse und Narrative dar, welches von Individuen und Kollektiven verinnerlicht, stabilisiert und reproduziert wird – auch von den darunter Leidenden. Die Strategie der (nicht subversiven) Mimikry und die Anwendung von kolonial-rassistischer Gewalt gegen die eigene und gegen deviantere Gruppen können unter einer SIT-Perspektive als Strategien individueller Mobilität verstanden

21 So konstatiert Mignolo: »Sociogenesis as a concept emerges at the moment of the awareness that you are a *Negro*, not because of the color of your skin, but because of the modern racial imaginary of the modern colonial world – you have been made a *Negro* by a discourse, whose rules you cannot control, and there is no room for complaint« (Herv. im Orig.: Mignolo 2011).

22 Als »Weißsein« bezeichne ich hier Zuschreibungen von kulturellen, intellektuellen und moralischen Kompetenzen/Attributen, die (häufig aber nicht immer) an phänotypische Merkmale geknüpft bzw. biologisiert sind und mit Vorstellungen von einem europäischen Erbe i. S. v. *Abstammung* einhergehen und bestimmte Privilegien freisetzen. »Weißsein« darf jedoch nicht auf phänotypische Merkmale reduziert werden, vielmehr geht es dabei um einen Prototyp, der über kulturellen, soziökonomischen Status und phänotypische Merkmale hergestellt wird (vgl. Eggers 2009, Comas-Díaz et al. 1998: 787). Hierdurch löst sich »Weißsein« von einer rein äußerlich identifizier- und determinierbaren Kategorie und entfaltet erst hierdurch seine psychologische Gewalt.

werden. Dies spiegelt sich auch im lateinamerikanischen Kontext im *blanqueamiento racial* und *cultural*²³ wieder – nationale Politiken und individuelle Strategien zur »Verweißlichung« der Gesellschaft und des Selbst (Chaves/Zambrano 2006: 7).

Während also in vielen Nationsbildungsprozessen Lateinamerikas im 19. Jahrhundert Intergruppendifferenzen und –hierarchien *de jure* abgeschafft wurden, wurden kolonialbasierte Narrative durch das *mestizaje* auf nationale Identitäten übertragen, was eine gewisse individuelle Aufwärtsmobilität durch das Hervorheben »weißer Eigenschaften« ermöglichte. Dies führte aber nicht zu einem Abbau kolonialbasierter Stereotype oder einem grundlegenden Abbau von sozialer Ungleichheit entlang phänotypischer Merkmale und Gruppenzugehörigkeiten bzw. »Weißseins«. Im Gegenteil festigte die Ambivalenz der sozialen Identität des *Mestizo* (der die als positiv definierten Charaktereigenschaften des *Weißten* ebenso wie die als negativ definierten Eigenschaften der *nichtweißen* Bevölkerung integriert) vielmehr Intergruppenshierarchien und legitimierte Disziplinarmaßnahmen. So beschreibt Almarío, wie die relative sozio-rassologische Mobilität im kolumbianischen sozialklassifikatorischen Herrschaftssystem abhängig von ökonomischen Ressourcen zu einem traumatischen Bewusstsein der kolumbianischen Bevölkerung gegenüber der Konzeptualisierung rassistischer Intergruppenshierarchien geführt habe (Almarío 2010: 364).

Das koloniale System stabilisierte sich durch diese Prozesse derart, dass formale Exklusionsmechanismen entlang von *raza* im 19. Jahrhundert obsolet wurden: So waren Bürgerrechte in Kolumbien fortan nicht mehr rassistisch konditioniert, sondern wurden abhängig vom Grad von »Weißheit« zu- und aberkannt (Hoffman/Centeno 2003: 377-381; Leal 2010: 395). Der Mythos des *Mestizaje* (der Vermischung) zur Gründung einer kulturellen Einheit für die lateinamerikanischen und auch für den kolumbianischen Nationsbildungsprozess im 18. Jahrhundert verdunkelte Rassismen, ohne sie dabei jedoch aufzulösen (Leal 2010: 396). Vielmehr fanden zum Zweck des Aufbaus einer kolumbianischen Nationali-

23 *Blanqueamiento racial* benennt den Versuch, durch eine Familiengründung mit *Weißeren* die Familie zu bereinigen bzw. den Status der Familie zu verbessern und findet sich vielerorts – zum Teil unbewusst – auch weiterhin in Lateinamerika. Mit *blanqueamiento cultural* ist die Verknüpfung von »Weißsein« mit kulturellen Symbolen wie Kleidung, Verhalten und ökonomischem Status gemeint (vgl. Salazar/Salazar 1998: 255; Quintero/Garbe 2013: 17, 18). Beide können als individuelle Strategien zum Verlassen der negativ konnotierten sozialen Identität und zum Zugang zu gruppenspezifischen Privilegien verstanden werden, wurden allerdings auch als politische Ziele von lateinamerikanischen Gesellschaften explizit vorangetrieben, beispielsweise durch die Förderung europäischer Immigration und die Unterdrückung indigener Gemeinschaften und Lebensformen.

tät Prozesse der Zwangsinklusion und des paternalistischen Protektionismus *nichtweißer* Gruppen durch den Staat und die katholische Kirche statt (Almarío 2010: 377-378). Durch die Verortung dieser Gruppen sowohl geographisch als auch zeitlich in der Peripherie wurde *nichtweißes* Verhalten aus der kolumbianischen Gegenwart ausgeschlossen und schwebte gleichzeitig wie ein Damoklesschwert bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts über ihr (Leal 2010: 400-416).

Ohne eine Dekolonisierung dieser identitätsstiftenden Narrative fördert dies, ähnlich wie es Fanon für das kolonisierte Subjekt aufzeigt, unter Umständen auch weiterhin das Misstrauen gegenüber dem Anderen, verstärkt den kontinuierlichen Bedarf, »Weißsein« über kulturelle Symbole, über Sprache und über die (gewaltsame) Diskreditierung und Disziplinierung von vermeintlich Devianten, d. h. der indigenen, afrokolumbianischen, ländlichen und armen Bevölkerung unter Beweis zu stellen (vgl. Coronil 2005). So sind unabhängig von der Abwendung vom Begriff *raza* im wissenschaftlichen Diskurs (und die Hinwendung zum ähnlich problematischen Begriff Ethnie), rassistische Klassifikationskonzepte weiterhin zentral im Alltagsgebrauch (Leal 2010: 419): So haben sich kolonialbasierte Stereotype derart verstetigt, dass die Wörter »indio« und »negro« im alltäglichen Sprachgebrauch im Kolumbien der Gegenwart benutzt werden, um Menschen zu diskreditieren, die spezifische, von der Gesellschaft als »unzivilisiert« definierte Verhaltensweisen und/oder Charaktereigenschaften an den Tag legen, die mit kolonialen Stereotypen Indigener und *Afrodescendientes*²⁴ übereinstimmen (vgl. Restrepo 2012: 176). Der Gefahr, als »indio« oder »negro« bezeichnet und hierauf aufbauend diszipliniert zu werden, sind somit grundsätzlich zunächst alle Menschen ausgesetzt, unabhängig von ihren phänotypischen Merkmalen.

Die Konstruktion von sozialen Identitäten in Lateinamerika im Kontext kolonialer Machtverhältnisse und sozio-ökonomischer Interessen, ihre normative Einordnung und ihr Status im Gesellschaftssystem hat sich seitdem durch den Zivildiskurs und das Entwicklungsparadigma zwar verändert, jedoch auch weiter verstetigt (Dussel 2005: 48-51). Phänomene der Gegenwart in ehemaligen Kolonien (wie *Alterzentrismus* und *Inferiority Complex* – also die Entwertung der eigenen nationalen *Ingroup* bei gleichzeitiger positiver Bewertung gegenüber »first world outgroups«, Páez et al. 1998: 218-219), die durch eine reine SIT-Perspektive nicht ausreichend erklärt werden können, finden sich nun in einem größeren Kontext wieder. Die hiermit einhergehenden negativen kollektiven Stereotype

24 *Afrodescendientes* schließt in diesem Text für den kolumbianischen Kontext auch die *Raizales* ein, eine sich aus afrikanischen Sklav*innen und britischen Siedler*innen herausgebildete kulturelle Gruppe Kolumbiens, die auf den Inseln San Andrés und Providencia lebt und sich als originär indigenes Volk dieser Inseln definiert.

können durch die Ambivalenz des kolonialen Erbes für die eigene Bezugsgruppe verinnerlicht werden, ohne dass diese unmittelbar für das Individuum selbst gültig sein muss, was in der Sozialpsychologie auch als *depersonalisation* bezeichnet wird (Páez et al. 1998: 222). Dies spiegelt sich auch in der Narration der nationalen Identität Kolumbiens wider.

5. »Kultur der Gewalt« in Kolumbien?

Neben dem Einfluss kolonialbasierter Narrationen kommt ein weiteres identitätsstiftendes Element der Geschichtsschreibung für die Konstituierung der nationalen Identität Kolumbiens hinzu, das teilweise auf Ersterem aufbaut: Die hegemoniale Narration einer Geschichte der Gewalt.

Seit dem Unabhängigkeitskrieg zwischen Kolumbien (damals Neugranada und anschließend Großkolumbien) und der spanischen Krone vor 200 Jahren (1810-1819) zählt das Land zwei Sezessionskriege (Zerfall Großkolumbiens 1829-1830, sowie Unabhängigkeit Panamas 1903), den *Krieg der Tausend Tage* (1899-1902), *la violencia (die Gewalt)*; ein bewaffneter Konflikt zwischen Konservativen und Liberalen; 1948 bis 1953), eine Militärdiktatur (1953-1957), ein Konkordanzregime (1958-1974), sowie den bis heute andauernden bewaffneten Konflikt zwischen kolumbianischem Staat, paramilitärischen Kräften (bzw. ihren Nachfolgern) und linken Guerillas, der zwischen 1958 und 2012 218.094 Menschen, zu 81% aus der Zivilbevölkerung, das Leben gekostet hat (Centro de Memoria Histórica 2017). Auch der sog. Drogenkrieg zwischen dem kolumbianischen Staat (mit finanzieller und militärischer Unterstützung durch die USA) einerseits und den Drogenkartellen andererseits hat seit 1984 seine Spuren hinterlassen: Insgesamt waren 2014 knapp 6,5 Millionen Kolumbianer*innen (über 10% der Bevölkerung) vertrieben bzw. mussten fliehen, sodass Kolumbien hinsichtlich der Zahl interner Vertriebener lediglich von Syrien übertroffen wird (IDMC 2016). Zusätzlich leidet Kolumbien aber auch unter einer hohen polit-ökonomisch motivierten wie auch interpersonalen und kriminellen Gewaltintensität, die nicht direkt mit dem bewaffneten Konflikt in Verbindung gebracht werden kann: Allein zwischen 1964 und 2007 wurden insgesamt 674.000 Morde verübt, von denen nur 94.000 direkt dem bewaffneten Konflikt zugerechnet werden konnten (García-Godos/Lid 2010: 490-491).²⁵ Das sich seit Oktober 2016 in der Implementierung befindliche Friedensabkommen zwischen der größten Guerillaorgani-

25 Im Rahmen des vorliegenden Artikels kann der kolumbianische Gewalt- und Konfliktkontext nicht annähernd vollständig beschrieben bzw. erläutert werden. Für einen kurzen Abriss über die kolumbianische Geschichte siehe König (2008) sowie Hörtnner (2013).

sation FARC-EP und der kolumbianischen Regierung zeigt ebenso zwiespältige Ergebnisse:²⁶ Zwar kam es aufgrund der Beendigung von militärischen Aktionen zwischen Regierung und FARC-EP zu einer Reduktion der Gesamtgewalt, gleichzeitig sind jedoch gezielte Gewaltverbrechen gegen ländliche Menschenrechtsaktivist*innen und politische Aktivist*innen rasant angestiegen: Allein zwischen Januar und Juni 2017 wurden 51 ermordet und 32 Attentate gegen sie verübt (Somos Defensores 2017: 62). Besonders hiervon betroffen sind Indigene, *Afro-descendientes* und Frauen, obwohl oder gerade weil das Friedensabkommen die gender- und ethnischsensible Umsetzung in je einem Kapitel betont.

Hierdurch ist die nationale und auch internationale Narration Kolumbiens vor allem als eine Geschichte der Gewalt und des Konflikts gekennzeichnet und wirkt auch in die Narration der kolumbianischen Identität hinein. Peter Waldmann fragt sich in diesem Zusammenhang, ob es im kollektiven Bewusstsein Kolumbiens »kulturelle Inhalte im engeren Sinne, verstanden als die allgemeine Auffassung vom Wünschens- und Erstrebenswerten sowie normativ Akzeptablen« (Waldmann 2006: 4) gibt, die für die exzessive Gewalt verantwortlich sind. Er kommt zu dem Schluss, dass die Gewalt, die

»ständig, nicht selten exzessiv praktiziert wird [...] nur möglich [ist; Anm. der Verf.], weil es eine verbreitete stillschweigende Tolerierung und Akzeptanz des Rückgriffs auf physischen Zwang zur Lösung privater und gesellschaftlicher Probleme gibt, eine Haltung, die man durchaus als Gewaltkultur bezeichnen kann« (Waldmann 2006: 12).

Auch der in Kolumbien hoch anerkannte und viel zitierte Soziologe Daniel Pécaut geht gewissermaßen von einer »Kultur der Gewalt« in Kolumbien aus. Ihm zufolge beeinflusse diese generalisierte Gewalt »social and interpersonal relations, changing the workings of both of institutions and established values [...] [T]he interaction between various forms of violence creates its own logic, its own modes of conflict and systems of transaction« (Pécaut 1999: 145) und führe zu einer *banality of violence*. Angesichts der Alltäglichkeit der Gewalt werde diese von persönlicher Verantwortung entkoppelt, verliere ihren Schrecken und werde als Handlungsmöglichkeit und Chance gesehen (Pécaut 1999: 146).

26 Auch mit der *Ejército de Liberación Nacional* (Nationale Befreiungsarmee, ELN) haben Friedensgespräche begonnen (Stand: 15.11.2017). Darüber hinaus gibt es weiterhin bewaffnete Akteure im Land, bei denen politische und kriminelle Interessen (Drogen- und Menschenhandel) ineinander übergehen (wie die EPL bzw. die *Pelusos*, und paramilitärische Organisationen bzw. den sog. *bandas criminales* – BACRIM).

Waldmann zufolge stützt sich die »gesamtgesellschaftliche Gewaltkultur« (Waldmann 2006: 6) in Kolumbien »auf zu Aggressivität und eigener Durchsetzung stimulierte mentale Stereotypen und Vorbilder einerseits, das Fehlen gewalthemmender oder -limitierender Tabus und informeller Normen andererseits« (Waldmann 2006: 12). Als Erklärungs- bzw. Interpretationsansatz bedient sich Waldmann eines Denkmusters, welches kolonialen Narrationen vom barbarischen Anderen, der unzivilisiert und gewaltaffin ist und dessen Kultur letztendlich zunächst ausgebildet werden müsste, sehr ähnelt: So vertritt er die Vorstellung, in Lateinamerika habe es eine lineare Entwicklung von Agrargesellschaften mit einem pragmatischen Verständnis von Gewalt hin zu urbanen Gesellschaften, die Gewalt ächteten, gegeben (Waldmann 2006: 21). Dieser Prozess sei in Kolumbien jedoch nur halbherzig vollzogen worden. Vielmehr besäßen viele städtische Einwohner*innen aus der Unterschicht weiterhin eine »ländlich-parroquiale« Mentalität und Gewalt sei eine »bevorzugte Ressource« der ärmeren sozialen Schichten (Waldmann 2006: 21-22): »Insbesondere für mittellose Unterschichtsjugendliche« sei »Gewalt ein wichtiges Instrument, um sich gegenüber ihresgleichen durchzusetzen, soziales Prestige zu erwerben und sich materielle Güter zu verschaffen« (Waldmann 2006: 22).

Doch nicht nur Autor*innen des Globalen Nordens reproduzieren (unwillentlich/unwissentlich) bei der Analyse von Gewaltphänomenen koloniale Imaginationen; im kolumbianischen Fall scheint auch die Selbstbeschreibung durch diese geprägt zu sein: In der nationalen Narration des kolumbianischen Selbst lässt sich sowohl der Fokus auf Gewalt als alltägliches Phänomen wiederfinden als auch die Kulturalisierung von Gewalt bzw. die Essentialisierung der sozialen Identität des Kolumbianischen als gewaltaffin.²⁷ Eduardo Posada (2006) veranschaulicht dies in seiner Literaturstudie im Buch »La nación soñada: violencia, liberalismo y democracia en Colombia« ausgiebig, indem er zeigt, wie die soziale Identität entlang von Inferiorität und Barbarei/Gewalt konstruiert (»Wir Kolumbianer leben ein Leben in zwei Extremen: Wir sind unterwürfig oder gewalttätig«, Ivan Marulanda, zitiert in Posada 2006: 28) und die Schuld für eine vermeintliche Barbarei zum Teil in präkolonialen Wurzeln verortet wird: »Vor den Kolonisatoren aßen wir uns gegenseitig auf. Und noch immer haben wir diese schlechte Angelegenheit nicht verlernt« (Eduardo Escobar, zitiert in Posada 2006: 28).²⁸ Die kol-

27 Natürlich gibt es auch zahlreiche Autor*innen, die auf strukturelle und materielle Ursachen der Gewalt in Kolumbien aufmerksam machen, wie die sozio-ökonomische Ungleichheit und Exklusion weiter Teile der Gesellschaft und die Prekarität des kolumbianischen Staates (vgl. Vela 2015: 220). Auch sie berücksichtigen aber nicht die Wechselwirkungen zwischen identitätsstiftenden Narrationen, Stereotypen und Gewalt.

28 Alle Zitate aus Posada (2006) wurden durch die Autorin übersetzt.

lektive, gewalttätige Selbstzuschreibung scheint mit der nationalen Identität weitervererbt und damit geburtsbegründet zu sein, sodass es keine Ausnahmen innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft zu geben scheint: »Bring mir alle FARC, Paramilitärs, Priester, Drogenhändler und Politiker um und das Böse geht weiter: Es bleiben ja noch die Kolumbianer« (Fernando Vallejo, zitiert in Posada 2006: 27). Gewalt und Konflikt stellen jedoch de facto kein Alleinstellungsmerkmal der kolumbianischen Geschichte im Vergleich zu seinen Nachbarländern oder zu Europa dar. Zudem können die verschiedenen bewaffneten Konflikte des Landes weder zeitlich noch räumlich auf die Gesamtbevölkerung Kolumbiens übertragen werden (Posada 2006: 54-64).

Auch Frydenberg et al. widersprechen Waldmanns Annahmen und zeigen vielmehr am Beispiel kolumbianischer Jugendlicher, dass diese sich stärker für soziale Probleme interessieren als ihre australischen und nordirischen Vergleichsgruppen und aktive, konstruktive Problemlösungsstrategien anwenden (Frydenberg et al. 2001: 68-71).²⁹ Auch Silke Oldenburg (2009) macht auf den anfangs genannten *Forschungsbias* aufmerksam und kommt stattdessen zum Schluss, dass Jugendliche im urbanen Bogotá selbst unter erschwerten Bedingungen und im Spannungsfeld von paramilitärischen Gruppen und organisierter Kriminalität sehr wohl über eine Vielzahl an Strategien verfügen, um Konflikte auf lokaler Ebene zu entschärfen. Sie appelliert vor diesem Hintergrund dafür, das Selbstvertrauen von Jugendlichen zu stärken, und sie als soziale Akteur*innen gesellschaftlichen Wandels ernst zu nehmen (Oldenburg 2009: 130).

Eine Ursache des fehlenden Selbstbewusstseins von Jugendlichen im Bereich der friedlichen Konfliktlösung könnte daher vielmehr darin begründet liegen, dass das nationale Selbstbild durch eine »Kultur der Gewalt« beschrieben wird und sich die kolumbianische Gesellschaft als eine Gesellschaft sieht, die keine Friedenskapazität aufweist. So stellen Sacipa et al. (2006) fest, dass Frieden sehr wohl als kulturelle Norm bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen existiert und sie ihre Rolle als Friedensagent*innen erkennen, ihnen jedoch ein reeller Bezugspunkt fehlt, weil Frieden als unerreichbares Ideal wahrgenommen wird: »peace appeared as an ideal discourse without practical referents, and, at the time, peace was recognized as a duty and responsibility of both everyone and no one« (Sacipa et al. 2006: 170).

29 »[I]t may be some feature of the economic, historical, and political climate that triggers a greater social concern in the Colombian students. [...] the Colombian students are more likely to focus on solving the problem, seek professional help, take social action, focus on the positive, and seek spiritual support« (Frydenberg et al. 2001: 71-72).

Eine »Kultur der Gewalt« ist also kein Leitmotiv der kolumbianischen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen. Vielmehr könnten es ihnen Narrationen einer »Kultur der Gewalt« erschweren, Bezugspunkte für gleichsam friedliches und erfolgreiches Konfliktverhalten zu finden und Frieden als erreichbares Ziel anzuerkennen. Hierin liegt die Tragweite von Essentialisierungen und Kulturalisierungen von Gewaltphänomenen. Es geht also nicht nur darum, dass sich Waldmann (2006) und Pécaut (1999) mit Aussagen wie den oben genannten in lineare Entwicklungsdiskurse über die Rückständigkeit und Unveränderbarkeit nicht-europäischer Identitäten innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung einordnen (vgl. Chojnacki/Namberger 2014: 189). Vielmehr könnten derartige Diskurse es möglicherweise erschweren, friedensfördernden Initiativen Sichtbarkeit, Gewicht und Glaubwürdigkeit zu verleihen und stattdessen unwillentlich gewaltsame Konfliktlösungsstrategien perpetuieren. Die Annahme einer »Kultur der Gewalt« könnte also auch deshalb derart stabil sein, weil alternative friedenskompetente Selbstbilder innerhalb der vorherrschenden kolonialen Logik nicht zur Verfügung stehen. Dies stimmt auch mit Posadas Sorge überein, dass

»dadurch, dass die Unterscheidung zwischen Kriminellen und ihren Opfern ausradiert wird und für den Horror alle gleichermaßen verantwortlich gemacht werden, [...] uns die Möglichkeit genommen [wird; Anm. der Verf.], uns in einer Welt mit Werten jenseits der Barbarei wiederzuerkennen« (Posada 2006: 42).

So zeigt Cristóbal Gnecco (2000) für den kolumbianischen Fall auf, wie die Verwissenschaftlichung, Objektivierung, Entzeitlichung und Universalisierung von Geschichte zu einer Domestizierung der sozialen Erinnerung durch hegemoniale Erinnerungen (»domesticación de la memoria social por las memorias hegemónicas« im Original; Gnecco 2000: 173) geführt hat, mit der der Überlegenheitsdiskurs der weißen bzw. *Mestizo* Elite in Kolumbien einhergeht bzw. gegangen ist. Gnecco zufolge führte dieser zu einem Homogenisierungsdiskurs, der die weiße Perspektive widerspiegelt und die Unterdrückung von »degradierten Wilden« für den Zweck der Konstruktion einer homogenen nationalen Identität Kolumbiens legitimiert (Gnecco 2000: 174-177).

Mit der Übertragung einer »Kultur der Gewalt« auf die kolumbianische Gesellschaft geht auch ein Prozess der Kollektivierung von Verantwortung für Gewaltphänomene einher. Die kollektive Schuldzuweisung verdunkelt gleichermaßen die oben bereits dargestellte besondere Betroffenheit der *nichtweißen* und nicht-urbanen Bevölkerung durch den bewaffneten Konflikt wie auch die Akteure der Elite als Auftraggeberin von Gewalt zur (polit-ökonomischen) Interessendurchsetzung.

Im Gegenteil rechtfertigt das »Kultur der Gewalt«-Narrativ – ähnlich wie das *blanqueamiento* – die disziplinarische Anwendung von »Gegengewalt«³⁰ und stellt somit ein Fortbestehen kolonialer Legitimationsmuster dar und perpetuiert Schleifen gewaltsamer Konfliktlösung.

Für den kolumbianischen Fall bietet die Zusammenführung postkolonialer und sozialpsychologischer Perspektiven also Erklärungspotential für die Frage, weshalb die Kolumbianer*innen eine »tiefe Verachtung« für die Kolumbianer*innen selbst empfinden (Posada 2006: 30-31) und sich Gewaltkreisläufe verstetigen. Doch wie können diese verändert werden?

Das von Mignolo in die internationale Debatte gebrachte Konzept des epistemischen Ungehorsams fordert in diesem Zusammenhang u. a. Wissensproduktion und -artikulation über das So-Seiende als eine Form epistemischer Gewalt zu verstehen, mit denen alternative Wissensformen zum Verstummen gebracht werden (Mignolo 2011). Epistemischer Ungehorsam bedeutet also die Infragestellung und Kontextualisierung vermeintlichen Wissens über das So-Seiende und das So-Gewesene und das Aufdecken der damit einhergehenden Herstellung bzw. Aufrechterhaltung von Macht. Tom Waibel fasst die Bandbreite, auf die dieser Ungehorsam anzuwenden ist, wie folgt zusammen:

»Der Ungehorsam gegen okzidentale Episteme bewirkt eine Dekonstruktion der kolonialen Prosa, eine Demontage kolonialer Geschichtserzählungen, eine Kritik mentaler Rahmenbedingungen und symbolischer Formen, die dem kolonialen Projekt zugrundeliegen [...]. Ein solcher Ungehorsam ist ohne eingehende Kritik von Identitäts- und Subjektivitätsformen nicht möglich, und er zielt auf die Formen des Sicht- und Sagbarmachens ab, die stets auch Formen des Verschweigens, Verschwindenlassens und des Undenkbar-machens sind. Der epistemische Ungehorsam gipfelt in der Forderung, das koloniale Wissen zu verlernen, um die längst überfällige Anerkennung und notwendige Konstruktion von »anderem« Wissen zur Veränderung der Welt zu leisten« (Waibel 2014: 102).

Wie bereits weiter oben deutlich wurde, werden kollektive Identitäten – wie auch die nationale Identität Kolumbiens – aus postkolonial-sozialpsychologischer Perspektive durch Narrationen geprägt, gefestigt und reproduziert sowie an nachfolgende Generationen weitergegeben, sodass sie einerseits zwar relativ konstant

30 Beispielsweise sehen die *Aguilas Negras*, eine Nachfolgegruppe der paramilitärischen AUC, ihre Aufgabe dezidiert darin, Kolumbien von Indigenen, *Afrodescendientes* und Menschenrechtsaktivist*innen zu säubern, die das Land am »Aufschwung« hinderten.

bleiben, andererseits aber auch rezeptiv für Veränderungen sind. Denn dadurch, dass Narrative produziert werden, sind sie auch »in a unique position to promote human empowerment, and to challenge oppression, unnecessary suffering, and discrimination« (Hiles/Čermák 2008: 149). Auch Bhabha macht auf die Akteur*innenschaft von Individuen aufmerksam, die sie durch den Identitätsproduktionsprozess erfahren und der sie beim Durchlaufen der Identifikation auch zur Transformation des Bildes der Identität ermächtigt (Bhabha 2000: 66).

6. Initialforschung zum Einfluss dekolonialer Geschichtsnarration auf das Konfliktlösungsmanagement

Um erste Hinweise zu finden, ob Narrationen über kollektive Identitäten Einfluss auf individuelle Konfliktlösungspräferenzen und die Wahrnehmung bzw. Interpretation der eigenen Konfliktlösungskompetenzen in Kolumbien haben, führte ich 2014 ein sozialpsychologisches Online-Experiment mit kolumbianischen jungen Erwachsenen aus der Hauptstadt Bogotá durch (Cárdenas Alfonso 2014).³¹

Junge Erwachsene aus der kolumbianischen Hauptstadt wurden aus verschiedenen Gründen als Untersuchungsgruppe ausgewählt: Zum einen fördert Peter Imbusch, Michel Misse und Fernando Carrión zufolge die hohe Urbanisationsrate sowie die intranationale Migration die Gewaltintensität in den Großstädten (Imbusch et al. 2011: 99). Junge urbane Erwachsene sind einerseits auf unterschiedliche Weise von Gewalt betroffen und könnten andererseits gerade deshalb und aufgrund ihrer soziodemographischen Relevanz über das größte Potential verfügen, eine Abwärtsspirale der Gewalt in Kolumbien durch eine Neudeutung der kollektiven Identität zu durchbrechen. Zudem ist Forschung, die Jugendliche als Friedensakteure in den Blick nimmt, bislang unterrepräsentiert (González/Pinilla 2012: 403-404). Vor diesem Hintergrund soll die vorliegende Studie nun die Handlungsfähigkeit von jungen Erwachsenen untersuchen. Wie können sie selbst nicht mehr nur Objekt von Gewalt, sondern zunehmend Subjekt von Wandel werden?

Die Initialforschung soll erste Hinweise dafür liefern, ob eine an friedlichen Ereignissen orientierte Narration der kolumbianischen Geschichte und Gegenwart (unabhängige Variable = UV) die Wahrnehmung eines Konflikts und seiner Konfliktlösungsmöglichkeiten sowie die Präferenz für friedliches Konfliktlösungsmanagement in einem fiktiven Alltagsszenario (abhängige Variable = AV) erhöhen würde. Das Vorgehen und die Ergebnisse der Initialforschung werden im Folgenden kurz vorgestellt.

31 Mein besonderer Dank gilt dem Erstbetreuer meiner Masterarbeit, Prof. Dr. Ulrich Wagner.

6.1 Methodische Überlegungen und Eingrenzung

Grundsätzlich sind für eine Untersuchung des Einflusses des »Kultur der Gewalt«-Narratives auf Konflikte verschiedene Methoden wie Längsschnittstudien, Befragungen, (teilnehmende) Beobachtung und Experimentalforschung denkbar. Wird Initialforschung betrieben um eine Hypothese zu testen, bietet sich aus pragmatischen Gründen experimentelle Forschung an, da sie einen vergleichsweise geringeren Kosten-, Arbeits-, und Zeitaufwand darstellt sowie in einem vergleichsweise kurzen Zeitrahmen erste Ergebnisse liefern kann. Bei einem experimentellen Design wird eine Stichprobe zufällig auf Experimental- und Kontrollgruppe verteilt. Die erste Gruppe wird mit einer Manipulation (also der unabhängigen Variable) konfrontiert und die zweite mit einem Kontrolltext. Anschließend wird überprüft, ob es einen signifikanten Unterschied bei der abhängigen Variable (also der Verhaltenspräferenz in Konflikten) zwischen den Gruppen gibt.

Das Experiment stellt ein Forschungsdesign mit einem künstlichen Setting dar, bei der die Einflussvariablen kontrolliert und die Bedingungen des Experiments manipuliert werden (Brosius et al. 2012: 200). In der Konsequenz weisen experimentelle Designs generell eine eher geringe externe und dafür eine höhere interne Validität auf. Eine hohe externe Validität, d. h. die Verallgemeinerung der Resultate auf eine Grundgesamtheit der kolumbianischen jungen Erwachsenen oder gar der Gesamtbevölkerung, ihre Übertragung auf andere Kontexte und eine damit einhergehende Allgemeingültigkeit liegt jedoch auch nicht im Interesse der vorliegenden Arbeit. Im Gegenteil soll die Erhebung vielmehr als Initialforschung dienen, mit Hilfe derer weiterer Forschungsbedarf definiert werden kann.

Experimentelle Forschungsmethoden sind aufgrund eben dieses manipulativen Designs häufig Gegenstand von Kritik vor allem aus geisteswissenschaftlicher Richtung, insbesondere aus der Kultur- und Sozialanthropologie, aber auch aus der Sozialpsychologie selbst (vgl. Kelle 2008). Auch postkoloniale Studien verweigern sich oft experimenteller und quantitativer Forschung. Bemängelt wird die den Experimenten zwangsläufig zugrundeliegende Wissenshierarchie zwischen Forschenden und Teilnehmenden sowie die auf der Manipulation bzw. dem Wissensdefizit beruhende eingeschränkte Handlungsfreiheit der Teilnehmenden. Ein weiteres Problem manipulativer Settings ist die Frage nach der kurz- und langfristigen Beeinflussung der Teilnehmenden sowie eine mögliche körperliche und/oder seelische Schädigung durch die Manipulation (vgl. Brosius et al. 2012: 204).³² Gleichzeitig fordern postkoloniale Studien jedoch auch, ihren eigenen

32 Die Manipulation der Teilnehmer*innen erfolgt aufgrund der für den Erfolg der Manipulation häufig notwendigen eingeschränkten Informationsweitergabe an die Teilnehmenden, oft ohne ihr

Schlussfolgerungen Konsequenzen folgen zu lassen (vgl. Macleod/Bhatia 2008: 586). Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, zu überprüfen, welchen Beitrag epistemischer Ungehorsam zu einer Dekolonisierung des individuellen *Mindsets* leisten und ob sie friedensfördernden Einfluss auf individuelle Handlungspräferenzen in konfliktiven Settings haben kann.³³

Aus forschungspragmatischen Gründen wurde ein webbasiertes *Post-Test-Only-Control-Group-Design*³⁴ gewählt und Forschungsdesign, Fragestellung und Umsetzung unter Berücksichtigung der oben genannten ethischen Gesichtspunkte kontinuierlich hinterfragt und angepasst. Zudem wurden die Teilnehmenden bei Beendigung der Befragung über die dem Projekt zugrundeliegenden Thesen und die Vorgehensweise des Experiments aufgeklärt sowie die Möglichkeit gegeben, über Email Kontakt zu mir aufzunehmen (*debriefing*).³⁵

Die Wirkung einer positiv konnotierten, emanzipierten und konfliktlösungskompetenten Narration des kollektiven Selbstbilds auf die Wahrnehmung von Konflikten und auf die individuelle Konfliktlösungskompetenz kann also auch im Spannungsfeld ethischer und methodischer Überlegungen überprüft werden. Vor diesem Hintergrund leistet die vorliegende Initialforschung auch einen Beitrag zur Integration kritischer Überlegungen in experimentelle Forschungsdesigns ohne grundsätzlich auf diese zu verzichten. Stattdessen kann den Forderungen nach

bestmögliches Wissen und somit auch ohne ihre explizite Zustimmung zu diesen möglichen kurz- und langfristigen Folgen.

- 33 Angesichts der Situierung des vorliegenden Themas in der Gewaltforschung und im Kontext der Friedens- und Konfliktforschung wurde die Frage nach ethischen Maßstäben wissenschaftlicher Forschung besonders ernst genommen, um die Gefahr der zumindest kurzfristigen (Re-)Traumatisierung zu minimieren. So wäre beispielsweise ein Experiment interessant, welches prüft, ob sich ein Betonen von gewaltfokussierten Stereotypen wie der »Kultur der Gewalt« oder eine »kulturimmanente Barbarei« auf Handlungen oder Handlungspräferenzen gewaltverstärkend auswirken. Dies würde dekolonialen Forderungen Gewicht verleihen und Debatten zu wissenschaftlicher (und journalistischer) Verantwortung fördern. Die Überprüfung einer möglichen (negativen) Wirkung ist aus den oben genannten forschungsethischen Gründen und den damit einhergehenden Fragen der negativen Einflussnahme und Retraumatisierung jedoch ausgeschlossen.
- 34 Die Paralleltest-Methode hat gegenüber einer *pretest-posttest*-Methode den Vorteil, dass sie die Möglichkeit eines *hypothesis guessing* (d. h., dass die Teilnehmenden erraten, worum es den Forscher*innen geht) verringert.
- 35 Für einen Überblick über methodische Vor- und Nachteile von Online-Experimenten und die damit verbundene ethische Debatte siehe Dzeyk (2001). Dzeyk definiert folgende Mindestanforderungen, auf die aufbauend auch der Online-Fragebogen konzipiert wurde: Die Freiwilligkeit der Versuchsteilnahme, die informierte Einwilligung (*informed consent*), die Aufklärung nach dem Experiment (*debriefing*), die Anonymität der Teilnehmenden, die Zusicherung der vertraulichen Behandlung der Daten sowie deren ausschließliche Verwendung für Zwecke des Forschungsprojekts (Dzeyk 2001: 3).

alternativer Geschichtsschreibung und der Dekonstruktion von epistemologischer Geschichtsnarration, wie sie von postkolonialen Studien eingefordert wird, meines Erachtens hierdurch zusätzliches Gewicht verliehen werden. Die Wirkungsüberprüfung einer friedenskompetenten Narration auf sogenannte »Gewaltkulturen« bietet nicht zuletzt auch Befreiungs- und emanzipatorisches Potential sowie Hinweise für praktische Handlungsmöglichkeiten.

6.2 Operationalisierung

Aufbauend auf den Thesen Waldmanns wurde im vorliegenden Experiment überprüft, ob eine alternative Narration, die mit der hegemonialen, stereotypen Beschreibung der kolumbianischen Identität (basierend auf der nationalen Geschichte und Kultur) bricht, Auswirkungen auf die individuellen Verhaltenspräferenzen in Konfliktszenarien haben kann. Zu diesem Zweck wurde ein webbasiertes *Post-Test-Only-Control-Group-Design* gewählt und mit jungen Erwachsenen aus Bogotá, Kolumbien, durchgeführt.³⁶

Hierfür wurde der Kontrollgruppe (KG) ein Text zu Kaffeekonsum (»Der Kaffee als soziales Getränk«) und der Experimentalgruppe (EG) ein Text vorgelegt, der eine hohe Konfliktlösungskompetenz der Kolumbianer*innen aus der *Wir*-Perspektive in den Mittelpunkt stellte. Der Stimulustext (Unabhängige Variable UV = Narration der sozialen Identität Kolumbiens) begann mit »Als Menschen kommen wir weltweit mit der gleichen Konfliktlösungskompetenz auf die Welt. [...] Auch in unserer kolumbianischen Geschichte gibt es viele Beispiele von friedlichen Konfliktlösungen in unserer Gesellschaft.« Hierfür wurde zunächst auf die Verfassung und den verfassungsgebenden Prozess von 1991 hingewiesen, der Minderheiten weitreichende Kollektivrechte einräumte und von der Demobilisierung von vier der sechs Guerillas³⁷ begleitet wurde. Darüber hinaus wurden bekannte Akteur*innen des öffentlichen Lebens genannt, die sich für friedliche Konfliktlösungen eingesetzt hatten, und auf die *Cultura Ciudadana* verwiesen,

36 Durch die geringere Kontrollmöglichkeit der Online-Teilnahme ist die interne Validität zu einem gewissen Teil eingeschränkt. Beispielsweise konnten ein Informationsaustausch zwischen den Proband*innen, sowie externe Zufallsfehler weder ausgeschlossen, noch dokumentiert oder kontrolliert werden (vgl. Brosius et al. 2012: 210).

37 Die urbane M-19, ein Großteil der marxistisch-leninistischen *Ejército Popular de Liberación* (Volksbefreiungsarmee, EPL), die marxistisch-maoistisch-leninistische *Partido Revolucionario de los Trabajadores de Colombia* (Revolutionäre Partei der Arbeiter Kolumbiens, PRT) und die indigene Guerilla *Quintín Lame* beteiligten sich im Rahmen der *Coordinadora Guerrillera Simón Bolívar* am verfassungsgebenden Prozess und demobilisierten sich anschließend (König 2008: 160). Die FARC, ELN und ein kleiner Teil der EPL demobilisierten sich zu diesem Zeitpunkt nicht.

die ab 1995 unter dem Bürgermeister Antanas Mockus zu einer Reduktion von Gewalt im öffentlichen Leben Bogotás geführt hatte (vgl. Beckett/Godoy 2009). Der Text endete mit »das sind Beweise dafür, dass wir Kolumbianer*innen zahlreiche Möglichkeiten kennen, um Konflikte friedlich zu lösen«. Als Stimulus für die UV nannte die Textvariable also unterschiedliche Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements für friedliche Konfliktlösung aus der kolumbianischen Geschichte und Gegenwart.

Die Wirkung der Manipulation wurde anschließend mit einer Szenariotechnik, bestehend aus einem fiktiven Alltagsszenario und anschließendem quantitativen Fragebogen überprüft. Das fiktive Alltagsszenario wurde durch folgenden Text dargestellt:

»Stell Dir vor, Du sitzt mit einem neuen Freund/einer neuen Freundin in einem Café im Zentrum Bogotás, um einen Kaffee zu trinken und etwas zu essen. Es ist Euer erstes Treffen und Du möchtest Dich von Deiner besten Seite zeigen. Auf einmal kommt eine Person (sie hat das gleiche Geschlecht wie du) mit einem Getränk in der Hand an Euren Tisch und wirft Dir vor, Du hättest Dich an ihren Tisch gesetzt. Die Person ist schlecht gelaunt. Du weißt nicht, ob sie vorher schon am Tisch gesessen hatte. Es ist kein weiterer Tisch mehr frei, aber an der Bar ist noch Platz und es wäre möglich, sich den Tisch zu teilen.«

Die Messbatterien fragten, aufbauend auf den oben genannten Annahmen Waldmanns zur kolumbianischen »Gewaltkultur«, die Interpretation des Settings und die Verhaltenspräferenz (AV = Konfliktlösungskompetenz) entlang von vier Dimensionen ab: Präferenz für diskursive und kompromissbereite Konfliktlösungsbereitschaft vs. Gewaltbereitschaft (1), Einschätzung der eigenen Interaktionssteuerungsmöglichkeit, also der Glaube daran, Alternativen zu gewalttätigem Verhalten zu haben (2), Annahmen über sozial erwünschtes Verhalten (friedlich vs. konfrontativ) in konfliktiven Situationen (3), sowie Polarisierungsgrad bzw. Akzeptanz von Mediation durch Dritte (4). Die erste Messbatterie fragte nach der Einleitung anhand vierstufiger Likertskalen ab, für wie wahrscheinlich die Befragten verschiedene Intentionen, Erwartungen und Wünsche des Konfliktgegnübers und des eigenen Freundes bzw. der eigenen Freundin hielten.³⁸ Anhand von

38 Beispielsweise die Frage, für wie wahrscheinlich die befragte Person folgende Interessen des Konfliktgegnübers hält: Die andere Person möchte keine Probleme, sondern sich nur mit seinem/ihrer Date treffen; die andere Person möchte mich provozieren; die andere Person bevorzugt eine Lösung, mit der wir beide zufrieden sind und die andere Person bevorzugt eine Lösung, bei der es klare Gewinner*innen und Verlierer*innen gibt.

sechsstufigen Likertskalen wurde abgefragt, wie sehr sie bestimmten Meinungen zustimmten bzw. diese für zutreffend erachteten.³⁹ Als letztes wurden (je nach Betroffenheit) drei bis acht Fragen zu bisherigen Gewalterfahrungen gestellt, um eine mögliche Moderation des Umgangs mit Konfliktsituationen durch diese überprüfen zu können.⁴⁰ An diese Fragen gliederte sich das *debriefing* an, das die dem Experiment zugrundeliegende Annahme, dass eine friedenskompetente Narration sich positiv auf die Verhaltenspräferenz auswirken könnte, erläutert.

6.3 Ergebnisse

Für die Stichprobe wurden 80 Teilnehmende zwischen 18 und 30 Jahren berücksichtigt (Durchschnittsalter 26 Jahre, 49 männlich und 31 weiblich), wobei es hinsichtlich Alter oder Geschlecht keine signifikanten Unterschiede bei der Verteilung in Kontroll- und Experimentalgruppe gab ($p = .900$ respektive $p = .160$).⁴¹ Berücksichtigt werden sollte mit Blick auf die Ergebnisse die insgesamt hohe Gewaltbetroffenheit der Teilnehmenden: 92,5% der Befragten gaben an, in der Vergangenheit Zeug*in von Gewalt gewesen zu sein, 86% allein in den letzten 12 Monaten. 68,75% gaben an, bereits Opfer von Gewalt gewesen zu sein und 61,2% bereits Gewalt angewendet zu haben. 52,5% waren sowohl Täter*innen als auch Opfer.

Die dem Stimulus *friedenskompetente Selbstzuschreibung* ausgesetzte Experimentalgruppe verhielt sich dem T-Test⁴² der 21-Item-Skala ($\alpha = .857$) nach signifikant konfliktlösungskompetenter als die Kontrollgruppe, die keinem Stimulus ausgesetzt worden war (Mittelwert der EG = .0859 vs. Mittelwert der KG = -.1289; mit $t(78) = 1.877$; $p \leq .032$, einseitig). Es gab keine signifikanten ge-

39 Beispielsweise die Frage »Wie würdest du in der oben genannten Situation handeln?« und die Zustimmung/Ablehnung zu einer Aussage wie »Ich sage, er/sie habe Pech gehabt und solle sich etwas Anderes suchen« oder »Ich schlage vor, dass wir den Tisch teilen«.

40 Aus ethischen Gründen wurden diese nicht als Pflichtantwort formuliert. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass diese Fragen nicht beantwortet werden müssen und es wurden auch nicht Häufigkeit oder Art der Gewaltanwendung abgefragt. Als Ergebnis gab es 1 *missing value* bei der Frage, ob die teilnehmende Person schon Gewalt angewendet hatte.

41 Die Stichprobe von insgesamt 88 abgeschlossenen Befragungen wurde unter Berücksichtigung der Bearbeitungszeit auf 80 eingegrenzt. So wurden 1 Teilnehmer wegen zu langer Bearbeitungszeit (92,9 Minuten) und 7 Teilnehmende (4m/3w) wegen zu geringer Bearbeitungszeit (unter 10 Minuten) ausgeschlossen, da in diesem Fall der Stimulus entweder nicht mehr gegeben war, oder eine ernsthafte Beantwortung nicht sichergestellt werden konnte. Für die Bestimmung der Grenzwerte wurde u. a. die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Teilnehmenden (22,8 Minuten) und der Pretester (15 Minuten) herangezogen.

42 Der T-Test prüft, ob der Mittelwert der Werte der AV (also der Antworten) der Experimentalgruppe sich von denen der Kontrollgruppe signifikant unterscheidet.

schlechtsspezifischen oder altersbedingten Effekte oder Effekte hinsichtlich der hohen Gewaltbetroffenheit der Befragten.

6.4 Diskussion der Ergebnisse

Wenngleich die Ergebnisse des Experiments weder eine Aussage über die de facto Konfliktlösungskompetenz oder über die individuelle *Umsetzung* der Verhaltenspräferenz, noch über die Langfristigkeit der Wirkung zeigen können, so konnte die Initialforschung erste Hinweise dafür finden, dass die Konfrontation mit einer konfliktlösungskompetenten Beschreibung der kolumbianischen Gesellschaft und Geschichte zu einer höheren *friedlichen* Konfliktlösungsbereitschaft und Kooperation von jungen Erwachsenen in einem fiktiven Alltagskonfliktszenario führen kann, ungeachtet der hohen Gewaltbetroffenheit vieler Teilnehmer. Die zwar signifikante, aber eher schwach ausgeprägte Differenz der Mittelwerte zwischen EG und KG könnte verschiedene Gründe haben: Zum einen ist zu bedenken, dass ein einmaliger kurzzeitiger Stimulus, der ein divergierendes Interpretationsmuster für scheinbar eindeutige Ereignisse darstellt, im Sinne der *Seeking-and-avoiding-Hypothese* (grundlegend: Festinger 1957) kognitivem Widerstand ausgesetzt ist, da er das bereits etablierte »Kultur der Gewalt«-Narrativ in Frage stellt. Zum anderen haben Studien zu *Labeling* gezeigt, dass die Effekte der Stigmatisierung oft länger nachwirken, als ein gewisses Label angewendet wird bzw. akut ist (Feroni/Rothbart 2013: 130). Eine Dekonstruktion dieser Erfahrungen durch eine alternative Konstituierung der kollektiven Identität könnte daher nur äußerst schwer zum Tragen kommen. Insofern war die Erwartung, die Wirkung einer konfliktlösungskompetenten Narration der kollektiven Selbstzuschreibung auf individuelle Konfliktlösungskompetenzen durch eine einmalige divergierende Narration zu testen, von einem hohen Anspruch getragen, der nichtsdestotrotz erfüllt werden konnte. Die Studie konnte somit zeigen, dass auch hohe Gewaltbetroffenheit kein Hindernis für eine Veränderung in der Präferenz des interpersonellen Konfliktmanagements darstellen muss. Dies spricht für die positive Wirkung einer konfliktlösungskompetenten Selbstetikettierung auf individuelle Handlungspräferenzen und ist angesichts der bereits gegebenen hohen Gewaltbetroffenheit der jungen Erwachsenen umso erfreulicher.⁴³

43 Im Einzelnen zeigten die (wenn auch einzeln nicht signifikanten) Ergebnisse der Faktorenanalyse, dass diese höhere Konfliktlösungskompetenz auf einer geringeren Präferenz für »Survival of the fittest und Win-Lose-Annahmen« bzw. »Präferenz für ein Selbstbild der Stärke« (Faktor 1 und 3) und einer höheren Präferenz für »Kooperation und Mediation als Konfliktlösungsstrategie« (Faktor 2) beruhen.

Die Studie dokumentierte kein Verhalten, sondern fragte lediglich die Wahrscheinlichkeit für eine bestimmte Verhaltenspräferenz und Wahrnehmung ab. Es können daher keine Aussagen getroffen werden, ob und in welchem Maße sich das reale Verhalten der jungen Kolumbianer*innen durch eine konfliktlösungskompetente Narration des kollektiven Selbstbilds verändert. So ist eine konfliktlösungskompetente Verhaltenspräferenz zwar eine Voraussetzung für eine konstruktive und deeskalierende Konfliktlösung, nicht aber ein Garant für ein dementsprechendes Verhalten, das individuell erlernt wird bzw. werden muss. Vor allem über die Umsetzung der Verhaltenspräferenz und die Langfristigkeit der Wirkung einer alternativen Narration des kolumbianischen Selbstbilds kann die Studie keine Aussage treffen. Hier gibt es weiteren Forschungsbedarf.

7. Forschungsbedarfe

Die Ergebnisse der Initialforschung machen auf die Möglichkeit aufmerksam, dass friedliche Konfliktlösungsbereitschaft auch abhängig von der Narration des kollektiven Selbstbilds sein kann, das bislang von epistemischer Gewalt im Allgemeinen und kolonialbasierten Narrationen im Speziellen durchsetzt ist. Empirische sozialpsychologische Forschung zum Einfluss von alternativer, dekolonialer Geschichtsnarration auf von Gewalt betroffene Gesellschaften gewinnt hierdurch an Bedeutung.

Die Reproduktion kolonialbasierter Narrationen durch die von ihr Stigmatisierten wurde eingangs ausführlich problematisiert und soll hier noch einmal mit Blick auf möglichen Forschungsbedarf diskutiert werden. Eine Integration von postkolonialen Dimensionen in sozialpsychologische Überlegungen legt möglicherweise zwei Strategien zum Umgang mit dieser negativen Selbstzuschreibung offen, die es denjenigen Kolumbianer*innen, die das negative Label akzeptieren, erlauben, trotz Salienz der sozialen Identität ein positives individuelles Selbstbild aufrechtzuerhalten. Zum einen wäre es möglich, dass Kolumbianer*innen deshalb die negative Etikettierung der kolumbianischen Identität anerkennen können, weil sie, ähnlich wie Páez et al. für Puerto Ricaner*innen aufzeigen (Páez et al. 1998: 219), sich als Individuen durch *misidentification* von ihr abgrenzen (i. S. v. »Ja, wir Kolumbianer*innen sind so, aber *Ich bin nicht so*«). Eine alternative Erklärung wäre *entlastende Kognition*. Als diese bezeichnen Roccas et al. (2006) ein Phänomen, bei dem Individuen das Schuldgefühl, das durch negativ zu beurteilende Handlungen ihrer *Ingroup* (z. B. Gewaltverbrechen gegen eine Fremdgruppe) in ihnen hervorgerufen wird (und sich negativ auf ihre soziale Identität auswirken würde), durch kognitive Strategien abschwächen – beispielsweise, indem

sie exogene Faktoren, die außerhalb ihres Einflussbereichs liegen, in den Vordergrund stellen. Hierdurch können sie die kollektive Schuld der Handlung akzeptieren, ohne dass sich diese negativ auf das kollektive Selbstbild auswirken würde. Hieran erinnern derartige Erklärungen, die die vermeintliche Gewaltkultur auf ein vererbtes präkoloniales Erbe zurückführen. Als eine Art Coping-Mechanismus kann auch die bereits vielfach festgestellte Strategie genannt werden, sich auf den »Trostpreis« positiv konnotierter, aber mit niedrigerem Status einhergehender Eigenschaften wie *Wärme* zu konzentrieren (vgl. Espinosa 2016: 409).⁴⁴

Die Auslagerung aus dem eigenen Verantwortungsbereich oder das Ablenken durch alternative Qualitäten bedeutet jedoch nicht, dass die Etikettierung ohne Folgen für die Wahrnehmung und Präferenz von Verhalten bleibt. So könnte in Anlehnung an die Ergebnisse der *Labeling*- und der *Stereotype-Threat*-Forschung untersucht werden, ob es Zusammenhänge zwischen dem Ausbau individueller Kompetenzen und gruppenspezifischer (postkolonialer) Narrationen gibt (vgl. Hayes 2010; Steele/Aronson 1995). So haben Studien zu Labeling-Prozessen devianten Verhaltens (Verhalten, welches von der Gesellschaft als »sozialabweichend« wahrgenommen bzw. etikettiert wird) beispielsweise gezeigt, dass eine Fremdetikettierung bei Individuen auch dann in einem der Fremdetikettierung entsprechenden *Self-Labeling* resultieren kann, wenn die Fremdetikettierung ursprünglich zurückgewiesen worden war (Hayes 2010: 296). Zudem können Etikettierung und Stigmatisierung noch lange, nachdem ein Label nicht mehr angewendet wird oder nicht mehr zutrifft, auf die individuelle (Selbst- und Fremd-)Wahrnehmung einwirken (Feroni/Rothbart 2013: 130).⁴⁵ *Misidentification* und *entlastende Kognition* als Strategien, sich den Auswirkungen des negativen Labels zu entziehen, hätten somit nur oberflächlichen Erfolg. Untersucht wer-

44 Verschiedene, zwischen den 1970er Jahren und der Jahrtausendwende in Lateinamerika durchgeführte Studien konnten die Vermutung eines negativen kollektiven Selbstbilds in lateinamerikanischen Gesellschaften mit Ergebnissen unterlegen (vgl. u. a. Montero 1991; Salazar 1998; Salazar/Salazar 1998: 253; Paéz et al. 1998; Espinosa 2016: 398). Eine neue Studie von Espinosa et al. (2016) zeigt, dass die kolumbianischen Befragten 2013-2014 ihren nationalen Stereotyp in erster Linie mit Wärme (*calidez*), gefolgt von Kompetenz (*competencia*) assoziieren. Weiterhin hatten die kolumbianischen Befragten im Ländervergleich das positivste Selbstbild, was den oben genannten Annahmen Posadas widerspricht. Dies könnte ein Hinweis für einen Wandel nationaler Selbststereotype sein oder dafür, dass Soziale Erwünschtheit und das Streben nach einem positiven Selbstbild ein zentrales Anliegen der kolumbianischen Bevölkerung sind. Wichtig ist auch der Hinweis, dass nicht das kollektive Selbstbild vom Umgang mit Konflikten und Gewalt abgefragt wurde.

45 Die (*Modified*) *Labeling*-Theorie und auch die *Stereotype-Threat*-Theorie weisen darauf hin, dass die (negativ konnotierte) Etikettierung von Individuen aufgrund einer gruppenspezifischen Stereotypisierung sogar in einer *self-fulfilling prophecy* münden kann (vgl. Steele/Aronson 1995; Grattet 2011).

den sollte zudem auch, welche Faktoren den Einfluss kolonialer Imaginationen auf Wahrnehmung und Verhalten stärken und welche sie schwächen. Hier wären sowohl individuelle Einflussfaktoren (z. B. Medienkonsum, Erziehung und Sozialisation) wie auch kollektive (z. B. Konstituierung des Mediensystems als (Re-)Produzent hegemonialer Narrationen) interessant. Vor diesem Hintergrund wäre es wichtig, der Initialforschung weitere Forschung folgen zu lassen, die die Langzeiteffekte kolonialbasierter Stereotype einerseits und alternativer Narrationen andererseits überprüft.

Für den kolumbianischen Fall könnte eine Neudeutung der kolumbianischen Geschichte mit dem bewaffneten Konflikt zusammenhängende Verhaltens- und Interpretationsmuster positiv beeinflussen. Für eine nachhaltige Veränderung wäre es wichtig, nichtakademische Literatur und peripheres Wissen miteinzubeziehen und ihre Wirkung zu untersuchen (vgl. Walsh 2007: 234). Hier könnte die Wirkung von zivilgesellschaftlichen Initiativen untersucht werden, die versuchen, die Befürwortung der kolumbianischen Friedensprozesse durch kulturelle Produkte zu fördern, indem sie die friedliche Konfliktlösungskompetenz Kolumbiens in den Vordergrund stellen. Erste Schritte zur prominenteren Platzierung alternativer Erinnerungen – jedoch ohne Integration postkolonialer Überlegungen – wurden bereits im *Centro Nacional de Memoria Histórica* unternommen. Der Einfluss einer Inklusion dieser emanzipatorischen/positiven Rekonstruktion peripherer Erinnerungen (wie die der indigenen und schwarzen/afrokolumbianischen Gemeinden oder die der Friedensgemeinden)⁴⁶ in die nationale Geschichtsnarration auf Konflikt- und Gewaltverhalten innerhalb der kolumbianischen Bevölkerung sollte untersucht werden. Dies betrifft auch die Frage, ob hierdurch der Anspruch von Gewaltakteuren wie den *Aguilas Negras*, durch Gewalt gegen deviante Mitglieder der kolumbianischen Gesellschaft vorzugehen, um einen Beitrag zur Entwicklung des Landes zu leisten, an Halt verliert.

Insgesamt lässt sich ein breites Forschungsspektrum denken, um den Einfluss von Kolonialität auf heutige Inter- und Intragruppenkonflikte zu untersuchen. Besonderes Potential besteht in der sozialpsychologischen Friedens- und Konfliktforschung nicht zuletzt darin, bereits bestehende Theorien um eine postkoloniale Perspektive zu erweitern, indem epistemische Gewalt als Einflussfaktor auf Intergruppenbeziehungen (SIT), als Einflussfaktor auf den Status und damit auf den Erfolg von Kontaktsituationen (Kontakttheorie) und als Mediator oder Moderator bei der Präferenz von sozialer Dominanz und Autoritarismus (Soziale Dominanztheorie) untersucht wird.

46 Siehe hierzu beispielsweise Naucke (2017).

8. Fazit

Kulturelle und wissenschaftliche Konstrukte, die das Kolumbianische durch eine »Boshaftigkeit und Monstrosität, den aktiven Agenten der Perversion« beschreiben (Posada 2006: 27), verdecken nicht nur existente Initiativen gegen Gewalt. Sie können sich vielmehr auch auf Wahrnehmung und Handlungspräferenzen von den hierdurch Etikettierten auswirken.

Angesichts der oben beschriebenen Gewaltdynamiken in Kolumbien ist fraglich, ob eine offizielle Postkonfliktsituation nach der zunächst erfolgreichen Demobilisierung der FARC-EP und vermutlich bald auch der ELN auch zu einer langfristigen Befriedung der Gesellschaft und der friedlichen Lösung interpersonaler Konflikte führt, wenn das Vertrauen in den Frieden und in Gewaltfreiheit nicht gefördert wird. Im Gegenteil ist zu befürchten, dass, solange das »Kultur der Gewalt«-Narrativ nicht erfolgreich als Selbst- und Fremdbild dekonstruiert wird, es auch weiterhin als Legitimationsprinzip für die Anwendung von disziplinarischer Gewalt in den nach wie vor vorhandenen sozialen Konflikten dient. Hierfür gibt es bereits zahlreiche Anzeichen, darunter die steigende Zahl von Gewaltmorden und Morddrohungen gegen zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus dem ländlichen Bereich.

Unter Umständen sind es also gerade Narrative wie die »Kultur der Gewalt«, die friedliche Konfliktlösungen erschweren, da sie sie zu einem unerreichbaren Ziel erklären und friedliches Engagement ad absurdum führen. Eine Verallgemeinerung und Kulturalisierung von Gewalt oder Gewaltaffinität wird der Komplexität von Gesellschaften, den ihnen innewohnenden Individuen und ihren Lebenswelten also nicht nur nicht gerecht; vielmehr spricht sie *gewaltverweigernden* und *friedensfördernden* Initiativen ihre Existenz und der kolumbianischen Gesellschaft die Wandlungsfähigkeit ab und verdeckt komplexere Ursachen und alternative Erklärungen für die Persistenz von Gewalt (beispielsweise die Verantwortung/Beteiligung internationaler Akteure und Normen sowie Formen internationaler Arbeitsteilung und Produktion, vgl. Vela 2015: 294). Nicht zuletzt projiziert eine Kulturalisierung die Verantwortung für Gewalt auch auf die Betroffenen selbst und entzieht sie denen, die zur Verantwortung zu ziehen wären – was die Persistenz von gewaltermöglichenden Strukturen zusätzlich fördert. Hier setzt das Potential einer postkolonialen Sozialpsychologie an, die den Einfluss negativer Selbst- und Fremdzuschreibungen und Kulturalisierung von Gewaltphänomenen untersuchen und durch dekoloniale Friedensforschung Auswege aus diesen Gewaltkreisläufen vorschlagen und auch testen kann.

Die vorliegenden Beispiele haben somit nicht nur auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, Verhalten von seinem »individual closet« (Bar-Tal 1998: 112) zu befreien und seine soziale und postkoloniale Kontextualisierung anzuerkennen, sondern auch Möglichkeiten aufgezeigt, wie epistemischer Ungehorsam kollektive Essentialisierungen dekonstruieren und hierdurch soziale Identitäten dekolonisieren kann. Vor diesem Hintergrund kommt auch der Wissenschaft eine besondere Verantwortung zu: (Post-)Koloniale Einschreibungen auf Subjekte werden durch die Wissenschaft unterstützt, wenn sie Gesellschaften ihren dynamischen, heterogenen und selbstbefähigenden Charakter aberkennen bzw. diesen übersehen. Dies wirkt sich nicht nur auf die Außenwahrnehmung von Gesellschaften (und damit auf den Umgang mit ihr) aus, sondern im kolumbianischen Fall auch auf ihre Selbstwahrnehmung und das Vertrauen in Friedensprozesse und hat damit ganz konkrete friedenspolitische Implikationen. Hierdurch wird die Relevanz einer (selbst-)kritischen, postkolonialen Perspektive innerhalb der sozialpsychologischen Friedens- und Konfliktforschung deutlich.

Literatur

- Adams, Glenn/Dobles, Ignacio/Gómez, Luis H./Kurtiş, Tuğçe/Molina, Ludwin E.* 2015: Decolonizing Psychological Science. Introduction to the Special Thematic Section, in: *Journal of Social and Political Psychology* 3: 1, 213-238.
- Almarío García, Oscar* 2010: Anotaciones sobre una posible periodización de las representaciones raciales en Colombia, in: Mosquera Rosero-Labbé, Claudia/Laó-Montes, Agustín/Rodríguez Garavito, César (Hrsg.): *Debates sobre ciudadanía y políticas raciales en las Américas Negras*, Bogotá, 359-388.
- Anderson, Benedict* 2006: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, überarbeitete Auflage, London.
- Bar-Tal, Daniel* 1998: Group Beliefs as an Expression of Social Identity, in: Worchel, Stephen/Morales, J. Francisco/Páez, Darío/Deschamps, Jean-Claude (Hrsg.): *Social Identity. International Perspectives*, London, 93-113.
- Beckett, Katherine/Godoy, Angelina* 2009: A Tale of Two Cities. A Comparative Analysis of Quality of Life Initiatives in New York and Bogota, in: *Urban Studies* 47: 2, 277-301.
- Bhabha, Homi. K.* 2000: *Die Verortung der Kultur*, Tübingen.
- Brosius, Hans-Bernd/Haas, Alexander/Koschel, Friederike* (Hrsg.) 2012: *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung*, 6. Auflage, Wiesbaden.

- Brown, Rupert* 2000: Social Identity Theory. Past Achievements, Current Problems and Future Challenges, in: *European Journal of Social Psychology* 30: 6, 745-778.
- Brown, Stephen D./Locke, Abigail* 2008: Social Psychology, in: Willig, Carla/Stainton-Rogers, Wendy (Hrsg.): *The Sage Handbook of Qualitative Research in Psychology*, London, 373-389.
- Bulhan, Hussein A.* 2015: Stages of Colonialism in Africa. From Occupation of Land to Occupation of Being, in: *Journal of Social and Political Psychology* 3: 1, 239-256.
- Burton, Mark* 2013: Liberation Psychology. A Constructive Critical Praxis, in: *Estudios de Psicología – Campinas* 30: 2, 249-259.
- Cárdenas Alfonso, María* 2014: Konfliktlösungskompetenzen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bogotá (Masterarbeit in Friedens- und Konfliktforschung), Marburg, unv. Ms.
- Centro de Memoria Histórica* 2017: Estadísticas del conflicto armado en Colombia, in: <http://www.centrodememoriahistorica.gov.co/micrositios/informeGeneral/estadisticas.html>; 15.11.2017.
- Chaves, Margarita/Zambrano, Marta* 2006: From blanqueamiento to reindigenización. Paradoxes of Mestizaje and Multiculturalism in Contemporary Colombia. *Revista Europea de Estudios Latinoamericanos y del Caribe* 80, 5-23.
- Chojnacki, Sven/Namberger, Fabian* 2014: Die »neuen Kriege« im Spiegel postkolonialer Theorien und kritischer Friedensforschung, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3: 2, 157-202.
- Comas-Díaz, Lillian/Lykes, M. Brinton/Alarcón, Renato D.* 1998: Ethnic Conflict and the Psychology of Liberation in Guatemala, Peru, and Puerto Rico, in: *The American Psychologist* 53: 7, 778-792.
- Coronil, Fernando* 2005: Naturaleza del poscolonialismo. Del eurocentrismo al globocentrismo, in: Lander, Edgardo (Hrsg.): *La colonialidad del saber. Eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas*, Buenos Aires, 87-111.
- David, Ohad/Bar-Tal, Daniel* 2009: A Sociopsychological Conception of Collective Identity. The Case of National Identity as an Example, in: *Personality and Social Psychology Review* 13: 4, 354-379.
- Dussel, Enrique* 2005: Europa, modernidad y eurocentrismo, in: Lander, Edgardo (Hrsg.): *La colonialidad del saber. eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas*, Buenos Aires, 41-54.

- Dzcyk, Waldemar* 2001: Ethische Dimensionen der Online-Forschung, in: *Kölner Psychologische Studien* 6: 1, in: <http://kups.ub.uni-koeln.de/volltexte/2008/2424/>; 14.3.2014.
- Eggers, Maureen M.* 2009: Rassifizierte Machtdifferenz als Deutungsperspektive in der kritischen Weißeinsforschung in Deutschland, in: *Eggers, Maureen M./ Kilomba, Grada/Piesche, Peggy/Arndt, Susan* (Hrsg.): *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißeinsforschung in Deutschland*, Münster, 56-72.
- Espinosa, Agustín/Acosta, Yorelis/Valencia, Juan/Vera, Angerla/Soares da Silva, Alessandro/Romero, Juan C./Beramendi, Maite* 2016: Calidez, competencia, moralidad y nacionalismo ideal como dimensiones autoestereotípicas del autoconcepto nacional en seis países de Latinoamérica, in: *Avances en Psicología Latinoamericana* 34: 2, 395-413.
- Fanon, Frantz* 2004: *The Wretched of the Earth*, New York, NY.
- Fanon, Frantz* 2008: *Black Skin, White Masks*, New York, NY.
- Festinger, Leon* 1957: *A Theory of Cognitive Dissonance*, Stanford, CA.
- Foroni, Francesco/Rothbart, Myron* 2013: Abandoning a Label Doesn't Make It Disappear. The Perseverance of Labeling Effects, in: *Journal of Experimental Social Psychology* 49: 1, 126-131.
- Frosh, Stephen* 2013: Psychoanalysis, Colonialism, Racism, in: *Journal of Theoretical and Philosophical Psychology* 33: 3, 141-154.
- Frydenberg, Erica/Lewis, Ramon/Ardila, Ruben/Cairns, Ed/Kennedy, Gregor* 2001: Adolescent Concern with Social Issues. An Exploratory Comparison between Australian, Colombian and Northern Irish Students, in: *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology* 7: 1, 59-76.
- García-Godos, Jemima/Lid, Knut A. O.* 2010: Transitional Justice and Victims' Rights before the End of a Conflict: The Unusual Case of Colombia, in: *Journal of Latin American Studies*, 42: 3, 487-516.
- Gaviria, Alejandro* 2000: Increasing Returns and the Evolution of Violent Crime. The Case of Colombia, in: *Journal of Development Economics* 61: 1, 1-25.
- Gnecco, Cristóbal* 2000: Historias hegemónicas, historias disidentes. La domesticación política de la memoria social, in: *Gnecco, Cristóbal/Zambrano, Marta* (Hrsg.): *Memorias hegemónicas, memorias Disidentes. El Pasado como política de la historia*, Bogotá, 171-194.
- González Rey/Fernando Luis* 2004: La crítica en la psicología social latinoamericana y su impacto en los diferentes campos de la psicología, in: *Revista Interamericana de Psicología* 38: 2, 351-360.
- González, Germán M./Pinilla, Victoria E.* 2012: Youth Studies in Colombia. State of the Art, in: *Young* 20: 4, 399-414.

- Grattet, Ryken* 2011: Labeling Theory, in: Bryant, Clifton D. (Hrsg.): The Routledge Handbook of Deviant Behaviour, New York, NY, 121-128.
- Hayes, Terrel A.* 2010: Labeling and the Adoption of a Deviant Status, in: Deviant Behavior 31: 3, 274-302.
- Hiles, David* 2005: Contingent Narratives. Fears and Tremblings, in: Kelly, Nancy/Horrocks, Christine/Milnes, Kate/Roberts, Brian/Robinson, David (Hrsg.): Narrative, Memory & Everyday Life, Huddersfield, 107-116.
- Hiles, Dave/Čermák, Ivo* 2008: Narrative Psychology, in: Willig, Carla/Stainton-Rogers, Wendy (Hrsg.): The Sage Handbook of Qualitative Research in Psychology, London, 147-164.
- Hoffman, Kelly/Centeno, Miguel A.* 2003: The Lopsided Continent. Inequality in Latin America, in: Annual Review of Sociology 29, 363-390.
- Hook, Derek* 2004: Frantz Fanon, Steve Biko, »Psychopolitics« and Critical Psychology, in: <http://eprints.lse.ac.uk/961/>; 6.12.2017.
- Hook, Derek* 2012: A Critical Psychology of the Postcolonial. The Mind of Apartheid, East Sussex.
- Hörtner, Werner* 2013: Kolumbien am Scheideweg – Ein Land zwischen Krieg und Frieden, Zürich.
- Imbusch, Peter/Misse, Michel/Carrión, Fernando* 2011: Violence Research in Latin America and the Caribbean. A Literature Review, in: International Journal of Conflict and Violence 5: 1, 87-154.
- IDMC – Internal Displacement Monitoring Centre*: Colombia, in: <http://www.internal-displacement.org/americas/colombia/>; 15.8.2016.
- Kelle, Uwe* 2008: Die Integration qualitativer und quantitativer Methoden in der empirischen Sozialforschung. Theoretische Grundlagen und methodologische Konzepte, Wiesbaden.
- König, Hans-Joachim* 2008: Kleine Geschichte Kolumbiens, München.
- Leal León, Claudia* 2010: Uso del concepto »raza« en Colombia, in: Mosquera Rosero-Labbé, Claudia/Laó-Montes, Agustín/Rodríguez Garavito, César (Hrsg.): Debates sobre ciudadanía y políticas raciales en las Américas Negras, Bogotá, 389-440.
- Lykes, M. Brinton/Sibley, Erin* 2014: Liberation Psychology and Pragmatic Solidarity. North – South Collaborations Through the Ignacio Martín-Baró Fund, in: Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology 20: 3, 209-226.
- Macleod, Catriona/Bhatia, Sunil* 2008: Postcolonialism and Psychology, in: Willig, Carla/Stainton-Rogers, Wendy (Hrsg.): The Sage Handbook of Qualitative Research in Psychology, London, 576-589.

- Maldonado-Torres, Nelson* 2007: Sobre la colonialidad del ser. Contribuciones al desarrollo de un concepto, in: Castro-Gómez, Santiago/Grosfoguel, Raphael (Hrsg.): El giro decolonial. Reflexiones para una diversidad epistémica más allá del capitalismo global, Bogotá, 127-167.
- Martínez, María E.* 2008: Genealogical Fictions. Limpieza de sangre, Religion, And Gender in Colonial Mexico, Stanford, CA.
- Mignolo, Walter* 2009: Epistemic Disobedience, Independent Thought and Decolonial Freedom, in: Theory, Culture & Society 26: 7-8, 1-23.
- Mignolo, Walter* 2011: Geopolitics of Sensing and Knowing. On (De)Coloniality, Border Thinking, and Epistemic Disobedience, in: <http://eipcp.net/transversal/0112/mignolo/en>; 20.8.2017.
- Montero, Maritza* 1991: Una orientación para la psicología política en América Latina, in: Psicología Política 3, 27-43.
- Montoya Guzmán, Juan D./Jiménez Meneses, Orián* 2010: ¿Racismo sin raza? Esclavitud, discriminación y exclusión en el Nuevo Reino de Granada, 1573-1808, in: Mosquera Rosero-Labbé, Claudia/Laó-Montes, Agustín/Rodríguez Garavito, César (Hrsg.): Debates sobre ciudadanía y políticas raciales en las Américas Negras, Bogotá, 333-358.
- Müller, Bernadette* 2011: Empirische Identitätsforschung. Personale, soziale und kulturelle Dimensionen der Selbstverortung, Berlin.
- Naucke, Philipp* 2017: Peacebuilding Upside Down? How a Peace Community in Colombia Builds Peace despite the State, in: Social Anthropology 25: 4, 454-469.
- Oldenburg, Silke* 2009: Zwischen Akzeptanz und Widerstand – Jugendliche Lebenswelten im kolumbianischen Bürgerkrieg, in: Imbusch, Peter (Hrsg.): Jugendliche als Täter und Opfer von Gewalt, Wiesbaden, 95-132.
- Orellano, Claudia M.* 2015: Acerca de la opción decolonial en el ámbito de la psicología, in: Perspectivas en Psicología 12: 2, 1-8.
- Páez, Darío/Martínez-Taboada, Cristina/Arróspide, Juan J./Insúa, Patricia/Ayestarán, Sabino* 1998: Constructing Social Identity. The Role of Status, Collective Values, Collective Self-Esteem, Perception and Social Behaviour, in: Worchel, Stephen/Morales, J. Francisco/Páez, Darío/Deschamps, Jean C. (Hrsg.): Social Identity. International Perspectives, London, 211-229.
- Pécaut, Daniel* 1999: From the Banality of Violence to Real Terror. The Case of Colombia, in: Koonings, Kees/Kruijt, Dirk (Hrsg.): Societies of Fear, New York, NY, 141-168.
- Persram, Nalini* 2013: Special Issue on Post/Coloniality and Subjectivity, in: Journal of Theoretical and Philosophical Psychology 33: 3, 135-140.

- Posada Carbo, Eduardo* 2006: La nación soñada. Violencia, liberalismo y democracia en Colombia, Bogotá.
- Quijano, Anibal* 1992: Colonialidad y Modernidad/Racionalidad, in: *Perú Indígena* 13: 99, 11-20.
- Quijano, Anibal* 2000: Colonialidad del Poder y Clasificación Social, in: *Journal of World Systems Research* 11: 2, 342-386.
- Quintero, Pablo/Garbe, Sebastian* 2013: Kolonialität der Macht – De/Koloniale Konflikte. Zwischen Theorie und Praxis, Münster.
- Roccas, Sonia/Klar, Yechiel/Liviatan, Ido* 2006: The Paradox of Group-Based Guilt. Modes of National Identification, Conflict Vehemence, and Reactions to the In-Group's Moral Violations, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 91: 4, 698-711.
- Sacipa, Stella/Ballesteros, Blanca P./Cardozo, Juanita/Novoa, Mónica M./Tovar, Claudia* 2006: Understanding Peace Through the Lens of Colombian Youth and Adults, in: *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology* 12: 2, 157-174.
- Salazar, Juan M.* 1998: Social Identity and National Identity, in: Worchel, Stephen/Morales, J. Francisco/Páez, Darío/Deschamps, Jean-Claude (Hrsg.): *Social Identity. International Perspectives*, London, 114-123.
- Salazar, Juan M./Salazar, Miguel A.* 1998: Permanence and Modification in National Identities, in: Adair, John G./Bélanger, David/Dion, Kenneth L. (Hrsg.): *Advances in Psychological Science. Social, Personal, and Cultural Aspects*, East Sussex, 248-269.
- Sharma, Sagar/Sharma, Monica* 2010: Self, Social Identity and Psychological Well-being, in: *Psychological Studies* 55: 2, 118-136.
- Somos Defensores* 2017: ¡Agúzate! Informe enero – junio 2017. Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores y Defensoras de DD. HH. en Colombia, in: <https://somosdefensores.org/images/informe-semestral-enero-junio-2017-SIADDHH.pdf>; 14.1.2018.
- Steele, Claude M./Aronson, Joshua* 1995: Stereotype Threat and the Intellectual Test Performance of African Americans, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 69: 5, 797-811.
- Struve, Karen* 2013: Zur Aktualität von Homi K. Bhabha, Wiesbaden.
- Tajfel, Henri* 1978: Social Categorization, Social Identity and Social Comparison, in: ders. (Hrsg.): *Differentiation between Groups. Studies in the Social Psychology of Intergroup Relations*, London, 61-76.

- Tajfel, Henri/Turner, John C.* 1986: The Social Identity Theory of Intergroup Behavior, in: Worchel, Stephen/Austin, William G. (Hrsg.): Psychology of Intergroup Relations, Chicago, IL, 7-24.
- Vela Orbegozo, Bernardo* 2015: Colombia no es una isla. Una Contribución al debate sobre la formación del Estado colombiano en el entorno global, Bogotá.
- Vollhardt, Johanna R./Cohrs, J. Christopher* 2013: Aktuelle sozialpsychologische Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 2: 2, 246-278.
- Waldmann, Peter* 2006: Gibt es in Kolumbien eine Gewaltkultur? Festschrift, in: <https://www.uibk.ac.at/peacestudies/downloads/peacelibrary/gewaltkultur.pdf>; 22.8.2016.
- Walsh, Catherine* 2007: Shifting the Geopolitics of Critical Knowledge, in: Cultural Studies 21: 2-3, 224-239.
- Waibel, Tom* 2014: Praktiken des Ungehorsams, in: Zeitschrift für Kulturwissenschaften 1, 101-107.
- Worchel, Stephen/Coutant, Dawna* 2001: It Takes Two to Tango. Relating Group Identity to Individual Identity Within the Framework of Group Development, in: Hogg, Michael A./Tindale, R. Scott (Hrsg.): Blackwell Handbook of Social Psychology. Group Processes, Oxford, 461-481.

Die Autorin

Maria Cárdenas Alfonso, M. A., ist Doktorandin am Graduate Center for the Study of Culture der Justus-von-Liebig-Universität Gießen.
E-Mail: maria.cardenas@gcsc.uni-giessen.de

Abstracts

Cordula Dittmer

De- and Post-Colonial Perspectives in Peace and Conflict Studies Situating Peace and Conflict Studies in an ambivalent Discourse Space

ZeFKo Special Issue 2, pp. 7-24

Decolonial and post-colonial perspectives have so far received insufficient attention in German-language peace and conflict research. This introductory article outlines international debates, especially those within the North American discourse following the 9/11 terrorist attacks, as well as the resultant basic theoretical and methodological premises. A decolonial and/or post-colonial approach is characterized by the questioning of Western colonial narratives as well as the resulting physical and structural relationships of power and processes of exclusion, and can be used to analyze facets such as statehood, vulnerability, flight, identity processes or geographical mappings. After a detailed summary of the contributions, the article concludes by reflecting on the potential, but also on the limitations of postcolonial perspectives.

Keywords: Theoretical foundations, method(olog)ical premises, potentials, limitations

Claudia Brunner

Epistemic Violence Towards a New Concept for Peace and Conflict Studies

ZeFKo Special Issue 2, pp. 25-59

Taking up the term epistemic violence from post- and decolonial debates, this article intends to develop it towards a prospective concept of Peace and Conflict Studies. Assuming that our understanding of violence becomes increasingly narrow, I argue that it is worthwhile to explore and relate wider concepts of violence that take the dimension of knowledge into account. In the first section, I present the decolonial concepts of »coloniality of knowing« and »coloniality of power« and contrast them with a certain complicity of Peace and Conflict Studies to this very coloniality. The second part shows how established Western/Eurocentrist scholars of Peace Studies have so far (not) thought about epistemic violence at all. These approaches are contrasted with more substantial concepts that stem from post- and decolonial debates in a third section, including reflections on modernity, knowledge, and violence. I conclude by pointing out the implicit assumption of

non-violence that constitutes both a normative and a challenging issue for Peace and Conflict Studies. Focusing on the entanglements between violence and non-violence, I finally argue for further investigations into epistemic violence, both as an interesting phenomenon and as a concept for Peace and Conflict Studies.

Keywords: epistemic violence, coloniality, knowledge, power, non-violence

Daniel F. Lorenz

»All refugees are vulnerable«

Vulnerability, Conflict, and Disasters through the Lens of Postcolonial Theory

ZeFKo Special Issue 2, pp. 60-98

The concept of vulnerability as it appears in disaster research, peace and conflict research, as well as security research, functions primarily as a bridging-concept within the context of humanitarian crises. To what extent not only the utilized narratives regarding the vulnerable – in particular those in the global south – but also vulnerability concepts themselves are (neo)colonially influenced and which role academic scholarship plays in the production of such discourse, has thus far received only marginal attention. The discussion surrounding the concept of vulnerability and its specific exemplification in the case of refugee vulnerability, relies upon a (neo)colonial approach with an explicit focus on the presentation of refugees as helpless, passive victims, the essentialization of vulnerability, as well as the legitimization of interventions as a means of vulnerability reduction. The effects of this vulnerability paradigm can be described as a form of epistemic violence. Contrastingly, an extension of the vulnerability paradigm through a critical postcolonial perspective allows for a reformulation of vulnerability in terms of its proximity to structural violence. This article discusses the resulting ambivalences of vulnerability as a concept situated between the exposure and production of epistemic violence.

Keywords: vulnerability, refugees, vulnerable groups, epistemic violence, structural violence

Christiane Fröhlich

Forced Migration as a Challenge to Neo-colonial Governance Strategies

ZeFKo Special Issue 2, pp. 99-124

The number of people fleeing war and persecution has been increasing for several years. Although only a fraction of them reaches the Global North, this increase

has led to a political crisis in Europe which is illustrated by continuing sealing off practices as well as by xenophobic statements regarding asylum seekers. This contribution argues with Homi K. Bhabha that these developments are neither neutral, nor can they be understood as detached from colonial power structures. Bhabha's critical perspective, in particular his topoi stereotype and mimicry, are operationalised in order to develop a new perspective on immigration debates in the Global North, aiming to uncover neocolonial strategies of governance, to outline inherent links with (colonial) historical developments, and to shine a light on their consequences for forced migrants.

Keywords: postcolonial, Homi K. Bhabha, North-South conflict, forced migrants, forced migration research

Alke Jenss

**Dimensions of Inequality, Perpetuated Conflicts and Context Knowledge
The State and Violence in Decolonial Perspective**

ZeFKo Special Issue 2, pp. 125-153

Private militias, criminal gangs, and repressive militaries are familiar features of Latin American societies and states. This article explores how a decolonial analysis, employing concepts of the Latin American debate on the state, contributes to our understanding of the state and phenomenon of perpetuated violence. The contribution will show how the debate on decoloniality can be linked to studies on state and violence. First, the text recapitulates the two debates, namely on decoloniality and on the state, to then look at the relation between violence, crime, and the role of the state from these two angles. Lastly, the article analyses the decoloniality debate's consequences for investigation practices in this realm.

Key words: inequality, conflicts, perpetuated conflicts, state, Latin America, violence

Ruth Streicher

**The Cultural Turn of Counterinsurgency and Political Science in the US
A Genealogical Critique**

ZeFKo Special Issue 2, pp. 154-182

In this article, I deploy a genealogical approach for a postcolonial critique of the notion of culture that was widely used in military circles following the so-called »cultural turn« of US-counterinsurgency in 2006. I argue, that discourses in US political science reconfigured culture as a disciplinary object of knowledge

that was originally shaped by imperial anthropology, and thus created the discursive conditions for its military use. Highlighting three key moments, I show that US political scientists configured culture as an operative code determining enemy behavior, gave a liberal twist to its imperial logics of difference, and produced it as a positivistic variable. All of these notions are central to the cultural turn of US-counterinsurgency and help to reconfigure, perpetuate and silence the imperial logics on which the category of culture operates. I end with an argument for an understanding of postcolonial critique in peace and conflict studies that uses genealogy to show how scientific discourses are deeply entangled with military projects, produce certain concepts and categories as true, and constantly reconfigure their imperial logics.

Keywords: counterinsurgency, culture, genealogy, postcolonial critique, political science

Fabian Namberger/Gerdis Wischnath/Sven Chojnacki

Cartographies of Violence

Postcolonial Views on the (De-)Construction of Space in Research and Practice

ZeFKo Special Issue 2, pp. 183-221

Dualistic spatial allocations of a (peaceful) here and a (violent) there, near and far, global north-south, which bear on the construction of differences, are omnipresent. From the perspective of (political) science their task is to »order« and make researchable peace and war. Especially, cartographic images play a central role in the spatial fixture of conflict, peace and violence, since they not only cast complex and contested (conflict) realities into the visual frame of hegemonic patterns of interpretation (»north vs. south«, »strong state vs. failed state«), but at the same time use their visual power to move the causes of global conflicts to the »global south's spaces of violence«. Against the reductionism of common spatial meta-narratives (state container, deterritorialisation) our contribution argues for a reflected use of maps in particular and images of space in general, in order to unmask Eurocentric inequities and to clear space for social hybridity and polyphonies.

Keywords: postcolonial geographies, conflict maps, images of space, container space, deterritorialisation

María Cárdenas Alfonso

Is there a »Culture of Violence« in Colombia?

On the Added Value of Integrating Post- and Decolonial Perspectives into Social Psychology when Analyzing Conflict and Violence. Drawing from the Example of an Online Experiment with Young Adults in Bogotá

ZeFKo Special Issue 2, pp. 222-260

The term »culture of violence« has been used both in scientific literature as well as in Colombian discourses to explain Colombian phenomena of conflict and violence. Integrating postcolonial perspectives into social psychological work allows one to render visible the possible consequences of this negative, colonially based narrative onto collective in- and outgroup description. The author conducted initial research related to the question of whether epistemic disobedience that deconstructs colonially based identity constructions such as the »culture of violence« can have an impact on interpersonal conflict management preferences. The web based experiment with 80 young adults aged between 18-30 years from Bogotá found empirical data for this hypothesis. The group confronted with a peace competent narration of the Colombian identity showed significantly higher preference for peaceful conflict management than the control group. The results point to the potential of epistemic disobedience for peaceful conflict management in interpersonal settings and call for a sensitive use of colonially based and stereotypical narratives such as the »culture of violence« in public and scientific discourses.

Keywords: peace and conflict research, postcolonial studies, social psychology, Social Identity Theory, Colombia

